



# Suche nach einer besseren Welt

*Rudolf Hanauer*

*Aufsätze und  
Reden*

Suche nach einer besseren Welt

*Rudolf Hanauer*

*Aufsätze und Reden*



Alles ist von der Wurzel her  
mit Politik verknüpft.

*Jean-Jacques Rousseau*

# Suche nach einer besseren Welt

*Rudolf Hanauer*  
*Aufsätze und*  
*Reden*

JOSEF KELLER VERLAG

## Vorwort

*Von Prof. Dr. Wilhelm Hoegner,  
Ministerpräsident a. D.*

Jede Erscheinung im Kulturbild einer Zeit löst im Wellengang der Ereignisse Gegenbewegungen aus. So ist, wo der Mensch unserer Tage das Neue im ständigen Fortschritt in einem atemberaubenden Zwang erlebt, der Sinn für das Beständige, das Bleibende in seiner Welt gewachsen. Wir erleben mitten im technischen und wissenschaftlichen Fortschritt eine Besinnung, eine Renaissance unseres Geschichtsbildes.

Es wird immer wieder Klage über die Geschichtslosigkeit der Bundesdeutschen geführt, über ein gestörtes Verhältnis zur Geschichte. Das mag dort stimmen, wo historische Zusammenhänge durch die gewaltsamen Änderungen unserer deutschen Landkarte nach dem Krieg ein politisches Vakuum geschaffen haben. Überall aber ist ein Besinnen spürbar und sind Kräfte am Werk, die aus der geistig-geographischen Situation neue, zeitnahe Positionen zu beziehen suchen.

Dies hat in unseren Tagen auch der Politiker Rudolf Hanauer klar erkannt und zum Ausdruck gebracht. Immer haben Einzelne die Geschehnisse im Laufe der Geschichte bestimmt und jene glücklichen Fügungen aus Zeit, Raum und Persönlichkeit zu einer Synthese geformt.

Bayerns 160jährige Parlamentsgeschichte ist reich an bedeutenden politischen Persönlichkeiten. Von Sebastian Frhr. Schrenk, der an dem denkwürdigen Februartag 1819 Bayerns erste Parlamentssitzung eröffnete und 18 Jahre lang das Amt des Präsidenten der ersten Kammer innehatte, bis zu Rudolf Hanauer haben in den vergangenen 150 Jahren fünfundzwanzig hervorragende Politiker den Vorsitz in Bayerns Landtag geführt. Unter den sechzehn, die bis zum Jahre 1918 rund hundert Jahre hindurch dem bayerischen Parlament als Präsidenten vorstanden, befanden sich bekannte Namen, wie der von Ludwig Thoma in seinem »Josef Filsers Briefwexel« prächtig gezeichnete Dr. Georg Ritter von Orterer, der von 1899 bis 1916 auf dem Präsidentenstuhl saß; während der Weimarer Zeit hatte Bayerns Parlament vier Parlamentspräsidenten. Seit 1946 standen fünf hervorragende Politiker dem

Erschienen 1978 im Josef Keller Verlag, Starnberg  
Alle Rechte vorbehalten  
Einbandentwurf und Typographie Gerhard Sachse  
Titelfoto Hanns Hubmann  
Gesamtherstellung Universitäts-Druckerei Dr. C. Wolf & Sohn, München  
ISBN 3 7808 0115 9

Bayerischen Landtag als Präsidenten vor: Dr. Michael Horlacher, Dr. Georg Stang, Dr. Dr. Alois Hundhammer, Dr. Hans Ehard und seit dem 27. Januar 1960 Rudolf Hanauer.

Mit der geschichtlich gewordenen demokratischen Lebensform wandelte sich auch der Stil des Parlamentarismus. Seine Ursprünge gehen in Bayern auf die alten Landstände zurück; demokratischer Geist beherrschte früh schon Land und Volk Bayerns, und so konnte bereits in einer der ersten Sitzungen der Kammer der Abgeordneten am 6. Februar 1819 der Abgeordnete Behr das Bekenntnis ablegen: »Zu diesem Ende haben wir abgethan von uns jedem Privat- und Standesegoismus, jedem Provinzialgeist und uns dagegen allen Ernstes bestrebt uns empor zu heben zu demjenigen Gemeingeiste, mit welchem unsere Vorfahren so vieles Gute und Große vollbrachten.«

Im Geiste dieser parlamentarischen Tradition erlebte Bayern nach dem letzten Krieg eine neue Ära demokratischen Wirkens. Unter Horlacher, Stang, Hundhammer und Ehard entstand ein neuer Stil im Zusammenwirken von Staat und Volk; Rudolf Hanauer, seit 1954 Mitglied des Bayerischen Landtages, sah einen besonderen politischen Auftrag darin, das Werk seiner großen Vorgänger als Präsident der ersten Kammer Bayerns fortzuführen.

Demokratie ist Begegnung, Gespräch, das Gegen- und Miteinander in dem Unterschiedlichen der politischen Meinungen und Auffassungen. So faßte der Politiker Rudolf Hanauer seine Aufgabe darin auf: Weit über den engeren Wirkungsraum des Parlaments hinaus aktiv zu werden im Gespräch, in der Begegnung mit allen jenen Menschen, deren Interessen die 204 Abgeordneten des Landtags zu vertreten haben. In großen Kongressen von Berufsorganisationen, bei bedeutenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Veranstaltungen, bei Tagungen ständischer Vereinigungen, aber auch im kleinen Kreis von Studenten und anderen jungen Menschen, nimmt Rudolf Hanauer immer wieder kompromißlos und weitschauend in die Zukunft Stellung, konfrontiert dieser Politiker seine Hörer mit den zeitnahen Problemen, ohne Rücksicht auf Tabus, die oft zu einem farblosen Konformismus führen.

Sein ernstestes Anliegen im Bereich des Politischen, das letzthin alle Lebensräume umfaßt und einschließt, ist die Schaffung des politisch mündigen Bürgers in einer neuen Gesellschaft. Das ist die Kernfrage nach der Freiheit, die Rudolf Hanauer da bedroht sieht, wo die Freiheit Wesen und Sinn in der Einstellung des modernen Menschen in der Massengesellschaft verliert.

Darum sind ihm Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität entscheidende Faktoren zur Wahrung der Freiheit gegenüber jedem Staatsabsolutismus.

Tradition heißt nicht, die Asche weitertragen, sondern die Flamme am Leben erhalten, daß sie die Zukunft weist. Für Rudolf Hanauer, dem aus Mellrichstadt, der nördlichsten Kreisstadt Bayerns, stammenden Sohn eines unterfränkischen Richters, bedeutet das tiefe Wissen um die Geschichtlichkeit des Menschen jene im Geistig-Seelischen ruhende Kraft, in der das Humanitäre jeder staatlichen Ordnung ruht. Für den Politiker, besonders auch für Rudolf Hanauer gilt ein Wort des großen Politikers und Menschenfreundes, des Norwegers Fridtjof Nansen, das immer gültig bleiben wird und eine hohe moralische Kraft in sich trägt: »Nächstenliebe ist echte Politik.«

## Parlament – Utopie und Wirklichkeit

Die Wissenschaft mag Modelle für die Politik von morgen, für die Politik im Zeitalter des Computers und der von menschlicher Unvollkommenheit freien Beherrschung schwierigster Probleme durch Maschinen schaffen. Solche weit in die Zukunft hinaus planenden und planerischen Hilfsmittel moderner Technik greifen tief ein in die Politik von morgen. Sie werden Arbeit und Methoden des Politikers im letzten Drittel unseres Jahrhunderts wesentlich wandeln. Immer aber steht der Politiker im harten Zwang realer Erfordernisse, die unsere komplizierte-pluralistische Gesellschaft in ihrem ständigen Wandel stellt.

Auch die Politik unterliegt »modischen« Wandlungen, und innerhalb der großen klassischen Regierungssysteme erkennen wir eine Loslösung von starren Modellvorstellungen. Wir selbst erleben solche Sinnwandlungen politischer Denk-Klischees; nicht nur, daß vom Wortsinn her Begriffe sich aus ideologischer Sicht verändern und oft geradezu in ihr Gegenteil verkehren, – die schnelle Abnutzung im allzu häufigen Gebrauch erfordert auch vom Politiker immer neue Variationen gleicher Vorgänge. So sehr auch Datenverarbeitung und Kybernetik neue Formen für das Leben der Zukunft schaffen und die Politik theoretisch schon mehr von den Futurologen denn von den Praktikern beherrscht wird, – immer bleibt unerforscht und unergründet in der Politik die menschliche Natur, der Mensch in seinem eigenen Ursprung, in seinen Sehnsüchten und Träumen, die zu allen Zeiten utopische Vorstellungen von einer besseren Welt schufen. Es sind die Visionen einer Staatsidee, die die Menschheitsgeschichte begleiten und Propheten wie Dichter der Völker beflügelten. Von Platons »Politeia« bis zu der literarischen Gattung der Science Fiction unserer Tage wird der Dialog über Mensch und Staat, über das Leben in einer idealen Gemeinschaft geführt. So schrieb der große englische Staatsmann und Humanist des 16. Jahrhunderts Thomas Morus im Jahre 1516 in seinem berühmten Werk »Utopia«, der utopischen Vision von einem humanen Staat, dem Lande Nirgendwo: »Von Herzen wünsche ich allen Völkern die Staatsverfassung, die zu meiner großen Freude wenigstens die Utopia angenommen haben; sie haben ihren Staat auf dem Fundament

von Institutionen gegründet, die ihnen nicht nur höchstes Glück, sondern – soweit der Mensch die Zukunft erahnen kann – auch ewige Dauer verliehen haben.«

Unsere politische Gegenwart ist weitgehend beeinflußt von utopischen Vorstellungen über eine ideale Welt, – Ansporn und Gefahr zugleich! Unsere Gegenwart ist geprägt von der Forderung nach Demokratisierung aller Lebenserscheinungen. Sie allein erscheint als Allheilmittel. Unsere Gesellschaft befindet sich nicht nur in ihrem soziologischen Gefüge in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß, dessen Ursprünge weit zurückreichen in die Anfänge unseres Industriezeitalters. Mechanisierung und Automation haben das Verhältnis von Produktion und Konsum in einer unabwendbaren Weise verzahnt, Massenkonsum erfordert die Wohlstandsgesellschaft, setzt sie voraus. Damit nivelliert sich das Gesellschaftsgefüge, der im Wohlstand lebende Konsumbürger entspricht weitgehend jenen Idealen, von denen in früheren Zeiten die Schöpfer utopischer Staatsgebilde träumten. Die Auswirkungen einer solchen ökonomischen Entwicklung auf das politische Leben des Menschen der Zukunft sind tiefgreifend. Das Ziel einer neuen Gesellschaft ist der über das Mündige seines politischen Mitspracherechts hinaus im Staat frei lebende Bürger, in der Mitverantwortung mitbestimmend, ein Freier unter Freien, der sich Staat und Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlt und das in unserer Gegenwart oft beklagte Desinteresse am politischen Leben nicht kennen wird.

In unserer sich formierenden Gesellschaft des Wohlstands und der Wohlfahrt ist ein Phänomen sichtbar, das Unbehagen auslöst, doch zum echten Demokratisierungsprozeß gehört. Begriffe wie Gemeinschaft und Partnerschaft werden abgelöst von dem Modell einer Konfliktgesellschaft; das sogenannte Establishment wird nicht mehr als eine höherstehende soziale Klasse angesehen, vielmehr als ein überholter Lebensstil, als eine von Amt und Autorität geprägte Herrschaftsform, gegen die sich nicht mehr die sozial Entrechteten widersetzen. Der Aufstand wird vielmehr von denen geführt und angeführt, die von Herkunft und Bildung her aus dem sogenannten Establishment stammen. Das stellt nicht nur den Politiker vor neue Aufgaben. Wohl zu keiner anderen Zeit wurde mit dem ganzen Gewicht philosophischer, soziologischer und politischer Argumente so ernsthaft über neue Gesellschaftsmodelle und -ordnungen diskutiert wie in unserer Gegenwart. Mit den Schlagworten »Marx – Mao – Marcuse« predigen die Urheber einer ra-

dikalen Ideologie den Umsturz. Der Prozeß gegen die Gesellschaftsordnungen im Westen wie auch im Osten zielt auf die Selbsterlösung des Menschen; es ist das Aufbegehren des in den Weltraum vorstoßenden und die Geheimnisse der Natur erkundenden Geschöpfes. Wird, wo dieses Aufbegehren ein neues Gesellschaftsbild anstrebt, dieser revolutionäre Vorgang sich fruchtbar auswirken oder zu einem Chaos im staatlichen Leben führen?

Die Staatsmänner, Politiker und philosophierenden Politologen der Antike sahen alle Machtvorstellungen im Staat aus den Erfordernissen von Regierungsformen, die Freiheit des Einzelnen in einem irgendwie individualistischen Sinn nicht kannten und ihr keinen Raum ließen. Der Begriff von Freiheit und ihrem möglichen Mißbrauch unterlag bis zur Neuzeit dem Gesetz der Herrschenden; in dem Spannungsverhältnis einer so verfestigten Ordnung liegen die eigentlichen Ursachen des Aufbruchs und Ausbruchs der emanzipierten Massen unserer modernen Industriegesellschaft.

Für uns, die wir den Mißbrauch der Freiheit durch jene erleben, die im Namen der Freiheit die Zügellosigkeit proklamieren, stellt sich die schicksalhafte Frage nach dem Weg einer solchen Aus- und Entartung, in denen die Wurzel zum Untergang liegt. So stehen wir als Politiker und in erster Linie als Vertreter des Volkes vor der Kernfrage nach der Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen in unserem Staat.

Ich sprach schon von der Gefahr im Zeitalter des Computers: unsere Staatssysteme könnten der Technokratie und den Mechanismen einer völlig verwalteten Welt geopfert werden. Damit ist aber für den Menschen, als Einzelner und in seiner Gesamtheit, das Ende der Freiheit gekommen.

Es ist nicht von ungefähr, daß gleichzeitig mit dem Beginn des Industriezeitalters Anfang des vorigen Jahrhunderts die Epoche des Parlamentarismus in Europa einsetzte. Der Mechanismus moderner Regierungsformen entwickelte sich organisch zur direkten und aktiven Einflußnahme des Volkes ohne Unterschied von Amt und Person auf die staatlichen Machtfunktionen. Wir kennen die Geschichte des Parlamentarismus, kennen seine Strukturen, seine von der Natur des Menschen her begrenzten Möglichkeiten und damit auch seine Mängel. Wo dieser Mechanismus zu einem reinen Funktionalismus abgeleitet, wo die Institution nicht der Funktion dient: der demokratischen Willens- und Entscheidungsfindung in einem nicht manipulierten Sinne, – da wird das parlamentarische System scheitern.

Innerhalb und außerhalb Deutschlands ist eine zunehmende Kritik am Parlamentarismus sichtbar. Bei uns ist es im Zusammenhang mit neueren politischen Konstellationen in Bonn zur Bildung von Gruppen der sogenannten »außerparlamentarischen Opposition« gekommen, die außerhalb des Parlaments Entscheidungen über Reformen in Staat und Gesellschaft erzwingen will, letzten Endes aber antiparlamentarische Ziele verfolgt.

Es ist das Wesen der Demokratie, daß sich Mehrheiten bilden und aus der Mehrheit heraus auf parlamentarischem Weg Gesetze geschaffen werden. Wo eine Minderheit diesen lebendigen und in einer pluralistischen Gemeinschaft allein funktionierenden parlamentarischen Mechanismus stört, ist die Demokratie gefährdet. Aus der größten Freiheit erwächst, wie schon Cicero in seinem Werk über den Staat feststellte, der Tyrann und damit die ungerechteste und härteste Knechtschaft. Wer könnte diese Warnung überhören, und sind wir Deutsche nicht aus der Freiheit unserer ersten Republik in die Tyrannei des Unmenschen gestoßen worden!

Immer wieder wird heute, und vor allem von jugendlichen Bilderstürmern, das Räte-system als ideale Regierungsform in einem modernen Staatswesen gepriesen. Parlamentarismus im demokratischen Geist oder Räte-system? Während das Parlament vom Volk in seiner Gesamtheit in freier geheimer Entscheidung gewählt wird, ist das Räte-system nur denkbar, sein Funktionieren nur möglich im Einparteiensystem, somit unter dem Diktat einer herrschenden Partei. Sie allein, ganz gleich, ob links- oder rechtsextrem, entscheidet über den Räte-Apparat in seiner Stufengliederung nach oben. Räte-system ist Rätediktatur, in der nicht das Volk selbst mitentscheidet, sondern von einer Gruppendiktatur alle Macht ausgeht. Wo könnte dann noch unsere Jugend sich frei zu hearings, teach-ins, sit-ins und wie alle diese neudeutschen Schlagworte einer teils erfreulichen, teils problematischen Diskussion in unserem freiheitlichen Staatswesen heißen, versammeln?

Zu den großen geistigen Versuchungen unserer Zeit gehört ein manischer Fortschrittsglaube, der alles vom Rationalen her erfaßt, ihm unterwirft und den Menschen in die Feuertürme einer tiefen inneren Vereinsamung und Leere, des Verlorenseins in einer verplanten Welt stößt. Das ist der Preis für die wissenschaftlich-technische Perfektion, in der der moderne Mensch sich allein noch geborgen fühlt und von ihrem Fortschreiten den uralten Traum vom Leben in einer besseren Welt erfüllt glaubt.

In dieser Ideologie der Rationalität ist der Mensch verstrickt, eine von Geist und Seele her zwielichte Landschaft, die zu entdecken unsere modernen Dichter immer wieder versucht haben. So kommt das Gefühl einer wesenslosen Unsicherheit in dem zweiten Drama von Gerhart Hauptmann schon 1890 zum Ausdruck, dem Schauspiel »Das Friedensfest«; der Mensch ist hier über-personalen Mächten ausgeliefert, er entscheidet nicht mehr mit seinem eigenen Bewußtsein oder Willen, wird vielmehr von einem übergreifenden Schicksal her bestimmt. In dem Roman »Der Unbenennbare« von Samuel Beckett wird kurzerhand argumentiert, niemand könne geboren werden und existieren, der sich nicht konzipieren lasse. Wer dies nicht tut, dem wird die Existenz geraubt. Ähnlich ist die Bewußtseinslage bei den Menschen in Franz Kafka's Werk: sie befinden sich eigentlich immer wieder auf dem Weg und sind Mächten ausgeliefert, welche sie nicht erkennen und nicht zu durchschauen vermögen.

Das ist die Welt der technologischen Gigantomanie, die heute schon sichtbar ist, schon vor dem berühmten Zeitbegriff »1984« des visionären Romans von Orwell. Es ist eine der wohl bedeutendsten geistigen Erscheinungen unserer Tage, daß die Jugend in den Ländern des nördlichen Wohlstandsgürtels gegen ein solches Morgen der Technokraten aufbegehrt, in dem durch die Manipulierung des Menschen im Kollektiv seine wahre Schöpferaufgabe in dieser Welt zerstört wird. Ein Morgen, wie es die Futurologen, die politischen Ingenieure auf dem Reißbrett der Zukunft, schildern und voraussagen: mit der Irreleitung der Massen, Exzessen, einer zunehmenden Wohlstandskriminalität, einer entsetzlichen Langeweile und inneren Leere, mit der Flucht aus der Wirklichkeit durch Rauschgifte und Perversionen.

Liegt nicht in den aufwendigen Prognosen der Futurologen die Versuchung, dem Menschen eine Welt voraussagen, in der er in der wissenschaftlich-technischen Perfektion alle seine Wunschbilder erfüllt sieht? Ist es nicht das gleißnerisch schillernde »Utopia« eines aufbrechenden Jahrhunderts, das die Menschheit in ihrem Forschungsdrang zum achten Schöpfungstag befähigt, in dem der Mensch selbst als Geschöpf aber seiner eigentlichen Aufgabe verlustig ginge, die Erde sich im wahren Geiste dienstbar zu machen.

Dieses »Utopia« in einer selbstgewählten Knechtschaft zu verhindern, ist die wohl größte Aufgabe unserer Generation. Welche Regierungsformen auch denkbar sind, – sie alle unterliegen den Gesetzen der menschlichen Na-

tur, werden immer nur Stufe zu einem Idealbild sein, das der Mensch, auch der moderne Mensch der technischen Perfektion, sich schafft. Die Entwicklung zum Parlamentarismus unserer Tage entsprach in allen ihren Phasen der Gesellschaftsstruktur. Waren es zunächst die Stände, die sich zusammenschlossen zu Ständeversammlungen, so entwickelte sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und vor allem im 19. Jahrhundert der Mechanismus einer wirksamen Kontrolle über die Macht im Staat durch die vom Volk in seiner Gesamtheit gewählten Vertreter in einem Parlament.

In einer Zeit, in der alles in Frage gestellt ist und in der die Freiheit von denen vor allem bedroht ist, die eine Veränderung überholter und unbrauchbarer Strukturen der Gesellschaft zu verzögern oder zu verhindern trachten, in dieser Zeit ist auch die Institution der Parlamente von einem Machtverfall bedroht. Die gesetzgebenden Organe sind in ihrer Funktion als oberste Kontrollinstanz im Staat überfordert und nicht mehr im ursprünglichen und ausreichenden Maß in der Lage, die Rechte der Staatsbürger vor der Übermacht der Bürokratie zu schützen. Wir befinden uns im Aufbruch zu neuen Gesellschaftsstrukturen auch in einer ernsten Krise des Parlaments, und es sollte nun, im Rückblick auf die 160jährige Parlamentsgeschichte Bayerns, unser besonderes Anliegen sein, unseren Blick kritisch in die Zukunft unseres Parlaments zu richten.

Es kann nicht darum gehen, das Alte zu stürzen und neue Formen auf Ruinen zu gründen, sondern lediglich darum, das Bestehende und Bewährte den tiefgreifenden Veränderungen unserer Zeit anzupassen. Nicht Revolution, sondern Evolution ist das Gebot der Stunde. Das *Aggiornamento*, die Angleichung an die Gegebenheiten und Entwicklungen der Gegenwart, das ist der immerwährende tägliche Auftrag an alle – auch und gerade an ein Parlament. Dabei müssen wir uns von vorneherein darüber im klaren sein, daß die Schwierigkeiten in der erstmals in der Geschichte der Menschheit in diesem Maße auftretenden Tatsache liegen, daß die für durchdachte und wirkungsvolle Erneuerungen notwendige Zeit der Reife oft länger währt als die Lebensdauer der Tatumstände, die diese ausgelöst haben.

Der große Staatsphilosoph Machiavelli überschreibt das erste Kapitel des dritten Buches seiner »*Discorsi*« mit dem Satz: »Soll ein Staat lange bestehen, so muß man ihn häufig zu seinen Anfängen zurückführen.« Deshalb sei, am Vergleich des menschlichen Körpers gemessen, an dem sich auch jeden Tag etwas ansetze, das irgendwann einmal der Heilung bedürfe, Erneuerung

notwendig. Das Mittel zur Erneuerung aber, so sagt Machiavelli, ist, zu den Anfängen zurückzufinden, »denn in ihren Anfängen müssen ja alle Freistaaten und Königreiche notwendig etwas Gutes gehabt haben, dem sie ihr ursprüngliches Ansehen und ihre ursprüngliche Durchschlagskraft zu danken hatten.« Wenn dieses Gute im Laufe der Zeit verdirbt, so muß der Körper notwendigerweise absterben, wenn nichts eintritt, um das ursprüngliche Gute wiederherzustellen. Dies kann ein von außen kommendes Ereignis sein, es kann auch aus inneren Impulsen geschehen. Von letzteren sollten wir uns leiten lassen.

In seiner inneren Struktur und von seinem Wesen und Auftrag her hat sich das Parlamentssystem als wohl einziges in der freiheitlichen Demokratie wirksames Bindeglied zwischen Regierenden und Regierten erwiesen. Weder die direkte Demokratie noch eine weitgehende Entmachtung des Parlaments als gesetzgebendes Organ und Kontrollinstanz sichern Mitwirkung und Mitverantwortung des Einzelnen im Gemeinwesen. So stand am Anfang unseres Parlaments der dann auch geglückte Versuch, das Kräfteverhältnis zu verschieben und ein Gleichgewicht der Gewalten in etwa anzustreben. So sehr auch die Lehre Montesquieu's von der Gewaltenteilung im politischen Aufbau moderner Staaten durchbrochen wurde – mag man sie gelegentlich auch wirklichkeitsfremd als Tabu behandeln –, so sehr das Gleichgewicht der Kräfte aus klassischer Zeit zwischen Gesetzgebung und Verwaltung gestört ist, – der Parlamentarismus erfüllt auch im modernen Staatswesen und –leben eine der wohl wichtigsten Funktionen im Zeitalter der Massengesellschaft: die Erziehung des Wahlbürgers zum Staatsbürger und des Staatsbürgers zum wahren Bürger des Staates in seiner vollen Mitbestimmung und Mitverantwortung.

Dieser Erkenntnis steht die unbestreitbare Tatsache der Machteinbuße der Parlamente gegenüber. Überall, auch in den kräftigsten Demokratien nimmt die vollziehende Gewalt den ersten Platz ein. Hier handelt es sich um eine fast unvermeidlich erscheinende Entwicklung. Die Verwaltung ist jene Autorität im Staat, der ununterbrochen neue Aufgaben zufallen oder auch zugeschoben werden. Sie ist demnach dazu berufen, immer mehr Initiativen zu ergreifen und rasche Entscheidungen zu treffen. Dadurch wiederum erweitern sich bei ihr Wissen ebenso wie Apparat und Wirkungsbereich. Demgegenüber schwinden die Möglichkeiten der Parlamente.

Das Budgetrecht, der Kernpunkt der Errungenschaften des modernen Parlamentarismus, einstens eine von der Regierung gefürchtete Waffe des Parlaments, läßt kaum wirkungsvolle Akzentverschiebungen zu. Ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenes und ausgewogenes Kompendium an Milliardenzahlen wird dem Parlament zugeleitet und läßt nur Korrekturen von geringer Bedeutung zu, noch dazu angesichts der Tatsache, daß hinter jedem im Etat erfüllten Wunsch weitergehende Forderungen der Öffentlichkeit von nicht minderer Berechtigungskraft stehen. Hier wäre nur insoweit ein Wandel denkbar, daß über die großen Richtlinien der Verwendung der nicht im voraus verplanten, noch frei manipulierbaren Etatmasse vor Aufstellung des Entwurfs auch das Parlament als Gesprächspartner von der Regierung eingeschaltet wird. Dabei darf nicht übersehen werden, daß derartige Willensentscheidungen des Parlaments in einzelnen Punkten im Laufe eines Jahres beschlußmäßig der Staatsregierung zugehen und von dieser auch in der Regel berücksichtigt werden. Aber diese manipulierbare Masse schwindet im Zuge unserer finanziellen Entwicklung zusehends.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der unbestrittenen Dominante des Parlaments, zeichnen sich auch Entwicklungen ab, die bedenklich stimmen müssen. Es bedeutet meines Erachtens keinen Abbruch für die Parlamente, wenn die Staatsregierung im Rahmen ihres Initiativrechts – gestützt auf Apparat und Material, aber auch auf die Erkenntnis, daß sie für den Vollzug verantwortlich ist – dem Landtag Anregungen zu großen Gesetzeswerken zuleitet. Dieser normale Lauf der Dinge wird jedoch dann in bedenklicher Weise unterbrochen, wenn Gesetzesvorschläge nach Abklärung zwischen den Ministerien zur Stellungnahme den interessierten Verbänden im ganzen Lande zugeleitet werden und so weitgehend bekannt sind, nur nicht dem Abgeordneten, der – vielfach darauf angesprochen – sich mit Nichtwissen exkulpieren muß.

Um nicht mißverstanden zu werden: das Gespräch im vorparlamentarischen Raum ist für unsere Demokratie unerlässlich und wesensnotwendig. Nur sollte nach unserer Verfassung das Parlament und der Parlamentarier auch im Vorstadium des Gesprächs nicht übergangen werden. Will man eine echte, lebendige parlamentarische Demokratie, darf man das Parlament nicht zu einer verfassungsmäßig gebotenen notariellen Beglaubigungsstelle abwerten.

Schließlich ist noch die ernster Überlegungen, aber auch einverständlichen Zusammenwirkens bedürftige tiefgreifende Problematik der Kontrollfunktion des Parlaments anzusprechen. Diese erschöpft sich nicht in dem seiner Effizienz nach zu verstärkenden Petitionswesen. Gerade in der Kontrolle der mächtigen und dem Bürger oft übermächtig erscheinenden Verwaltung durch ein auch zur Kontrolle fähiges Parlament liegt der Kern des Vertrauens des Bürgers zum Staat und seinen obersten Organen und damit ein wirksames Gegenmittel gegen eine um sich greifende Staatsverdrossenheit.

Otto von Habsburg schreibt in seinem Buch »Politik für das Jahr 2000«: »Trotz der gewandelten Bedingungen ist aber das Parlament als der höchste Ausdruck des Volkswillens und als Schutz der Freiheit gerade heute nötiger denn je.« Wollen wir dieses Ziel erreichen – und das ist unsere Pflicht –, dann müssen wir bei uns beginnen und dürfen auch vor Selbstkritik nicht haltmachen. Autoritätsverlust und der damit Hand in Hand gehende Vertrauensschwund ist von uns selbst zu wenden. Dabei liegt es nicht in unserer Hand, die sehr bedeutungsvolle Zusammensetzung der Parlamente zu steuern. Das bestimmt letztlich der Wähler.

Parlament – Utopie und Wirklichkeit: Der Autoritätsverlust in Staat und Gesellschaft hat vielfache Wurzeln. Institutionen sind durch und für den Menschen geschaffen; wo sie in ihrer Funktion nicht mehr den harten Realitäten des Lebens entsprechen und im Niemandsland zwischen Utopie und Wirklichkeit sich bewegen, werden Formen fragwürdig; vom Politischen her hat die Autoritätskrise nicht zuletzt ihre Ursache in der demoskopisch orientierten Gefälligkeitsdemokratie, die zum Machtverfall der Parlamente führt, zur Eigengesetzlichkeit der Verwaltungsmaschinerie und letztlich zur Gefährdung der Freiheit.

Im letzten Viertel unseres Jahrhunderts werden sich Wesen, Aufgaben und Einflußbereiche des Parlaments im Staat wandeln und zu neuen Wirkungsbereichen führen. Im Rückblick und im Ausblick sehen wir in Bayern die kontinuierliche Einheit von Tradition, Gegenwart und Zukunft.

## Der konstitutionelle Staatsgedanke in unserer Zeit

Es wäre Aufgabe für einen politischen Wissenschaftler, das Thema der konstitutionellen Staatsidee in unserer Zeit in seinen historischen Zusammenhängen, den außerordentlich vielschichtigen Verflechtungen unseres modernen demokratischen Staatsgefüges umfassend zu behandeln. Ich bin Politiker und versuche daher, den Themenkreis vom Standort des Politikers zu umreißen, wobei ich mir bewußt bin, daß ich hier nur einige Ausschnitte aus dem umfangreichen Fragenkomplex behandeln kann.

Als Politiker möchte ich mich weniger mit den bestehenden und in unseren Tagen stark diskutierten Formen von Staat und Gesellschaft befassen; für den Politiker ist es weit wichtiger, den ihm gestellten Auftrag zu erfüllen, das Neue mitzugestalten und notwendige Reformen rechtzeitig einzuleiten.

Ich werde keine groß angelegten Prognosen stellen im Stil unserer professionellen Futurologen, die gerade jetzt zu Beginn der 70er Jahre schillernde Zukunftsvoraussagen in einer Flut von Veröffentlichungen auf allen erdenklichen Lebensgebieten gemacht haben. Politologen und Futurologen stellen Theorien und Thesen auf, die da bedeutsam sind, wo reales Zahlenwerk vorliegt und daraus Folgerungen für Planungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gezogen werden können. Wo aber unsere Zukunftsforscher sich im Niemandsland spekulativer Deutung bewegen und damit den Menschen unserer Tage ein ideales Zeitalter vorgaukeln, sind sie für Staat und Gesellschaft eine Gefahr; der von Wissenschaft und Technik abgeschirmte und sich sicherühlende Mensch sieht sein Schicksal von Prognosen vorausbestimmt und verliert die Freiheit der eigenen Entscheidung. Wo aber diese Freiheit vom Menschen aufgegeben wird, gefährdet er seine eigene Position und damit seinen souveränen Standort in Staat und Gesellschaft.

Gibt es aber eine Logik und damit eine Voraussage im geschichtlichen Ablauf? Oswald Spengler stellte diese Frage vor mehr als 50 Jahren; gibt es jenseits von allem Zufälligen und Unberechenbaren der Einzelereignisse eine metaphysische Struktur der historischen Menschheit, die von den weithin sichtbaren geistig-politischen Gebilden der Oberfläche wesentlich unabhängig ist?

Wir, die im letzten Drittel dieses an seinem Beginn so gerühmten technischen Jahrhunderts stehen und auf sieben Jahrzehnte unserer Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert zurückblicken, haben es schicksalhaft erlebt, daß sichtbare Strukturen im geschichtlichen Ablauf überlagert sind von jenem Zufälligen und Unberechenbaren, das seit der Antike im Drama als Verhängnis und Erleiden des Menschen geschaut und gedeutet wird.

Ehe wir unsere heutige Position in ihren zweidimensionalen Perspektiven des Zeit- und Raumbegriffs ausloten, erscheint es mir wichtig, den Begriff des Politischen kurz zu definieren. Wir nennen Geschichte die menschlichen Daseinsströme in Bewegung und ihrer Dynamik. Politik ist die Art und Weise, in der dieses strömende Dasein sich behauptet, wächst und über andere triumphiert. Das ganze Leben ist Politik, in jedem triebhaften Zug, bis ins innerste Mark. Herder nennt Geschichte eine in Bewegung gesetzte Geographie; damit sind Raum und Zeit als Grundlagen der Staatenkunde bestimmt und Ausgangspunkt für unsere zeitgemäßen Überlegungen über Staat und Gesellschaft in ihrer Konstitution und in dem sich wandelnden Bild künftiger Entwicklungen.

Es ist eines der größten Erlebnisse, das ich immer wieder in Rom habe: Die Begegnung mit dem Moses Michelangelo in San Pietro in Vincoli; es ist mehr als ein gewaltiges Kunstwerk von begnadeter Meisterhand: es ist die Macht abendländischen Geistes, die Form und Gestalt wurde und das Ordnende in einer chaotischen Welt symbolisiert. Hier ist die normensetzende Kraft Gestalt geworden, die Ordnung und Gesetz verkörpert in dem Unabdingbaren, das dem Menschen in seinem Wesen gesetzt ist. Und so, wie Michelangelo diesen Moses meisselte in seinem heiligen Zorn gegen das Volk, das aufbegehrt und Gesetz und Gebot mißachtet, – so ist diese große Gestalt der Menschheitsgeschichte Leitbild einer ewig gültigen Ordnung und Gesetzgebung, die dem Menschen aufgegeben sind aus seinen Urgründen und um seiner selbst willen.

Für die Menschen unserer Zeit, in der alte Ordnungen wanken und fallen und sich das Niemandsland eines neuen Weltbildes auftut, stellt sich die entscheidende Frage: Sind die überkommenen Ordnungen und Gesetze in ihrer Unabdingbarkeit, wie sie im Dekalog gleichsam für alle Zeiten sichtbare Zeichen wurden, heute noch gültig, in einer in ihren Bindungen gelösten Umwelt, die das Wort Teilhard de Chardins verständlich macht, daß wir uns erst am Fuße des Berges Sinai befinden auf dem Weg zu den Höhen menschlicher

Erkenntnis. Eine solche Frage ist notwendig geworden, wo Ordnung und Gesetz in ihrem herkömmlichen Sinn in Frage gestellt sind und Begriffe, wie Revolution und Anarchie, zu dem Vokabular unserer politischen Auseinandersetzung gehören.

Der junge italienische Filmregisseur Pier Paolo Pasolini nannte bei einer Filmtagung in München die Gründe seiner vom Religiösen her geführten Gesellschaftskritik; Pasolini glaubt, daß Gott in seiner geschichtlichen Transparenz ein Gott der Hirten und Bauern geblieben sei, nur erlebt im Agrargefüge früherer Zeiten. In der Industrieepoche unserer Tage ist, so meint Pasolini, Gott nicht mehr wirksam; etablierte Religion hat nicht mehr die Kraft, den Menschen zu wandeln, sie ist, so kritisiert Pasolini, zum Ritual erstarrt. Das Heil kommt in dem modernen gesellschaftskritischen Film mit seinen stark atheistischen Zügen nicht von der etablierten Religion; diese ist Teil der Gesellschaft geworden, sie konnte die Welt nicht verändern, ihre Funktionen sind offenbar aus einer anderen Zeit, der Agrarstruktur der alten Welt.

Stellt sich nicht auch für die staatlichen Systeme und Strukturen in ihren historischen Funktionen die Frage ihrer Wirksamkeit in der heutigen Welt? Sind Ordnung und Gesetz in ihren Normen und Maßstäben in Staat und Gesellschaft heute noch gültig; sind in einer mobilen Gesellschaft noch Strukturen staatlichen Lebens im historischen Sinn tragend – in einer Gesellschaft, in der alle Werte und Wertungen in Frage gestellt sind und der autonome Mensch die Gesetze der Natur zu beherrschen beginnt und in ihrer Beherrschung sich dem Schöpfer und der Schöpfung gleichsetzt?

Der römische Kaiser Marc Aurel bemerkt in seinen Selbstbetrachtungen: »Meine Stadt und mein Vaterland ist, insofern ich Antonin heiße, Rom, insofern ich ein Mensch bin, die Welt.« Urbs et orbis – die Stadt und der Erdkreis, das ist Nähe und Weite, die den Einzelnen in die größere Ordnung einer Gemeinschaft stellt und ihn einfügt in seinen eigensten Lebensbereich.

Angesichts solcher mehr zeitlosen Vorstellungen zeigen sich die Probleme unserer Zeit in ganz anderen Dimensionen. Drängt nicht Europa, drängt nicht weithin die ganze Welt nach neuen staatlichen und nationalen Strukturen? Wir selbst, die Deutschen, erleben nach einem Jahrhundert nationaler Krisen die Situation tragischer und doch wohl z. T. auch heilsamer Entwicklungen im eigenen Bereich: Die Existenz einer Nation, die seit einem Vierteljahrhundert in zwei Staaten aufgespalten ist.

Mehr noch: Wir sind Zeugen der Geburt eines neuen Staates. Das mag vermessen klingen, doch die Anzeichen mehren sich, daß die Kernländer Europas trotz aller retardierender Momente sich auch politisch zusammenschließen und daß die konstitutionelle Staatsidee von morgen ganz andere geistige, politische und organisatorische Strukturen erfordert als es unsere überkommenen staatlichen und nationalen Verfassungen sind.

Wir sehen im Rückblick von ihren Ursprüngen her die Begriffe Sippe – Stamm – Volk – Staat – Nation in ihrem Wachstumsringen in Raum und Zeit. Vom Volk in seiner naturgegebenen Ordnung und Herkunft her sind Staat und Nation in ihren vielseitigen Erscheinungsformen sichtbar; Humanität und Staat, Idee und Welt sind immer vom Volk her in ihrem Sinn gedeutet und geformt worden.

Goethe, der auch als Politiker großartige Gedanken in die Zukunft hinaus entwickelte, sah wahres Volk nur dort, wo der Einklang von Nationalität und Humanität besteht, wo der Sinn des Volkes für Gerechtigkeit, Wahrheit und Schönheit offen ist, wo es so in sich sein eigentliches Selbst verwirklicht. In Goethes Denken gibt es den doppelten Begriff des Volkes: Von der reinen Gestalt des Volkes, die er als »Volkheit« bezeichnet, unterscheidet er den Pöbel, die launische und verführbare Menge, die rohe und gewalttätige Masse, die dem individuellen und kollektiven Eigennutz hingeebene Vielheit. Immer wieder erscheint in der Mitte seines Denkens und dichterischen Fühlens dieser Gegensatz von Volkheit und Masse. Goethes Zurückhaltung gegenüber allen nationalrevolutionären, allen nationalstaatlichen Bestrebungen stammt daher, daß er fürchtete, es werde im Vollzug des nationalrevolutionären Wollens, des nationalstaatlichen Werdens im Volk nicht nur das Bewußtsein der inneren Einheit wirksam und mächtig; er sah voraus, daß damit zugleich die zerstörenden Kräfte entbunden würden, die das Volk in Masse verwandeln und es in den Abfall vom hohen Sinn des Menschentums treiben. Die Gefahr der Vermassung, die Goethe voraussah und die dem neuen Zeitalter drohte, hat niemand früher und schärfer gesehen als er. Schon dadurch, daß er dieser Gefahr mit der äußersten Entschiedenheit entgegentrat, bewährte er sich als politischer Denker und Staatsmann großen Stils.

Das ist wohl auch die entscheidende Frage unserer Zeit. Sind die sich abzeichnenden Strukturen in einer neuen konstitutionellen Staatsidee in ihren völlig anderen Dimensionen realisierbar, oder sind sie der Wunschtraum

nach dem Vollkommenen, das der Mensch sich seit frühen Tagen ersehnt? Erleben nicht auch wir schmerzlich die Vision Platons in seinem »Staat«: Die Fülle des glänzenden Lichts im Widerschein des Feuers, das die Gefesselten in der Höhle wahrnehmen, – das ideale Bild des Staates, das der Schauende nur als Schattenspiel an der »Höhlenwand« erblickt; der Staat, in dem der Weise herrscht und das Gute das Tun der Menschen bestimmt. Immer wird, wie Goethe sagte, die Wirklichkeit eine Parodie der Idee bleiben.

Es ist Aufgabe des politischen Wissenschaftlers, die historischen Entwicklungen und Systeme in ihren Erscheinungsformen und Auswirkungen nachzuzeichnen. Der Politiker sollte nach neuen Strukturen suchen, nach Denkmodellen, die in die Zukunft weisen. Es hat sich gezeigt, daß eine Staatsbetrachtung, die bloß empirisch vorgeht und versucht die menschliche Gemeinschaft auf dem Faktum der Macht zu begründen, unzulänglich ist. Wer wollte in unseren Tagen verkennen, daß die Ausübung der Macht und die Kontrolle über jene, die sie in Händen haben, allein dem Volk zusteht und daß alle anderen historischen Herrschaftsformen und -systeme dem Wesen des Menschen unseres Jahrhunderts widersprechen, das nach freier Selbstbestimmung und Mitverantwortung ruft.

Die konstitutionelle Staatsidee in unserer Zeit beruht auf der freiheitlichen Ordnung, die in Institution und Funktion nur durch das Prinzip der demokratischen Staatsform gewährleistet ist.

Wir sollten uns vor einer gefährlichen Illusion hüten. Demokratie ist keine Zauberformel für den Idealstaat in einer unreinen und unheilen Welt; nicht für den Staat, der Freiheit, Glück und Gleichheit verheißt und in seinen humanitären Zielen das Dunkel autoritärer Systeme überstrahlt.

Während Goethe noch von einer »Volkheit« im elitären Sinn sprach, die Leitbilder schuf und aus einer weitgehenden geistigen und weltanschaulichen Einheit ihre staatsbildenden und -erhaltenden Kräfte bezog, ist Demokratie in der heutigen konstitutionellen Staatsidee Einheit und Gegensatz, die Vielfalt der sozialen Strukturen in Staat und Gesellschaft in ihren überaus differenzierten Erscheinungsformen und Interessengruppierungen.

Die Staatsmänner, Politiker und philosophierenden Politologen der Antike sahen alle Machtvorstellungen im Staat aus den Erfordernissen von Regierungsformen, die Freiheit des Einzelnen in einem irgendwie individualistischen Sinn nicht kannten und ihr keinen Raum ließen. Der Begriff von Frei-

heit und ihrem möglichen Mißbrauch unterlag bis zur Neuzeit dem Gesetz der Herrschenden; in dem Spannungsverhältnis einer so verfestigten Ordnung liegen die eigentlichen Ursachen des Aufbruchs und Ausbruchs der emanzipierten Massen unserer modernen Industriegesellschaft.

Dem Begriff der Freiheit parallel ist das Wesen der Gleichheit, das auch Hegel in seiner Philosophie der Freiheit apostrophiert. Während bei Montesquieu die Einsicht vorherrscht, daß Freiheit nur da gewährleistet ist, wo es einen Pluralismus und ein Gleichgewicht sozialer Kräfte gibt, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse Tocquevilles, daß in der durch die Gleichheit gekennzeichneten »demokratischen Revolution« die Freiheit gefährdet ist. Denn in einer egalitären Gesellschaft, in der politische Rechte ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand, Ansehen usw. bestehen, in der die Ungleichheit aus der Sphäre des Institutionellen und Rechtlichen verbannt ist, besteht die Gefahr, daß die Allmacht der öffentlichen Meinung und der Herrschaft der Mehrheit einen Konformismus begünstigen, in dem der Einzelne verschwindet; je gleicher und ähnlicher die Bürger werden, desto wehrloser liefern sie sich der größeren Zahl aus. Tocqueville umschreibt die Gleichheit als die Gleichheit Ungleicher mit den Worten: »Die Demokratie hält die Menschen davon ab, sich ihren Mitmenschen zu nähern.«

Es ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit, im Sinn der Hegelschen Philosophie der Freiheit, daß die Freiheit aller durch die Gesellschaft in dem bestehenden Staat und auf seinem Boden vermittelt wird. Mit anderen Worten: Die Ablösung privilegierter Gruppen und die Sicherung aller durch eine gerechte soziale Ordnung.

Es wäre im Hegeljahr anlässlich des 200. Geburtstages des politischen Denkers eine interessante Aufgabe gewesen, die Aktualität der politischen Philosophie Hegels in unseren Tagen zu untersuchen. Das würde den Rahmen dieser Ausführungen weit überschreiten; daß für Hegel der Staat ein Produkt höherer Geistigkeit und höherer Wirklichkeit ist und damit Selbstzweck, in dem Anfang und Ende sich wieder schließen, führte letztlich zur faschistoiden Staatsidee, in der der Staat alles und der Einzelne nichts ist.

Wir stehen, und damit komme ich zum Hauptpunkt meiner Ausführungen, als Politiker und in erster Linie als legitime Vertreter des Volkes vor der Kernfrage nach der Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen in unserem modernen demokratischen Staat. Es ist nicht von ungefähr, daß gleichzeitig mit dem Beginn des Industriezeitalters, Anfang des vorigen Jahrhun-

derts, die Epoche des Parlamentarismus in Europa einsetzte. Der Mechanismus moderner Regierungsformen entwickelte sich organisch zur direkten und aktiven Einflußnahme des Volkes ohne Unterschied von Amt und Person auf die staatlichen Machtfunktionen.

Wir kennen die Geschichte des Parlamentarismus im demokratischen Staatsprinzip, kennen seine Strukturen, seine von der Natur des Menschen her begrenzten Möglichkeiten und damit auch seine Mängel. Wo dieser Mechanismus zu einem reinen Funktionalismus abgeleitet, wo die Institution nicht der Funktion dient: der demokratischen Willens- und Entscheidungsfindung in einem nicht manipulierbaren Sinne, – da wird in Zukunft das parlamentarische System scheitern müssen.

Ich sprach zuvor von Einheit und Gegensatz in Staat und Gesellschaft. Wo sie eine Einheit bilden, besteht sie in der äußeren Organisation, im Apparat, dessen Perfektion auch im Zeitalter des Computers und der Kybernetik nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß unsere moderne Industrie- und Leistungsgesellschaft eine Dynamik enthält, die den Staat in seinen vorgezeichneten Strukturen zu sprengen vermag.

Ist in der Mobilität und Labilität der modernen Massengesellschaft ein Staatsgefühl noch möglich und sind Ordnung und Gesetz im Staat gewährleistet, dessen Bürger in der Forderung nach Freiheit und Gleichheit in ihrem eigensten Lebensbereich sich angesichts der Auswirkungen der zweiten Industrierevolution ungesichert fühlen müssen?

Wir erleben das hieraus entstehende Spannungsverhältnis in dem geometrischen Figurenwerk eines Dreiecks: An dem einen Ende das System von Ordnung und Gesetz in Staat und Gesellschaft. Zum anderen die mobile Gesellschaft in einer gewaltigen sozialen Umschichtung und Verunsicherung; daraus sich ergebend die dynamischen Kräfte zur Änderung von Staat und Gesellschaft. Das ist unsere Situation in Staat und Gesellschaft. Wir sollten sie ernst nehmen, vor allem im Hinblick auf die Frage nach der konstitutionellen Staatsidee in unserer Zeit. Es ist die soziale Frage, die über unsere staatliche Zukunft entscheiden wird. Wir alle kennen die ausgezeichnete Untersuchung der Bayerischen Staatsregierung über die Auswirkungen des technischen Fortschritts in unserem Land. Mehr als das gesamte Bundesgebiet ist Bayern im kommenden Jahrzehnt zum wirtschaftlichen Wachstum berufen, wenn es gelingen soll, die bis 1980 auftauchenden sozialen Probleme zu bewältigen. Das Ergebnis der Untersuchung: Jeder zweite Arbeit-

nehmer in Bayern muß bis zum Jahr 1980 damit rechnen, daß er als Folge der technischen Entwicklung seinen Arbeitsplatz wechseln muß. Die Entlassung oder auch anders geartete Verwendung im gleichen Betrieb, die 52 Prozent der bayerischen Arbeitnehmer nach dieser Untersuchung in den nächsten zehn Jahren zu gewärtigen haben, braucht zwar nicht Arbeitslosigkeit und damit sozialen Abstieg zu bedeuten. Wenn auch jede Freisetzung zur beruflichen Umsetzung wird, so bedeutet der gewaltige soziale Wanderungsprozeß doch für jeden Einzelnen einen tiefen Einbruch in seinen eigenen Lebensbereich.

Nicht vom Computer-Vormarsch beeinflusst und doch ein gleichviel stärkerer Einbruch in die Struktur unserer modernen Leistungsgesellschaft ist das nicht eingestandene Gesetz in unseren Wirtschaftssystemen, durch das Menschen in ihren besten Lebensjahren an den Rand der Leistungsgesellschaft gedrängt werden. Wenn man bedenkt, daß im Arbeitsprozeß nur die 25- bis 40jährigen gefragt sind und Aufstiegsmöglichkeiten haben, so bedeutet das die Abwertung der menschlichen Arbeitsleistung und Minderung auf ein Drittel dessen, was der Mensch in seinem Leben zu leisten und zu erreichen vermag.

Damit wird Freiheit ohne Sinn; Staat und Gesellschaft werden in ihrem menschlichen Gehalt ausgehöhlt. Ordnung wird zum Chaos im inneren Gefüge einer Gesellschaft, die erbarmungslos ausschließlich nach dem Gesetz des wirtschaftlichen Profits handelt.

Das sind die eigentlichen Ursachen des Aufbegehrens vor allem der Jugend gegenüber erstarrten und verkrusteten Formen und Strukturen in Staat und Gesellschaft, die umfassende Reformen verhindern. Es ist letztlich die ureigene Sehnsucht des Menschen nach Geborgenheit, Geborgenheit in einer Ordnung, die Freiheit und Gleichheit in der modernen Welt zugleich sichern, die wahren Ziele der Demokratie!

Um diese Ziele zu erreichen, bestehen gerade in neuerer Zeit vielerlei Vorstellungen. Immer wieder wird heute, und vor allem von den jugendlichen Bilderstürmern, das Räte-System als ideale Regierungsform in einem modernen Staatswesen gepriesen. Räte-System ist jedoch Rätediktatur, in der nicht das Volk selbst entscheidet und mitentscheidet, sondern von einer Gruppendiktatur alle Macht ausgeht.

Wo könnte unsere Jugend sich frei zu hearings, teach-ins, sit-ins und wie alle diese neudeutschen problematischen Diskussionen in unserem freien

und freiheitlichen Staatswesen heißen, versammeln und sich unbekümmert um Ordnung und Gesetz herumtummeln?

Wir, die Verantwortlichen in diesem Staat und damit auch verantwortlich für die in der pluralen Gesellschaft lebenden Bürger, sollten über das offensichtliche Fiasko der politischen Rebellen und der APO-Anarchisten keineswegs triumphieren. Die Aufgaben einer umfassenden Reform von Staat und Gesellschaft stehen auch weiterhin groß im politischen Raum.

Das Aufbegehren der Jugend gegen materialistisches Denken, gegen einen Pragmatismus, der keinerlei Ideale mehr kennt und das Menschliche verkümmern läßt, ist eine der Ursachen, die von der Gesellschaft her Ordnung und Gesetz im Staat in Frage stellt. Die andere Ursache, und sie erscheint mir von Ursache und Wirkung her gleich bedeutsam und alarmierend, ist das weithin gestörte Verhältnis von Macht und Geist. Das demokratische Staatsideal erweist sich hier in seiner Konstitution offen und in seiner inneren Struktur gefährdet. Demokratie ist Macht aus Mehrheit; Mehrheit ist Masse, und Masse ist manipulierbar. Die aber den Staat und die Gesellschaft in ihrem Gefüge vom Geistigen her tragen, sind immer eine Minderheit, die sich in der Demokratie von der Masse verdrängt fühlt. Diese Minderheit spielt in der überschätzten Wertung der Zahl in Statistik und politischer Entscheidung nur eine geringe Rolle. Wo ist in der Massengesellschaft noch Platz für Menschen, die in freier Entscheidung Verantwortung tragen für ihr eigenes Leben in der freien, von allen Fährnissen des Lebens bedrohten Existenz? Hier liegen die tiefen Mißverständnisse unserer Zeit, die im Planen und Verplanen von allem und aller auch jenes Irrationale gewaltsam einzubeziehen und damit sich untertan zu machen sucht, jenes Irrationale, das sich jeder Vergewaltigung durch Organisation und Perfektion entzieht. So hat sich zwischen der das demokratische Gefüge bestimmenden Industriegesellschaft und jenen, die gemeinhin als intellektuelle gelten, eine Kluft gebildet, die nicht nur vom Sozialen her eine Gefahr bildet.

Während auch die Industriegesellschaft der Gegenwart nicht auf die von schöpferischen Menschen hervorgebrachten Leistungen und auf den Glanz einer von ihnen geschaffenen Kulturfassade verzichten kann, fühlen sich die vom Geist her Wirkenden mißbraucht und im Peripherischen der neuen Gesellschaftsordnung als Fremdlinge. Ihre von der Isolierung herrührende Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft ist verständlich; die Enttäuschung darüber, daß eine das gesamte geistige und kulturelle Niveau unserer Zeit be-

stimmende, wenn auch kleine Schicht ihre tragende elitäre Rolle in Staat und Gesellschaft mehr und mehr zu verlieren und zur reinen Staffage einer vom kulturellen Massenkonsum lebenden und seinen Bedürfnissen entsprechenden Gesamtheit zu werden droht, kann für die Gesellschaft und damit für den Staat schwerwiegende Folgen haben.

Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet fort, das ist überall, bis in den Bereich des Religiösen, hinein spürbar. Kann der Staat als »Moderator« der Gesellschaft wirksam werden? Das ist die Frage nach der Freiheit und ihren geistigen Voraussetzungen im staatlichen Aufbau. Eine Gefahr, und sie ist nicht gering, für die Freiheit liegt in der Einstellung des modernen Menschen der Massengesellschaft. Für ihn ist der Staat zu einer gewaltigen Maschine, zum politischen Funktionsapparat geworden; der Staat ist für ihn das sichtbare und allzeit funktionierende Produkt der Zivilisation, – für den Massenmenschen eine anonyme Macht, die mit der Masse übereinstimmt, da beide anonym sind. In der Anonymität aber wächst keine Freiheit, die Verantwortung, Entscheidung und damit ein beständiges Ringen des Einzelnen und Aller um das Gemeinwohl fordert.

Hier liegt ein Widerspruch im demokratischen Denken: auf der einen Seite die Staatsallmacht, der allzeit funktionierende Apparat, die Herrschaft der Verwaltung, – auf der anderen Seite die unabdingbare Forderung nach der Demokratisierung unserer Gesellschaft, nach Mitbestimmung und Mitverantwortung. Solche widersprüchlichen Tendenzen führen zu einer geradezu neurotischen Reformsucht; sie ist zu einem Teil unseres gesellschaftlichen Bewußtseins geworden, zur Ideologie einer Gesamtgesellschaft, die nur noch futuristisch zu denken vermag in der Gigantomanie der Technokraten der Massengesellschaft.

So sehr auch die Demokratie mit solchen Widersprüchen konfrontiert wird: Um das Menschliche in der modernen Technokratie überhaupt zu retten, ertönt nicht nur im Westen, sondern auch in den totalitären östlichen Staaten der Ruf nach Demokratisierung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Mit anderen Worten: die grundlegende Wandlung der Gesellschaftsstruktur vom Hierarchischen zum breiten Bau der Gesellschaftspyramide. Wir erleben das selbst in jenen Institutionen, deren hierarchische Traditionen ehrwürdige Form erlangt haben; in ihrer Demokratisierung suchen sie mit den als notwendig erkannten Reformen eine geistige Erneuerung im Hinblick auf die großen sozialen Probleme unserer

Zeit. Dieser Demokratisierungsprozeß zeigt weltweite Perspektiven und hat überall den einen Ursprung: das Aufbegehren des Menschen gegen die Übermacht des Anonymen innerhalb des Staates und seiner politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen. Demokratisierung bedeutet somit nicht Atomisierung des Lebens, nicht Auf-Spaltung sondern Auf-Gliederung!

Im letzten Sinn geht es um das Humanitäre im Menschen; Humanität im Sinn der Solidarität alles Menschlichen, nicht nur im Horizontalen des Verhältnisses des Menschen zur Gemeinschaft, sondern weit stärker noch in der vertikalen Stufung der gesellschaftlichen Angleichung. Im Humanitären vereinigen sich die Ideale von Demokratie und dem von uns verstandenen demokratischen und föderalen Staatsaufbau in seinen historisch gewachsenen Formen.

Wie weit diese historisch gewachsenen Formen in unserer heutigen Industriegesellschaft Gültigkeit haben, wie weit Re-Formen notwendig und unerläßlich sind, um Ordnung und Gesetz vor lebensfeindlicher Erstarrung zu schützen, – das erfordert die Bereitschaft zu neuen Denkmodellen.

Eines ist sicher: Im letzten Drittel unseres Jahrhunderts werden sich Wesen, Aufgaben und Einflußbereiche des Parlaments im Staat wandeln und zu neuen Wirkungsbereichen führen. Mit dem Wandel von Wesen und Aufgaben des Parlaments werden sich auch die Strukturen des konstitutionellen Staatsaufbaus ändern; bleiben aber wird die Idee der Freiheit als das tragende Lebensprinzip, und es ist die vornehmste Aufgabe des Politikers, im Neuen, das sich in Staat und Gesellschaft durchsetzt, die Idee der Freiheit zu verteidigen.

Dabei wird der Politiker in erster Linie gegen die zunehmende Geringschätzung der Verfassungsnormen und damit von Ordnung und Gesetz in ihrer staaterhaltenden Statik ankämpfen. Es besteht mehr und mehr die Gefahr des Manipulierens von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit; solches Manipulieren führt zur Gefälligkeitsdemokratie im Stil demoskopischer Umfragen, der Staat wird zum Spielball politischer Interessengruppen. Die Entfremdung des Bürgers vom Staat, Staatsverdrossenheit und fehlende Mitwirkung im Staat sind die schwerwiegenden Folgen solchen Manipulierens und Taktierens. Die Demokratie ist nicht nur durch autoritäre Systeme gefährdet, sondern auch von innen her, durch die eigenen in ihr wirkenden

Kräfte. Durch sie noch viel stärker, denn Freiheit ohne Ordnung ist der Weg zu Anarchie und Revolution.

Ich zitiere aus dem Buch von Desmond Morris »Der Menschen-Zoo«, in dem bemerkenswerte Ergebnisse über den Menschen der heutigen Massengesellschaft aufgezeigt sind. Morris schreibt als Bilanz seiner wissenschaftlichen Untersuchung: »Die Politiker, die Beamten, die Manager und die übrigen im Superstamm führenden Leute sind gute Sozialmathematiker, aber das genügt nicht. In der künftigen Welt einer steigenden »Vermassung« müssen sie auch gute Biologen sein. Denn irgendwo in all den Unmengen von Draht, Kabeln, Kunststoff, Beton, Stein, Metall und Glas, über das sie gebieten, gibt es ein Lebewesen, das Lebewesen Mensch, einen primitiven jägerischen Stammesangehörigen, der, als zivilisierter Super-Stammesbürger verkleidet, sich verzweifelt abmüht, seine uralten ererbten Eigenschaften in Einklang zu bringen mit der außergewöhnlichen neuen Situation. Wir kommen«, so schreibt Morris, »mit einem angeborenen Apparat elementarer Weisungen zur Welt, die wir nur zu unserem eigenen Schaden übertreten oder ignorieren.«

So ist auch die Welt von morgen vorgezeichnet von der einen und großen Aufgabe: den Menschen vor einer völlig verplanten und sinnentleerten Welt zu bewahren; ihm, dem Menschen, die Chance zu geben, sein Menschtum zu wahren, seine Kräfte zu wecken und ihn seinem von der Schöpfung her zugewiesenen Auftrag zuzuführen, diese Welt und ihre Schätze und Reichtümer sich dienstbar zu machen.

Das ist auch unser eigenster Auftrag. Er ist uns als eine große Verpflichtung aufgetragen. Montesquieu sprach in einer Rede vor der Akademie in Bordeaux ein Wort, das auch für uns in einer uneinen und unheilen Welt gelten soll: »Ist es nicht ein schönes Ziel, daran zu arbeiten, die Menschen glücklicher zu hinterlassen als wir selbst es waren?«

## Das Elitäre in der demokratischen Ordnung

Seit den sechziger Jahren erleben wir eine entscheidende Wandlung in unserem Gesellschaftsbild. Es ist stiller geworden um Fortschritt und Steigerung des Lebensstandards; von der einstigen Fortschrittseuphorie in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft ist wenig mehr geblieben. Über nüchterne Überlegungen im Naturbereich des Umweltschutzes und ökologische Erkenntnisse haben die Menschen zu einer Besinnung gefunden, die weit mehr als aller Fortschrittsglaube das Leben auf unserem Planeten verändern kann. Das ist die eigentliche Chance einer Generation, die ihre Krisen zu meistern sucht. Es sind neue Maßstäbe im Menschlichen gesetzt.

Krisen, wie sie unsere Zeit in anderen Dimensionen als frühere Generationen durchlebt, zeigen sich deutlich in Schlagworten, die im wahrsten Sinn ein Krankheitsbild der jeweiligen Gesellschaft widerspiegeln. Eines dieser modernen Modeworte stammt aus dem medizinisch-gesellschaftlichen Bereich; seine Deutung zeigt Symptome einer menschlichen Erscheinung auf, die die ganze Verunsicherung und die Ängste um das Künftige und Kommende umfassen. Es handelt sich um das vielschichtige Wort »Streß«, ein im Zeichen der sogenannten Nostalgie widersprüchlicher Begriff in unserer so verwissenschaftlichten Umwelt.

Besteht nicht zwischen dem, was wir Mitte der sechziger Jahre als Aufbegehren der Jugend gegen die Gesellschaft, gegen die herrschende Ordnung, erlebten, und dem Erscheinungsbild, das summarisch als »Streß« diagnostiziert wird, ein tiefer innerer Zusammenhang? Sind nicht beide Auswirkung der einen Krisenerscheinung, die krebsartig den zivilisatorischen Menschen unserer Epoche befallen hat? Bei einer Tagung in München hat ein Arzt unsere gesellschaftliche Situation an den Symptomen des Stresses treffend fixiert. Was liegt, so stellte der Mediziner die Frage nach den Ursachen des Stresses, dem als geistiger Vorgang zugrunde? Die Lehre vom Menschen als einer ausschließlich chemisch-physikalischen Wirklichkeit, seine gesamten bisher als seelisch-geistig und geistlich bezeichneten inneren Vorgänge sind nach dieser Lehre nichts als Ausdruck von Triebpotentialen des Selbst-

erhaltungstriebes, des Macht-, des Sexual- und des Todestriebes. In einem psychologischen Wörterbuch von 1950 finden sich die Worte Scham und Reue als selbständige Stichworte; in einem Wörterbuch von 1968, in einem zweiten von 1975 und in einem von 1976 sind diese Stichworte in dem Vokabular der Psychoanalyse nicht mehr vorhanden. Das ist symptomatisch für unsere Seelenlandschaft. Es ist keineswegs nur die Unangepaßtheit unseres Nervensystems und unseres Kreislaufs an das Maschinenzeitalter, die zu den krankhaften Veränderungen von Körper und Seele führt. Gibt es, so stellte der Arzt die Frage, in unserer Gegenwart Veränderungen in der Deutung seiner selbst, des Daseins und damit Veränderung seines Bewußtseins und seiner Bewußtheit, an die der Mensch nicht angepaßt ist? Die naturwissenschaftliche Medizin löst mehr und mehr Philosophie, Dichtung und Religion ab. In dem mit Naturnotwendigkeit ablaufenden Prozeß einer rein naturwissenschaftlichen Anthropologie existiert der Mensch als Person nicht mehr. Er wird hinter seinen Anfang in der Geschichte zurückgeworfen. Denn mit der Kultur beginnt und objektiviert sich in Symbolen das Bewußtsein, daß der Mensch vor geheimnisvollen Wesenheiten lebt. Die im Vergleich mit den Zeiträumen vormenschlicher Entfaltung der Welt kurze Zeit der Geschichte des Menschen läßt erwarten, daß seine Möglichkeiten keineswegs erschöpft sind. Der Mensch formt sich zu einer leib-seelisch-geistigen Gestalt, in der er sich selbst verwirklichen kann. Das ist die Hoffnung, unser aller Hoffnung, – trotz eines bedrohlichen und bedrohenden Verlustes der Selbstverwirklichung und des Ausgeliefertseins an die seelenlose Anonymität einer total verwalteten Welt.

Diese kurze Analyse der menschlichen Situation in unserer Welt erscheint mir notwendig zum Verständnis der Frage: Gibt es eine Antwort auf die Sinnfrage des Lebens in der Solidarität und Verantwortlichkeit des Einzelnen und Aller? Friedrich Schiller hat im zweiten Brief an den Herzog von Holstein-Augustenburg im Zusammenhang mit der Frage über die ästhetische Erziehung des Menschen ein bemerkenswertes Wort geschrieben:

»Ich möchte nicht gern in einem anderen Jahrhundert leben und für ein anderes gearbeitet haben. Man ist eben so gut Zeitbürger als man Staatsbürger ist.«

So, wie sich der Dichter zu seinem Jahrhundert und dessen großen sozialen, geistigen und kulturellen Problemen bekannt hat, so bekennen wir uns voll und ganz zu dem Auftrag, der uns in unserer Zeit gestellt ist.

Uns stellt sich wohl immer die Kernfrage nach dem Menschen, der sich hinter seinen Anfang in der Geschichte zurückgeworfen sieht. Hat der Einzelne und hat er in der staatlichen Gemeinschaft, in der er wirken kann, die Chance, sich gegenüber den übermächtig gewordenen anonymen Kräften noch selbst zu verwirklichen? Ist die Umwelt, die geistige, politische, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche, in der Lage, die Fähigkeit des Menschen, geistige und seelische Werte zu erfahren, zur Selbstverwirklichung zu führen?

Immer schon seit der Antike wird diese Frage im delphischen »Erkenne dich selbst« gestellt. Die moderne Psychologie sieht den Menschen in seinem Wesen bewußter und in der Verantwortung seiner selbst. Der vorbewußte Mensch mag sich als Teil des Ganzen erfüllt haben, – der bewußte Mensch muß sich als solchen erkennen und begreifen.

Heute wird die existentielle Angst des Menschen mit dem Verlust des Geborgenheitsgefühls begründet. Dieser Verlust, den der Mensch sich selbst und seiner vielgepriesenen Emanzipation zuzuschreiben hat, wird als Entwurzelung bezeichnet.

Der wissenschaftliche und technische Mensch unseres Jahrhunderts sucht den Wert des Lebens rationalistisch zu deuten. Wir sehen die Sorge für die Erhaltung des Daseins als eine wichtige soziale Aufgabe und man hat dazu den politischen Begriff der Lebensqualität geschaffen. »Lebensqualität«, ein Schlagwort wie »Umweltschutz«, ist die Erfüllung eines allgemeinen Begehrens nach gleichen zivilisatorischen Errungenschaften, also ein Begehren, das nach außen gerichtet ist. Lebensqualität zielt auf bessere Lebensverhältnisse in der dinglichen Umwelt ab, durch mehr Freizeit, höheres Einkommen und andere materielle Vorteile. Der Begriff der Lebensqualität ist zugleich Kritik an der Industriegesellschaft und ihren Erscheinungen; unter Lebensqualität wird ein Wertzuwachs verstanden, der dem Menschen von außen her angeboten wird, sie meint ein breitgefächertes Angebot von Basiswerten, die möglichst allen Mitgliedern einer Gesellschaft im Sinne der Gleichheit zur Verfügung stehen sollen. Sie ist jedoch nur eine materielle Voraussetzung für das, was der Mensch zu allen Zeiten als jene Lebensqualität sucht, die dem Individuum die Freiheit garantiert, eine Freiheit, die zu ihm selbst führt und ihm die Chance gibt, sein Leben bewußt im Sinne des delphischen »Erkenne dich selbst« zu leben.

Kehren wir zurück zu dem Kern unserer Überlegungen. Sind wir, die wir an die Grenze des Universums vorgestoßen sind, auch an der Grenze unserer in-

nersten Existenz gelangt? Wo sind gültige Maßstäbe des Menschlichen, die dem Leben Sinn und Inhalt geben können? Haben die Maßstäbe, wie sie einst und immer galten, noch tragende Kraft in einer Zeit, in der wesentliche Begriffe ihren Sinninhalt völlig gewandelt haben. Wer vermag, um ein Beispiel zu nennen, dem Begriff des Erhabenen, wie ihn Schiller und seine Zeit als gültiges Wertmaß verstanden haben, noch eine Bedeutung beizumessen? Dies in einer Zeit, in der nicht mehr Philosophie, Dichtung und Religion das Menschenbild prägen, sondern die wissenschaftliche Welt der Physiker, Chemiker, Biologen, Ökologen, Klimatologen und Kybernetiker.

Es stellt sich für uns die entscheidende Frage nach einer neuen Orientierung des Menschen in dieser verwissenschaftlichten Welt. Immer wieder wird diese Frage von den gesellschaftlich Verantwortlichen gestellt und gleichzeitig Klage darüber geführt, daß uns große Leitbilder fehlen, jene Gestalten, die in der Geschichte Vorbilder für ganze Generationen gewesen sind. Das mag an der Geschichte unseres Volkes liegen, die erst spät zu einer nationalen Einigung führte.

Wie sehr unsere Zeit den Sinn für das wahre Große verloren hat, zeigt sich an der Tatsache, daß die Erinnerung an einen der Großen unseres Jahrtausends mehr und mehr schwindet. In einer Zeit, in der historische Daten jeder erdenklichen Art gefeiert werden, ist der 750. Todestag Franz von Assisis nahezu ohne Wirkung auf eine Gesellschaft geblieben, die nur noch im Konsum und äußeren Besitz einen Sinn des Lebens sieht. Das ist symptomatisch, denn wo die Leuchtfeuer des Geistes erlöschen, kann der Mensch das eigentliche und wahre Ziel nicht mehr erkennen. Vor einigen Jahren habe ich bei der Behandlung eines ähnlichen Themas die Begegnung des heiligen Augustinus im Jahre 385 auf dem Weg zum kaiserlichen Palast geschildert. Es war die Begegnung mit einem fröhlichen Alten, einem in seiner Armut Glücklichen, dem alle Sorgen und Probleme der geschäftigen Welt fremd waren.

Immer wieder fasziniert die Schilderung solcher Gestalten. So erzählt Leo Tolstoi in seinem großen Roman »Krieg und Frieden« von der Begegnung des Fürsten Pierre Besouhof in einem Gefängnis des 1812 von den Franzosen besetzten Moskau. Es ist die Begegnung mit dem einfachen Bauern Platon Karatajew. Dieser ist die ewige Verkörperung des Geistes der Einfalt und Wahrheit, und Fürst Besouhof erfährt durch ihn eine ihm unbekannt Kraft. Es ist die Kraft aus den Tiefen des Weltgrundes, mitten in Ahnungen und

Ängsten, die Platon Karatajew nicht kennt. Karatajew ist der Wissende, einer der Stillen, die noch das Staunen der Welt haben. Sein Leben hat einen Sinn nur als Teil jenes Ganzen, dessen Vorhandensein er beständig fühlt. Platon Karatajew ist es, der dem Leben des Fürsten Besouhof einen neuen Sinn gibt.

Wir erleben solche Begegnungen aus der Distanz einer rationalistischen Denkungsweise und sollten doch Überlegungen anstellen, welche Kräfte spürbar werden im Erlebnis einer Erfahrungswelt, die uns fremd geworden ist. Es ist eine Erfahrungswelt, die uns in unserer verwalteten Welt fremd erscheint. Je empfindlicher der Einzelne den Verlust an mitmenschlicher Geborgenheit in der heutigen Gesellschaft erlebt desto dringlicher sucht er nach einem Leit-Bild seines Denkens und Handelns. Diese anthropozentrische Bewußtheit hat seit der Bildung fester Gemeinschaften ihre Parallelen in den Arten und Formen der Staatenbildung und immer waren diese Formen die Suche nach einer Verwirklichung der Idee der Vollkommenheit menschlicher Gesellschaften.

So entstand früh schon in der griechischen Antike die Elite der »aristoi«, der Besten. Diese sollten von Herkunft und Gestalt tapfer, edel und klug sein. Der »aristos« war von Geburt und durch sein Verhalten ein Adelliger. Nur die »aristoi« waren die Träger des Gemeinwesens und der Kultur und damit zur Herrschaft ausersehen.

Alles das ist Geschichtswissenschaft, doch das Ideal einer Elite, in Staat und Gesellschaft ist in allen Staatsformen gleichgeblieben. In der Demokratie, der Herrschaft des Volkes, der Gleichheit aller vor Recht und Gesetz, scheint ein innerer Widerspruch zwischen der Idee der »aristoi« und dem Volk als Gesetzgeber und Träger der Gewalt zu liegen. Doch in dieser Polarität liegt im eigentlichen das Schöpferische der Idee der Demokratie, die in ihrer inneren Substanz ohne eine elitäre Überhöhung nicht lebensfähig wäre.

Der in der Neuzeit sich vollziehende Wandel auch der Idee von Gesellschaft und Staat ist tiefgreifend. Der Rationalismus des 17., spätestens des 18. Jahrhunderts, hat zu einer Zerspaltung des abendländischen Menschen geführt; mit dem Aufbruch der modernen Demokratien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und mit dem Schwinden des absolutistischen Systems wurde ein neues Menschenbild sichtbar, das in dem für die Menschenrechte revolutionierenden Leitbild der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 manifestiert ist: »Alle Menschen sind gleich geschaffen.«

Die Polarität der Idee der Demokratie und des Elitären in seiner das Menschenbild prägenden inneren Gesetzmäßigkeit stellt gerade in unserer Zeit eine Herausforderung dar. Das hat schon der spanische Philosoph Ortega y Gasset im Jahre 1930 in seinem damals berühmten Buch »Der Aufstand der Massen« erkannt; es ist die Warnung vor der Zerstörung der Freiheit und damit die Gefahr einer Willkür und Despotie, die wir alle in den fünfzig Jahren seither durch sogenannte Demokratien erlebt haben, in denen das Elitäre und damit das freie Menschenbild zerstört wurde.

In seinen philosophischen Schriften schrieb Friedrich Schiller in der Abhandlung »Über das Erhabene« den Satz:

»Der moralisch gebildete Mensch und nur dieser, ist ganz frei.« Wie das ganze literarische und philosophische Werk Schillers steht in seinem Jahrhundert die Freiheit als tragende Idee der Völker. Bis in die Gegenwart ist Freiheit eins mit dem, was Schiller mit dem Wort und Begriff des »Erhabenen« umschreibt. Dieser Begriff mag in der modernen Terminologie antiquiert wirken, doch in dem demokratischen Staatsgefüge, und gerade in diesem, hat er Symbolkraft. Denn nur, wo die Würde des Menschen in einer staatlichen Ordnung gewährleistet ist, herrscht wahre Demokratie.

Es ist seit der Antike unendlich viel über die einzelnen Staatssysteme, wie die Oligarchie, die Plutokratie, die Autokratie, die Despotie und die Demokratie, nachgedacht worden. Die Gefahr in der modernen Demokratie ist das, was sie im Eigentlichen dem mündig gewordenen und seiner Selbstverantwortung für Staat und Gesellschaft bewußten Bürger so lebenswert macht: daß sie trotz der hohen Ideale, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität in Gefahr gerät, in eine öde Gleichmacherei und Trivialität abzusinken, eine Gefahr, die in der Unfreiheit und im totalitären Denken enden kann. Die Demokratie ist letztthin immer von innen her bedroht.

Wir stehen hier vor der Beantwortung der Kernfrage im modernen demokratischen Leben. Gibt es in unserer heutigen Massengesellschaft einen Elitärebegriff, nicht nur nach dem klassischen Vorbild, sondern vor allem und wesensgemäß in der Pluralität unserer heutigen staatlichen Ordnung?

Was ist Elite? Die gesellschaftliche Wirklichkeit weist die traditionellen Merkmale einer echten Elite nicht mehr auf. In unserem pluralistischen Gesellschaftssystem haben sich die Begriffe von Elite und Prominenz vermischt und zu einer inneren Orientierungslosigkeit geführt, die kein wahres Leitbild mehr kennt.

Das Elitäre sagt weit mehr und vom Geistigen her anderes aus als das Wort Elite; unsere Sprache hat viele Feinheiten, die im Slang der Technokraten und der Subkultur unterzugehen drohen. *Elite* ist der Kreis der Eingeweihten, der Wissenden. »Prominent« fühlen sich viele in der Gesellschaft, die sich auch in unserer Zeit an Maßstäben des rein Materiellen orientieren. Das Elitäre hat andere Maßstäbe. Sie sind da, wo Macht wirkungslos wird, und so haben die modernen autoritären Systeme in ihrer Struktur und ihrem Machtstil nichts von dem Elitären, das sich in der Freiheit, und nur in der Freiheit, manifestiert. Das *Elitäre* ist ohne die wahre innere Freiheit und ohne die Würde des Menschen nicht denkbar, und so ist das Elitäre in seiner ganzen Polarität eine Synthese, in der Freiheit, Würde und Ordnung eins sind. Das Elitäre hat im autoritären System, das die Menschenwürde mißachtet, keinen Platz.

Über das Elitäre in der modernen demokratischen Ordnung ist offenbar noch nichts geschrieben worden; die Politologen scheinen dieses für Gesellschaft und Staat überaus bedeutsame Thema noch nicht entdeckt zu haben.

Unsere moderne Gesellschaft erlebt den Verlust ihrer Grunderfahrungen; es ist der Tribut, den wir der Technisierung und dem von ihr geschaffenen Wohlstand zollen müssen. In dieser Welt der Naturwissenschaften ist der Mensch zum bloßen Objekt geworden; der Philosoph Martin Heidegger hat das so formuliert: »Der Mensch ist gestellt, beansprucht und herausgefordert von einer Macht, die im Wesen der Technik offenbar wird, und die er selbst nicht beherrscht.« So wird der Mensch zum Funktionsbündel seiner Konsum- und Produktionsinteressen wie die gesamte Natur funktionalisiert ist im rationalen Denken der Technokraten.

Die Situation unserer Gesellschaft im letzten Viertel dieses Jahrhunderts ist verwirrend, und die Probleme auf allen Gebieten des Lebens erscheinen nahezu unlösbar. Die moderne Demokratie, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Absolutismus ablöste, sucht neue Leitbilder im Elitären; im polaren Spannungsfeld eines demokratischen Funktionalismus und einem elitären Ordnungsbild steht der Mensch in seinem unabdingbaren Anspruch auf Würde und Freiheit, in Erwartung und Forderung, in seiner oft utopischen Hoffnung auf Unerreichbares.

Es gibt eine Philosophie der Hoffnung, sie hat ihre Wurzeln im abendländischen Denken und sucht eine Selbstverwirklichung des Menschen im Einklang mit der Natur. Humanisierung der Natur und Naturalisierung des Men-

schen suchen in unserer Welt des Anonymen und der Nivellierung die Selbstentfremdung des seinem Ursprung sich Bewußten zu überwinden; die Poeten haben die Metapher vom »Achten Schöpfungstag« geprägt, eine Chance für den Menschen, der das Wort der biblischen Schöpfungsgeschichte »Und machet sie euch untertan« mißdeutete und damit sein Verhältnis zur Natur und zu seinem eigentlichen Auftrag verloren hat.

Der Mensch, der allzeit die Grenzen seiner eigenen Möglichkeiten zu überwinden sucht und immer wieder über diese Grenzen hinausstrebt, ist in seiner Selbstentfremdung verunsichert, nicht nur in unseren Tagen. »Die Poeten schreiben jetzt alle, als wären sie krank und die ganze Welt ein Lazarett.« Dieses Zitat stammt von Goethe, der an anderer Stelle bekannte, keine vier Wochen seines Lebens eigentliches Behagen gekannt zu haben.

Im Sehnen des Menschen nach einer heilen Welt stellt sich allzu leicht das Wort von einer Krise der Werte und Wertmaßstäbe ein. Unsere Generation lebt in ihrer eigenen Krisensituation und erlebt darin anders und wohl stärker die Verunsicherung des Daseins in ihren existentiellen Ängsten, im Aufstand gegen die überkommenen Ordnungsbilder aus seiner Geborgenheit gestoßen. Darum ist das Ordnungsbild des Einzelnen zum Gesamten, zur Gemeinschaft Aller, in unserer modernen Gesellschaft von elementarer Bedeutung.

Können – und hier stelle ich die Kernfrage – können angesichts dieser Krisensituation des heutigen Menschen die gemeinschaftsbildenden Kräfte in ihren vielgefächerten Strukturen wirksam sein und ein Ordnungsbild gewährleisten, das dem in seiner inneren Vereinsamung und Verlorenheit den anonymen Mächten Ausgelieferten sinnvoll erscheint? Ist die Demokratie tragfähig genug, Kräfte und Gegenkräfte im Ringen zwischen Geist und Macht zu einem geordneten staatlichen Zusammenleben zu einen in Leitbildern, die zu allen Zeiten gültig waren? Die auf altrömischen Münzen geprägten Ideale *Humanitas – Felicitas – Libertas* haben zu Beginn der Neuzeit im Aufbruch der modernen Demokratien durch die Begriffe *Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit* eine neue Sinndeutung erfahren. Der Mensch ist zum Bürger geworden, in der freiheitlichen Demokratie sucht er Sicherheit gegen den Rückfall in Ungeist und Barbarei.

Doch hier bereits erfahren wir in der Krisensituation unserer Gesellschaft Möglichkeiten und Gefahren der demokratischen Ordnung in ihrem differenzierten Erscheinungsbild, das mit der Gleichheit aller die Freiheit des Einzelnen zu gewährleisten hat. Es würde den Rahmen dieser kurzen Be-

trachtung sprengen, wollte ich die ursächlichen Zusammenhänge aufzeigen, die das Krisenbild, die Funktionsstörungen des demokratischen Systems vom Wesen der Freiheit und der Idee der Gleichheit her erklären. Wo die Demokratie in ihrem Erscheinungsbild in triste Gleichmacherei, in die Trivialität der Vermassung abzugleiten droht, endet sie in Unfreiheit und Willkür. Wo das Egalitäre ausufert, setzt das Elitäre die Wertmaßstäbe.

Wir erleben diese Krisensituation in allen freiheitlich-demokratischen Gesellschaften. Die moderne Demokratie, seit dem 18. Jahrhundert das Idol der Völker Europas, sucht nach den national-staatlichen Irrungen eines Jahrhunderts nach neuen Leitbildern. Über ihren innerstaatlichen Ordnungsauftrag hinaus ist Demokratie zum Werkzeug geworden: Die Völker selbst werden aus eigenem Willen, aus den im abendländischen Raum wurzelnden Kräften, das Neue schaffen und damit Leitbilder, die die Idee und Ideale der Demokratie im Elitären transparent machen.

Immer in unserm Jahrhundert haben bedeutende Denker diese Ideale beschworen. Ortega y Gasset hat bereits im Jahre 1930 ein Bekenntnis zu Europa abgelegt:

»Für die Europäer bricht jetzt die Zeit an, da Europa zu einer Nationalidee werden kann. Europa ist die gemeinsame Landschaft, in der sich die Nationen seit der Renaissance bewegen. Was haben wir, die wir in diesem Teil des Planeten leben, Besseres zu tun, als das Versprechen zu erfüllen, das wir der Geschichte seit vier Jahrhunderten mit dem Wort Europa geben? Einzig der Entschluß, aus den Völkergruppen des Erdteils eine große Nation zu errichten, könnte den Puls Europas wieder befeuern. Unser Kontinent würde den Glauben an sich selbst zurückgewinnen und in natürlicher Folge wieder Großes von sich fordern, sich in Zucht nehmen.«

So das zukunftsweisende Wort eines europäischen Denkers unseres Jahrhunderts.

## Ist der Parlamentarismus reformbedürftig?

Jede Verfassung ist ihrem Wesen und ihrem Auftrag gemäß statisch und dynamisch zugleich; dies gilt besonders in unserer Zeit, einer Epoche der Wandlung auf allen Lebensgebieten. Das Wort »Reformen« war in den Aufbaujahren bezeichnend für den Fortschritt, der von Wissenschaft und Technik signalisiert wurde und Neuerungen um jeden Preis auch in der Demokratisierung forderte. Mit der Hektik der Fortschritts-Euphorie der ersten Nachkriegsjahrzehnte mag zusammenhängen, daß wir jetzt eine gewisse Reformmüdigkeit erleben.

Dies sollte uns aber nicht dazu verleiten, notwendige Veränderungen in Staat und Gesellschaft in ihren institutionellen und funktionellen Aufgaben zu unterlassen. Von den etwa 140 souveränen Staaten, die im vergangenen Jahr in der Welt registriert wurden, lassen sich nur rund 30 als demokratisch bezeichnen. Diese demokratischen Staaten sind in der heutigen Welt bei weitem in der Minderheit. In der Liste der demokratischen Nationen finden sich viele, die weniger als 10 oder gar 5 Millionen Einwohner zählen, wie Österreich, Norwegen, Neuseeland und Israel, um nur einige zu nennen. Abgesehen von den Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich die meisten der zahlenmäßig ins Gewicht fallenden Nationen im Lager der absolutistischen und autoritären Staatssysteme. So befinden wir uns unverkennbar im westlichen Europa in einer bedrohten Insel- und Randlage der freiheitlichen Völkergemeinschaft.

Es war daher nicht nur ein Zeichen freundschaftlicher Verbundenheit zu der großen Demokratie jenseits des Atlantik anlässlich ihres 200. Geburtstages, daß der Bayerische Landtag in seinen Räumen im Frühjahr 1976 eine Ausstellung »Aufbruch der modernen Demokratien« veranstaltete; dies war weit mehr ein Bekenntnis zu den großen freiheitlichen Ideen der Schöpfer der Vereinigten Staaten, die mit der Erklärung der Menschenrechte vor 200 Jahren das alte absolutistische Zeitalter ablösten und eine neue Ära der Freiheit und des gleichen Rechts aller vor dem Gesetz einleiteten.

Wir befinden uns im letzten Viertel dieses so ereignisreichen Jahrhunderts in einer weltpolitischen Großwetterlage, die den freiheitlichen Ideen wenig

günstig ist. Es erfordert daher unsere besondere Wachsamkeit, um das zu verteidigen, was gerade wir Deutschen nach den bösen Erfahrungen in den dreißiger Jahren bis zu dem in der Geschichte einmaligen Zusammenbruch 1945 als höchstes Gut erkannt haben.

In unserer neuen Verfassung besitzen wir ein Dokument demokratischer Staatsordnung, das sich in all den Jahren des Wiederaufbaus bewährt hat und die keineswegs ungefährdete Eigenstellung Bayerns innerhalb der gliedstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland absichern soll.

Unsere Verfassung hat sich in ihren Grundzügen bewährt; das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, sie den Wandlungen in einer schnell sich ändernden Welt anzupassen. Auch für unsere Verfassung gilt, was Bayerns König Ludwig I. bei der Einberufung des dritten Landtags 1827 zu den Abgeordneten sagte:

»Nicht von Mängeln frei ist bei allen ihren Vorzügen unsere Verfassung. Erfahrung erst zeigt manches, was Theorie nicht lehren kann, und weise gibt unsere Verfassung selbst den Weg an, wie Verbesserungen in ihr zu bewirken. Vieles Gute ist bereits auf den früheren Landtagen geschehen, vieles bleibt uns zu tun übrig.«

Bei einer kritischen Würdigung unserer Verfassung stellt sich nicht nur die Frage nach dem Abweichen der Verfassungswirklichkeit von der Verfassungsnorm, sondern noch weit mehr – und dies nicht nur bei uns, sondern überall in der freien Welt – die Frage nach Reformen der parlamentarischen Demokratie in ihren verfassungsmäßigen Instruktionen. Sicherlich sind Reformen nur um der Reform willen abzulehnen. Aber was ist an unserem modernen Parlamentarismus reformbedürftig? Wo sieht die politische Wissenschaft die Notwendigkeit von Reformen in einer pluralistischen Gesellschaft? Repräsentiert die parlamentarische Demokratie in ihren Inhalten und Formen unsere staatliche Gemeinschaft? Ist der Parlamentarismus auch heute und in den kommenden Zeiten in der Lage, die in der Gesellschaft polaren Kräfte zu integrieren, zu aktivieren und zu einer wirksamen staatlichen Einheit zu formen?

Im Rahmen des Grundsatzes der Gewaltenteilung in der Demokratie fällt dem Parlament neben seiner Kontrollfunktion die wohl wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung zu. Vom Volk gewählt, stellt es die Repräsentation des Volkes dar. Erfüllt aber das Parlament in unserer Zeit noch diese Funktion

der Repräsentation des Souveräns? Wie wirkt sich die von dem bekannten Karlsruher Urteil geforderte Wandlung zum Berufsparlamentarier aus?

Allzuoft wird auf die wachsende Bedeutungslosigkeit der Parlamente auch in unserem Lande hingewiesen. An viele, die in unserem Land Verantwortung tragen, richten sich diese Fragen – nicht zuletzt aber an uns Parlamentarier selbst. Uns ist die Aufgabe gestellt, bei aller Gegensätzlichkeit von Ansichten und Zielen den Weg der Konfrontation und Polarisierung zu verlassen und das Parlament – in engem Kontakt mit den außerhalb des Parlaments in unserer Gesellschaft wirkenden Kräften – zu dem zu machen, was schon sein Name ausdrückt: zu dem obersten und ersten Gesprächsforum des Landes, bei dem alle anstehenden Probleme in sachlicher Form gründlich erörtert und einer optimalen und gerechten Lösung zugeführt werden sollen. Nur dadurch kann das Vertrauen in das Parlament gestärkt und seine Bedeutung gefestigt werden. Für allzusehr ins Persönliche abgleitende Debatten haben unsere Bürger erfreulicherweise kein Verständnis. Hier mit Reformen anzusetzen wäre des Schweißes der Edlen wert.

Damit könnte auch der zunehmenden Verlagerung der verfassungsmäßigen Aufgaben der Parlamente gesteuert werden. Das klassische System der Gewaltenteilung wird durch die zunehmende Übermacht der Verwaltung zweifellos gestört. Wir kennen die Ursachen; aber weder Politiker noch Politologen haben bis jetzt ein wirksames Rezept zur Hand. Es gibt nicht nur in der Ordnung der Natur, sondern auch in der Politik eine Ökologie; wo diese in den Funktionen des demokratischen Entscheidungsprozesses gefährdet ist, wird die Demokratie selbst in Frage gestellt.

Das gilt nicht zuletzt auch für die »Bürokratieherrschaft mit parlamentarischer Assistenz«. Gerade in der freiheitlichen Demokratie steht bei aller computergesteuerten Technisierung und Beeinflussung durch die Massenmedien der Mensch im Mittelpunkt politischer Entscheidungen. So ist die eigentliche und vornehmste Aufgabe des Parlaments und seiner Mitglieder die Nähe der vom Volk Gewählten zu ihrem Souverän ohne den anonymen Apparat der Administration als Schaltstelle. Politik muß trotz aller Verwissenschaftlichung der Lebensvorgänge lebendig bleiben, dem Menschen und seiner Aufgabe in der Gemeinschaft dienen. Der Parlamentarier – auch in einer verwalteten Welt – kann nur dann diesen Auftrag erfüllen, wenn er die Sorgen und Nöte des Bürgers kennt und dem Recht Einzelner und Aller durch die Gesetzgebung Geltung verschafft.

Im Rückblick und Ausblick auf unsere parlamentarische Arbeit zeigen sich neue politische Aspekte für die Zukunft. Unsere freiheitlich-demokratische Ordnung ist nach 30 Jahren Aufbau gesichert. Die Fortschritts-Euphorie der fünfziger und sechziger Jahre ist verfliegen. An den Grenzen des Wachstums kommt es nun darauf an, die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten einer endlichen Welt zu vermitteln und dies in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

Allein hier zeigt sich schon die große Aufgabenstellung für die Parlamente, vor der wir nicht ausweichen sollen. Die jüngsten Vorgänge in Deutschland bestätigen wohl diese meine Ansicht. An Aufgaben mangelt es den Parlamenten, auch der Länder, sicher nicht. Man muß sie nur mit Mut anpacken, auch wenn es heiße Eisen sein sollten.

In temperamentvoller Sachlichkeit und unter respektvoller Achtung der Meinung anderer läßt sich jede Debatte zu einem guten Ende führen. Demokratie heißt Diskussion; sie fordert aber auch Kompromißbereitschaft.

Freiheit und Menschenwürde haben auch unsere Verfassung geprägt. Die Präambel bringt dies mit klaren Worten zum Ausdruck. Freiheit und Menschenwürde bleiben auch in unserer heutigen demokratischen Ordnung der große Auftrag an die Zukunft. Ihn haben wir zu erfüllen. Dann gehört uns die Zukunft.

## Bayern und Deutschland

Wenn wir von Bayern und Deutschland im engeren Sinn sprechen, so ist die Begrenzung von der nationalstaatlichen Entwicklung seit Beginn des vorigen Jahrhunderts historisch gegeben. Das hat seine politischen Gründe, denn der deutsche Gedanke, die Sehnsucht nach einer Vereinigung der deutschen Stämme, war nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches Deutscher Nation 1806 auch und gerade in Bayern übermächtig. Das »Deutschland«, wie es König Ludwig I. von Bayern vorschwebte und sich in seinen Bauten der Walhalla bei Regensburg und der Befreiungshalle bei Kelheim manifestierte, war ein Idealbild und dennoch das Bekenntnis eines Herrschers, der in der Einigung der Deutschen auch eine Stärkung des Europäertums gesehen hat.

Es war in den politischen Epochen des 19. Jahrhunderts, so vor allem 1848/49 im Frankfurter Parlament und 1866 sowie nach der Reichsgründung 1871, ein besonderer Auftrag, den bayerischen Staatsgedanken mit einer gesamtdeutschen Staatlichkeit in Einklang zu bringen. Man tut sich heute allzu leicht, die bayerische Staatsvorstellung als ein überlebtes historisches Gedankengut abzutun und Parallelen mit der Erscheinung eines souveränen Fürstenstaates zu ziehen, wie er sich im 17. Jahrhundert aus der fortschreitenden Auflösung des alten deutschen Reiches bis zu seiner völligen Unabhängigkeit entwickelte. Die bayerische Staatsidee, und dies ist im Vergleich zur deutschen Staatlichkeit wichtig, ist weit älter als das Erscheinungsbild des souveränen Fürstenstaates; sie ist im Blick auf die Geschichte des deutschen Staatsdenkens weit urwüchsiger und viel deutscher als die Welt des barocken Fürstentums. Der bis in die Gegenwart lebendige bayerische Staatsgedanke hat einen weit tieferen Wurzelboden als die deutsche Fürstensouveränität, die über lange Zeiträume hinweg auch den bayerischen Staat geprägt hat. Denn dieses Bayern war längst vor der Entstehung des sogenannten modernen Staatsgedankens ein staatliches Wesen.

Seit den Zeiten, in denen vor mehr als tausend Jahren das bayerische Stammesherzogtum in die Geschichte eingetreten ist, hat Bayern in einer nie unterbrochenen Lebensfolge in das deutsche und europäische Geschehen

hineingewirkt. Das sich später zum Territorialstaat wandelnde herzogliche und schließlich kurfürstliche Bayern stand immer in der Ordnung des Reiches, bis diese Ordnung verblaßte und unterging. Bayern war dem Reich nicht nur immer zugehörig, es nahm an ihm teil, es war ein Stück Reich und ein Teil der Verwirklichung des im abendländischen Raum verwurzelten Reiches. Bayern war dieser Ordnung von seinem Wesen her zutiefst verbunden, anders als Preußen, dessen innere Dynamik reichssprengend wirken mußte und dessen spätere reichsbildende Leistung mehr als eine preußische Staatsleistung zu werten ist, die erst möglich wurde, als der weite Reichsgedanke untergegangen war.

Als im Jahre 1806 das alte Reich unter den Schlägen Napoleons endgültig zusammengebrochen war, stand längst eine deutsche Staatenwelt da, in der sich jedes Glied selbstbewußt mit dem ungeschmälernten Mandat eines Staates ausgestattet fühlte. Bayern, im gleichen Jahre 1806 zum Königreich aufgestiegen, trat als der bedeutendste deutsche Mittelstaat neben die damaligen Großstaaten Preußen und Österreich. Diese Mittelstellung bestimmte die bayerische Position in der kurzen Zeit des Rheinbundes und in der anschließenden Epoche des Deutschen Bundes, in der sich die nationalstaatliche Entwicklung der deutschen Stämme vollzog.

Der moderne bayerische Staat in seiner endgültigen Begrenzung geht zurück bis auf das historische Jahr 1808. In jener Zeit haben sich die Stämme der Bayern, Franken, Schwaben und Pfälzer erstaunlich schnell zu einem festgefügt starken Staatsverband mit dem immer wieder gerühmten Zusammengehörigkeitsgefühl vereinigt, einen eigenen, selbständigen bayerischen Staat aufgerichtet, ein eigenständiges Staatsbewußtsein entwickelt und dieses bis zum heutigen Tag erhalten. In der Verfassung des Königreichs Bayern vom 26. Mai 1818 erhielt dieser neue bayerische Staat, und das dreißig Jahre vor Preußen und vierzig Jahre vor Österreich, das erste deutsche Parlament. Anselm Feuerbach jubelte damals über Bayerns Verfassung: »Kein Land ist wohl in Europa, wo freier gesprochen, freier geschrieben, offener gehandelt wird als hier in Bayern!«

Es wird allzuoft übersehen, und das gerade heute in dem politischen Spannungsverhältnis der gliedstaatlichen Ordnung von Bund und Ländern, daß es eine »bayerische Frage« erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt. Die alte Idee vom Reich erlebte in der Zeit der Romantik eine neue Glorifizierung

und wurde zur Mystifizierung eines politischen und pseudoreligiösen Gedankens, der weit zurückreichte in mittelalterliche Vorstellungen und in der Generation um die Jahrhundertwende im nationalstaatlichen Denken zu einem Mythos wurde. So nur ist die politische Entwicklung in unserem Jahrhundert in Deutschland verständlich, verständlich wird so auch nur der Wahn eines Dritten Reiches, der in der größten Katastrophe der deutschen Geschichte sein tragisches Ende fand.

Dies alles ist wichtig für die Beurteilung und Wertung des Verhältnisses zwischen Bayern und Deutschland. Bayern ist das einzige deutsche Land, das sich über ein Jahrtausend hinweg auf dem Siedlungsgebiet seines Stammes erhalten hat; obwohl es niemals Großmacht wurde, ist Bayern in allen Schwankungen des Geschichtsablaufs immer ein gewichtiger Faktor in der deutschen Stammes- und Staatsfamilie geblieben. Die ganze deutsche Staatsentwicklung war stets dem Gliedhaften zugewandt. Vor allem war kein anderer deutscher Mittelstaat so zum Bundesstaat geschaffen wie Bayern, in dem alle Voraussetzungen für ein bundesstaatliches Glied in einem bundesstaatlichen Organismus gegeben waren. Nie in seiner Geschichte war Bayern, wie Preußen oder Österreich, mit Teilen aus Deutschland hinausgewachsen.

Es ist darum erklärlich, daß Bayern auch unter veränderten politischen Verhältnissen stets die Pflegestätte föderalistischer Ideen und Vorstellungen geblieben ist, im 19. wie in unserem Jahrhundert. Dieses Bayern war eben mehr als eine statistische Schöpfung oder das Ergebnis einer dynastischen Interessenpolitik. Die geographischen und wesensmäßigen Eigenheiten haben verhindert, daß Bayern machtpolitisch je über sich selbst hinausgewachsen ist und daß es im Reich ein Übergewicht oder gar eine Hegemonie errungen hätte.

Die bayerische Frage war immer in die deutsche Frage eingebettet und bezog ihre Aspekte aus dem Bereich der gesamtdeutschen Problematik, die zurückreicht bis ins ausgehende 18. Jahrhundert. In der Vergangenheit hat Bayern dank seiner geographischen Lage eine Mittlerrolle und eine geistig-kulturelle Brückenstellung im südlichen Grenzraum behauptet, die über den Südosten und Süden hinausweisen. So ist der rege kulturelle Austausch mit den beiden benachbarten südlichen Alpenrepubliken Österreich und der Schweiz Ausdruck des Gemeinsamen. Uns verbindet mit diesen beiden Nachbarstaaten vor allem die föderalistische Staatsidee, die unserem bayerischen Föderalismus entspricht. So ist Österreich aus den föderalistischen In-

tionen des alten Reiches geschaffen und bis in die Neuzeit Hüter und Verwirklicher der Idee eines politischen Universalismus geblieben. Und auch die historisch-organische Struktur der Schweizer Eidgenossenschaft stand stets in einem scharfen Gegensatz zur Formaldemokratie.

Damit ist das Stichwort für den Gedanken des Föderalismus gegeben, der tief im bayerischen Bewußtsein verwurzelt ist. Schon vom Geographischen her hat Bayern seit Beginn seiner Geschichte eine merkwürdige und in Deutschland wohl einzigartige Doppelstellung zwischen Süd und Nord, Ost und West. Wie oft in der bayerischen Geschichte, kehrt sie immer wieder; mehrmals in großen geschichtlichen Augenblicken, insbesondere in seiner kulturellen, stammesmäßigen und religiösen Entwicklung, ist die südliche und auch die östliche Anziehung die stärkere gewesen. Aber im Politischen überwog die Verbindung mit dem Westen und dem Norden, eine Entscheidung, die 1866 und 1870/71 ihre schicksalhafte Erfüllung in dem von Preußen geführten Reich gefunden hat.

Es führt zu gefährlichen Fehlschlüssen, von einem Bismarck'schen oder Wilhelminischen Staatsbild aus die Welt von heute und gestern zu sehen. Das Jahr 1866 wurde für Bayern und den ganzen deutschen Raum zu einem schicksalhaften Jahr: jene Entscheidung für eine kleindeutsche Lösung, wie sie sich bereits 1848/49 im Frankfurter Parlament anzeigte, hat Probleme aufgeworfen, die auch unsere Generation noch belasten.

Eines der Kernprobleme des staatlichen Zusammenlebens von Nord und Süd in Deutschland ist die föderalistische Staatsidee, wie sie in ihrer klassischen Form von Bayern stets verwirklicht wurde. Über den Föderalismus ist nicht erst seit 1945 nachgedacht worden. Wir Bayern haben, was den Föderalismus als Staatsprinzip angeht, einen über jeden Verdacht bajuwarischer Herkunft stehenden Kronzeugen. Es ist der aus Mitteldeutschland stammende Staatsphilosoph Constantin Frantz, der im 19. Jahrhundert lebte und als politischer Gegenspieler des Staatsmannes Bismarck und dessen kleindeutscher Reichsidee den Föderalismus als Staatsprinzip leidenschaftlich verteidigte.

Der staatsphilosophisch so bedeutsame und durch eine mehr als hundertjährige geschichtliche Erfahrung das deutsche Schicksal bestimmende Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus läßt sich nicht eindrucksvoller definieren als durch die beiden ungleichen Gegenspieler Bismarck und Constantin Frantz. Mag Constantin Frantz heute auch weithin vergessen sein,

seine Schriften aus den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts haben in den über hundert Jahren deutscher Geschichte nach der Reichsgründung bis in die Gegenwart ihre Aktualität behalten und sollten auch von den Politikern unserer Tage studiert werden.

Der Föderalist Constantin Frantz war es, der 1879 den Staatsabsolutismus als die eigentliche Quelle der gesellschaftlichen Desorganisation und der Zerstörung der wahren gesellschaftlichen Ordnung bezeichnet hat. Constantin Frantz war als Föderalist tief unglücklich über die ganze deutsche Entwicklung, in der von einem neuen, friedlichen, nicht auf Gewalt, Militär und Nationalismus gestützten bündischen Deutschland, wie er es sich vorstellte, keine Spur eines echten Föderalismus zu finden war. Hart ist sein Urteil auch über die ihm unzulänglich und schwach erscheinende Politik der deutschen Mittelstaaten in jener entscheidenden geschichtlichen Epoche. Damit war auch die schwächliche Politik Bayerns in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts gemeint.

Die Zeitgenossen der deutschen Gründerjahre und auch ihre Nachfahren haben Constantin Frantz als einen Romantiker und Utopisten abgetan. Wir, die wir zwei Weltkriege erlebten und nach 1945 den totalen Zusammenbruch eines zentralistisch regierten Reiches erfahren mußten, wissen, daß seine Kassandrarufer gegen die nationalstaatliche Verengung des mitteleuropäischen Raumes und seine Enttäuschung über die Unfähigkeit, in diesem geographischen Bereich einen echten föderalistischen Staatsgedanken zu verwirklichen, weit eher die Stimme eines Propheten als die eines Utopisten war.

Sind angesichts der großen Zukunftsaufgaben die historischen Gegensätze und Spannungen in Deutschland, wie sie zwischen 1870/71 und 1945 zu einer geistigen und politischen Auseinandersetzung von Zentralismus und Föderalismus bis zur Selbstvernichtung des Reiches geführt haben, nicht überholt und geschichtliche Episode jahrhundertelanger abendländischer Erfahrungen? Heute stehen wir in einem gewissen Vakuum zwischen dem Neubeginn nach 1945 und einem europäischen Staat. Wir Deutschen erleben nun nach einem Jahrhundert nationaler Krisen und tragischer Entwicklungen die Geburt dieses Neuen und Großen, das als Idee viele Jahrhunderte hindurch den abendländischen Raum beherrschte und erst am Beginn des 19. Jahrhunderts an dem Werden der Nationalstaaten zerbrach.

## Föderalismus am Scheideweg

Hat der Föderalismus noch einen Sinn? Mir erscheint diese Frage falsch gestellt. Daß es überhaupt eine solche Fragestellung in unseren Tagen und in unserer heutigen deutschen und europäischen Situation gibt, zeigt die ganze Problematik unseres geistigen und politischen Standortes auf.

Diese Problematik hat nicht nur die geistigen Standorte in unserer heutigen Welt infrage gestellt, – sie führte auch zu einem weitgehenden Wandel der sprachlichen Ausdrucksformen. Dieser Sinnwandel ist symptomatisch für unser heutiges politisches Denken, das nicht nur zu einer babylonischen Sprachwirrnis zwischen West und Ost führte, sondern auch in unser eigenes Sprachverständnis eingedrungen ist. So erleben wir mit der politisch-geistigen Wandlung unserer Gesellschaft neue Erscheinungsformen unseres Lebens, die wir mit neuem Sprachsinn erfüllen müssen. Es sind oft die gleichen Dinge, die wir nun anders benennen und doch mit dem Benannten das gleiche aussagen.

Ich möchte das an dem heute so oft gebrauchten Zauberwort »Demokratisierung« erläutern. Was ist Demokratisierung? Es ist mit einfachen Worten das Übersichtlichmachen des kompliziert Gewordenen unserer technisierten und verwalteten Welt; der Mensch fühlt sich bedroht von der Gigantomanie der politischen und wirtschaftlichen Machtblöcke; er erlebt das, was der spanische Philosoph Ortega y Gasset einmal so formulierte: »Wir spüren plötzlich, daß unter unseren Füßen die feste Erde nachgibt, und wir scheinen zu fallen, ins Bodenlose zu fallen, ohne uns dagegen wehren, ohne etwas tun zu können, um uns festzuhalten, um zu leben. Es ist wie der Tode im Leben, wie die Teilnahme an der Vernichtung unseres eigenen Daseins.«

In dieser scheinbar so vollkommenen Welt lebt der Mensch in der Ziello-sigkeit seines Daseins. Ihm stellt sich die Frage, ob der Mensch nicht überhaupt aufhört, nach einem Daseinsgrund als tragendem Grund einer sinnhaften Existenz zu fragen.

Damit befinden wir uns mitten in einem geistigen Vakuum, das auch alle Politik überschattet und zu jenen Vorgängen geführt hat, die uns in den ver-

gangenen Jahren beunruhigten. Wir sollten jedoch weniger beunruhigt sein und mehr uns um die Ursachen jener »Unruhe« kümmern, die vor allem die Jugend erfaßt hat.

Es gibt auf der Landkarte des Politischen noch manche weiße Flecken, die zu erforschen gerade in unseren Tagen eine höchst bedeutsame Aufgabe nicht nur der Politologen und Soziologen ist, sondern vor allem auch der Praktiker der Politik. Die Phänomene neuartiger Erscheinungsbilder in unserer gesamten Welt und in ihrer bestimmten Bezogenheit unserer eigenen bundesdeutschen Lage sind keineswegs alarmierend, noch sind sie erschreckend, wenn wir Staat und Gesellschaft in ihren lebendigen Wechselbeziehungen, ihren grundlegenden neuen Wesensformen nicht nur registrieren, sondern uns ihren Notwendigkeiten anpassen. Ich sprach von diesen Notwendigkeiten, die in dem einen Wort »Demokratisierung« am deutlichsten zum Ausdruck kommen. Ist nicht aber dieses Wort Demokratisierung in seiner innersten Deutung und Bedeutung gleich mit dem Wort »Föderalismus«? Hier überschneiden sich Begriffe, in der gesellschaftspolitischen Vertikalen wie auch im Horizontalen; es ist die Schnittlinie, in der sich Demokratie mit dem Wesen der Freiheit trifft: die Freiheit des demokratischen Ordnungsprinzips, das einen Ausgleich und damit Synthese des Egalitären und Elitären in der neuen Gesellschaft sucht.

Es wird wichtig sein, die politisch-geistigen Parallelen zwischen den beiden Begriffen »Demokratisierung« und »Föderalismus« aufzuzeigen. Zunächst aber möchte ich die geschichtlichen Voraussetzungen darlegen, um vom Historischen her eine sichere Plattform für unsere Überlegungen zu finden.

Blicken wir zurück in unsere Vergangenheit, so zeigt sich im Werden eines deutschen Staates unverkennbar, daß die zentralgeographische Lage Deutschlands der Bildung eines Einheitsstaates widerstrebt. Das Ineinanderwirken und der fruchtbare Gegensatz des nördlichen und südlichen Elementes gehören wesentlich und wesentlich mit zu den Charakterzügen der deutschen Geschichte. Deutschland war bis in die Gegenwart das Mittel- und Herzstück des ganzen europäischen Kontinents, darum stand immer die innere Gestaltung Deutschlands in einem untrennbaren Zusammenhang mit der europäischen Politik.

Wir müssen einmal davon abkommen, unser geschichtliches Bild vom rein Rationalen aus zu sehen. Sind nicht auch vom Politisch-Geographischen her

Kräfte wirksam, die jenseits des rationalen Denkens Gesetze schaffen, die bisher von den Politikern, Politologen und Soziologen zu wenig beachtet wurden?

Die Verhältnisse in Deutschland waren von Anbeginn an zu einer föderalistischen Verfassung angelegt. Unsere Geschichte zeigt, welche vielen und großen Veränderungen die innere Gliederung des deutschen Körpers im Laufe der Zeit schon erfahren hat. Nur in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Macht war Deutschland ein Einheitsstaat. Vier Millionen Tote, 13 Millionen Heimatvertriebene, ungeheure Gebietsverluste und die tragische Teilung Deutschlands sind die furchtbare Bilanz dieses Irrweges, in den nationalistischer Größenwahn ein Volk getrieben hat.

In welcher politisch-geographischen Situation befindet sich heute Deutschland? Das tragische Schicksal der Teilung, das Berlinproblem und die Oder-Neiße-Linie sind zu einem internationalen Problem geworden, das die Weltpolitik belastet. Durch die Schaffung eines zweiten deutschen Staates in Mitteldeutschland und den Eisernen Vorhang sind wir von Hof bis Lübeck zum Grenzland geworden. Das westliche Deutschland als Staatsprovisorium ist in die europäische und atlantische Gemeinschaft eingegliedert. Aus seiner einstigen Insel-Stellung im zentralen Raum Europas mit einer ständigen Bedrohung seiner Grenzen ist ein Land unter Ländern geworden, die gemeinsam nur eine Grenze, jene an der Elbe, zu verteidigen haben.

Damit ist durch die völlige Verlagerung der politisch-geographischen Verhältnisse im gesamten deutschen Raum ein Vakuum entstanden, was zu einem Umdenken aus alten und überholten Vorstellungen führen muß. Eine Neuorientierung im staatlichen und volklichen Nebeneinander ist von uns wie auch von unseren europäischen Nachbarn zu bewältigen.

An Stelle der alten und glücklicherweise überholten Abwehrstellung und nationalen Selbstbehauptung mit ihrem ungeheuerlichen Kräfteaufwand ist die Aufgabe eines friedlichen Hineinwachsens in das größere Europa getreten, ein Europa, das zwar von der Idee her und organisatorisch mehr und mehr Wirklichkeit wird, das aber Bürger voraussetzt, die von dem gemeinsamen Europa mehr erwarten als die materiellen Segnungen eines größeren Wirtschaftsraumes. Den Völkern zwischen den Pyrenäen und der Elbe, zwischen Sizilien und der Nordsee ist die gemeinsame Aufgabe gestellt, aus dem

Menschen einstigen nationalstaatlichen Denkens den europäischen Bürger zu schaffen, dessen übernationale Staatsgemeinschaft in ihrem organisatorischen Aufbau und Zusammenschluß nur föderativen Charakter haben kann.

Trotz eines in der Geschichte einmaligen und schaurigen Vorgangs des totalen Zusammenbruchs und der Zerstörung eines Reiches kursiert in letzter Zeit wieder das unguete Wort von der Krise des Föderalismus, von seinem Versagen, von der Notwendigkeit einer Reform der gliedstaatlichen Ordnung unseres Bundesstaates zugunsten zentralistischer Strömungen. In schrecklicher Vereinfachung der Begriffe, Werte und Maßstäbe sind die Zentralisten jenseits des Mains am Werk, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu unterhöheln und damit den föderativen Aufbau unseres Staates zu gefährden.

Der Föderalismus wird als rückständig, überholt, als Kirchturmspolitik aus der Postkutschenzeit abgetan. Dieses alte Vorurteil gegen den Föderalismus in Deutschland ist nicht nur ein Generationenproblem. Föderalismus wird bei uns gleichgesetzt mit Enge, Kleinstaaterei und Machtverlust. Das aber ist unsinnig, denn nicht nur kleine Staaten, wie die Schweiz, Österreich und andere, sondern die beiden mächtigsten Staaten der Welt, die USA und die Sowjetunion, haben eine föderative Struktur. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Föderalismus ausgeprägter als er je in einem deutschen Lande war. Dieser auf manchen Gebieten uns fast übertrieben erscheinende Föderalismus hat die Vereinigten Staaten nicht gehindert, in einem Jahrhundert zur größten und wohl einzigen Weltmacht unserer westlichen Hemisphäre zu werden.

Alle diese Staatenfamilien, die großen wie die kleinen, folgen einem natürlichen Prinzip der staatlichen Organisation. Ich sage natürlich, von Natur her, denn Gott ist wohl der entschiedenste Föderalist. In der Individualität seines Schöpfungswerkes, der Vielfalt der Natur und ihrer Geschöpfe, ist noch niemals ein zentralistischer Baum in den Himmel gewachsen.

Europas politische und geographische Landschaften wachsen mehr und mehr zusammen; auf der geistigen Landkarte unseres Kontinents ist Deutschland wie in der Vergangenheit ein bedeutsames Teilstück und berufen, sich innerhalb und neben den befreundeten Völkern im Westen, Süden und Norden zu bewähren. Das Nebeneinander und Miteinander in der europäischen Völkergemeinschaft wird und muß zu einem fruchtbaren Austausch

führen, wobei uns der Vorteil gegeben ist, daß jede supranationale Organisation und Funktion vom Wesen der Gemeinschaft her nur einen föderativen Charakter haben kann.

Das mag manche zu einem Widerspruch reizen, die mit dem Aufbau großer übernationaler Institutionen und der politischen Organisation das Ende jeder föderativen Ordnungsform in unserer Welt gekommen sehen. Hier aber liegt der fundamentale Trugschluß und die wesenhafte Verkennung der beiden Begriffe »zentral« und »zentralistisch«.

Daß im Zeitalter der Raumschiffahrt, der Überwindung von Kontinenten in wenigen Stunden und der wirtschaftlichen Verschmelzung großer Staatenblöcke übergeordnete und zentrale Schaltstellen jenseits von Grenzen und übernationalen Bereichen notwendig und eine Über-Ordnung weiträumiger territorialer Räume in zentralen Verwaltungsapparaten unerlässlich sind, braucht keiner näheren Erläuterung. Hier aber zeigt sich jedoch der riesenhafte Unterschied von zentral und zentralistisch; während das eine nur funktionelle Aufgaben hat und im Organisatorischen technisch überschaubar ist, während sich im föderativen Aufbau von unten nach oben die Verantwortlichkeit der Beauftragten bis in die Spitzenfunktionen der Parlamente und Verwaltungszentren fortsetzt, bleibt das Zentralistische anonym, beherrscht von oben her den Einzelnen und das Ganze und schafft jene politische Ödlandschaft, die im Einheitsstaat alle menschlichen Regungen zur Uniformität erniedrigt.

Hier stellt sich die Kernfrage von Freiheit, Demokratie und Föderalismus. Freiheit ist Voraussetzung demokratischer Wesensart, im föderativen Staatsaufbau ist die Freiheit des einzelnen Bürgers am sichersten gewährleistet. Föderalismus ist die Staatsform der persönlichen Würde; in einem überschaubaren Bezirk und Lebensraum ist dem Einzelnen eine echte Mitwirkung in allen Fragen der Gemeinschaft möglich. Föderalismus ist die Staatsform der Kultur, die nicht Magd der Macht sein kann, denn sie lebt in anderen Regionen und braucht die Freiheit der individuellen Entfaltung.

Eine Gefahr für die Freiheit liegt in der Einstellung des modernen Menschen der Massengesellschaft. Für ihn ist der Staat zu einer gewaltigen Maschine, zum politischen Funktionsapparat geworden; der Staat ist für ihn das sichtbare Produkt der Zivilisation, – für den Massenmenschen eine anonyme Macht, die mit der Masse übereinstimmt, da beide anonym sind. In der An-

onymität aber wächst keine Freiheit, die Verantwortung, Entscheidung und damit ein beständiges Ringen des Einzelnen und Aller um das Gemeinwohl fordert.

Mit der Frage der Freiheit und der Gleichheit im demokratischen Staat ist aufs engste die Frage nach Wesen und Sinn des Föderalismus gestellt. Ist der Föderalismus in einer Welt voller innerer und äußerer Spannungen, der Umwälzungen und einer globalen Neuordnung auf allen Lebensgebieten sinnvoll und, um im Sinne pragmatischen Denkens unserer Zeit zu sprechen, zweckmäßig?

Damit komme ich von der Horizontalen des Ordnungsprinzips zur vertikalen Struktur föderativen Denkens. Ich nannte im ersten Teil meiner Ausführungen im Zusammenhang mit den Wandlungen unserer Sprachbegriffe die modernen Parallelen zwischen »Demokratisierung« und dem Föderalismus. In unserer verwalteten Welt droht der Mensch das Opfer seiner alle Fähigkeiten tötenden Angst um das Morgen zu werden, unfrei im Verlust aller gläubigen Zuversicht zur eigenen Kraft. Dieses Vakuum wird auch im Bereich des Politischen sichtbar, es ist das Vakuum nicht nur unserer geschichtlichen Situation, sondern die Infragestellung eines sinnvollen Daseins überhaupt.

Darum, und um das Menschliche in der modernen Technokratie überhaupt zu retten, ertönt nicht nur im Westen, sondern auch immer stärker in den totalitären östlichen Staaten der Ruf nach einer Demokratisierung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Mit anderen Worten: die Wandlung der Gesellschaftsstruktur vom Hierarchischen zum breiten Bau der Gesellschaftspyramide. Wir erleben das selbst in jenen Institutionen, deren hierarchische Traditionen ehrwürdige Formen erlangten; in ihrer Demokratisierung suchen sie mit den als notwendig erkannten Reformen eine geistige Erneuerung und Anpassung an die großen sozialen Probleme unserer Zeit. Dieser Demokratisierungsprozeß zeigt weltweite Perspektiven und hat überall den einen Ursprung: das Aufbegehren des Menschen gegen die Übermacht des Anonymen innerhalb des Staates und seiner politischen und wirtschaftlichen Machtgruppen. Demokratisierung bedeutet somit nicht Atomisierung des Lebens, nicht Auf-Spaltung, sondern Auf-Gliederung! Im letzten Sinn geht es um das Humanitäre im Menschen; Humanität im Sinne der Solidarität alles Menschlichen, nicht nur in der horizontalen Ebene des Verhältnisses des Menschen zur Gemeinschaft, sondern weit stärker noch in

der vertikalen Stufung der gesellschaftlichen Anpassung. Im Humanitären vereinen sich die Ideale von Demokratie und dem von uns verstandenen föderativen Staatsaufbau in seinen historisch gewachsenen Formen.

Wieweit diese historisch gewachsenen Formen in unserer heutigen Industriegesellschaft Gültigkeit haben, erfordert ernsthafte Überlegung. Auch der Föderalismus ist den Wandlungen unserer Zeit unterworfen, wie alle Lebenserscheinungen. Innerhalb der gliedstaatlichen Ordnung unseres jungen Bundesstaates zeigen sich starke Tendenzen zur Unitarisierung, vor allem der finanzpolitische Verteilungsmechanismus zwischen Bund und Ländern steht zur Diskussion. Man spricht heute von einem Kooperativen Föderalismus, eine Etappe der traditionellen verfassungsgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Unitarismus und Föderalismus, wie wir sie seit der Bismarck'schen Reichsgründung erlebt.

Sei es ein kooperativer Föderalismus oder eine andere Ab-Art der föderativen Struktur unseres Staates, – Föderalismus kann nur in der politisch-geistigen Einheit von Staat und Gesellschaft gesehen werden. Jeder innere Bruch dieser Einheit muß folgenschwere Auswirkungen haben, eine von ihrer Natur her föderative Gesellschaftsstruktur kann nicht existieren in einer zentralistischen Staatsordnung. Das ist eines der Probleme, die das gegenwärtige Unbehagen in unserer Demokratie darstellen, die institutionelle Unbeweglichkeit von Regierung, Parteien und Bürokratie gegenüber notwendigen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen führt zum Protest gegen das sogenannte Establishment.

Föderalismus am Scheideweg: Ist es ein Scheideweg – oder klarer ausgedrückt: Gibt es in Zukunft noch einen Föderalismus? Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch einen geradezu schizophrenen antiföderalistischen Trend. Es gilt heute in sogenannten fortschrittlichen Kreisen als altmodisch, Föderalist zu sein. Dabei zeigt sich die krasse Unkenntnis der unbelehrbaren Unitaristen über Wesen und Sinn des Föderalismus. Föderalismus ist kein Partikularismus, kein eigensinniges Pochen auf Sonderbelange und Sonderinteressen, keine Kleinstaaterei. Es gibt für uns auch keinen Zweckföderalismus und keinen Situationsföderalismus. Ich sage »uns«, ich sage dies als bayerischer Landespolitiker. Bayern ist das klassische Land des Föderalismus in Deutschland; Bayern ist das einzige deutsche Land, das sich über ein Jahrtausend lang auf dem Siedlungsgebiet seines Stammes erhalten hat. So

kommt gerade heute Bayern kraft seiner Geschichte und seiner Wesensart eine besondere Funktion innerhalb Gesamtdeutschlands zu; über Deutschland hinaus wächst diese Aufgabe in den kontinentalen Bereich, denn die großräumigen Ordnungsaufgaben, die der Staatskunst in Zukunft bei der Neugestaltung unserer Welt gestellt sind, können – wie ich das schon sagte – nur organisch und lebensnah mit föderativen Mitteln gelöst werden.

Bayern ist auch unter den veränderten politischen Verhältnissen nach der Katastrophe von 1945 die Pflegestätte föderalistischer Ideen und Vorstellungen geblieben. Dieses Bayern war eben mehr als eine bürokratische Schöpfung oder das Ergebnis dynastischer Interessenpolitik. In der schwersten Stunde der Reichsgeschichte zeigte es sich, daß es die Glieder sind, auf denen das Ganze beruht und daß dieses gliedhafte Wesen deutscher Staatlichkeit eine auf der Erfahrung der deutschen Geschichte beruhende Erkenntnis ist. Bayern ist weder in Zeiten größter deutscher Zersplitterung noch in Zeiten nationaler Machtentfaltung auf das Niveau eines Kleinstaates oder einer Provinz abgesunken. Es liegt im Interesse eines künftigen geeinten Deutschlands und vereinigten Europas, daß Bayern seine Rolle und Brückenstellung zwischen Nord und Süd, aber auch zwischen Ost und West behält, denn wie in der Vergangenheit hat Bayern dank seiner geographischen Lage eine Mittlerrolle und geistig kulturelle Brückenstellung im südlichen Grenzraum.

Über den Föderalismus ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Es war der Weltbürger und Europäer Goethe, der in einem Gespräch mit Eckermann am 3. Dezember 1828 Dresden, München, Stuttgart, Kassel, Braunschweig und Hannover, Frankfurt, Bremen, Hamburg und Lübeck als »groß und glänzend« nannte, ihre Wirkungen auf den Wohlstand von Deutschland gar nicht zu berechnen. Würden sie aber bleiben, was sie sind, wenn sie ihre eigene Souveränität verlieren und irgend einem großen deutschen Reich als Provinzstädte einverleibt werden sollten? »Ich habe Ursache, daran zu zweifeln.« Goethe sprach vom Kultur-Föderalismus, der Teil jenes Gesamt-Föderalismus ist, dessen ureigenen Werte im Humanitären wurzeln.

Es ist für unsere Generation im letzten die Frage nach der Freiheit, die wir in unserer verwalteten und technisierten Welt zu verteidigen haben. Das ist der Scheideweg, an dem wir stehen: die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in der der Einzelne als freier Bürger in einer demokratischen Ordnung leben

kann. Den politisch mündigen Menschen in einer solchen neuen Gesellschaft zum mündigen Bürger im wahrsten Sinn zu machen, kann nur föderativ gegliederten Staatswesen gelingen, in dem der Einzelne verantwortlich mitwirkt, und von unten her mit Verantwortung trägt. Das ist die große sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe, die über alle Grenzen weg weltweite Lösungen erfordert.

In Dantes erstem Paradies-Gesang stehen die Worte: »Die Dinge samt und sonders stehen in Ordnung unter sich, und eben sie ist die Form, durch die das Weltall Gott wird ähnlich.« Diese ewig gültige Ordnung in eine neue Welt hineinzutragen, ist Auftrag unserer Generation. Der Mensch steht in seiner eigentlichen Bewährung, in der Ordnung der Dinge, deren Herr er bleiben sollte. Damit ist die Frage nach dem Föderalismus vom Politisch-Philosophischen her beantwortet; in der Praxis des politischen Alltags wird es vielfältige Formen geben, den Menschen in eine bessere Welt zu führen, auch und gerade im Zeitalter der Kybernetik, der Automation und der Flüge zu andern Sternen.

## Demokratie verlangt ständige Information und Aktivität

Demokratie in ihrem historischen Erscheinungsbild ist Wandlungen unterworfen, die wirtschaftlichen, sozialen und vor allem kulturellen Voraussetzungen folgen. Jedes Volk wird Demokratie in seiner Wesensart leben, Demokratie in England, in der Schweiz und in Frankreich ist eine andere wie jene, die man in den Ländern Südamerikas, Afrikas und Asiens aufbaute.

Es würde zu weit führen, mit der Geschichte der Demokratie in Deutschland die Ausgangsposition für unsere heutige Demokratie, ihr Erscheinungsbild, ihre Stärken und Schwächen aufzuzeichnen. Wir haben erst seit kaum einem Jahrhundert ein einheitliches Staatsgebilde, eine Nation, deren äußere Grenzform von 1871 im Zusammenbruch der Fronten mitten in Berlin, an der Elbe und an den Alpenkämmen vor mehr als drei Jahrzehnten zerschlagen wurden. Was wir heute im wahren Sinn noch als nationalen Besitz unser eigen nennen, ist unser westliches Teildeutschland, die Bundesrepublik mit ihrer Hauptstadt Bonn. Man muß sich das immer vergegenwärtigen, um Staat, Demokratie, Nation und Volk aus der deutschen Gegenwart zu sehen.

Ist diese Demokratie, aus den Notzeiten der ersten Nachkriegsjahre durch Zusammenschluß der westlichen Besatzungszonen entstanden, lebensfähig? Sind wir in den Jahren seit Bestehen unserer Bundesrepublik Deutschland fähig geworden, aus den Trümmern des Reiches einen neuen Staat zu schaffen, ihn mit politischer Substanz zu füllen und als Staat und Volk in der Zukunft zu bestehen?

Wir erleben in zunehmendem Maß eine kritische Stellung des Bürgers zu seinem Staat. Das ist gut, das ist sogar notwendig aus der Erkenntnis, daß Demokratie, wo sie echt ist, sich immer wieder neu bewähren und bestätigen muß. Demokratie ist, und das entspricht ihrem Wesen, stets ein Torso; alles ist Bewegung, alles ist in Fluß, immer ist Demokratie das Suchen nach dem Besseren, dem Vollkommenen und dem Wahren.

Es entspricht der menschlichen Natur, daß sie ihre Schwächen durch die Sehnsucht nach dem Vollkommenen und dem Versuch, dem Vollkommenen nahe zu kommen, zu mildern sucht. Demokratie ist darum die Staatsform, die alles das, was dem Menschen als höchstes gilt, am ehesten zu geben vermag:

die Freiheit des Einzelnen und des Ganzen, die soziale Verpflichtung des Ganzen für den Einzelnen, die Selbstbestimmung und damit Mitbestimmung des Bürgers in allen Lebensfragen. So ist Demokratie lebendige Wirklichkeit, in Funktion und Institution ein zwar schlichtes, aber festes Bauwerk, dessen Fundamente in dem Prinzip der freiheitlichen Ordnung von unten nach oben, von der dörflichen Gemeinschaft bis zum staatlichen Überbau liegen.

Ich habe das Idealbild einer »echten« Demokratie aufgezeigt. Daß es immer ein Idealbild bleiben wird, liegt in der großen Interessengruppierung unserer modernen Industriegesellschaft, deren pluralistisches Gefüge eine Vielfalt von Meinungen, Forderungen und Ansprüchen umfaßt. Die moderne Demokratie in ihrer westlichen Ideenwelt hat zwar ihre innere Verklammerung in den klassischen staats- und staatenbildenden Begriffen von Volk und Nation; in ihrem heutigen Erscheinungsbild gleicht sie jedoch mehr einem wirtschaftlichen Großkonzern, einer verplanten und verwalteten Um-Welt des Bürgers, der die vielschichtigen Zusammenhänge im staatlichen Leben nicht mehr zu durchschauen vermag. Das gefährdet die Demokratie in ihrem Wesen.

Die Demokratie ist in unseren Tagen nicht nur von außen her gefährdet, von den ideologischen Machtblöcken des Totalitarismus; weit mehr als von ihren Gegnern von links und auch von rechts gefährdet scheint sie mir von innen her. Es gehört zur Problematik unserer Zeit, daß sie den Sinn für die Sprache zu verlieren scheint. Es genügt in unserer Zeit nicht mehr, vom Sprachlichen her, von »Demokratie« zu sprechen, es muß »echte Demokratie« heißen, um überhaupt noch den Sinnwert des Wortes »Demokratie« zu umreißen. Was ist »echte« Demokratie? Eine sinnlose Gegenüberstellung zur Pseudodemokratie, die keine Demokratie ist, sondern Diktatur in ihren verschiedenartigen Variationen.

Unsere Sprache hat so viel an ihrem inneren Wert und ihrer Wahrhaftigkeit verloren, daß wir Wortumschreibungen nötig haben, um überhaupt noch den eigentlichen Sinn zu erfassen. Das erleben wir überall; so hat bei einer Münchner Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, bei der es um das Theater in seinen heutigen Ausdrucksformen ging, ein ganzes Team von Intendanten, Regisseuren, Theaterwissenschaftlern und Autoren um den Sinn des Wortes »Ärgernis« gerungen. Man kam zu keinem Ergebnis, es blieben die blassen und den Wortsinn in keiner Weise erfassenden Formulierungen,

die Anstoß nehmen, schockieren. Dies nur als ein kleines Beispiel für den Verlust, mit dem unsere Sprache zu Klischees abgewertet und ihres tiefen Symbolgehaltes entleert wird.

Ist nicht auch Aktivität begrifflich eins mit Demokratie? Ist Demokratie überhaupt denkbar ohne das Mitwirken, die Mitverantwortung, Mitbestimmung, Mitverwaltung, – also die ständige Aktivität des Einzelnen und Aller in einem lebendigen Staatsorganismus?

Lebt nicht die Demokratie, und gerade die Demokratie, vom Gespräch, von der Begegnung, von dem Miteinandersprechen und dem ausgleichenden Kompromiß in den Gegensätzen der Meinungen? Ist sie, die Demokratie, nicht die Schule des wahren Bürger-Seins, des mündigen Bürgers, der seine Angelegenheiten in der Verantwortlichkeit vor dem Ganzen ordnet?

So ist die eigentliche Frage: Hat die Demokratie in der modernen von Wissenschaft, Wirtschaft und Technik bestimmten Welt eine Chance, – oder wird sie einer Entwicklung weichen müssen, die zum »Überstaat«, zum staatlichen Monstrum mit seinen rationalistisch-funktionellen Anforderungen an den Menschen führen muß? Wird Demokratie in der Zukunft die ideale Staatsform bleiben oder wird der Apparat mit dem Management des Menschen die Welt beherrschen?

Ich komme zur Aufgabe und zum Auftrag der Selbstdarstellung der Demokratie, die sich immer wieder von neuem bestätigen und bewähren muß. Mit anderen Worten: die Kommunikation von demokratischer Aktivität und Information ist ein ständiger Fluß, ist ein dauerndes Aus- und Einpendeln politischer Fakten, Erfordernisse und Zielsetzungen.

Ist dies in der modernen von zahlreichen widerstrebenden und auseinanderstrebenden Kräften diktierten Demokratie möglich? Das ist eines der Kernprobleme unserer heutigen staatlichen Ordnung, die mit dem Prinzip der Freiheit die Gleichheit aller proklamiert hat. Was Freiheit ist und freiheitlich in der Zielsetzung des Ganzen in Erscheinung tritt, ist immer wieder ernstlich bedroht von Gesetzen, denen die Demokratie ihrem Wesen gemäß unterworfen ist: Einmal der Mißbrauch dieser Freiheit durch herrschende und beherrschende Gruppen im Staat, die die Freiheit manipulieren und sie damit in ihr Gegenteil verwandeln.

Zum anderen zeigt Demokratie einen gefährlichen Hang zur sogenannten Demokratisierung, die dort sinnvoll und notwendig ist, wo der Einzelne mitverantwortlich in allen Lebensbereichen wird. Wo aber Demokratisierung

mißverstanden und im Bereich des Informellen zum Verfall des Elitären und damit zu einer das demokratische Bildungsideal negierenden Ausschaltung der eigenen Meinung führt, wird Information zum Wegbereiter des Totalitären, das nur die Masse und den Massenmenschen kennt und jede freiheitliche Regung des Individuums mißachtet. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie kommt von der Mißdeutung, daß Mehrheit gleich Masse ist und daß Information nur bedeuten kann, Meinung zu bilden und damit Mehrheitsentscheidungen vorzubereiten. Unsere Zeit hat das Wort »Massenmedien« geschaffen, es sollte aber heißen »Meinungsmedien«. Die Nivellierung in unserem Informationswesen mag daherrühren, daß von dem unabdingbaren Recht der Meinungsbildung in der Demokratie nicht der rechte Gebrauch gemacht wird und allzuoft Masse statt Meinung herausgefordert wird.

Einer der wesentlichsten Faktoren, daß das komplizierte Uhrwerk in Gang bleibt, gleichsam der Gangregler der Demokratie, ist das Informationswesen, ist die öffentliche Meinungsbildung, jene »Massenmedien«, die in der modernen Demokratie entscheidenden Anteil am Funktionieren ihrer Organe haben. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle Glanz und Elend der Demokratie an ihren publizistischen Erscheinungsbildern darzulegen. Wie unsere junge bundesdeutsche Demokratie krankte sie an dem Vakuum, in das unser westdeutsches Staatsprovisorium im europäischen Machtraum und zwischen den ideologischen Blöcken gestellt wurde. Wir sollten an der Tatsache nicht vorübergehen, daß dieses staatliche Provisorium noch viele Erscheinungsformen des Übergangs und der Wandlung aufzeigt, die neue Denkmodelle erfordert und uns zu manchem Umdenken zwingen wird. Nicht nur Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Verkehr stehen in einem noch unüberschbaren Wandlungsprozeß, auch die Politik muß sich den Erfordernissen dieser Wandlung anpassen, sei es in der Anwendung der staatlichen Gewalt oder im Prozeß des Verwaltungsablaufs. Demokratie ist gelebte Wirklichkeit.

Wenn es uns in unserer heutigen Demokratie nicht gelingt, das Mißverhältnis von Geist und Macht zu überwinden und denen einen ihnen gemäßen Platz in unserem Staat zu schaffen, dem sie als Kulturfassade dienen, wird unsere Demokratie an innerer Auszehrung leiden. Ein Staat der nach rein pragmatischen Gesetzen lebt und nur die materielle Leistung des Einzelnen zu werten vermag, ist in seinem inneren und äußeren Bestand bedroht. Er verfällt den Anfechtungen des Totalitären, jenem Ungeist, der das Geistige und damit den Menschen in seiner Freiheit und Würde mißachtet.

## Abwehr des politischen Radikalismus

Was ist des Deutschen Vaterland? Sieben deutsche Vaterländer haben in den letzten rund hundert Jahren die Deutschen zu ihrem »Staat« verpflichtet: der Deutsche Bund bis 1866; der Norddeutsche Bund und die Südstaaten bis 1871; das Bismarck-Reich bis 1918; die Weimarer Republik bis 1933; das Nationalsozialistische Reich bis 1945; die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik seit 1949. Konnte sich eine staatliche Tradition der Deutschen unter solchen zum Teil tragischen Umständen entwickeln? Ist ein Staats-Bewußtsein der Deutschen möglich angesichts des nationalen Reigens der Untergänge, die 1918 und 1945 tiefe Einschnitte in die Geschichte der Nation schufen?

Wir leben als Volk und Nation in einer Stunde der inneren Bewährung. In der Stunde Null 1945 war uns eine Chance gegeben, wir sind in eine Bewährung gestellt worden, wie sie bisher wohl kein Volk seit der Antike hatte. Man sucht historische Vergleiche und zitiert im Zusammenhang mit der Geschichte der Deutschen das Schicksal Karthagos, das nach zwei langen Kriegen große Teile seiner Gebiete verloren hatte und nach dem dritten Punischen Krieg dann aus der Geschichte ausschied und 146 v. Chr. von den Römern dem Erdboden gleich gemacht wurde. Es war Berthold Brecht, der das Schicksal Karthagos mit dem der Deutschen verglichen hat und warnend seine Stimme erhob.

Die Weltpolitik ist in Fluß geraten, mit ihr die machtpolitischen Konstellationen der großen Staaten dieser Welt, in deren Einflußgebiet Deutschland liegt.

Alles Leben, auch und gerade in der Politik, ist steten Wandlungen und Veränderungen unterworfen. Es ist gleichsam ein geologischer Vorgang: das Gären stets wirksamer und eruptiver geistiger Kräfte im Unterschwelligen, das immer nach einem Ausbruch drängt. Wo sich die politische Landschaft verkrustet und in der Gesellschaft das Beharrende erstarrt, ist der natürliche Ausgleich der sich gegenseitig aufhebenden Kräfte gestört; Neues, das nach oben drängt, sucht gewaltsam Bahn, – es ist die Situation, in der das Wort »Establishment« zur politischen Waffe wird.

Was sind die geheimnisvollen Ursachen der Massenbewegung des Aufbegehrens gegen das Establishment, das überall in den Revolten der Jugend gegen die »Etablierten« in Staat und Gesellschaft sichtbar geworden ist? Welches sind die politischen Erdschichten, die solche Beben verursachen und die mangels vorhandener seismographischer Erkenntnisse vorerst unbekannt sind? Sind es bisher unerforschte Gesetze der Seelenlandschaften, die auch in der Politik wirksam sind und die Wellenbewegung in den Gezeiten der Geschichte auslösen?

Diese Wellenbewegungen erleben wir am deutlichsten in den Künsten und den sie geistig vorbereitenden und interpretierenden philosophischen Denkbauwerken; daß sich unsere gesamte Gesellschaftsstruktur in einer unerhörten Umwandlung befindet und dieser Prozeß auch das politische Leben erfaßt und es zu schmerzlichen Reformen in allen Bereichen zwingt, erfordert Einsichten und Erkenntnisse vor allem der politisch Verantwortlichen.

In der Politik ist eine geradlinige Entwicklung zur Demokratisierung der Gesellschaft zu erkennen, sowohl im Westen als auch, zumindest an der Oberfläche, in den totalitären Staaten des Ostens. Demokratisierung bedeutet schlechthin Mitwirkung und -verantwortung, nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern in allen Bereichen, sowohl im demokratischen Aufbau als auch in den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Regionen. Die gesellschaftliche Pyramide verflacht sich mehr und mehr. Privilegien verfallen dem Prinzip der Gleichheit aller vor Recht und Gesetz; die neue Gesellschaft formt sich, gestaltet und entscheidend beeinflußt von den großen tragenden Säulen der modernen Welt: Wissenschaft und Technik. In ihnen droht der Mensch seine herrschende und beherrschende Rolle zu verlieren, – in der Demokratisierung allein sieht er noch einen Weg und Ausweg, den Auftrag des Schöpfers an ihn, den Menschen, zu erfüllen.

Die Phänomene neuartiger Erscheinungsbilder in unserer gesamten Welt und in ihrer bestimmten Bezogenheit unserer eigenen bundesdeutschen Lage sind keineswegs alarmierend, noch sind sie erschreckend, wenn wir Staat und Gesellschaft in ihren lebendigen Wechselbeziehungen, ihren grundlegend neuen Wesensformen nicht nur registrieren, sondern uns den Notwendigkeiten anpassen.

Ich sprach von diesen Notwendigkeiten, die in dem einen Wort »Demokratisierung« am deutlichsten zum Ausdruck kommen. Die auch im Bereich des

Politischen und Sozialen sich stark auswirkende Konzentration in den supranationalen Gremien und in der Wirtschaft zwingt zum Mitspracherecht und damit zur Mitverantwortung, um Machtballungen zu neutralisieren. Das heißt mit anderen Worten: Demokratisierung überall da, wo starke Gruppen in der Gesellschaft die Macht kontrollieren können und sie damit beherrschen. Demokratisierung, – oder mit dem oft mißdeuteten Wort Föderalismus in der gesellschaftspolitischen Vertikale, so wie das Föderative in den horizontalen Räumen der Staaten die unübersichtlich und unübersehbar gewordenen politisch-geographischen Zonen und Regionen in den vom Menschen beherrschten Maßen begrenzt. Hier ist die Schnittlinie, in der sich Demokratie mit dem Wesen der Freiheit treffen: die Freiheit des demokratischen Ordnungsprinzips, das einen Ausgleich und damit Synthese des Egalitären und Elitären in der neuen Gesellschaft sucht.

Welches sind die Ursachen der »Unruhe«, des Unbehagens und des Aufbegehrens gegen Staat und Gesellschaft in unseren Tagen? Ist unsere Demokratie, aus den Notzeiten der ersten Nachkriegsjahre durch Zusammenschluß der westlichen Besatzungszonen entstanden, ist dieser Staat lebensfähig und in der Lage, neue gesellschaftspolitische Leitbilder zu geben? Sind wir in den Jahren seit Bestehen unserer Bundesrepublik Deutschland fähig geworden, aus den Trümmern des Reiches einen neuen Staat zu schaffen, ihn mit echter politischer Substanz zu füllen und als Staat und Volk in der Zukunft zu bestehen?

In zunehmendem Maße erleben wir eine kritische Stellung des Bürgers zu seinem Staat. Das ist gut so, es ist sogar notwendig aus der Erkenntnis, daß Demokratie, wo sie echt ist, sich immer wieder neu bewähren und bestätigen muß. Demokratie ist, und das entspricht ihrem Wesen, Bewegung; immer ist Demokratie das Suchen nach dem Besseren, dem Vollkommenen und Wahren. Sie ist gleichsam das Spiegelbild der menschlichen Natur, die ihrer Schwächen bewußt ist und nach den Sternen greift.

Unsere deutsche Situation ist jedoch gekennzeichnet von einer beunruhigenden Provokation jener, die Staat und Demokratie zum »System« abwerten. In unseren Tagen ist die Demokratie nicht nur gefährdet von den ideologischen Machtblöcken des Totalitären: weit mehr als von ihren Gegnern von links und auch von rechts gefährdet erscheint sie von innen her. Die »Unruhe«, die Sucht nach Fortschritt und Reform entstammt einer inneren Dyna-

mik, die in einen freien Raum drängt und die Maßstäbe des Wirklichen verliert. Sozialforscher unserer Tage sehen einen politischen Aspekt in diesem Erscheinungsbild, sie sprechen von einem nach dem nationalen Niedergang und seinen gefährlichen Schockwirkungen fälligen »Chiliasmus« der Nachkriegszeit, dem alten Traum nach einem tausendjährigen Reich, der sich bei den Deutschen in eine modische Proklamation der Zukunftslosigkeit wandelte, abgestützt durch eine Weltangst und einmündend in die These der existentiellen Sinnlosigkeit, schließlich in einen anthropologischen Zynismus.

Dieses Manipulieren der Wirklichkeit, die Flucht in Verfremdung, Betäubung und Utopie ist der Nährboden für einen Radikalismus, der keine Maßstäbe im Verhältnis zu den Realitäten besitzt und sich in einen wirren Irrationalismus verliert. Der Versuch, inmitten eines sich völlig wandelnden Weltbildes eine »heile« Welt als Wirklichkeit zu sehen und in ihr zu leben, ist die Versuchung eines Volkes, das den totalen Verfall aller Werte und Bindungen erlebt hat.

Was ist nun Radikalismus in unserer neuen bundespolitischen Landschaft? Woher kommt er und wohin wird er in seinen entgegengesetzten Zielrichtungen führen?

Dabei möchte ich mich zunächst mit dem Begriff »radikal« auseinandersetzen. Radikal kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Wurzel; von der Sprache her ist Radikalismus die Denkart, die überall bis zu den letzten Konsequenzen eines Prinzips geht, gründlich, vom Grund aus. Wer jedoch die Thesen, Programme und politischen Leitsätze sogenannter »radikaler« Gruppen kennt, spürt nichts von einer Denkweise, die zu den Wurzeln geistig-politischer Systeme führt; es sind Schlagworte der politischen Konfektionäre des Trivialen. Diese Konfektionäre des Trivialen sind nicht nur in der Literatur und Kunst erfolgreich, – sie haben auch in der Politik Gefolgschaft und Anhang, Menschen, die den politischen Eintopf einem geistig anspruchsvollen Gericht vorziehen.

Was sich in der Politik radikal nennt und als Radikale revolutionär gegenüber Staat und Gesellschaft verhält, ist keineswegs radikal, sondern extrem. Extremisten streben in der Politik nach dem Äußersten in einer gefährlichen Dynamik, die das Statische in der politischen Architektur bewußt untergräbt.

Das zeigt sich ganz deutlich und eindeutig in einem Anachronismus des politischen Extremen und der Extremisten in ihrer wirren Zielsetzung im gesell-

schaftspolitischen Bereich. Wo sich in gewaltigen Strömungen auf allen Gebieten eine umfassende Demokratisierung und Liberalisierung in der staatlichen Gesellschaft durchsetzt, rufen sie nach dem Ordnungsstaat, nach Einengung der demokratischen Freiheiten, nach der obrigkeitstaatlichen und militanten Reglementierung, nach dem totalen Staatsabsolutismus.

Ich spreche vom Rechtsextremismus. Der von seinen Propheten gepredigte mythologisch-biologische Volks- und Staatsbegriff kennt nur den totalen Staat, die Staatsomnipotenz, den Befehlsstaat, der den Einzelnen reglementiert. Es ist der totale Führerstaat, den die Rechtsextremisten als »Wahrer des Volksganzen« dem demokratischen Prinzip entgegenstellen. Der Katalog von Thesen und Forderungen der Rechtsextremisten reicht vom organisierten Protest gegen den »Ungeist des Materialismus« und der kulturzersetzenden Verfremdung über einen Rassizismus-Biologismus nationalsozialistischer Provenienz, über Antiliberalismus und Antipluralismus, sittlichen Puritanismus und einen epigonalen Kulturpessimismus bis zur Staatsmystik und Staatsmythologie; für diese rechtsextremistische Ideologie ist typisch das Fehlen eines rationalen Kerns, verschwommene ideologische Phrasierung und ein aus verschiedensten Denkrichtungen entstammender Eklektizismus. Die Ideologie des Rechtsextremisten, wie sie heute der extremen Rechten eigen ist, bedeutet die Gesamtheit des Stereotypen; es ist das propagandistisch Manipulierte aufgestauter Emotionen, die das Unbehagen des politischen Kleinbürgers an der modernen Kultur und der pluralistischen Gesellschaft ausdrücken.

Politik ist die Kunst des Möglichen, – die Grenzen dieses Möglichen sind uns Deutschen heute eng gesetzt. Wer den Status Deutschlands vom Jahre 1937 fordert und die Realitäten der Welt seit 1945 damit verleugnet, ist ein Phantast, ein Abenteurer.

Mit Anti-Gefühlen, mit einer Trotz-Politik, mit propagandistisch manipulierten utopischen Thesen und Forderungen kann kein geeintes Europa entstehen, werden wir den uns allen schmerzlichen Status quo eines geteilten Deutschlands nicht überwinden.

Die Ziele der extremen Linken sind die gleichen geblieben: die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats ist nichts anderes als die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Intelligenz, den Bauern, dem städtischen Mittelstand. Auf welchem Wege sich die sozialistische Umwäl-

zung nach Auffassung der Kommunisten in der Bundesrepublik vollziehen soll, ist noch nicht vorauszusagen; die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik wird, ausgehend von den allgemeingültigen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, die Wege und Methoden im Kampf um den Sozialismus finden, die den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen entsprechen. Dabei werden den Kommunisten die Erfahrungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltungen in der DDR von großem Nutzen sein. Der Erfolg des mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln geführten Klassen- und Volkskampfes wird von seiner Kraft und Breite, seiner »Bewußtheit und Organisiertheit« abhängen.

90 Prozent des Wählervolkes in unserem Staat sind, wenn auch weithin passive, legale Bürger des demokratischen Rechtsstaates, dessen Bestand weniger von den extremen politischen Gruppen bedroht erscheint als von seiner eigenen Immobilität.

Alles politische Wirken und Handeln hat, und da schließt sich der Kreis, seine Grenzen da, wo die Freiheit des Einzelnen und des Ganzen in Verfassung, Recht und Gesetz bedroht wird. Wo mit der individuellen Freiheit der Bestand der Nation durch extreme Denkmodelle und Thesen gefährdet ist und die Propheten des Untergangs laut werden, kann es für uns alle nur eine Antwort geben: sie zum Schweigen zu bringen. Wenn Hasardeure und Marodeure der Politik erneut ihr Haupt erheben, ist Gefahr nicht für Teile des Volkes, sondern für das ganze Volk gegeben. Um unserer nationalen Selbsterhaltung willen ist es dann Zeit, die zur Willkür herabgewürdigte Freiheit zu verteidigen und jenen die von ihnen mißbrauchte Freiheit in unserem Staat zu entziehen. Es ist mehr als politisches Falschspiel, wenn unserer jungen westdeutschen Demokratie nach gewaltigen Anstrengungen und Leistungen seit den späten 40er Jahren nun Versagen in den großen nationalen Fragen vorgeworfen wird.

Das sagt nicht, daß in unserem Staat alles in Ordnung ist. Der demokratische Neubau ist unfertig und erfordert Korrekturen, Zusätze und innere Festigung. Es ist der Auftrag an uns alle, Politiker, Staatsbürger, – jeder Einzelne von uns ist mitverantwortlich, jene Mitverantwortung, die das wahre Wesen der Demokratie ausmacht. Wenn heute in unserer Bundesrepublik eine starke parlamentarische Opposition fehlt, so ist die Diskussion darüber fruchtbar, wie im vorparlamentarischen Raum Kräfte wirksam werden können, die den Staat und seine vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen kon-

trollieren. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei die Organe der öffentlichen Meinung, die keine destruktive Kritik üben sollten, sondern mit aufbauen am staatlichen Leben durch konstruktive Kritik.

In unserer verwalteten Welt droht der Mensch das Opfer seiner alle Fähigkeiten tötenden Angst um das Morgen zu werden, unfrei im Verlust aller gläubigen Zuversicht und zur eigenen Kraft. Dieses Vakuum wird auch im Bereich des Politischen sichtbar, es ist das Vakuum nicht nur unserer geschichtlichen Situationen, sondern die Infragestellung eines sinnvollen Daseins überhaupt.

Unsere Gegenwartssituation ist weniger eine Krise der Demokratie als eine Krise des Geistes. Es gibt keine Rezepte für die Überwindung dieser Krise; entscheidend ist, daß wir Demokraten uns mit den Grundfragen unserer politischen Existenz auseinandersetzen müssen: mit dem Wesen einer rechtsstaatlichen Verfassung, mit der Struktur einer nicht nur formal, sondern auch geistig verstandenen Demokratie und mit der Reform des Parteienwesens. Es gilt, das verhängnisvolle Staatsdenken abzubauen und durch eine »personale Autorität« zu ersetzen.

Das erfordert staatsmännische Einsichten, Klugheit und auch Festigkeit, um in kommenden Sturmzeiten der deutschen Politik das Staatsschiff sicher durch die Untiefen zu führen. Dazu sind kraftvolle und in die Zukunft weisende Ideen und Impulse erforderlich, nicht die politische Marktware eines Marketing-Managertums, das sich an Popularitätskurven orientiert. Politiker, die den Weg des geringsten Widerstandes gehen, enden dort, wo die Parolen der Extremisten demagogisch Anhänger finden. Wer in der Politik viele Wege geht, kommt nirgendwo an.

## Bayerns Verfassungsgeschichte

Die Geschichte des bayerischen Parlaments seit 1818 stellt einen bedeutsamen Beitrag zur Landesgeschichte Bayerns dar. Wie einst die Menschen dachten, als die Verfassung unseres Landes geschaffen wurde, beweist ein Ausspruch von Johann Anselm von Feuerbach, dem Reformers des Staatsrechts und Großvater des bedeutenden Malers Anselm Feuerbach. Er schrieb um das Jahr 1818: »Kein Land ist wohl in Europa, wo freier gesprochen, freier geschrieben, offener gehandelt wird als hier in Bayern.«

Unsere Verfassungsgeschichte reicht in ihren Ursprüngen weit in die Jahrhunderte zurück. Es waren zunächst die Landstände, die Städte, der Adel und die Geistlichkeit, die ein bestimmtes Mitspracherecht in staatlichen Angelegenheiten beanspruchten. In Niederbayern stellte Herzog Otto den Landständen am 15. Juni 1311 den ersten Freiheitsbrief, die »Ottotonische Handveste« aus, in der den Ständen gegen eine Steuerbewilligung die niedere Gerichtsbarkeit überlassen wurde. Städte und Adel Niederbayerns schlossen sich im Jahre 1347 zu einer Dauerorganisation zusammen, in Oberbayern im Jahre 1363. Die Prälaten traten in Niederbayern 1395, in Oberbayern 1394 bei. Nach der Vereinigung der Herzogtümer Niederbayern und Oberbayern im Jahre 1506 vereinigten sich die Landstände der beiden Länder zu einer »Landschaft«. Am 11. September 1508 wurde die Erklärung der Landesfreiheit erlassen. In ihr sind die bis dahin erlassenen Freiheitsbriefe zusammengefaßt. In der letzten Fassung von 1553 gingen sie in das Gesetzbuch des bayerischen Herzogs Maximilian von 1616 über. Dieser Herzog berief die »Landschaft« noch einmal im Jahre 1612 und dann 39 Jahre nicht mehr. Die letzte Vollversammlung der Landstände fand unter dem bayerischen Kurfürsten Ferdinand Maria im Jahre 1669 statt.

Die »Landschaft« war eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Zusammenkünfte der Mitglieder der »Landschaft« wurden »Landtage« genannt. Der Landtag wählte einen »Großen Ausschuß« von 64 Mitgliedern; zur Wahrung der Rechte des Landtags zwischen den Tagungen der »Landschaft« und nach Landtagsschluß wurde ein »Kleiner Ausschuß« von 16 Mitgliedern eingesetzt.

Wir sehen also, daß »Landschaft« und »Landtag« zumindest in ihrem Wortsinn Vorbilder des Parlaments in der neueren Staatsgeschichte sind. Durch den Reichsreputationshauptschluß von 1803 wurde der Prälatenstand aufgehoben. Eine königliche Verordnung vom 8. Juni 1807 beseitigte die bisherige Steuerfreiheit der Stände, am 18. Mai 1818 wurden alle landschaftlichen Körperschaften für aufgehoben erklärt.

Bereits am 25. Mai 1808 erschien im Regierungsblatt eine »Konstitution für das Königreich Bayern«, die am 1. Oktober 1808 in Kraft treten sollte. Von dieser Verfassung sind die wichtigsten Bestimmungen, insbesondere jene über die nationale Repräsentation, nicht in Kraft getreten.

Nun folgt das Datum des 26. Mai 1817. Die Arbeiten für eine neue Verfassung waren zu Folge einer königlichen EntschlieÙung vom 17. September 1814 unter der Regierung des Ministers Montgelas wieder aufgenommen worden. Die von Montgelas noch vorbereitete »erste bayerische Verfassung« wurde nach seinem Sturz im Februar 1817 wenige Monate später, am 26. Mai 1818, im Gesetzblatt verkündet. Der bayerische König Max Joseph I. verzichtete durch die Verfassung freiwillig auf einen Teil seiner Herrschaftsrechte zugunsten seiner Untertanen. Kronprinz Ludwig anerkannte die Verfassung mit einer Erklärung vom 30. Mai 1818 als bindendes Staatsgrundgesetz.

Die Verfassung von 1818 gliederte sich in zehn Kapitel. Die Ständeversammlung bestand in den Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten. Die Verfassung wollte nach ihrer Einleitung u. a. dienen der Freiheit des Gewissens, der Freiheit der Meinungen mit gesetzlichen Beschränkungen gegen den Mißbrauch, dem gleichen Recht der Bürger in allen Graden des Staatsdienstes und zu allen Beziehungen des Verdienstes, der Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze und der Unparteilichkeit und Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege. Das bedeutendste Ergebnis des ersten Landtags war das Staatsfinanzgesetz zur Feststellung der Staatseinnahmen, Staatsausgaben und Staatsschulden für die erste Finanzperiode von 1819 bis 1825.

Die Entwicklung des bayerischen Parlaments in den hundert Jahren von 1818 bis 1918 ist ein Spiegelbild des Weges, den Bayern und Deutschland in diesen bedeutsamen hundert Jahren gegangen sind. In dem Archiv unseres Bayerischen Landtags befinden sich die Protokolle aus den einzelnen Sitzungen, die oft schicksalhafte Bedeutung für das Land hatten. Die bayerische Verfassung blieb in ihren wesentlichen Bestimmungen ein volles Jahrhundert

lang unverändert. Auch der Beitritt Bayerns zum Norddeutschen Bund, durch Vertrag vom 23. November 1870, hatte keine formelle Umgestaltung der Verfassung zur Folge.

Am 9. November 1918 wurde Bayern Republik. Am 4. Januar 1919 erließ die Regierung Eisner ein »provisorisches Staatsgrundgesetz«. Der am 12. Januar 1919 gewählte Landtag setzte sich aus 180 Abgeordneten zusammen. Am 17. März 1919 verkündete die Regierung Hoffmann ein neues »vorläufiges Staatsgrundgesetz«. Während der Münchener Räterepublik entstand in Bamberg die sogenannte »Bamberger Verfassung« vom 14. August 1919. Sie trat am 15. September 1919 in Kraft.

Die bayerische Verfassung vom Jahre 1919 wurde nie volkstümlich und führte neben der Reichsverfassung von Weimar ein Schattendasein. Durch Reichsgesetz vom 30. Januar 1934 wurde der Staat Bayern beseitigt, die Volksvertretungen der Länder wurden aufgehoben. Bayern war damit ein Verwaltungsgebiet des Reiches geworden.

Mit der neuen bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946 begann ein entscheidender Abschnitt unserer bayerischen Geschichte. Das bayerische Volk gab sich, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte eine neue demokratische Verfassung, deren 188 Artikel, in drei Abschnitten unterteilt, jedem Staatsbürger im wesentlichen bekannt sein dürften, denn jeder Schüler erhält nach Artikel 188 vor Beendigung seiner Schulpflicht einen Abdruck dieser Verfassung.

Der große Bayerische Geschichtsschreiber Michael Döberl charakterisierte einmal die verfassungsrechtliche Entwicklung Bayerns mit folgenden Worten: »Trotz der geschilderten Wellenbewegung, ungeachtet der bald vorwärts-, bald rückwärtsdrängenden Kräfte, gliederten sich für den, der die Geschichte des bayerischen Verfassungslebens von einer höheren Warte aus zu überblicken sich bemüht, die Einzelereignisse zu einer straff gezogenen Linie, die klar auf ein Ziel hinweist: Die Geschichte des bayerischen Verfassungslebens, ist die Geschichte einer stetig fortschreitenden Demokratisierung des Staates.«

Die neue bayerische Verfassung vom Jahre 1946 konnte in vielen Punkten an die Entwicklung unseres Verfassungslebens in den vorausgegangenen 130 Jahren anknüpfen. Es entsprach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, daß die neue Verfassung die Probleme einer modernen parlamentarischen Demokratie im Geiste des Rechts und der Freiheit, der Würde des

Menschen zu lösen versuchte. Daß sie ihren Auftrag erfüllte, den neuen bayerischen Staat in seiner Geschichtlichkeit lebendig zu gestalten und das Eigenleben der Stämme mit einem starken Staatsbewußtsein zu erfüllen, scheint uns heute als eine glückhafte Fügung nach der Katastrophe, die bereits mit der Auslöschung Bayerns als Staat 1933 begann und im Mai 1945 ihren in der Geschichte nie dagewesenen Höhepunkt im Zusammenbruch aller staatlichen Werte und Institutionen erreichte.

Eine Verfassung hat die geschichtliche Aufgabe, das Leitbild für alles staatspolitische Denken und Wirken zu schaffen und damit die Politik in ihrer gesamten Vielfalt vorzubestimmen. Alle Politik muß dem Grundgesetz der Verfassung entsprechen; Verfassung wird wirksam durch das Gesetz, das in der parlamentarischen Demokratie von den vom Volk bestimmten Vertretern im Parlament beschlossen, von der Regierung und ihren Organen vollzogen wird. So besteht die klassische Dreiteilung: die gesetzgeberische, die vollziehende und als dritte Gewalt die Rechtsprechung.

So ist die Verfassung ein Spiegelbild der geistigen und kulturellen Lebensgrundlagen eines Volkes; mit der feierlichen Proklamierung in Artikel 3 unserer bayerischen Verfassung: »Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl,« ist alle gesetzgeberische Arbeit des Parlamentes einem klaren Auftrag untergeordnet.

Es liegt im Charakter des parlamentarischen Systems, daß das Parlament die eigentliche Schlüsselposition im gesamten Staatsbereich einnimmt. Das Parlament ist Angel- und Mittelpunkt des Staates, ungeachtet der drei Gewaltenträger – gesetzgeberische, vollziehende und rechtsprechende Gewalt.

Unsere neue Verfassung von 1946 wurde am 1. Dezember 1946 einem Volksentscheid unterzogen und mit über 2 Millionen der 3,1 Millionen abgegebenen Stimmen angenommen. Wer sich mit der Geschichte unserer Verfassung näher befaßt, sollte die vier Bände der Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung studieren, die in 35 Sitzungen vom 16. Juli bis 22. Oktober 1946 tagte. Es ist erstaunlich, mit welcher Fairneß und politischen Toleranz die Beauftragten damals das schwierige Verfassungswerk beraten und geschaffen haben. Dieses vorbildliche demokratische Zusammenwirken aller für alle war beispielgebend und sollte auch, nachdem der Staat in seinen Grundlagen wieder einen festen Bestand hat und durch die politische Arbeit ausgebaut

und den Erfordernissen einer neuen Zeit angepaßt werden soll, Vorbild für die Parteien in ihren tagespolitischen Auseinandersetzungen bleiben.

Es ist verständlich, daß die Verfassung vom 2. Dezember 1946 Bestimmungen enthält, deren Formulierung nur aus der Situation kurz nach dem Zusammenbruch erklärlich sind. So gibt es, um einige Beispiele anzuführen, den Artikel 6 über eine bayerische Staatsangehörigkeit, der nie verwirklicht werden konnte. Es gibt den Artikel 160, der das Eigentum an Bodenschätzen in Allgemeineigentum überführen sollte. Auch dieser Verfassungsartikel blieb angesichts geänderter politischer Denkvorstellungen ohne Wirksamkeit. Wenn wir den Artikel 171 lesen, der da lautet: »Jedermann hat Anspruch auf Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens durch eine ausreichende Sozialversicherung im Rahmen der Gesetze«, so entsprechen auch diese Formulierungen sozialpolitischen Vorstellungen, die 1946 in einer unerhörten materiellen Notzeit gegeben waren. Ich könnte weitere Beispiele anführen, die zeigen, wie auch eine Verfassung Zeitdokument und nur aus ihrer Entstehung heraus verständlich ist.

Die Änderung der Verfassung ist, um ihre Grundsätzlichkeit als staatliches Fundament zu dokumentieren, von den Verfassungsvätern außerordentlich erschwert worden. Die Verfassung kann nach Artikel 75 nur auf dem Wege der Gesetzgebung geändert werden. Beschlüsse des Landtags auf Änderung der Verfassung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliederzahl. Sie müssen dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Wir haben also in Bayern eine Bestimmung in Artikel 7, nach der der Staatsbürger seine Rechte nicht nur durch Teilnahme an Wahlen, sondern auch durch Volksbegehren und Volksentscheide ausüben kann.

Bayerns Parlament besteht aus dem Landtag und einer Zweiten Kammer, dem Senat. Der Bayerische Senat ist ebenfalls eine im Jahre 1946 geschaffene neue gesetzgeberisch beteiligte Institution, die sich im Rahmen der gesetzgeberischen Arbeit in den Jahren ihrer Wirksamkeit bewährt hat. Es sind 60 Persönlichkeiten mit besonderer Lebenserfahrung und Sachkenntnis, die zu allen Gesetzen in unserem Land Stellung nehmen, wenn ihre Arbeit auch nur gutachtlich ist.

In den Denkschriften, Vorschlägen und Gutachten über eine Staats- und Verwaltungsvereinfachung in Bayern wird immer wieder auch die Frage nach der Größe des Landtags und der Notwendigkeit des Bayerischen Senats gestellt. Der Landtag zählte 1907 163 Abgeordnete, im Jahre 1919 waren es

176, auf je 40 000 Einwohner kam ein Abgeordneter. 1920 wurde die Zahl der Abgeordneten des Landtags auf 155 reduziert, auf je 50 000 Einwohner kam ein Abgeordneter. Nach dem Wahlgesetz von 1924 kamen auf je 62 000 Einwohner ein Abgeordneter, der Landtag zählte 129 Abgeordnete. Nach dem Wegfall der Sonderstellung Coburgs im Jahre 1928 blieben 128 Abgeordnete, dies bis 1933, und zwar immer eingerechnet der Pfalz, die seit dem Jahre 1819 ihre Abgeordneten in den Bayerischen Landtag entsandte. Heute zählt der Bayerische Landtag 204 Abgeordnete.

## Bildung in unserer Leistungsgesellschaft

Bildung ist für den Pädagogen einer der umstrittensten Begriffe der pädagogischen Fachsprache. Wie umstritten allein schon der Begriff »Bildung« ist, lassen seine Deutung in einhundert Jahren deutscher Bildungsgeschichte erkennen. Adolf von Harnack bemerkte einmal: »Bildung ist das, was bleibt, wenn man das andere vergessen hat.« Ähnlich stellte der große Pädagoge Kerschensteiner fest: »Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn man alles, was man gelernt hat, wieder vergessen hat.«

Eine andere Deutung hat Rothacker: »Gebildet ist der, der weiß wo man nachschlägt«. Etwas komplizierter analysieren die modernen Soziologen das Wort »Bildung«, so Prof. von Krockol: »Gebildet ist, wer die gesellschaftliche Bedeutung seines Tuns oder Unterlassens kritisch reflektiert und sich von der Reflektion her sein Handeln sozial verantwortlich bestimmen läßt.«

Ich zitiere nun noch unseren großen Politiker und Staatsmann Theodor Heuss: »Das was bleibt, ist das, was der eigenen Substanz gemäß ist, wofür sie die innere Faßkraft besitzt. Das andere fällt ab.«

Angesichts solcher einander widersprechenden und vielseitigen Deutungen des Begriffs »Bildung« sucht der Politiker einen eigenen festen Standort; er, der sich täglich den Realitäten des Lebens konfrontiert sieht und zu klaren und oft harten Entscheidungen gezwungen ist, steht in einer der entscheidenden Fragen unserer Zeit, den Bildungsaufgaben in der modernen Gesellschaft, vor eigener Entscheidung und in der Verantwortung seines politischen Auftrags.

Es wäre ein leichtes, der gesamten vielschichtigen Fragestellung auszuweichen und im Ausschnitt aus dem umfassenden Bildungskomplex die politische Bildungsarbeit im besonderen herauszustellen. Ist aber politische Bildungsarbeit nicht Teil der gesamten Bildung, der Bildung des jungen Menschen zum Bürger in seiner ganzen Mitentscheidung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft, in unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung?

Es erscheint geistesgeschichtlich ganz folgerichtig, daß der sozialen Revolution im vergangenen Jahrhundert nun wenige Jahrzehnte vor dem Ende un-

seres Jahrhunderts eine Bildungsrevolution weltweiten Ausmaßes folgte. Wir stehen mitten in dieser revolutionären Wandlung, durch die das Bild der Gesellschaft von morgen geformt wird. Die weltweite Verwirrung in der heutigen Menschheit, die Auflehnung der Jugend gegen die etablierte Gesellschaftsverfestigung und das freiheitliche Lebensgefühl gegen restaurative Herrschaft, – alle diese Erscheinungen zeugen von dem Ringen um den Menschen. Rückkehr zum Menschen: Mit dieser Forderung ist eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit gestellt, nämlich die Frage nach dem Sinn und Wesen der Bildung. Haben unsere Bildungssysteme in der Vergangenheit versagt?

Wie sieht die Gesellschaft von morgen aus und nach welchem Bild wird sie ihre Bildungsmodelle schaffen? Es gehört zu den Denkmodellen der Reformen und Zukunftsdeuter, daß Bildungsplanung zugleich Zukunftsforschung ist. Zukunftsforschung – nicht allein im Sinne mechanisch-statistischer Erhebungen, deren Ergebnisse für die Planung künftiger Bildungsinstitutionen außerordentlich bedeutsam sind: Bildungsplanung sollte vielmehr Wege weisen zum neuen Menschenbild, zum humanen Weltverständnis.

Sind wir in der Bildungsplanung auf das, was in den kommenden Jahrzehnten auf uns zukommt, vorbereitet? Der Freistaat Bayern besitzt als einziges deutsches Bundesland ein Institut für Bildungsforschung und -planung. In Berlin besteht das Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Auftrag des Münchner Instituts ist es, für die bayerische Bildungspolitik notwendige Überlegungen und Untersuchungen innerhalb des Rahmens der Verantwortung aufzustellen, die Bayern als eines der großen und politisch gewichtigen Bundesländer für die gesamte deutsche Bildungspolitik hat. Zugleich sucht das Institut die weiter gespannten überregionalen Zusammenhänge der Industrieländer und der demokratischen Staatenverbände, besonders der UNESCO und OECD, in seine Arbeit mit einzubeziehen.

Mir scheint bei der gesamten Bildungsplanung vom Politiker her ein Mißverständnis vorzuliegen. Es ist dies die vorwiegend rationale Auslegung des Begriffs »Bildung« als Ausbildung, Ansammlung von Wissen und fachlichem Können, um im Produktionsprozeß der Industriegesellschaft, die den Spezialisten in einer bewußten Bildungsbegrenzung fordert, bestehen zu können.

Die Folgen solcher bewußten Bildungsbegrenzung sind schon vielfach sichtbar. Es gibt, und das nicht vereinzelt, Gruppen in den vorwiegend tech-

nischen Berufen, die nur noch rein zivilisatorisch zu denken vermögen und für kulturelle Bereicherungen ihres Lebens kaum mehr ein Bedürfnis haben. Hier wird Bildung zur reinen Zivilisationsfassade, hinter der sich das Robotertum einer sinnentleerten Welt verbirgt.

Die Welt, in der sich der heutige Mensch zurechtzufinden sucht, nimmt mehr und mehr die Züge einer technischen Zivilisation an. Über die gewachsenen und überlieferten Lebensformen legt sich nivellierend und vereinheitlichend eine vom Menschen organisierte »künstliche« Welt. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen hat zur Situation ein Gutachten vorgelegt, in dem bemerkenswerte Gedanken ausgesprochen wurden.

Während die Verwandlung vorindustrieller Lebensformen durch die erste industrielle Revolution noch fort dauert, hat eine neue Phase der Verwissenschaftlichung eingesetzt; selbst irrationale Kräfte und Motive bewirken eine durchrationalisierte Welt. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen kam zu dem ein wenig pessimistischen Ergebnis, daß die Zivilisation, in der wir leben, »Bildung« als personale Gestalt und als Gespräch zu einer Illusion zu machen scheint.

In unserer Zeit, da die gesamte Menschheit den Triumph menschlichen Geistes, der Wissenschaft und Technik feiert, zeigt sich ganz eindeutig und greifbar das Ziel aller modernen Bildungsideale: Die Schulung und Ausbildung für die technische Leistungsgesellschaft. Gegenüber dem Humboldtischen Bildungsideal des »reinen Geistes« bricht allmählich erst die Erkenntnis durch, in welchem entscheidendem Maße die Welt des Berufs, der menschlichen, sozialen Beziehungen wie des Erwerbs und der Politik ein Element des Menschseins darstellen. Man muß in der modernen Leistungsgesellschaft von der zentralen Bedeutung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sprechen. Denn der Mensch des technischen Zeitalters muß den Anforderungen einer hochtechnisierten, auf Veränderung und Mobilität angewiesenen zunehmend automatisierten Arbeitswelt gerecht werden.

Damit ergibt sich ein Ausblick auf die Arbeits- und Bildungswelt in der Zukunft. Erzieher und Manager werden, so lauten die Zukunftsprognosen, in den 70er Jahren vor den Spezialisten und Sachexperten den Bildungsprozeß unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflussen. Freiwilliges Weiterlernen, zusätzliche außerberufliche Hobbyarbeit und körperliche Betätigung werden die notwendigen Ergänzungen einer nachindustriellen Dienstleistungs-Ge-

sellschaft mit ihren monotonen und automatisierten Arbeitsvorgängen sein. Der homo progressivus, der fortschrittliche Mensch, will vor allem sozial anerkannt werden; dieses und der Erneuerungswille zur ständigen Information trägt entscheidend mit bei zur Strukturierung einer horizontal und vertikal beweglichen Bildungs-Gesellschaft mit starkem beruflichen Wechsel, dem der auch innerlich unbehauste Mensch sich anpassen muß.

Es ist der unbehauste Mensch, der in einer Welt lebt, in der alles infrage gestellt ist. Wir – und vor allem die junge Generation von heute – stehen an der Schwelle zu einem anderen, neuen Menschentypus: der Menschheit der neotechnischen Ära. Aus dieser umwälzenden Perspektive gesehen müssen die Probleme der Zeit, die uns alle angehen, Politik und Staatsverwaltung, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, Geist und Maschine, ja letztlich Krieg und Frieden neu interpretiert werden. In den Diagnosen und Prognosen der Zukunftsdeuter wird immer wieder herausgestellt, daß die praktischen, die technischen Folgen der Wissenschaft sich schneller entwickeln als das Verständnis für die eigene Situation des Menschen. Dieser Abstand ist heute bereits so groß geworden, daß selbst Wissenschaftler es als ein Bedürfnis und als Pflicht erachten, die Frage zu stellen: Wo treibt die Menschheit hin, welches Schicksal erwartet sie?

Diese Frage müssen wir global stellen, denn alle unsere heutigen Probleme, seien sie wissenschaftlich-technischer Art oder geistig-kulturellen Ausmaßes, sind nur weltweit zu sehen. Auch auf dem Gebiet des Bildungswesens. Unser hergebrachtes Rüstzeug an Begriffen, Mythen und Deutungen des Lebens ist der heutigen Situation nicht mehr gewachsen. Neue Dimensionen erfordern ganz neue Maßstäbe und Denkmodelle.

Im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte, das heißt im Zeitraum einer halben Generation, sind fortgesetzt neue Fakten in das menschliche Bewußtsein getreten; es sind Tatsachen von solcher Bedeutung, daß eine jede für sich ausgereicht hätte, eine entschiedene Revolution, einen Wendepunkt in der Geschichte darzustellen.

Seit Beginn der Geschichte wurde der Mensch als Maß aller Dinge betrachtet; ursprünglich ist der Maßstab selbst, an dem wir alles zu messen gewohnt waren, in Frage gestellt. Der zeitgenössische französische Wissenschaftler und Diplomat Pierre Bertaux, ein geistreicher Deuter der Zukunft, nennt in seiner Schrift »Mutation der Menschheit« mehrere Gesichtspunkte, die für

die kommende Entwicklung auf die Gattung Mensch, die Vielheit der möglichen Welten, den Aufbruch aus dem Kreis des zerebralen Denkens unserer Sprache und den Aufbruch aus der Zeit bedeuten.

Es führt zu weit, die Auswirkungen der einzelnen Wandlungsprozesse darzulegen. Entscheidend erscheint auch im Hinblick auf die Probleme der Bildung die Feststellung, daß der Ablauf der Geschichte einem Gesetz der Beschleunigung unterliegt und daß unsere Generation es mit eigenen Augen sieht, wie ein beträchtlicher Teil der Menschheit vom prähistorischen in den historischen Zustand übergeht.

Wir haben die Frage nach der Zukunft des Menschen gestellt, in einer Welt, in der er nicht mehr das Maß aller Dinge ist. Damit droht ihm die Gefahr, in eine tiefe innere Vereinsamung und Leere, in das Verlorensein in einer verplanten Welt gestoßen zu werden. Ist das der Preis für die wissenschaftlich-technische Perfektion, in der der moderne Mensch sich allein noch geborgen fühlt und von ihrem Fortschreiten den uralten Traum vom Leben in einer besseren Welt erfüllt glaubt?

Das Unentrinnbare unserer Situation liegt in den Angstträumen dichterischer Visionen. B. F. Skinner, ein bekannter Forscher an der Harvard-Universität, schildert in einem realistischen Roman »Walden Two« eine utopische Gemeinde irgendwo im Osten der Vereinigten Staaten. Die Bewohner in dieser Mustergesellschaft werden von Geburt an dahin gelenkt, daß sie die richtigen Entscheidungen automatisch treffen, ohne die Belastung eines Willensaktes. Die in Walden Two eingesetzte Regierung liegt scheinbar in den Händen eines Planungsamtes, in Wirklichkeit untersteht sie einer Gruppe von Managern, von Spezialisten in den Ämtern der Verwaltung von Walden Two. Die Bürger haben keinen Einfluß auf die Wahl dieser Herrschaft. Die Moral von Skinners Geschichte: Unsere heutige Gesellschaft soll sich unverzüglich zu den sozialen und politischen Prinzipien bekennen, die die Manager von Walden Two bis zur Vollkommenheit entwickelt haben. »Was wir brauchen, ist ein Menschenbild, das unserer wissenschaftlichen Erkenntnis entspricht«.

Dieses Walden Two ist überall. Hier steht der Politiker in der ganzen Verantwortung seines öffentlichen Auftrags: durch sein Wirken den Einzelnen und die Gesellschaft vor einer solchen völlig verplanten und sinnentleerten Welt zu bewahren, ihm, dem Menschen, die Chance zu geben, sein Mensch-

tum zu wahren, seine Kräfte zu wecken und ihn seinem von der Schöpfung her zugewiesenen Auftrag zuzuführen, diese Welt und ihre Schätze und Reichtümer sich dienstbar zu machen.

Vom Politiker her gesehen scheint bei der gesamten Bildungsplanung ein Mißverständnis vorzuliegen. Zu sehr wird bei dem Begriff »Bildung« die Auslegung auf Ausbildung, Ansammlung von Wissen und fachlichem Können betont. Die Gesetze der modernen Leistungsgesellschaft mögen zwingend sein; dennoch können die Technokraten und Wirtschaftsmanager allein nicht die Möglichkeiten und Notwendigkeiten künftiger Bildungsplanung bestimmen. Der Mensch in seinem auch in kommenden Zeiten gültigen Schöpfungsauftrag hat absoluten Vorrang, denn der Verlust seiner Würde und seiner Freiheit zerstört letzten Endes auch den Bestand einer Gesellschaft, die nur mehr in Produktionszahlen und Leistungsquoten zu denken vermag.

Das gewaltige Bauwerk einer Bildungsplanung und -arbeit ruht auf zwei großen tragenden Säulen. Die eine steht auf dem Fundament einer geistig-kulturellen Erneuerung aus den Einsichten einer wissenschaftlich-technisch determinierten Umwelt, deren vornehmstes Ziel die Wahrung der Freiheit in einer staatlichen Ordnung ist.

Gleichsam aus gleichem Material geschaffen trägt die andere Säule mit das Gebäude eines Bildungs-Wesens, durch das der Mensch die Chance erhält, nach dem Gesetz der Gleichheit in der modernen Industrie- und Geistesgesellschaft sich zu entwickeln. Bildung ist ein Grundrecht des Menschen und damit eine soziale Grundpflicht. Bildung ist kein Privileg mehr, sie ist vielmehr Attribut der Freiheit, die in unserer Zeit doppelt gefährdet ist. Einmal ist es der Machtanspruch einiger weniger, über den Menschen zu herrschen und die Massen zu beherrschen, in unseren Tagen die totalitären Systeme.

Ebenso bedroht aber ist die Freiheit durch den Kollektivismus in der modernen Massengesellschaft, die Unterwerfung des Menschen durch den Perfektionismus einer technisierten Welt.

Freiheit ist nur in der Demokratie gewährleistet, die den kritisch denkenden Menschen, den freien Bürger, voraussetzt. So sind Freiheit, Demokratie und Bildung die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung, in der der Bürger lebt, in der ganzen Verantwortung, Mit-Verantwortung und Mitbestimmung im Staat und Gesellschaft.

Es erscheint mir notwendig, im Zusammenhang mit Fragen der Bildung die Bedeutung des Christlichen für unsere Gesellschaft herauszustellen. Der

Christ sagt Ja zur Welt, in der er lebt und in der er als Christ wirkt. In unserer pluralistischen Welt erhält die Bedeutung des Christlichen für die Gesellschaft völlig neue und zu Reformen drängende Akzente. Wenn wir uns heute mit der Funktion des Christlichen unter den Bedingungen der Gesellschaft in der Gegenwart beschäftigen, dann stellt sich die Frage, ob das Christliche etwas Eigenes und Spezifisches ist, das in die Frage nach dem Sinn des Menschseins in der Welt einbezogen ist. Die Frage nach der Bedeutung des Christlichen in der heutigen Welt ist somit nicht nur von einer historischen Orientierung her zu beantworten.

Es kommt darauf an, und das zeigt auch das »Aggiornamento« des Zweiten Vatikanischen Konzils, »weiter zu denken«, das Christliche im gesamtgesellschaftlichen Bereich zu einem neuen Verständnis von Mensch und Gesellschaft zu führen.

So ist auch die Entmythologisierung im theologischen Bereich ein tiefgreifender Reformvorgang im Verhältnis von Welt und Glauben. Eine vom Geistigen und Welt-Anschaulichen, vom neuen Weltverständnis her sich anbahnende Anpassung des Glaubens an das nachkopernikanische Zeitalter wird auch die Bereiche der Bildung erfassen und zu neuen Sinndeutungen auch vom Christlichen her führen.

Vor mehr als drei Jahrzehnten schrieb der Theologe und Naturforscher Teilhard de Chardin: »Das große Phänomen, dem wir beiwohnen, ist die totale und möglicherweise unwiderrufliche Spaltung der Menschheit, nicht in Arme und Reiche, sondern in solche, die an die Weiterentwicklung glauben, und die anderen . . . Was die Menschen von heute trennt, ist nicht die Klasse, sondern der Geist, – der Geist der Bewegung. Auf der einen Seite jene, die in der Welt einen behaglichen Aufenthaltsort sehen, den wir auszubauen haben; und auf der anderen Seite jene, die sie sich nur als eine Fortschrittmaschine vorstellen können – oder besser, als einen Fortschrittsorganismus, hier der »bürgerliche« Geist in Reinkultur; dort die wirklichen »Arbeiter der Erde«, jene, von denen man mühelos vorhersagen kann, daß sie einmal – ohne Gewalt und ohne Haß, allein auf Grund ihrer biologischen Überlegenheit – die Vertreter der menschlichen Gattung werden. Hier der Abfall – dort die treibenden Kräfte und lebendigen Elemente der Planetisierung.«

Vor dem Hintergrund der totalen Säkularisierung der modernen Welt, der Gärung in der heutigen Gesellschaft, des Mißtrauens gegen alles Institutionelle und gegen bestehende Autorität erhält auch Bildung einen ihrem We-

sen gemäß neuen und umfassenden Auftrag; nicht mehr der »bürgerliche Geist in Reinkultur« sondern die wirklichen »Arbeiter der Erde«, wie sie Teilhard de Chardin nennt, sind die treibenden Kräfte eines wahrhaften Fortschritts, der nicht allein vom Meßbaren der Technologien her bestimmt wird.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages Richard von Weizsäcker hat vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing über Probleme der Bildungssysteme gesprochen; ihnen fehle vor allem eines, das die Menschen besser befähige, beruflich, sozial und politisch mitzukommen und mitzumachen. »Unter der Oberfläche der Stabilität und Zufriedenheit«, so sagte Weizsäcker, »sind wir von Grund auf in Bewegung. Es gilt, die Ursache und Richtung in einer Weise bewußt zu machen, die politisch orientierende Gestalt nimmt«. Die aktive junge Generation wolle nicht technischen Fortschritt und privaten Wohlstand als Maßstab für Erfolg und Sinn einer Gesellschaft anerkennen. Sie mißtraue einer wertfreien Toleranz in einer pluralistischen Demokratie, weil sie meine, daß wir dadurch gleichgültig gegenüber Humanität und Wahrheit würden. Die junge Generation suche nach neuen Formen und Inhalten für das Zusammenleben der Menschen.

Diese neuen Formen und Inhalte für das künftige gesellschaftliche Leben zu finden, ist wohl die vornehmste Aufgabe einer vom Geist her planenden Bildung. Es gilt, der gefährvollen Versuchung zu widerstehen, in einer verplanten Welt der Technologien alles Leben in Frage zu stellen und damit eine sinnentleerte Welt des unbehausten Menschen zu schaffen. Andererseits aber erscheint es unabwendbar, daß der Mensch von der sinnüberladenen Welt der Bilder und Mythen Abschied nimmt, – und wenn Bildung ihren eigentlichen Auftrag erfüllen kann, wird sie neue Bilder formen und damit das neue Menschenbild. Wir leben institutionell und auch in der Anschauung dieser Welt noch weithin in den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, technisch und im industriellen Produktionsprozeß aber bereits an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Von dem Theologen und Naturwissenschaftler Teilhard de Chardin stammt das Wort, daß wir uns erst am Fuße des Berges Sinai befinden; so wird der Mensch auf dem Weg zum »Berg der Erkenntnis« möglichst wenig Ballast mittragen können und alles abwerfen müssen, was ihm den Aufstieg erschwert.

Der Mensch hat seine Identität fast verloren, er kennt sich in der Welt größter Wandlungen nicht mehr aus. In unserer freiheitlichen Ordnung ist er

unsicher über die Werte und Ziele im Gemeinwesen. Nicht nur für den Politiker gilt es, neue Denkmodelle zu schaffen, und vor allem wird er die Schaffung des Max-Planck-Instituts für Futurologie unter Leitung des Nobelpreisträgers Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker begrüßen. Wissenschaft und Politik werden hier eng zusammenarbeiten müssen, nicht nur um mechanisch-statistische Zahlenbilder für die kommenden Jahrzehnte zu erhalten; viel mehr und bedeutsamer werden Ergebnisse und Auswertungen sein, die auf dem Fundament solcher Planungsarbeit die geistigen Folgerungen ziehen und neue Denkmodelle entwickeln. In erster Linie wird die Bildung in ihrer Gesamtheit von diesem Zusammenspiel profitieren, Bildung im weitesten Sinn, in der Einheit und Gesamtheit des Wissens, der Erkenntnis und der Einsicht, daß Bildung wesensgleich ist mit der Würde und der Freiheit der Persönlichkeit.

Goethe stellte seinem Buch »Dichtung und Wahrheit« den Spruch des griechischen Dichters Menander voran, ein Spruch, der in der zweitausendjährigen Geschichte seinen Sinn gewandelt haben mag. »Der Mensch, der nicht geschunden wird, wird nicht erzogen.« In Goethes Geist und in der Auslegung seines Werkes bedeutet dieses Wort hellenischer Bildungsweisheit, daß der Mensch sich plagen muß, um sich zu formen. In diesem Sinn ist alle Bildungsarbeit das Bereitsein, die Wunder des Lebens zu fassen und zu erfassen aus den Erkenntnissen und Einsichten, die dem Menschen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter bewußt werden.

## Macht und Geist

Artikel 140 unserer Verfassung besagt, daß Kunst und Wissenschaft von Staat und Gemeinde zu fördern sind, daß diese insbesondere Mittel zur Unterstützung schöpferischer Künstler, Gelehrter und Schriftsteller bereitzustellen haben, die den Nachweis ernster künstlerischer und kultureller Tätigkeit erbringen.

Was können Schriftsteller und Künstler sich von Staat und Gesellschaft erwarten?

Die Problematik ist besonders delikat angesichts des natürlichen Spannungsverhältnisses zwischen Macht und Geist in einer Gesellschaft, die ausschließlich vom industriellen Leistungsprinzip her bestimmt wird. Dieses Spannungsverhältnis ist vom Sozialstatus aus in unserer Zeit zu einer Gefahr für das Kulturleben geworden. Es nützt nichts, die tiefgreifende Krise und das Mißtrauen zwischen denen, die Kultur schaffen, und jenen, die vom Verfassungsauftrag her den Staat repräsentieren, durch einen noch so ausgefeilten literarisch-sozialen Essay zu verharmlosen; die soziale Situation bei den Schriftstellern und den Künstlern ist zu einem Ärgernis geworden, und es ist durchaus verständlich, daß diese beiden Gruppen nach einem starken Partner Umschau halten, der ihre materiellen Interessen und Forderungen in Staat und Gesellschaft nachdrücklich unterstützt.

Zwischen Kunst und Politik besteht ein entscheidender Unterschied, der darin liegt, daß es in der Politik, im Gegensatz zur Kunst, keine reinen Lösungen gibt, und daß jeder Versuch, reine Lösungen zu erzwingen, entsetzliche Verheerungen anrichten muß. Der englische Dichter Wystan Hugh Auden, Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, hat einmal in einem Aufsatz, den er »Der Dichter und die City« überschrieb, behauptet, daß »alle politischen Theorien, die, wie diejenigen Platons, auf Analogien zum künstlerischen Schaffensprozeß basieren, dazu angetan seien, sich in Tyrannenien zu verkehren, sobald sie zur praktischen Anwendung gelangen.«

Auden denkt, wenn er von Kunst spricht, nicht in erster Linie an den sozialkritischen Roman, sondern an das Gedicht, dessen wesentliche Eigenschaft er in seinem »rituellen« Charakter erkennen will in der formalen Ge-

bundenheit, der Gewährtheit, des Sprachgebrauches. Das aber ist genau diejenige Verfassung, die man im Bereich des Politischen nicht anstreben soll, wenn man menschliche Verhältnisse bewahren will. »Eine Gesellschaft«, sagt Auden, »die wirklich einem guten Gedicht gliche, die also die ästhetischen Werte der Schönheit, Ordnung, Sparsamkeit der Mittel und Subordination des einzelnen unter das Ganze verkörpert, müßte ein rechter Graus sein, denn bei der historischen Gegebenheit des realen Menschen könnte solch eine Gesellschaft nur durch Zuchtwahl, Ausrottung der physisch und geistig Untauglichen, absoluten Gehorsam gegenüber ihren Lenkern und eine große, in Kellern verborgen gehaltene Sklavenkaste zustandekommen.«

Mit dieser vortrefflichen Definition einer Politik, die den Staat als Kunstwerk verstehen, in ein Kunstwerk verwandeln will, sind wir in einen krassen Gegensatz zum Erzvater des akademischen Gedankens geraten. Hans Egon Holthusen, der einmal über die Aussichten einer Akademie in unserer Zeit sprach, meinte damit den Platon der Staatslehre, jenen Platon, der die Könige zu Philosophen, die Philosophen zu Königen machen, der die Ehe aufheben, die Kinder gemeinschaftlich erziehen lassen, ältere Leute als unerziehbar aufs Land schicken wollte; der die Mehrzahl der Menschen zu einem willenlosen Gehorsam verurteilen und – last not least – die Poesie aus seinem Reiche verbannen wollte, der, mit einem Wort, die Idee der politischen Freiheit nicht kennt.

Damit sind wir an einen Kernpunkt unserer Überlegungen über Staat und Gesellschaft, über das Verhältnis von Macht und Geist gelangt. Es ist die Idee der politischen Freiheit, die immer schon und gerade heute ein entscheidendes Anliegen jener war und ist, die in ihrem geistigen und künstlerischen Schaffen nur in der Freiheit wirksam werden können. So enthält das Audensche Argument ein unmißverständliches Plädoyer für die freiheitliche Idee; für Auden ist es diejenige politische Verfassung, die dem Wildwüchsig-Unordentlichen einer zwanglos lebendigen Gesellschaft, die der Erfahrung, daß es in dieser Welt politischerweise keine reinen Lösungen geben kann, am ehesten gerecht wird.

Die Intellektuellen, wie sich die kleine Gruppe der literarisch und künstlerisch Tätigen in den freien Berufen nennt und argwöhnisch von anderen Gruppen unserer Massengesellschaft betrachtet wird, befinden sich in einer

prekären Lage: Auf der einen Seite fordern und erwarten sie die Freiheit, wie sie ihnen von der freiheitlichen Demokratie garantiert wird, eine Freiheit, die für den Kultur-Schaffenden unerläßlich ist für seine schöpferische Leistung; – auf der anderen Seite besitzt diese kleine Gruppe der literarisch und künstlerisch Tätigen in unserer modernen von Produktion und Wirtschaftsleistung geprägten Industriegesellschaft nicht den politischen Einfluß, der ihr kraft ihrer besonderen Stellung in dieser Gesellschaft zusteht.

Mir scheint, daß die Situation der kulturell Schaffenden, der Schriftsteller, bildenden Künstler, Musiker und der verwandten Berufsgruppen, entscheidend bestimmt wird von der gesellschaftspolitischen Lage dieser Gruppen innerhalb unserer von Produktion und Konsum getragenen Leistungsgesellschaft. Wohl erst – und mag dies auch für die Betroffenen materiell außerordentlich wichtig sein – in zweiter Linie stehen die eng mit der gesellschaftspolitischen Situation verflochtenen rechtlichen und sozialen Fragen. Darum – und hieran wird kein Politiker, gleich welcher Parteigruppierung, etwas ändern können – ist es erste Aufgabe, den Menschen, die ihrer Zeit das geistige und kulturelle Gepräge geben, in Staat und Gesellschaft die Stellung zu verschaffen, die ihnen trotz ihrer kleinen Minderheit zukommt.

Eine das gesamte geistige und kulturelle Niveau bestimmende, wenn auch kleine Schicht verliert ihre tragende Rolle in der Gesellschaft und droht zu einer reinen Staffage einer vom kulturellen Massenkonsum lebenden und seinem Bedürfnis entsprechenden Gesamtheit zu werden.

Die Folgen der Auseinandersetzung zwischen Macht und Geist, wie diese zu einer krisenhaften Erscheinung unseres ganzen staatlichen Lebens sich auswirkt, sind wohl die äußere Erscheinung einer Gesellschaftswandlung, die jene Menschen tiefer erleben, die trotz der Gleichheit in Recht und Verfassung abseits stehen, sich verkannt und mißbraucht fühlen und oft das Richtige und Gute in unserer freiheitlichen Ordnung nicht mehr sehen; sie resignieren vor der Übermacht der Organisierten, deren Privilege in der verwalteten Welt ihnen vorenthalten werden und die sie in einer unterwerfenden Form nicht hinzunehmen bereit sind. Und auch nicht willens und fähig, die Brosamen von den reich gedeckten Tischen der Privilegierten aufzulesen.

Ich weiß, daß unter dem harten Gesetz einer kühl kalkulierenden und rationell funktionierenden Wirtschafts- und Sozialordnung der Stolz des Edlen keinen Marktwert besitzt, und es ist notwendig und richtig, daß die Freischaffenden diesen Marktwert rechtlich und sozial auszuhandeln und zu sichern

suchen. Wieweit dieser Weg für den Einzelnen und für seinen Berufsstand zum Ziel einer besseren sozialen Sicherung führt, wird sich erweisen. Der Schriftsteller und alle musisch Schaffenden befinden sich in einer ganz besonderen Lage in der Gesellschaft: Ihr Kollege Goethe hat das in einem Gespräch mit Eckermann schon zum Ausdruck gebracht und damit bereits in seiner Zeit die gesellschaftliche und soziale Lage des Schriftstellers dargelegt. »Ich habe,« so sagte Goethe zu Eckermann, »in meinem Beruf als Schriftsteller nie gefragt: Was will die große Masse, und wie nütze ich dem Ganzen? Sondern ich habe immer nur dahin getrachtet, mich selbst einsichtiger und besser zu machen, den Gehalt meiner eigenen Persönlichkeit zu steigern, und dann immer nur auszusprechen, was ich als gut und wahr anerkannt hatte. Dieses hat freilich, wie ich nicht leugnen will, in einem großen Kreise gewirkt und genützt; aber dies war nicht Zweck, sondern ganz notwendige Folge, wie sie bei allen Wirkungen natürlicher Kräfte stattfindet. Ich dünkte, jeder müsse bei sich selber anfangen und zunächst sein eigenes Glück machen, woraus denn zuletzt das Glück des Ganzen unfehlbar entstehen wird. Wenn jeder nur als einzelner seine Pflicht tut und jeder nur in dem Kreise seines nächsten Berufes brav und tüchtig ist, so wird es um das Wohl des Ganzen gut stehen.«

## Die freien Berufe in der freien Gesellschaft

Die Zeiten, wo unter Gesellschaft nur eine gehobene Standesschicht verstanden wurde, liegen weit hinter uns. Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, vor allem nach der gewaltigen und gewaltsamen Zäsur des deutschen Jahres Null 1945, ließ weitgehend auch den Begriff des Proletariates, des sogenannten vierten Standes, verschwinden.

Die »Gesellschaft«, deren wissenschaftliche Beleuchtung und Deutung ein sich immer weiter ausbreitender Zweig von Forschung und Lehre geworden ist, umfaßt heute schlechthin die Gesamtheit der Bürger eines Staates; der Begriff Gesellschaft ist nicht mehr exklusiv, sondern umfassend, universal.

Um aber diese heutige Gesellschaft, die einem unaufhaltsamen dynamischen, aus verschiedenen Quellen gespeisten Entwicklungsprozeß unterliegt, in Relation zu den freiberuflich Schaffenden zu bringen, bedarf es einer näheren Charakterisierung.

Die Bezeichnung »Industriegesellschaft« birgt schon einen negativen Akzent im Hinblick auf die Chancengleichheit für alle sonstigen Bereiche der Gesellschaft in sich. Die Differenzierung wird aber noch deutlicher durch den Begriff der Massengesellschaft, die eine Antithese zum individuellen Schaffen des Freiberuflichen in sich trägt.

Im Lebensbereich einer Massengesellschaft, in der die organisierte Masse sich vielfach mit dem Volkswillen schlechthin zu identifizieren versucht, scheint für den Freiberuflichen kein Raum mehr zu sein.

In der Massengesellschaft tritt der Einzelne heraus aus der Masse, er wird zum Individuum, das für sich Wahrheit und Recht, den Weg zum eigenen Entscheiden in der Massengesellschaft sucht. Diese Massengesellschaft wird mit einem schmückenden Beiwort belegt, das zu einem Modewort geworden ist. Man bezeichnet sie als pluralistische Massengesellschaft.

Wenn unter pluralistischer Gesellschaft die politische, wirtschaftliche, soziale und weltanschauliche Vielschichtigkeit in unserer Gesellschaft verstanden wird, dann ist diese Bezeichnung zweifellos zutreffend. Nur ist die so definierte Gesellschaft nicht ein Erscheinungsbild unserer Zeit; denn auch in der zurückliegenden Entwicklungsphase der menschlichen Gesellschaft, zu-

mindest in der Neuzeit, waren Staat und Gesellschaft kein monolithisches Gebilde.

Vielfach wird aber dieser Begriff nur für den weltanschaulichen Pluralismus gebraucht und dabei von Kreisen angewandt, die damit das Fehlen einer eigenen tragfähigen und zukunfts-trächtigen Grundkonzeption durch den Hinweis auf die Mehrheit der Erscheinungen mehr oder minder geschickt tarnen wollen.

Richtig verstanden und angewandt ist der Begriff des Pluralismus jedoch zu bejahen, da in einer vielfach gegliederten wenn auch sich überschneidenden Gesellschaft der beste Boden für die Entwicklung der individuellen Lebensformen frei und ohne Zwang zu finden ist. Das aber ist das notwendige Betätigungsfeld für ein erfolgreiches Wirken des freiberuflich Schaffenden im Interesse des Gemeinwohles; dies nicht als terminus technicus der Wohlfahrtsgesellschaft, sondern als eine Freiheitsordnung letztlich verstanden.

Die Frage nach Herkunft, Wesen und Auftrag der freien Berufe ist in ihrer eigentlichsten und tiefsten Sinndeutung die für unsere Zeit entscheidende Frage nach dem Wertgehalt der Freiheit. Was die besondere Aufgabe der freien Berufe und der ihr zugehörigen Berufsgruppen schon immer gewesen ist, wurde in der modernen Gesellschaft mit ihrem Kult alles Funktionellen und Rationalen, mit ihrer gleichmachenden Entwicklung zum Totalitären zu einer globalen Schicksalshaltung.

Die Totalitären nennen die Freiheit ein »bürgerliches Vorurteil«, einen Vorwand, um auf das Volk einzuwirken und es gefügig zu machen. Sie, die in Wahrheit Unfreien, haben für die Freiheit Surrogate geschaffen und so die Unfreiheit, die tiefste Schmach menschlicher Existenz.

Weil aber der Mensch nicht bloß ein biologisches Individuum ist, sondern Persönlichkeit mit der ganzen Verantwortung seiner menschlichen Würde, ist die Freiheit der eigentliche Sinn unserer ganzen abendländischen Haltung, die Größe und Wertfülle unserer nahezu 4000jährigen europäischen Geschichte.

In ihr spiegelt sich auch dort noch, wo sie durch das Dunkel wechselvoller Epochen getrübt scheint, die große Entscheidung des abendländischen Menschen zur Freiheit, die selbst da Glanz ausstrahlt, wo sie in den Verliesen der Despoten verraten und erniedrigt wurde.

Wir, unsere Generation, sehen die Freiheit und die Entscheidung um ihre Sinndeutung in einer Epoche tiefer Erschütterungen, die eine Welt umgestal-

ten. Diese Veränderungen sind unumstößlich, sie beeinflussen alle geistesgeschichtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Daseinsformen; diese Veränderungen und Wandlungen sind nicht aufzuhalten, sie sind unser Aller Schicksal.

Wo von Freiheit gesprochen wird, steht in unserer geschichtlichen Situation die politische Freiheit in der demokratischen Staatsordnung zur Diskussion. Diese Freiheit aber ist die anspruchsvollste und darum die gefährdetste aller politischen Ordnungsformen. Sie wächst und wirkt beständig aus dem freien Kräftespiel gleicher und gleichberechtigter Personen.

Freiheit und Gleichheit, diese Ideale der großen Umwälzungen des 18. Jahrhunderts, sind aber in ihrem Wesen problematisch und gefährden einander. Schiller spricht in seinen philosophischen Schriften das Wort einer neuen Art Freiheit in tieferem Sinn. Sie wird durch den Willen selbst gesetzt und auf sie kann kein Mensch von außen einwirken.

Wo jedoch die äußere Freiheit gemeint ist und an ihr festgehalten wird, ist Verzicht auf das Wirken jedes anderen demokratischen Prinzips, das in der Gleichheit begründet ist.

Wo an der grundsätzlichen Gleichheit festgehalten wird, muß sie in den Freiheitsbegriff eingeordnet werden, in das Recht auf Freiheit, das auf Grund des Prinzips der Gleichheit *alle* Menschen in gleicher Weise haben.

Wie können Freiheit und Gleichheit, die beiden Pole der großen französischen Revolution, nebeneinander und miteinander bestehen? Freiheit bedingt Bindung! Goethe lehrte schon, daß hierin kein Widerspruch liegen muß: »Man kann in wahrer Freiheit leben und doch nicht ungebunden sein.« Rousseau formuliert diesen Gedanken: »Der Gehorsam gegen das selbstgegebene Gesetz ist die Freiheit«, und Friedrich Schlegel meint: »Wenn die Freiheit absolut wäre, könnte keine Gemeinschaft sein.«

Die Freiheit hat ihre natürlichen Grenzen an der Freiheit des anderen. Freiheit ist somit aufs engste mit der Gleichheit verbunden und es kann keine Freiheit herrschen, wo die Voraussetzungen für die Gleichheit fehlen. Freiheit kann somit nur eine Funktion der Gleichheit sein. Wo die Gleichheit fehlt, kann keine Freiheit sein, denn Freiheit gibt es nur als Freiheit Aller, nie als Freiheit nur Einzelner, denn dies wäre Willkür und Rückkehr in die Despotie.

Darum ist Freiheit keineswegs etwas Leichtes und Nurbeglückendes. Wenn sie echte, also allgemeine Freiheit bleiben will, muß sie vor allem

Rücksichten üben, verzichten und Opfer bringen können. Wird jedoch so die Freiheit verstanden, bei uns und überall, wo die Menschen frei, noch frei sein können?

Die »Déclaration des droits de l'homme« mochte 1789 als weltferne Idee erscheinen; heute, in knapp 200 Jahren sind die Menschheitsideale und -ideen der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit Urgut aller christlichen Lebenshaltung, zum Grundgesetz aller freien Staaten und der freien Gesellschaft geworden.

Paßt in dieses Weltbild voller innerer und äußerer Spannungen, der Umwälzungen und einer globalen Neuordnung auf allen Lebensgebieten jene Gruppe von Menschen, die in der modernen Industrie- und Massengesellschaft wohl eine hoffnungslose Minderheit darstellt, die in der überschätzten Wertung der Zahl in Statistik und politischer Entscheidung nur eine unbedeutende Rolle spielt?

Ist es nicht Alarmzeichen, daß Berufe, die als frei gelten und die sich als die freien bezeichnen, gefährdet und in ihrer äußeren und inneren Existenz bedroht sind?

Man ist versucht, die besorgte Frage zu stellen: Wo ist in der Massengesellschaft noch Platz für Menschen, die in freier Entscheidung Verantwortung tragen für ihr eigenes Leben in der freien, von allen Fährnissen des Lebens bedrohten Existenz? Damit wird eine Grundfrage unseres von Technik und Perfektion bestimmten Zeitalters offenbar: Freiheit und Sicherheit.

Freiheit ohne Sicherheit des äußeren Lebens: ist solche Freiheit ohne Sicherheit und ist die Entscheidung zur freien beruflichen Entfaltung ohne die Sicherung gegen Not und Entbehrung, gegen die Wechselfälle des Lebens nicht ein Widersinn, eine wirtschaftsorganisatorische Fehlleistung im Plan-spiel der verplanten Massengesellschaft und in einer mehr und mehr verwalteten Welt?

Dort, wo diese Entscheidung illusorisch geworden und der Mensch nicht mehr frei in seiner beruflichen Entscheidung ist, stirbt die Freiheit des Werkes und des Berufes von innen her. Der Mensch wird reif dafür, daß eine totalitäre Staatsführung die Freiheit des Berufes aufhebt und seine Tätigkeit normt.

Die Freiheit des Berufes und die freie Entscheidung über Beruf und Arbeit setzt voraus, daß der mündig gewordene Mensch weiß, wo er im Zusammen-

spiel des sozialen Gefüges seine Aufgabe hat, die ihm Beruf und auch Berufung, Verantwortung und Auftrag in einem höheren Sinn bedeutet.

Somit ist die Entscheidung zur Freiheit ohne Sicherung durch eine machtvolle Organisation, durch mächtige den Einzelnen mittragende Wirtschaftskolosse mehr als ein persönliches Wagnis und zugleich ein Bekenntnis.

Wo alles nach Sicherheit und Sicherung der Lebensgrundlagen in dem sich anbahnenden Wohlfahrtsstaat ruft und der Mensch in der verwalteten Welt das Opfer seiner alle Fähigkeiten tötenden Angst um das Morgen zu werden droht, ist die Freiheit in ihrem wahren Kern in Gefahr und Orwells gespenstische Vision von 1984 ein Zukunftsbild, das uns heute noch erschreckt, für das aber der aller gläubigen Zuversicht zur Vorsehung und zur eigenen Kraft unfähig gewordene Mensch anfällig wird.

Wir müssen fragen: Kann der Freiberufliche in das System der Arbeitsteilung und kollektiven Arbeitsorganisation, der Rentabilitätskalkulation und Rationalisierung eingestuft werden, ohne daß hierdurch seine eigentliche freie Funktion verloren geht? Ist er berufen, seinen Teil beizutragen zum Prinzip eines neuzeitlichen Humanismus und demokratischer Ideale, für eine fortwährende materielle Besserstellung und Entfaltung der Persönlichkeit dort zu wirken, wo alles sich im Gegenteiligen entwickelt und das größtmögliche Glück für alle auf den breiten Pfaden des Massenkonsums und der Konsumententräume zwar organisiert, aber mit und von der Masse her nicht verwirklicht werden kann?

Hier liegen die tiefen Mißverständnisse unserer Zeit, die im Planen und Verplanen von allen und aller auch jenes Irrationale gewaltsam einzubeziehen und damit sich untertan zu machen sucht, jenes Irrationale, das sich jeder Vergewaltigung durch Organisation und Perfektion entzieht.

So hat sich zwischen der unsere Zeit bestimmenden Gesellschaft und den Menschen der freien Berufe eine Kluft gebildet, die nicht nur vom Sozialen her eine Gefahr darstellt.

An die Peripherie der erwerbswirtschaftlichen Industriegesellschaft verdrängt, von dieser als »fossile Restbestände romantischer Unproduktivität« abgetan und in ihrer vom Sozialprodukt her unmeßbaren Leistung belächelt, stehen die geistig Schaffenden in einer zunehmenden Isolierung in unserer Gesellschaft; ihre kulturelle Produktivität hält man auch in einer gesell-

schaftlichen Abhängigkeit für möglich und ordnet sie dem Mittelstand zu, wobei man ihre geistigen Leistungen als Handelsware sieht und diese sinngemäß einstuft.

Ist aber eine solche Einstufung möglich und wird man jenen Berufsgruppen damit gerecht, die innerhalb der Gesellschaft nicht nur einen besonderen Auftrag zu erfüllen haben, sondern dieser Aufgabe voll zu dienen bereit sind, ohne Drängen an jenen gedeckten Tisch, der den Privilegierten der Massengesellschaft vorbehalten scheint?

Während auch die Massengesellschaft der Gegenwart nicht auf die von den geistigen Berufen und vor allem von den schöpferischen Menschen hervorgebrachten Leistungen und auf den Glanz einer Kulturfassade verzichten kann, fühlen sich diese mißbraucht und im Peripherischen der neuen Gesellschaftsordnung als Fremdlinge.

Zwar gilt auch für sie noch das stolze Wort von Friedrich Hebbel, das dieser in seinem Drama »Demetrius« den Helden zu Marina sprechen läßt:

»Ich bin nun so!

Ich setz' mich lieber auf die nackte Erde,

Als auf den Stuhl des Bauern, trinke lieber

Aus hohler Hand, als aus dem Napf des Knechts,

Und such mir lieber Beeren für den Hunger,

Als daß ich schwelge, wo der Bettler zecht!«

Diese Haltung sollte jedoch nicht täuschen; die Enttäuschung darüber, daß eine das gesamte geistige und kulturelle Niveau bestimmende, wenn auch kleine Schicht, ihre tragende Rolle in der Geschichte mehr und mehr zu verlieren und zur reinen Staffage einer vom kulturellen Massenkonsum lebenden und seinen Bedürfnissen entsprechenden Gesamtheit zu werden droht, wäre äußerst folgenschwer. Wir erleben das Vakuum unserer geschichtlichen Situation; dieses Vakuum wird unerträglich, wo die Einheit von Geist und seinen Kündern mit denen fehlt, die das Glück eines begnadeten Werkes nicht mehr empfinden und dem Schenkenden nur mehr dürren Beifall zollen.

Damit stoßen wir auf das Problem der auch vom Politischen her umstrittenen »Außenseiter« unserer Gesellschaftsordnung. Sie, die sogenannten Intellektuellen, stehen überwiegend in den geistigen Berufen; das ist ihre besondere Bedeutung auch im staatlichen Leben. Ihre oppositionelle Rolle sehen sie in einer gesellschaftskritischen Haltung, in der passiven Abkehr von allem, was von der Politik her die Menschen der Gegenwart bewegt und sie

veranlaßt, an ihrer Zukunft mitzubauen. Wir wollen es offen aussprechen: Mit dem Wort »Nonkonformismus« wird viel Unheil angerichtet und eine Mauer aufgerichtet, die jene scheinbar von uns trennt, die kraft ihrer großen Talente und ihrer Begabung zur geistigen Elite der Nation gehören.

Mit den Mißverständnissen wachsen die Gefahren, die uns alle vom Totalitären her bedrohen. Und mit den Mißverständnissen, die die Intellektuellen in die Kategorie der sogenannten Nonkonformisten gezwängt haben, mindert sich die Möglichkeit gemeinsamer Gespräche.

Eugen Kogon nannte in einer Analyse über die freien Berufe in der verwalteten Welt das Vorhandensein von qualifizierten aktiven Minderheiten eine tägliche Herausforderung zu weiterführenden Antworten.

Diese »produktiven Unruhegruppen« sind besonders gute Voraussetzungen für Kritik, für Widerspruch, für eben den »Nonkonformismus«, der zu einem politischen Schlagwort mit allem Unsinn geworden ist, der zuweilen politischen Schlagworten innewohnt. In der Gesellschaft hat die Schicht der »produktiven Unruhegruppen« nach Kogon ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen und damit Anspruch auf Schutz ihrer Existenz. So notwendig diese Schicht der »geistigen Rebellen« ist und in ihrem Wesen immer war und sein wird, in der Gefährdung unserer freiheitlichen Ordnung durch die totalitären Systeme aber ist auch ihre kritische Wachtposition in Staat und Gesellschaft begrenzt, notwendig begrenzt von den höheren Interessen der bedrohten freien Welt, der Freiheit schlechthin.

Das mag schmerzlich sein und von dem Einzelnen Opfer fordern, wir haben aber weit mehr zu verlieren, und zwar auch jene Freiheit, die die Intellektuellen zu hüten und zu verteidigen kraft ihres Geistes berufen sind, jene Freiheit der Diskussion um die Gestaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die in den totalitären Systemen selbst jedem Konformisten verwehrt ist. Es ist unrichtig und eine völlige Verkennung der notwendigen Funktion der Mahner und Wegweiser eines Volkes, diese aus einer anderen politischen, geistigen und weltanschaulichen Haltung heraus zu verurteilen. Die Auseinandersetzung mit den sogenannten Nonkonformisten muß nicht nur dem Politiker ein Anliegen sein. Hier zeigen sich die Folgen der Isolierung, bewußt oder als eine notwendige Erscheinung der großen Gesellschaftswandlung, die jene Menschen tiefer erleben, die trotz der Gleichheit in Recht und Verfassung abseits stehen, die sich verkannt fühlen und oft das Richtige und Gute in unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht mehr se-

hen, die resignieren vor der Übermacht der Organisierten, deren Privilege in der verwalteten Welt ihnen, den wahrhaft Schöpferischen in dieser Gesellschaft, vorenthalten werden.

Muß, wie oft angenommen wird, das Geistige immer im Widerspruch zur politischen Macht stehen? Vor uns erhebt die große Gestalt des Politikers und Kulturphilosophen Theodor Heuss, ein leuchtendes Vorbild und Beispiel für den tätigen Geist, der in der Gesellschaft wirksam wird und damit für eine ganze Generation zum Leitbild eines wahren Menschen geworden ist.

Das oberste Ziel muß sein, daß den geistig Schaffenden ein ihrem hohen Rang entsprechender Platz in der heutigen Gesellschaftsordnung ermöglicht wird. Die Einordnung und die Befreiung aus einer gefährlichen Isolierung der geistig Schaffenden ist eine für den Staat und für die Gesellschaft entscheidende und wichtige Aufgabe.

Möge auch hier das Wort Friedrich Schillers gelten, das zum Fanal einer neuen Zeit wurde, das dem mündig gewordenen Menschen in der demokratischen Gemeinschaft längst selbstverständlicher Besitz geworden ist:

»Würde des Menschen, –  
Nichts mehr davon!  
Gebt ihm zu essen, zu wohnen,  
Habt ihr die Blöße bedeckt,  
Gibt sich die Würde von selbst!«

Wir blicken voller Hoffnung und Zuversicht in eine bessere Zukunft. Zu dieser Hoffnung berechtigt uns der Weg, auf dem sich die Menschheit zu Neuem befindet. Der bekannte französische Theologe und Wissenschaftler Teilhard de Chardin erklärt in seinem Buch »Der Mensch im Kosmos« den Tiefgang der Erschütterungen in unserem sozialen, religiösen und intellektuellen Leben mit dem prophetischen Wort: »Wir haben eben erst die Anker gelichtet, mit denen wir noch an die Steinzeit gekettet waren.«

## Tradition im Industriezeitalter

Daß die Öffentlichkeit alarmiert und schockiert ist, ist einem Wort zu verdanken, das heute höchsten politischen Rang besitzt, das Wort »Umweltschutz«. In allen Parlamenten, bei allen Regierungen werden Milliardenpläne ausgearbeitet und beraten, durch die der völligen Zerstörung unserer Umwelt Einhalt geboten werden soll. Mit einemmal hat die Menschheit das Sinnlose der Zerstörung unserer Landschaft durch die Auswirkungen von Technik und Industrie erkannt; Umweltschutz und damit die Bewahrung unseres äußeren Lebensraumes ist weithin in Europa und Amerika oberstes Gebot aller politischen, sozialen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Programme und Planungen.

Es gibt einen Umweltschutz, der weit hinausreicht über den Schutz der bedrohten Natur. Nicht nur Luft und Wasser und die Landschaft sind in einer gefährlichen Weise von den Einwirkungen unserer modernen Zivilisation bedroht, – bedroht sind auch jene Güter, die nicht vom Materiellen her meßbar sind und oft weit nachhaltigere Schädigungen für den Menschen und die menschliche Gesellschaft haben können.

Wir alle kennen die aktuellen politischen Schlagworte von der Vernichtung des Lebens durch Umweltvergiftung. Durch die ganze zivilisierte Welt geht eine heilsame Krise des Überdenkens der Sünden und Fehler einer totalen Technisierung und Industrialisierung; es ist die Aufgabe der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die in mehreren Generationen vergewaltigte Natur wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Was der Natur nützt, das nützt den Menschen; hier ist ein Erwachen des vom Glanz des zivilisatorischen Fortschritts geblendeten Menschen sichtbar. Kultur- und Heimatpflege kann in unserer Zeit nicht isoliert im eigenen Wirkungsraum gesehen werden; über den eigenen Aufgabenbereich führt Heimat- und Kulturpflege in die heutige gesellschaftspolitische Gesamtsituation. Damit ist ein weiter Bogen gespannt, der sowohl die Kulturpolitik des Landes einschließt wie das weltweite Gebiet des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, in dem der Mensch der heutigen Industrie- und Konsumgesellschaft steht.

Ein völlig neues Bewußtsein seiner technischen Beherrschung der Welt hat den Menschen erfaßt und ihn seine Freiheit in einem weltweiten Sinn bewußt werden lassen. Unser technisches Zeitalter führt zu einer fortschreitenden Entschleierung der Natur und ihrer Kräfte. Eine Entfremdung des Menschen von seiner natürlichen Umwelt wird deutlich sichtbar, der Mensch erliegt den Versuchungen des zivilisatorischen Zauberwerkes in einer entgötterten Welt. Ich sprach bereits von der spürbaren Gegenströmung in unserer spätindustriellen Gesellschaft, die nicht nur die Gefahren der natürlichen Umweltverschmutzung erkannt hat, die vielmehr auch aufbegehrt gegen eine planerische und verplante perfekte Welt der Zukunft. Der Fortschrittsglaube scheint sich selbst zu widerlegen, denn er machte den Menschen zum Sklaven seiner eigenen geschaffenen Umwelt.

Die Um-Welt hat in Bayern von unserem süddeutschen Lebenselement her ihre ganz eigene und besondere Prägung. Prof. Dr. Karl Bosl hat die geschichtliche Wurzel aufgezeigt, aus der der Mensch in dieser Landschaft seine geistige und kulturelle Eigenart gefunden und gewahrt hat. Bosl hat es einmal in einer größeren Abhandlung über die Heimat- und Landesgeschichte als Grundlage der Universalgeschichte so formuliert: »Geschichtsbewußtsein und Geschichtsauffassung machen nicht die Historiker und die Geschichtswissenschaft, sie wachsen aus der volkstumsmäßig, national, staatlich und kulturell bestimmten Gemeinschaft und Gesellschaft, in der die eine Zeit bewegenden Ideen, die der Epoche ihr Gesicht geben, zünden und zur bestimmenden geistig-ethischen Kraft werden.« Den Geschichtsträger »Mensch« erfassen wir in seinem kleineren Lebenskreis, der Familie, Sippe, Stamm, Volk und Heimat. Es ist die engere und weitere Heimat, Dorf – Stadt – Land. Es ist auch für uns Heimatpfleger entscheidend, was Prof. Dr. Bosl vom Geschichtsbild her fordert: »Geschichte hat den jeweils lebenden und wirkenden Menschen zum Gegenstand ihrer Suche, nicht seine in der Quelle oder im Stein erstarrte Totenmaske.«

Der Geschichtsträger »Mensch« in seinem engeren Lebensraum: Hier ist unser eigener Wirkungskreis ganz klar umrissen. Unsere Arbeit wird wirksam im Urgrund des Geschichtlichen: Tradition ist erlebte Geschichte, Leben im geschichtslosen Raum ist darum dem Wesen und Sinn der Tradition und damit dem Menschen selbst fremd.

Wir sehen die Begriffe Sippe – Stamm – Volk – Staat – Nation in ihren Wachstumsringen in Raum und Zeit. Vom Volk in seiner naturgegebenen

Ordnung und Herkunft sind Staat und Nation in ihren vielseitigen Erscheinungsformen sichtbar; Humanität und Staat, Idee und Welt sind immer vom Volk her in ihrem Sinn gedeutet und geformt worden.

Es ist gerade in unserer Zeit der Verfremdung von Begriffen notwendig, den Sinn der naturgegebenen Ordnung in ihren Ursprüngen darzulegen.

In unserem von Technik und Wissenschaft entscheidend geprägten Industriezeitalter haben es Menschen schwer, die das Überkommene, das Ererbte, eben das, was in einem weiten und guten Sinn Tradition bedeutet, wahren, bewahren und es als wertvolles kulturelles Gut zu erhalten suchen. Das ist jedoch nur in einer Gesellschaft möglich, die nicht allein vom Fortschrittsglauben einer technischen Perfektion lebt; hier sind die Gefahren des Verlustes eines Traditionsbewußtseins, jedes geschichtlichen Denkens und Verständnisses besonders groß. Wie sehr die Stadtkultur der Zukunft unsere gesamte Umwelt beeinflussen und wandeln wird, können wir heute nur vom äußeren Ablauf her übersehen. Unsere Menschen werden in ihrer überwiegenden Mehrheit in einer solchen städtischen Umwelt leben, in einer Stadtkultur, die ganz entscheidend vom zivilisatorischen Konsumbedarf bestimmt wird.

Für den Heimatpfleger ist es ein gesellschafts- und staaterhaltender Auftrag, Wesen und Formen einer künftigen Stadtkultur mitzuprägen. Wohl ist Heimatpflege im tiefsten verwurzelt in der Landschaft, in der feinen Verästelung unseres kulturellen Lebens, wie es in Brauchtum, Volkskunst, Sprache und Musik in bunter Vielfalt zum Ausdruck kommt, – doch wird es wichtigste Aufgabe der Heimatpflege in der Zukunft sein, dieses in der Landschaft wurzelnde kulturelle Erbe in einem neuen Geist und in neuen Formen in die Stadtkultur der Zukunft hineinzutragen.

Der Politiker sieht die gesellschaftspolitischen Probleme nicht nur in ihren kulturellen Auswirkungen, für ihn sind es auch, und mit in erster Linie, soziale Fragen, die mit der Umstrukturierung unserer Gesellschaft zusammenhängen. Die mobile Leistungsgesellschaft der Zukunft in einer von der technischen Perfektion geprägten Stadtlandschaft erfordert völlig neue Formen einer lebensnahen Kultur, die das Alte und Überkommene mit dem Neuen verbindet.

Es ist das Neue, das uns fasziniert und dessen kontinuierliche ästhetische Gesetzung wir überall da suchen, wo diese Neue im stets schöpferischen Wesen des Menschen sich offenbart. Wo es um die Stadtkultur der Zukunft geht,

ersteht das Neue mitten in einer geschichtlichen Landschaft, in Jahrhunderten wechselvoller Zeiten erstanden und immer wieder von den Menschen ihrer Zeit in zeitnahen Formen geschaffen und erneuert. Dieses Kulturgut, die steinernen Zeugnisse unserer alten Städte, Märkte und Dörfer zu erhalten, ist wohl eine der vornehmsten Aufgaben einer Generation. Parlament und Regierung in Bayern sind sich der Verpflichtung und des verfassungsmäßigen Auftrages bewußt, auf gesetzlichem Weg den Schutz der Kulturdenkmäler zu sichern.

Der Schutz der Kulturdenkmäler ist Umweltschutz. Zahlreiche Kulturdenkmäler sind während des letzten Krieges verlorengegangen oder drohen zu verfallen, weil die Eigentümer nicht in der Lage sind, die Mittel für ihre Instandsetzung aufzubringen. Dazu kommen insbesondere Anforderungen der Städteerneuerung und des modernen Städtebaues, der Planung von Verkehrsmaßnahmen und anderer Auswirkungen unseres technischen Zeitalters. Dankenswerterweise haben sich bisher private Eigentümer und Mäzene, die Kirchen und nicht zuletzt der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht ohne Erfolg um die Erhaltung der Kulturdenkmäler unseres Landes bemüht. Wie die Erfahrung aber zeigt, sind diese Bemühungen nicht ausreichend, zu der privaten Initiative muß auch eine umfassende gesetzliche Regelung kommen, die den Grundsatz der Freiwilligkeit durch gesetzliche Vorschriften ergänzt, die eine Pflicht im Sinne der Denkmalpflege begründet.

Tradition in der Industriegesellschaft ist lebendige Kulturpflege, ist Wahren, Bewahren und Erhalten, gerade auch jener Kulturgüter und baulichen Kostbarkeiten, die mehr sind als Staffage und Kulisse einer Umwelt, in der die Millionen unserer Städte leben und von ihr entscheidende geistige und kulturelle Impulse empfangen. Wir alle wissen, wie großartig die Ausstrahlung der noch erhaltenen alten Städtebilder ist und wie sehr sie das Ziel von Besuchermassen aus aller Welt geblieben sind. Es ist die uralte Sehnsucht des Menschen nach dem Beständigen, dem kulturell Ererbten, nach Wert und Werten, das uns allen Besitz ist und darum von uns allen in Staat und Gesellschaft gepflegt und gehütet werden muß.

Der Umweltschutz darf nicht nur unsere materielle Umwelt erfassen, gleich wichtig ist auch der Schutz unserer kulturellen und vom Geistigen her bestimmten Umwelt. Unsere Industriegesellschaft ist nicht nur eine Kon-

sumgesellschaft und allein geprägt von ökonomischen Gesetzen; wir sprechen so viel von Bildung – Bildung ist bilden im wahren Sinn dieses Wortes, Bildung ist mehr als Ausbilden zur technischen Perfektion. Hier überschneiden sich die Werte und der Sinn von Bildung und Tradition in einem Punkt, der letztlich und im eigentlichen wahrer Kultur bedeutet. Auch in Zukunft steht der Mensch im Mittelpunkt aller Entwicklung und Leistung. Wir können zwar nicht die Zukunft, aber doch bestimmte Grundstrukturen und Tendenzen einer künftigen Entwicklung erkennen. In einer humanen Staats- und Gesellschaftsordnung ist Bildungspolitik oberster Grundsatz einer Hinführung des Menschen zu seinem eigenen Wesen. Bildung ist darum auch die Hinführung zu den Aufgaben einer echten Heimatpflege, einem traditionsbewußten Denken und Handeln, das auch von unseren jungen Menschen verstanden wird. Tradition heißt nicht, die Asche weitertragen, sondern die Flamme am Leben erhalten, daß sie in die Zukunft weise.

## Die politisch-geographische Situation Bayerns im europäischen Raum

Wir befinden uns in einer permanenten Wandlung, die Politik, die sogenannte Weltpolitik, hat alle geographischen Grenzen gesprengt; die Atlanten aus der Zeit um die Jahrhundertwende wirken heute wie Fossilien einer politischen Erscheinungswelt, die alle überkommenen Maßstäbe zerstört hat. Das politisch-geographische Bild unserer Erde hat sich in den letzten fünfzig Jahren grundlegend geändert, wohl am meisten der mitteleuropäische Raum, einst das Herzstück eines großen Reiches, das die abendländische Geschichte gestaltete.

Wir in Bayern besitzen ein historisches Kleinod, das die abendländische Ausstrahlung auf eine ganze Welt sichtbar macht. Es ist der erste Globus des Nürnberger Humanisten Martin Behaim, der sich im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg befindet. Auf diesem winzigen Abbild der Erdkugel, dem ältesten Globus, den je eine Menschenhand geschaffen hat, kann man einen Faden spannen vom Nordkap bis zur italienischen Stiefelspitze und einen anderen Faden vom Kap Finisterre bis zur Donaumündung, die einst etwa die Mitte der nie genau bestimmten Grenze zwischen Asien und Europa bedeutete. Diese beiden Fäden trafen sich ziemlich nahe dem Ort, wo Martin Behaims Globus entstanden ist und aufbewahrt wird. Die Fäden würden sich dort überschneiden, wo heute über zehn Millionen Menschen in unserem Bayernland leben.

Die kleine Anekdote soll keineswegs besagen, daß wir Bayern uns als Mittelpunkt der Erde fühlen. Sie soll uns nur zu unserem Thema hinführen: das politisch-geographische Bild Bayerns in der heutigen Zeit. Seit dem Jahre 1492, in dem der Globus des Martin Behaim entstanden ist, hat sich unser Weltbild gewaltig gewandelt.

Bayern ist seitdem über seinen geschichtlichen Kernraum hinaus gewachsen und blieb in den vergangenen 160 Jahren in seinem heutigen Bestand fest unverändert. Daß unser Land in den bewegten Zeiten der anderthalb Jahrhunderte unserer neueren Geschichte seine Einheit bewahrt hat und auch und gerade nach dem Zusammenbruch 1945 seine deutsche Aufgabe erfüllen konnte, ist das Ergebnis einer ungebrochenen staatlichen Tradition Bayerns.

Wir erinnern uns der Ereignisse des Jahres 1866, dem 18 Jahre zuvor in der Frankfurter Paulskirche im ersten deutschen Parlament wichtige Entscheidungen vorangegangen waren. In Frankfurt wurde ein parlamentarischer Weg zur Klärung der Frage gesucht, ob eine großdeutsche oder kleindeutsche Lösung gefunden werden könne. Bayerns Abgeordnete stimmten für das größere Reich mit Wien und Prag, das ganze Deutschland sollte es sein. Nur 17 bayerische Abgeordnete stimmten 1848 für ein preußisches Erbkaisertum. Der großdeutsche Idealismus des bayerischen Königs Max II. und seines Ministers Ludwig Frhr. v. der Pfordten kamen in der berühmten Staatsrede des Ministers zum Ausdruck: »Die Donau zeigt uns, wohin die neuen Handelswege Deutschlands gehen müssen und könnten und von wo aus die Reichtümer Deutschlands kamen, die das Mittelalter durchzogen haben. Die Herrlichkeiten Augsburgs und Nürnbergs, die als Vermächtnis vergangener Jahrhunderte unseren Blick erfreuen und unser Herz erwärmen, sind redende Denkmäler, wo die Quellen des deutschen Handelsgeistes und Reichtums zu suchen sind . . . mit allen Fasern des Herzens, mit allen Argumenten unseres Geistes wollen wir uns an Österreich klammern und es zwingen, daß es deutsch bleibe und deutscher werde als es bisher war!« Die politische Konzeption des Königs, die »Trias-Idee«, stand im Mittelpunkt dieser großdeutschen Politik Mitte des vorigen Jahrhunderts.

Die Trias-Idee war der alte Gedanke eines Zusammenschlusses der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, um den Kurs einer mehr reichischen, europäischen Mitte zu steuern. Zwischen Österreich und Preußen stand Bayern als der größte deutsche Mittelstaat, von einer tausendjährigen Geschichte und einem stolzen Gefühl für die eigene Selbständigkeit erfüllt. Es begann ein letzter Versuch, von Bayern aus deutsche, ja europäische Politik zu machen.

Für Bayern und das gesamte Deutschland brachte das Jahr 1866 eine schicksalhafte Entscheidung. Der Waffensieg Preußens über die österreichischen und süddeutschen Regimenter entschied machtpolitisch die Lage im mitteleuropäischen Raum; das politisch-geographische Bild Bayerns wurde vor hundert Jahren zwar kaum verändert, – dennoch war die Entscheidung von 1866 für Bayern, Deutschland und Europa weit tiefgreifender als jeder andere politische Vorgang in den letzten zweihundert Jahren.

Ich habe ganz bewußt das Jahr 1866 vorangestellt, obgleich fünfzig Jahre zuvor das neue Bayern zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Am

14. April 1816 wurde zwischen Bayern und Österreich der Münchener Vertrag abgeschlossen, durch den weitreichende Veränderungen im Besitzstand beider Länder vereinbart worden sind. Jenseits der Donau wurde das Land österreichisch, das Hausruckviertel wurde mit dem Land Salzburg und dem Innviertel im Austausch gegen die linksrheinische Pfalz an das südliche Nachbarland abgetreten.

Der Vertrag von 1816 zwischen München und Wien entsprach einem geschichtlichen Zusammenhang; vor 160 Jahren wurde das Fundament zur süddeutsch-österreichischen Politik von 1866 gelegt und mit ihr eine mehr als 300jährige Rivalität zwischen Österreich und Bayern beendet. Der Münchener Vertrag vom 14. April 1816 setzte den Schlußstein der durch den Wiener Kongreß 1814/15 geschaffenen territorialen Neu-Ordnung Europas.

Im historischen Bild Bayerns schuf das Jahr 1918 eine tiefe Zäsur; am Morgen des 8. November 1918 wurde Bayern Republik. Wer mit dem Bild des bayerischen Königtums vor Augen in die bayerische Geschichte seit 1918 vordringt, dem wird das Ungeheure des Bruches, der in den Abendstunden des 7. Novembers eingetreten ist, voll bewußt. Das Revolutionsgeschehen, seine unmittelbaren Folgen, wie die Aspekte, die sich aus ihrem Verhältnis zu den vorausgegangenen Jahrhunderten gewinnen lassen, bieten den wichtigsten Schlüssel zum Verständnis der damit anhebenden republikanischen Epoche, die am 9. März 1933 unterbrochen werden sollte, um am 8. Mai 1945 wieder fortgesetzt zu werden.

## Heimatpflege ohne Pseudoromantik

Im Zeitalter der Pop-Art, der Anti-Kunst als Protest-Aktion gegen alles Etablierte, in der Wandlung der künstlerischen Aussage vom Abbild zum Sinnbild ist das Erbe im Bereich der Volkskunst zum reinen Sammelobjekt geworden. Subkultur, Verbrauchskultur, Massenkultur, das sind die modernen Schlagworte zur Verteidigung der sogenannten »Unkultur«; es ist der gefährliche Weg zur Demokratisierung auch unserer Kultur, die bewußte Nivellierung vom Ästhetisch-Geistigen zum Kultur-Konsum. Schlager, das pop-music-Show-Geschäft, Krimis, Comicstrips, Western-, Action- und Horrorfilme, Massensport und Sozialtourismus beherrschen die zunehmende Freizeit-Gestaltung der Menschen in der Industriegesellschaft.

Das Mißtrauen gegen unsere Kultur und alles das, was mit ihr vielschichtig zusammenhängt, wächst nicht erst seit heute. Doch so, wie es keinen Endzustand in der Entwicklung des Menschen geben wird, gibt es auch keinen in der künstlerischen Aussage. Immer wieder wird die Kunst aus vielen Richtungen, Strömungen, Ausdrucksformen hervorgehen, nicht Totenmaske der Vollendung, sondern ewige Metamorphose, denn der Mensch ist in seinem Wesen schöpferisch und in seinem Geist unerschöpflich.

Was wir als ein unheimliches Phänomen im Ringen zwischen technischer Perfektion und den bleibend gültigen Werten von Landschaft und Natur in ihrer von der Schöpfung gesetzten Ordnung erleben, ist eine gestörte Geschichtlichkeit, die nur den Fortschritt anerkennt in einer Welt ohne Gestern. Das äußert sich selbst in der Sprache, die zum Jargon und Technokraten-Kauderwelsch abgeleitet. Der politisch und technisch manipulierte Mensch wird auch in seinem innersten Bereich, der Welt seiner Kultur, manipuliert. Die Kulturkritiker sprechen von einem Jahrhundert ohne Menschenbild.

In den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch ist Westdeutschland zu einem gewaltigen Schmelztiegel der Gruppen, Stämme und Völker deutscher Zungen geworden; eine neue Gesellschaft hat sich gebildet, und wir alle haben in dem tragischen Schicksal der aus ihrer Heimat Vertriebenen erlebt, was Heimat im tiefsten des menschlichen Wesens bedeutet. Ein erneuertes Bewußtsein der Heimat, des Stammes, des Staates ist entstanden, nicht nur in

Bayern, dem Land mit der stärksten eigenständigen Bewußtheit. So zeigte sich, daß in Zeiten nationaler Katastrophen und höchster Gefahr die Heimat im weitesten Sinn Hort der Geborgenheit und der natürlichen Ordnung ist. Diese Ordnung führt im Staatlichen über das Nationale hinaus in ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewußtsein.

So hat sich auch das Heimatpflegerische von einem bedenklichen Provinzialismus befreit, der einst völkischen Pseudoidealen erlag und von den Verführern zu dem Blut- und Boden-Denken mit allen seinen folgenschweren Auswirkungen mißbraucht wurde. Es war jener Geist des nationalistischen Schrebergarten-Provinzialismus, der in der Kunst, in der Literatur, in allen kulturellen Bereichen den öden ästhetisch aufgeputzten Naturalismus produzierte, der bis heute negativ nachwirkt, wo Landschaft, Natur, Heimat Massenkonsumware sind. Es ist jene sentimentale Verkitschung der Heimatidee in der filmischen Heimatschnulze des Försters vom Silberwald und der triefend-schauerlichen Mär vom braven armen Tagelöhnerskind, das von einem verwunschenen Prinzen auf sein Zinnenschloß in verkitscht-idealisierte Landschaft geführt wird. Lieschen Müller wird immer die Erfüllung ihrer stillen Sehnsüchte in den süßlich-banal Gebilden der Traumfabriken, im Seelenschmalz der Amore-Sole-Schlager finden und ihren Lesebedarf in der Regenbogenpresse befriedigen; wir aber sollten alles tun, um unsere Arbeit vom Ruch der seichten Heimattümelei zu befreien.

Denn letzten Endes reicht der weite Bogen dessen, was wir betreuen, bis hin zur hohen Kunst in allen ihren Erscheinungen. Jede Kunst entspringt einer seelischen Grundhaltung, die durch Landschaft, Umwelt und Zeitumstände geschaffen wird. So ist Kultur in ihrem Wesen eigenständig, lebt aber vom ständigen Kontakt und Austausch mit der Welt anderer Völker in einem gewaltigen geistigen Strom.

Das gilt für alle Kulturerscheinungen, die uns im technischen Zeitalter zum Teil entfremdet sind. So unsere alten Sitten und Bräuche, die aus der dörflichen Kultur stammen und in unserer mobilen Gesellschaft oft ihrer Symbolgehalte entleert sind. Paul E. Rattelmüller hat in seinem Buch über bayerische Volksbräuche darauf hingewiesen, daß alle symbolischen Deutungen, wie tief man auch damit zu gehen glaubt, nur in äußeren Bezirken tasten können, weil modernem Denken die mystischen Verwurzelungen unerreichbar bleiben. Vieles muß im Brauchtum unwägbar, unsichtbar und unsagbar bleiben, denn Wesentliches liegt jenseits aller Wortsinne. Es sind formende Kräf-

te, die sich im Brauchtum unserer Landschaften äußern. Wir wissen um ihren Verfall seit der Aufklärung und dem Aufkommen der modernen Naturwissenschaften, die andererseits den Menschen von manchem unheilvollen Aberglauben befreit haben.

Der tiefgreifende Wandel unserer Bevölkerungsstruktur wirkt sich bis ins fernste Dorf aus. Wir müssen zunehmend von einer Stadtkultur sprechen; die Stadt formt den Menschen der Zukunft. Sie kann echte Urbanität ausstrahlen. Wo aber dieses Ordnende im eigentlichsten Bereich eines Stadtwesens gestört ist, kann das Urbane nicht wirksam werden. Es geht auch den Heimatpfleger an, wenn durch Wohnmaschinen in tristen Vorstadtghettos Infektionsherde für soziale und psychische Erkrankungen entstehen. Der Charakter einer Stadt und ihre Anpassung an den Wandel der Lebens- und Umweltbedingungen lassen die Vorstellungen einer Gesellschaft vom Wert des Menschen und von der rechten Ordnung der Gesellschaft erkennen. Wohnmaschinen, eingemauert in die engen Zellen betongrauer Gleichförmigkeit, die Verbannung in die grüne Einöde genormter Reihenhaussiedlung und Eigenheimparzellen gefährden eine Stadtkultur, die in monotonen Hochhaustürmen und modernen Betonslums nicht wachsen kann.

Es zeigt sich im Städtebau ein Wandel an; aus der Versorgungsaufgabe soll für die Städtebauer in Zukunft eine »Gestaltungsaufgabe« werden, die alle Lebensbereiche umfaßt. Eines steht jedoch fest: auf Jahrzehnte hinaus ist die deutsche Stadtlandschaft geprägt von den Sünden der vergangenen Jahrzehnte. Es zeigt sich auch auf diesem für das Gesamte und für den Einzelnen höchst bedeutsamen Gebiet des Schöpferischen einer Stadtlandschaft, daß Planen auf dem Reißbrett allein keine Kultur schafft.

Das geht auch uns an, die wir vom Gesamtbegriff der Heimat und der Heimatpflege her alles einschließen müssen, was zur Erhaltung dieses Gutes beiträgt. Wo eine industrielle Ödlandschaft entsteht, wo alles Natürliche verplant wird und damit die tiefen Zusammenhänge zwischen Mensch, Natur und Landschaft zerstört werden, kann Heimat in seinem eigentlichen Sinn nicht mehr gelebt und erlebt werden. Im Rationalen der reinen Reißbrettplaner läßt sich allein das Leben nicht fixieren; der Mensch lebt in seinen Urgründen im Irrationalen, dem Unwägbareren seiner Seelenlandschaft, die auch unsere modernen Psychologen und Psychoanalytiker in ihren unbegreiflichen Tiefen noch nicht auszuloten vermochten.

## Schule der Demokratie

Es ist in den drei Nachkriegsjahrzehnten vieles über politische Bildung als Schule der Demokratie gesagt und geschrieben worden. Professor Dr. Arnold Bergsträsser von der Universität Freiburg sprach 1956 vor den Abgeordneten des Bayerischen Landtags über das Wesen der politischen Bildung. Was er sagte, ist auch heute noch gültig: »Deutschland ist heute gleichsam eine Experimentierstation, an der sich die Spannungen der Welt der Gegenwart unmittelbar äußern. In dieser Situation«, so meinte der Wissenschaftler unter dem Aspekt von Theorie und Forschung, »brauchen wir klare Einsichten und gute, auch bewußt gewordene Verhaltensweisen.« Prof. Dr. Bergsträsser forderte ein fundiertes Wissen von politischen Dingen und von den gesellschaftlichen Voraussetzungen des politischen Handelns, ein ruhiges und gesundes Denken, um allen Illusionen zu begegnen.

Es ist sehr aufschlußreich, heute nach politisch ereignisreichen Jahren der Erfolge, Rückschläge und Enttäuschungen die Ausführungen eines Wissenschaftlers vom Blickpunkt der Philosophie der Politik her zu bedenken. Zu der Mitte der 50er Jahre geplanten Akademie für Politische Bildung in Bayern sagte Prof. Bergsträsser: »Wenn es Ihnen gelingt . . . im Lande Bayern eine Akademie für Politische Bildung zu errichten, . . . eine Akademie, die es möglich macht, mit der gegenseitigen Achtung und der gemeinsamen Vorsorge für das gesunde Dasein unseres Volkes, die Einsicht in die harten Tatsächlichkeiten der politischen Situation der Gegenwart zu verbinden, dann werden Sie weit über Bayern hinaus uns allen im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland einen Dienst leisten.«

Mit welch gewaltigen Schritten die allgemeine politische und vor allem gesellschaftliche Entwicklung im letzten Drittel unseres Jahrhunderts voranschreitet, erweist die Gründung unserer bayerischen Politischen Akademie. Eine weltweite Bewegung hat von der Bildung her auch die politischen Denksysteme erfaßt; was mit der Demokratisierung allen Lebens gefordert wird, ist letzthin das Ringen vor allem der jungen Menschen um Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft, Mitbestimmung, – der Aufstand wider die Anonymität einer verwalteten und allein von der Technik her bestimmten Welt.

Eine Akademie für politische Bildung steht heute vor ganz anderen Aufgaben als noch vor dreißig Jahren, wo es für uns Deutsche galt, die Menschen politisch in herkömmlicher staatsbürgerlicher Form zu bilden. Die Voraussetzungen für eine solche Bildungsarbeit von oben her haben sich verändert: Unsere Jugend drängt im Gegensatz zu früher von einem Ohne-mich-Standpunkt zum Engagement; die Jugend ist politisch nicht mehr passiv, sie sucht aktiv und kritisch neue Vorstellungen, nicht nur mit den Begriffen Gemeinschaft und Partnerschaft, sondern in der Auseinandersetzung mit dem Modell einer Konfliktgesellschaft.

Es zeichnet sich eine neue Gesellschaft ab, in der der Bürger in der demokratischen Gesellschaft eine Mit-Verantwortung sucht, die auch von der politischen Bildung her andere Erziehungsprinzipien fordert. Von der politischen Theorie und Praxis aus gesehen ist die Feststellung wichtig, daß das sogenannte Establishment in unserer Gesellschaft nicht mehr als eine soziale Klasse angesehen wird, sondern als Lebensstil, als eine von Amt und Autorität geprägte Herrschaftsform, gegen die sich jene widersetzen, die von Herkunft und Bildung her aus dem Establishment stammen.

Die sich wandelnden Formen unserer Gesellschaft stellen nicht nur den politischen Praktiker vor völlig neue Aufgaben. Für ihn ist Politik die Kunst der immer begrenzten Möglichkeiten, somit die notwendige stete Bereitschaft zu politischen Kompromissen. Er steht in einem von festen Verfassungs- und Gesetzesnormen umgrenzten realen Raum; und gerade er, der Politiker, erlebt täglich schmerzlich die Vision Platos in seinem »Staat«.

So ist der Politiker in seiner täglichen Kärnerarbeit ein Gefesselter in der Begrenzung seiner Wirksamkeit in einer Umwelt, die in ihrer Pluralität doch zu einer Einheit und Gemeinschaft sucht.

Es ist die vornehmste Aufgabe einer politischen Bildungsarbeit und dies gerade in unserer heutigen Situation, den irrationalen Weg politischer Utopisten zurückzuführen auf den schmalen und mühsamen Pfad der politischen Realitäten. Hier scheint mir die Akademie für Politische Bildung eine der wichtigsten Begegnungsstätten zu sein, ein demokratisches Diskussionsforum, in dem neue Denkmodelle für die Zukunft erarbeitet werden. Bildungsarbeit wird damit zur politischen Mitsprache und Mitverantwortung geführt.

So ist eine Akademie für politische Bildung heute nicht in erster Linie eine Schule der Demokratie; sie soll vielmehr sein ein ragender Leuchtturm, an dem sich eine sich neu formierende Gesellschaft orientiert. In ihrer politi-

schon Forschungsarbeit wird die Akademie neue Modelle ausarbeiten und sie attraktiv und wirksam in den politischen Raum stellen.

Eine bayrische Akademie für politische Bildung hat zudem den Auftrag, die in unserem Land besonders wirksamen Ordnungsprinzipien des Föderalismus sichtbar zu machen. Das ist gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein höchst aktueller Auftrag; Bayern, das klassische Land des deutschen Föderalismus, hat seit dem Konvent auf Herrenchiemsee 1948 auf die gliedstaatliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland einen maßgeblichen Einfluß ausgeübt.

Es gilt nun, im dritten Jahrzehnt unserer bundespolitischen Gemeinschaft, von Bayern aus verstärkt den Blick nach Europa zu richten und von unserem politisch-geographischen Standort aus auch in der politischen Bildungsarbeit das föderative Staatsprinzip zu festigen. Die in Tutzing an einem landschaftlich bezaubernden Ort beheimatete Politische Akademie kann so weit über Bayern hinaus für Staat und Gesellschaft wirksam werden, und hierbei wird die Nachbarschaft mit den beiden im Süden angrenzenden Alpenrepubliken, Österreich und die Schweiz, ein gemeinsames geistig-politisches Band schaffen, durch das auch im bundespolitischen Raum neue Maßstäbe setzende Akzente gebildet werden.

## Die politische Verantwortung des Christen

Vor dem geschichtlichen Panorama des altbayerischen Raumes mit seinen zahllosen historischen Stätten christlicher Kultur steht für unsere Zeit und unsere Generation die ernste und schicksalhafte Frage nach dem Auftrag, den der Christ in einer Zeit hat, die vielfach als eine unchristliche und christusentfremdete Zeit gilt. Im Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten ein grundlegender Wandel eingetreten. Wie groß dieser Wandel ist, zeigt uns der Auftrag, den das zweite Vatikanische Konzil erteilt hat: Es ist die Anpassung des Christen an die moderne Welt, das »aggiornamento«, wie der Begriff im Verlauf des Konzils in italienischer Sprache als Anpassung an die Zeit zum Ausdruck gebracht wurde.

Aus der grundlegenden Wandlung des Verhältnisses der Kirche zu Staat und Gesellschaft ist dem Menschen unserer Zeit eine Aufgabe zugestanden, die ihn als Christen, als den Bürger im Staat mit allen seinen in der demokratischen Lebensform mitentscheidenden Verpflichtungen zur Mitarbeit am Gemeinwohl drängt.

Die den Staat tragenden Parteien und ihre Politiker sind in besonderer Weise berufen, innerhalb der staatlichen Ordnung die Neuorientierung der geistigen und politischen Kräfte in unserer Zeit mitzugestalten. Ausgangspunkt alles politischen Handelns ist das christliche Weltbild, aus dem das Grundrecht und die Grundrechte auch in unserer modernen Gesellschaft gesichert ist.

Zu den Grundrechten des Menschen, wie sie von allen Kulturstaaten der Welt anerkannt werden, gehört die Organisation der Ordnung und Gerechtigkeit im staatlichen Leben. Für unser christliches Weltbild sind die Prinzipien des Föderalismus, der Subsidiarität und der Solidarität Grundlagen unserer politischen und sozialen Ordnung. Der Föderalismus, wie wir ihn sehen und praktizieren, ist nicht irgendwie ein überholtes politisches Schlagwort; die drei Prinzipien bauen aufeinander auf: das Subsidiaritätsprinzip auf der Solidarität, das des Föderativen wiederum auf dem der Subsidiarität. Alle Sozialprinzipien gründen letztlich auf dem Vorrang der Gemeinschaft vor der

Gesellschaft, denn die Gemeinschaft sieht ihre sittlichen Werte darin, wie weit der einzelne Mensch in ihr zur vollkommenen Persönlichkeit gelangt.

Die Enzyklika »Quadragesimo Anno« des Papstes Pius XI. ist auch für unser staatliches und gesellschaftliches Ordnungsbild richtungsweisend. Darin heißt es in einer wahrhaft bleibend gültigen Formulierung: »Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig, und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach *subsidiär*; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.«

Wo ist klarer und treffender der geistige und gesellschaftspolitische Standort in unserer modernen Massengesellschaft begrifflich gedeutet als in dieser lapidaren Formulierung, die der Ordnung entspricht, in der uns, und gerade uns, ein besonderer Auftrag im staatlichen Leben zugewiesen wird.

Damit komme ich auf die eigentliche Frage nach der politischen Verantwortung des Christen in unserer Zeit. Mit dieser Frage auf das engste verbunden ist das neue und fruchtbare Verhältnis der Kirche zu Staat und Gesellschaft. Die Kirche dient ihrem Heils- und Sendungsauftrag und ist dem Wohle aller verpflichtet. Die Öffnung der Kirche für die Probleme der Gesellschaft stellt ihr in unseren Tagen neue Aufgaben. Der Staat erkennt den Pluralismus an, damit hat er eine dienende Ordnungsfunktion gegenüber allen Institutionen der Gesellschaft. Die neue Nähe von Kirche und Staat aus ihren gesellschaftlichen Funktionen bestimmt ihr Verhältnis zueinander. Die Kirche adressiert ihre Dokumente nicht mehr an den Staat, sondern an die Gesellschaft, daraus ergeben sich neue Wirkungen, die das staatliche Leben mit einbeziehen.

Es sind neue Fakten und Formen des politischen Engagements der Kirche, die überall spürbar und sichtbar werden. Ich sprach schon von dem »aggiornamento«, der Anpassung der Kirche an die neue Zeit. In seiner ersten Enzyklika vom 6. August 1964 »Ecclesiam Suam« spricht Papst Paul VI. von dem Geheimnis der Erneuerung der Kirche, der »Metanoia«, der Umkehr, die darin liegt, daß die Erneuerung und Verjüngung der Kirche nicht so sehr

durch Änderung ihrer äußeren Gesetze bedingt ist, als vielmehr durch ihre innere Haltung gegenüber Christus. Der Christ ist, so sagt Papst Paul VI. nicht verweichlicht und feig, sondern stark und treu. Dieses Wort ist überaus zeitgemäß und im Zusammenhang mit dem vom Konzil und seinem Schöpfer Johannes XXIII. geprägten »aggiornamento« zu verstehen, das heißt, den heutigen Bedürfnissen anpassen in der Lebenskraft der Kirche und ihrer Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu deuten mit ihrer ewig jugendlichen Wendigkeit, »alles zu prüfen und das Gute zu behalten« wie dies Papst Paul VI. in seiner ersten Enzyklika zum Ausdruck gebracht hat.

Es kommt für uns Christen darauf an, in der modernen Welt zu bestehen. Darin liegt auch der besondere Auftrag des Konzils, von dessen 16 Dokumenten uns vor allem das siebte Dekret über das Apostolat des Laien angeht. Da dieses Dekret eine Magna Charta des modernen Laienapostolates darstellt, ist das gesamte Leben des Menschen in den Aufgabenbereich von Kirche, Staat und Gesellschaft einbezogen, auch die Politik. Das selbstverantwortliche apostolische Wirken des Laien ist Ausdruck des Mündigseins im staatsbürgerlichen Leben; es ist die Verantwortung des Christen in den Grundsätzen und Impulsen zur Actio Catholicorum, zum apostolischen Tätigwerden des Katholiken.

Das Konzil fordert die Christen, die Bürger beider Gemeinwesen, der Kirche und des Staates auf, nach treuer Erfüllung ihrer irdischen Pflichten zu streben, und dies im Geiste des Evangeliums. Der Christ in der Welt steht bewußt in der Ordnung einer Gemeinschaft, die, wie das Konzilsdekret feststellt, die Bedürfnisse und berechtigten Ansprüche anderer Gemeinschaften achtet, ja das Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie berücksichtigen muß. Darin liegt das Wesen der Solidarität der freien Welt, deren soziale Ordnung sich ständig weiterentwickeln muß, gegründet auf der Wahrheit, aufgebaut in der Gerechtigkeit und beseelt von der Liebe. In der Freiheit jedoch muß sie das stets menschlichere Gleichgewicht finden, und um dies zu verwirklichen, sind zusammen mit dem Gesinnungswandel auch weitreichende Änderungen in der Gesellschaft notwendig.

Um in der modernen Welt zu bestehen, in der Welt des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes mit allen ihren umwälzenden Einwirkungen auf das Leben des Einzelnen, des Staates und der Gesellschaft, ist es eine un-

serer wichtigsten Aufgaben, mit dem steigenden Lebensstandard und der sozialen Sicherung auch den Bildungsstand zu heben. Es geht seit Jahren das Schlagwort um vom Bildungsnotstand in unserem Volk, – mehr noch: von einem auffallenden Bildungsrückstand des katholischen Volksteils. Die statistischen Erhebungen bestätigen uns, daß ein solches Bildungsgefälle besteht; nicht nur für den Politiker, sondern für alle Stände und Gruppen erhebt sich die Frage, wie dieser gefahrendrohende Rückstand behoben werden kann.

Unsere Staatsregierung hat die Kulturpolitik zu einem ihrer wesentlichen Regierungsprogramme erklärt und innerhalb dieses Programms eine zielbewußte Förderung der Bildung auf allen Stufen in den Vordergrund gestellt. Bildung ist Macht, heißt ein modernes Schlagwort; wer künftig in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur die Welt beherrschen wird, hängt von der Bildung ab und wird in den Schulen entschieden.

In das selbstverantwortliche apostolische Wirken ist die Sorge um unsere Jugend einbezogen, die, wie das Konzilsdekret über das Apostolat der Laien feststellt, in der heutigen Gesellschaft einen Einfluß von größter Bedeutung ausübt. Ihre Lebensverhältnisse, ihre Geisteshaltung und die Bindungen an Familie und Gesellschaft sind völlig verändert. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der unseren Staat tragenden Gesellschaft, der Jugend Zukunftsmöglichkeiten zu eröffnen, die nur durch Bildung und damit Ausbildung erreicht werden können.

Wir leben in einer sich wandelnden Welt. Vieles Neue wird auf uns zukommen und manches Altgewohnte wird Neuem weichen müssen. Dies auf allen Gebieten, im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich. Einen besonderen Auftrag hat der Christ in der Gegenwart dort, wo im nationalen Bereich sich ein Wandel vollzieht; das Konzilsdekret weist darauf hin, daß die Katholiken sich gegenüber ihrer Nation in Liebe und in treuer Erfüllung ihrer bürgerlichen Aufgaben verpflichtet fühlen sollen, um das wahre Gemeinwohl zu fördern und dem Gewicht ihrer Meinung so Geltung zu verschaffen, daß die staatliche Gewalt gerecht ausgeübt wird und die Gesetze den sittlichen Geboten und dem Gemeinwohl entsprechen. Zu den charakteristischen Zeichen unserer Zeit gehört der Sinn für eine Solidarität aller Völker; hier liegt der Schlüssel und die Kraft für das Wirken christlicher Grundsätze im politischen Raum, in dem jedes enge nationalistische Denken keinen Platz haben

kann. Die politische Verantwortung des Christen ist gerade für uns Deutsche nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit besonders groß. Fühlen wir uns darum mitverantwortlich für politische Ereignisse, die in die Irre führten. Fühlen wir uns vor allem mitverantwortlich für alles, was jetzt, da wir in einem freiheitlichen Rechtsstaat leben, getan und auch unterlassen wird. Für den Einzelnen bedeutet das Mitwirkung, Mitverantwortung, Mitentscheidung überall da, wo dies in Familie, Gemeinde und im Staat gefordert wird.

## Der Soldat in der freiheitlichen Ordnung

Wir Älteren, die einer Kriegsgeneration angehören und die Schrecken der Schlachten des Zweiten Weltkrieges vom Nordkap bis zu den Wüsten Nordafrikas erlebt haben, sind in ein völlig zerstörtes und geschlagenes Vaterland zurückgekehrt, ein Vaterland, dessen politische, soziale und wirtschaftliche Grundlagen im Jahre Null neu errichtet und meist erst geschaffen werden mußten. Wie ganz anders erlebt der junge Mann heute den Staat, dem er als Soldat dient und dem er sich als Bürger verpflichtet fühlt!

Es war für uns, die wir 1945 aus dem Krieg heimgekehrt und von dem totalen militärischen und politischen Zusammenbruch erfaßt worden sind, eine Gewißheit, daß die Welt von morgen ganz anders aussehen werde, wie die Welt, in der wir in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen lebten.

Noch ist die Geschichte dieser ersten Nachkriegsjahre nicht geschrieben, doch wir, die wir die Berge der Schutthaufen auch im Geistigen abtragen mußten, um das Fundament für unseren neuen Staat zu schaffen, dürfen zufrieden sein mit dem begonnenen Werk. Ich sage ausdrücklich: mit dem begonnenen Werk, denn das, was nun steht, ist erst ein Notbau, an dessen Stelle einmal das Gebäude Gesamtdeutschlands stehen soll. Für die politischen Architekten gab es für den Grundriß und den Aufbau unseres jungen Staates in der deutschen Geschichte kein Vorbild; was geschaffen wurde, war oft Improvisation und mußte es bleiben.

So auch auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik. Im Wandel der Bündnis-Struktur haben sich seit den 50er Jahren die politisch-militärischen atlantisch-europäischen Perspektiven weitgehend gewandelt. Was wir erleben, ist ganz klar eine Anpassung an die gewandelte westeuropäische Situation, die Konsequenzen auch für unsere deutsche Verteidigungspolitik haben wird. Das militärische Patt der beiden Atomgiganten Amerika und Rußland hat den Begriff des Kalten Krieges gewandelt und das politische Denken in West und Ost auf den Weg der Koexistenz geführt.

Über alle diese höchst aktuellen und schwerwiegenden Probleme hinweg, steht für uns die Frage nach dem Bürger im neuen Staat, nach dem Bürger, der auch – und das ist entscheidend – den Bürger in Uniform einbezieht. Es

hat keinen Sinn und führt nicht nur in der Politik zu gefährlichen Fehlschlüssen, von einem Bismarck'schen oder Wilhelminischen Staatsbild aus die Welt von heute und gestern zu sehen. Es gilt Abschied zu nehmen nicht von der Geschichte, sondern von einem Geschichtsbild, das unseren Weg nach vorne verstellt.

In welcher politisch-geographischen Situation befindet sich heute Deutschland? Das tragische Schicksal der Trennung, das Berlin-Problem und die Oder-Neiße-Linie sind zu einem internationalen Problem geworden, das die Weltpolitik trotz aller Verlagerungen nach Asien und Afrika weiterhin belastet. Durch die Schaffung eines zweiten deutschen Staates in Mitteldeutschland und den Eisernen Vorhang sind wir von Lübeck bis Hof zum »Grenz«-Land geworden; das westliche Deutschland als Staatsprovisorium ist in die europäische und atlantische Gemeinschaft eingegliedert und muß es bleiben, trotz aller inneren Spannungen, die sie derzeit belasten.

Es ist durch die völlige Verlagerung der politisch-geographischen Verhältnisse im gesamten deutschen Raum ein Vakuum entstanden, das zu einem Umdenken aus alten und überholten Vorstellungen führen muß. Eine Neuorientierung im staatlichen und volklichen Nebeneinanderleben ist von uns wie auch von unseren europäischen Nachbarn zu bewältigen.

Anstelle der alten und glücklicherweise überholten Abwehrstellung und nationalen Selbstbehauptung mit ihrem ungeheuerlichen militärischen Kräfteaufwand ist die Aufgabe eines friedlichen Hineinwachsens in das größere Europa getreten, ein Europa, das zwar von der Idee her und organisatorisch mehr und mehr Wirklichkeit wird, das aber Bürger voraussetzt, die von dem gemeinsamen Europa mehr erwarten als die materiellen Segnungen eines größeren Wirtschaftsraumes.

Das Ziel der gegenwärtigen Entwicklung unserer Gesellschaft muß für alle den Staat und seine demokratische Ordnung behandelnden Menschen eine Gesellschaft freier Bürger sein, die in sozialer Gerechtigkeit und im Ausgleich materieller Güter leben können. Das oft von uns beklagte Desinteresse an allem Politischen in unserer Zeit hat seine Wurzel darin, daß die Bürger in den Staaten der freien Welt über die Mündigkeit ihres politischen Mitspracherechtes hinaus im einzelnen mehr Anteil an den materiellen Gütern dieser Welt erhalten wollen.

Hier liegt eine Aufgabe für unsere Generation vor uns, die angesichts der weltweiten sozialen Spannungen zu einer raschen Lösung drängt und die für

unser gesellschaftliches und staatliches Leben ein politisches Kernproblem darstellt. Den politisch mündigen Menschen in einer neuen Gesellschaft zum mündigen Bürger im wahrsten Sinne zu machen, kann nur in Staatswesen gelingen, in denen der Einzelne voll verantwortlich mitwirkt und in denen die gesellschaftliche Einordnung auch derer gelingen muß, die sich einst im Proletariat als eigene Klasse fühlten und die in der modernen Industriegesellschaft maßgeblichen Einfluß besitzen.

Ich sprach von dem Bürger in Staat und Gesellschaft. Im Wandel unseres Weltbildes befinden wir uns in einer Epoche gewaltiger Veränderungen in allen Erscheinungsformen unseres Lebens: in Politik, Wirtschaft, Sozialleben und Kultur. Wissenschaft und Technik haben in unserem Jahrhundert und in den letzten Jahrzehnten kein Gebiet so radikal gewandelt wie das gesamte Waffenwesen. Der Krieg ist in seinen bisherigen »Spielarten« als Fortsetzung der Politik und als Auseinandersetzung nationaler Interessen unmöglich geworden. Im Zeitalter der Superbombe gilt es für uns alle nur mehr einen Krieg zu gewinnen: den Krieg gegen Hunger, Unwissenheit und Krankheit.

Diese völlig verwandelte Situation auf dem Gebiet des Militärwesens erfordert neue Formen des gesellschaftlichen Einfügens jener, die zur notwendigen Verteidigung unserer staatlichen Ordnung innerhalb der bestehenden Machtgruppierungen berufen sind und als Soldaten in der Bundeswehr ihre Pflicht erfüllen. Daß jeder Rückfall in eine soldatische Tradition nach alten Maßstäben überholt und gar gefährlich ist, ist nicht nur eine politisch opportunistische Erkenntnis. Es gilt nicht eine Anpassung an die derzeitige weltpolitische Lage, – es geht vielmehr um eine geistige Umorientierung, die nichts und absolut nichts zu tun hat mit jener nach dem letzten Krieg mit wenig glücklichen Mitteln versuchten reeducation, der sogenannten »Umerziehung« unseres Volkes durch die Besatzungsmächte.

Wenn ich von einer Aufgabe für uns Deutsche spreche, so kann diese im Sinn aller großen Denker und Dichter unserer Nation nicht im Machtpolitischen, sondern nur im geistig-politischen Raum liegen. Machtmäßig ist unser nationales Territorium eingegliedert in den Schutzraum der großen Verteidigungsgemeinschaft des Westens; in der geistigen Landschaft Europas aber ist Deutschland wie in der Vergangenheit ein wesentliches Kernstück und berufen, sich neben den Völkern im Westen, Süden, Norden und auch Osten zu bewähren.

Es geht eine neue nationale Welle durch unser Volk. Ihre Triebkräfte sind natürlich und darum verständlich. Jedes Volk und voran jede Jugend hat einen Antrieb zum Großen, zum Idealen. Dieses in und an sich gute Grundgefühl des Menschen und des Deutschen im besonderen stößt in unserer heutigen Gesellschaft auf ein Vakuum. Es ist ein gefährliches, weil den Aufbau und unser Einleben in die Gemeinschaft der Völker störendes Vakuum.

Es gilt, das Vakuum, diesen gefährlichen »luftleeren« Raum in unserem nationalen Leben auszufüllen nicht durch die Rückführung in Symbole und Werte, die unser Volk in seine großen nationalen Katastrophen geführt haben, – vielmehr durch das, was wir Deutsche schon nach unserer ersten nationalen Niederlage 1918 versäumt haben.

Für den, der als Soldat gelernt hat, sich einzuordnen in das Größere, in die Gemeinschaft, ist über die soldatische Rangordnung hinweg aus der Verantwortung für das Ganze der Sinn für den Auftrag des Bürgers im Staat klar geworden. Darum ist der Bürger in Uniform im besonderen berufen, in einem neuen Geist an unserem jungen Staat mitzuarbeiten, als Bürger in einem freien demokratischen Staat überall dort, wo tatkräftige junge Menschen mitwirken sollen: in den Organisationen, in den Gemeinden und den politischen Verbänden.

An einem geschichtlichen Wendepunkt tragen wir alle mit an der Verantwortung, die unserer Generation auferlegt ist. Die Frage: »Wofür soll die deutsche Jugend leben?« stellt sich den jungen Menschen in unseren Tagen in einer doppelten Weise; es ist die Frage, ob wir die Chance der Freiheit, die unser Staat bietet, nützen oder ob wir sie auf eine schäbige und egoistische Weise vertun. Es ist letztlich die Frage nach der Freiheit und damit nach unserer äußeren und inneren Existenz.

## Die soziale Verantwortung in der freiheitlichen Demokratie

Seit den fünfziger, spätestens seit den sechziger Jahren, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Sozialpolitik weit mehr bedeutet als eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Erde. Das Bibelwort: »Der Mensch lebt nicht allein vom Brote« hat eine neue Deutung erhalten; es gibt auch im sozialen Bereich eine Ökologie, die den ganzen Menschen umfaßt.

Der wissenschaftliche und technische Mensch unseres Jahrhunderts sucht den Wert des Lebens mehr und mehr rationalistisch zu deuten. Wir sehen die Sorge für die Erhaltung des Daseins als eine wesentliche und wichtige soziale Aufgabe. Und so haben wir den politischen Begriff der Lebensqualität geschaffen. Lebensqualität, ein Schlagwort wie Umweltschutz, ist die Erfüllung eines allgemeinen Begehrens nach gleichen zivilisatorischen Errungenschaften, also ein Begehren, das nach außen gerichtet ist. Lebensqualität zielt auf bessere Lebensverhältnisse in der dinglichen Umwelt ab, durch mehr Freizeit, höhere Einkommen und andere materielle Vorteile. Der Begriff der Lebensqualität ist zugleich Kritik an der modernen Industriegesellschaft und ihren Erscheinungen; unter Lebensqualität wird ein Wertzuwachs verstanden, der dem Menschen von außen her angeboten wird. Lebensqualität meint ein breitgefächertes Angebot von Basiswerten, die möglichst allen Mitgliedern einer Gesellschaft im Sinne der Gleichheit zur Verfügung stehen sollen. Sie ist jedoch nur eine materielle Voraussetzung für das, was der Mensch zu allen Zeiten als jene Lebensqualität sucht, die dem Individuum die Freiheit garantiert, eine Freiheit, die ihm die Chance gibt, sein Leben bewußt und ganz zu leben.

Das sind Kernfragen unserer Gesellschaft, die sich in einem tiefen Wandel befindet. Ist in der Mobilität und Labilität der modernen Massengesellschaft ein Staatsgefühl noch möglich und sind Ordnung und Gesetz im Staat gewährleistet, dessen Bürger in der Forderung nach Freiheit und Gleichheit in ihrem eigensten Lebensbereich sich angesichts der Auswirkungen der zweiten industriellen Revolution verunsichert und ungesichert fühlen müssen?

Wir erleben das hieraus entstandene Spannungsverhältnis in dem geometrischen Figurenwerk eines Dreiecks: An dem einen Ende das System von

Ordnung und Gesetz in Staat und Gesellschaft. Zum anderen die mobile Industriegesellschaft, in einer gewaltigen sozialen Umschichtung und Verunsicherung; daraus sich ergebend die dynamischen Kräfte zu einer Veränderung von Gesellschaft und Staat, oft in utopisch-wirren Visionen, die jedes Verhältnis zu den überaus komplizierten multinationalen und globalen Problemen unserer Zeit missen lassen.

Das ist unsere Situation mitten in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, nach der Revolte der APO-Rebellen Ende der sechziger Jahre und der Anarcho-Szene, die sich in den siebziger Jahren ausbreitete und deren grausam-entmenslichten Höhepunkt wir erlebt haben. Sie pervertiert die Freiheit, Ordnung wird zum Chaos im inneren Gefüge einer Gemeinschaft, die nicht nur von den Anarchisten, sondern auch von der Übermacht und Anonymität einer perfekten Verplanung des Lebens bedroht ist.

Die vor allem von der Bundesrepublik Deutschland über Italien bis nach Japan reichende Welle des Terrors sollten wir nicht nur als eine Zeiterscheinung hinnehmen. 1976 fand in Paris unter den Auspizien der Fondation Nationale des Sciences Humaine eine wissenschaftliche Tagung statt, auf der, ähnlich wie beim Club of Rome, Probleme der Zukunft behandelt wurden. Das Ergebnis dieser Tagung ist unter dem vielsagenden Titel »Die Schrecken des Jahres 2000« veröffentlicht worden. Der Professor für politische Wissenschaft an der Universität Köln, Ulrich Matz, befaßte sich mit Betrachtungen über die Zukunft der Demokratie; was er über den Weg der Gewalt zum Ausdruck brachte, erscheint überaus bemerkenswert. Gewalt und Terror durch Gewaltandrohung im innenpolitischen Raum sind für die westlichen Demokratien nichts Neues, doch sie sind seit den sechziger Jahren quantitativ und qualitativ auf so neue Art in Erscheinung getreten, daß sie dem politischen Bewußtsein durchaus als bedrohliche Zukunftsperspektive erscheinen können. Die Demokratie lebt, insofern sie moderner Verfassungsstaat ist; von dem Grundsatz, daß die kunstvolle Konstruktion ihrer Institutionen das Widerstandsrecht überflüssig macht, also Gewalt als Rechtsmittel aus dem politischen Prozeß ausschließt. Da politische Ordnung wesentlich auf der Orientierung an Grundwerten beruht, wäre durch Gewalt und Terror der Anfang vom Ende der Demokratie gekommen. Der demokratische Bürger, der Gewalt zur Durchsetzung seiner Interessen anwendet, stellt sich als Krimineller außerhalb der politischen Gemeinschaft und wird Mitglied einer »Randgruppe«.

Spätestens seit den sechziger Jahren gibt es jedoch Erscheinungen von Gewalt, die in dieses Bild prinzipiell nicht passen: »Randgruppen« mit politischer Motivation oder einfach als interessenbestimmte pressure-groups melden sich zu Wort, die kaum noch nach Mitgliederzahl, sicher aber nicht mehr nach ihrer Position in der Gesellschaft als bloße Randgruppen angesehen werden können. Diese erklären den Terror zum politischen Recht, dadurch könnte das Tabu der Gewalt gebrochen und für die Zukunft ein neues Zeichen gesetzt werden. Wenn das zutrifft, würden die demokratischen Verfassungsmechanismen der friedlichen Interessenartikulation, -integration und -befriedigung in Frage gestellt sein, während der Staatsapparat davon absorbiert wäre, die rechtliche Ordnung als erste Voraussetzung demokratischer Willensbildungsprozesse immer wieder herzustellen. Auf diese Weise wäre die Demokratie außer Funktion gesetzt.

Wir sollten die Erscheinungsformen des Terrors und die Entwicklung in den siebziger Jahren ernst nehmen, denn sie haben sowohl gesellschafts- als auch sozialpolitische Ursachen, denen nachzuspüren Aufgabe auch der Gewerkschaften sein muß.

Wo liegen die eigentlichen Ursachen des Aufbegehrens vor allem der Jugend gegenüber erstarrten Formen und Strukturen in Staat und Gesellschaft, die umfassende Reformen verhindern? Es ist letzthin die ureigene Sehnsucht des Menschen nach Geborgensein, Geborgenheit in einer Ordnung, die Freiheit und Gleichheit in der modernen Welt zugleich sichern, es sind die wahren Ziele der Demokratie! Das Aufbegehren der jungen Menschen gegen materialistisches Denken, gegen einen Pragmatismus, der keinerlei Ideale mehr kennt und das Menschliche verkümmern läßt, ist eine der Ursachen, die am Ende zu Chaos und Terror führen. Eine andere Ursache, und sie erscheint mir von Ursache und Wirkung her gleich bedeutsam und alarmierend, ist das weithin gestörte Verhältnis von Macht und Geist. Das demokratische Staatsideal erweist sich hier in seiner Konstitution offen und in seiner inneren Struktur gefährdet. Demokratie ist Macht aus Mehrheit; Mehrheit ist Masse, und Masse ist manipulierbar. Die aber den Staat und die Gesellschaft in ihrem Gefüge vom Geistigen her tragen, sind immer eine Minderheit, die sich in der Demokratie von der Masse verdrängt fühlt. Es ist das tiefe Mißverständnis unserer Zeit, daß sie im Planen und Verplanen von allem und aller auch jenes Irrationale gewaltsam einzubeziehen sucht, jenes Irrationale, das

sich jeder Vergewaltigung durch Organisation und Perfektion entzieht. So hat sich zwischen der das demokratische Gefüge bestimmenden Massengesellschaft und jenen, die gemeinhin als Intellektuelle gelten, eine Kluft gebildet, die nicht nur vom Sozialen her eine Gefahr bildet.

Kann unsere industrielle Leistungsgesellschaft den jungen Menschen die Chance eines sinnerfüllten Lebens geben? Im dritten Nachkriegsjahrzehnt ist die Jugend in einer Welt-Anschauung erzogen worden, die Bildung mehr oder weniger gleich setzt mit sozialem Anspruch, mit Erfolg zu materiellem Wohlstand, gesellschaftlichem Ansehen und einseitiger Förderung, – während die Masse der jungen Menschen mit unzureichender Ausbildung ihrer praktischen Begabung ziemlich hilflos in den harten Konkurrenzkampf des beruflichen Lebens stolpert. Der Kampf der Klassen, so zeigte sich bei der Jugend, wird in zunehmendem Maß abgelöst vom Konflikt der Generationen, der mehr und mehr die Grundlagen der sozialen Stabilität bei uns gefährdet. Die auf einer europäischen Polizei-Jugendkonferenz getroffene Feststellung, wonach jeder dritte deutsche Mann bis zum Alter von 25 Jahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens vorbestraft ist, zeigt auf eine alarmierende Weise, daß dieser Konflikt keine Vision mehr ist, sondern bereits eine Realität.

Die Welt von morgen ist vorgezeichnet von der einen und großen Aufgabe: Den Menschen vor einer völlig verplanten und sinnentleerten Gesellschaft zu bewahren; ihm, dem Menschen, die Chance zu geben, sein Menschtum und Menschsein zu wahren, seine Kräfte zu wecken und ihn seinem von der Schöpfung her zugewiesenen Auftrag zuzuführen, diese Welt und ihre Schätze und Reichtümer sich dienstbar zu machen.

Die soziale Frage ist die Wurzel aller Fragen unserer Zeit. Dabei hat sich der Aufgabenbereich in unserer pluralistischen Gesellschaft auf jene Gruppen ausgeweitet, die durch den Mangel an sozialer Integration in eine neue Variante der Armut geraten sind. Die härteste Ausprägung dieser neuen Armut manifestiert sich im sozialen Ausschluß von Randgruppen, deren Not, wie Norbert Blüm, der Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse der CDA, vor einigen Jahren einmal feststellte, groß ist und anders als das proletarische Massenschicksal vergangener Zeiten keine Kristallisationschance der Solidarisation bietet. Die Sozialpolitik hat die Klassengrenzen längst über-

schritten und soziale Benachteiligungen auch dort aufgespürt, wo sie im 19. Jahrhundert noch nicht vermutet werden konnten. Eine moderne Sozialpolitik stellt sich anders dar als ihre Vorgängerin und beansprucht deshalb einen bevorzugten Platz im politischen Koordinatensystem unserer demokratisch-sozialen Ordnung.

## Christentum und Kommunismus

Ist der Kommunismus in unserer Zeit jene Kraft, von der Mephisto in Goethes »Faust« bekennt, sie sei »Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft«? Und hat die nationalmilitante Abart des Kommunismus, der russische Bolschewismus, jene Eigenschaft, von der Mephisto triumphierend in Fausts Studierstube sagt: »Ich bin der Geist, der stets verneint. Und das mit Recht, denn alles was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht.«

Stehen wir an einer Weltwende, von der die Philosophen sprechen und die Dichter einer neuen Zeit träumten und träumen? Ist der marxistisch-leninistische Materialismus jene Heilslehre, die die Christusbotschaft und das Christentum nach seiner zweitausendjährigen Geschichte ablösen könnte? Wir stoßen damit zur Kernfrage des Themas Christentum und Kommunismus, dem totalen Gegensatz zweier Welten und des Menschenbildes vor.

Es ist hier nicht die Aufgabe, die geschichtliche Entwicklung des Kommunismus von Karl Marx bis Lenin, Stalin, Chruschtschow und Mao aufzuzeichnen. Dennoch müssen wir kurz jenes unfafßbar erscheinende und doch historische Merkmal kennzeichnen, das den Kommunismus von Europas geistigen Stammländern hinüberführt in jenen europäisch-asiatischen Raum, in dem das gewaltige Experiment des roten Totalitarismus in den sechzig Jahren seit 1917 zur Verwirklichung drängte.

Dieses Rußland ist zugleich abendländisch und asiatisch. Es ist nicht, wie Karl Jaspers feststellte, ein Teil des Abendlandes der romanisch-germanischen Völker, die im Rahmen des Katholizismus und der späteren protestantischen Bekenntnisse eine mehr als tausendjährige Geschichte erlebten. Diese allein hat die moderne Welt und das neue technische Zeitalter begründet.

Rußland aber kannte niemals die politische Freiheit des Abendlandes, die mittelalterliche Städtetfreiheit; Rußland kannte weder die Kämpfe zwischen Kaisertum und Papst im Mittelalter, noch die Kreuzzüge, noch mittelalterliche Dichtungen und Dome; Rußland kannte weder die Renaissance noch die Reformation, es kannte weder die philosophischen noch die wissenschaftli-

chen Entwicklungen, die das Wesen und faustische Ringen des abendländischen Menschen in den Jahrhunderten zeichneten. Erst mit dem 17. und 18. Jahrhundert eignete sich das russische Volk als gelehriger Schüler manche Ergebnisse der abendländischen Entwicklung an; unter westlichem Einfluß gelangte es zu einer großartigen eigenen Dichtung, brachte es bedeutende Naturforscher und Historiker hervor, ergab sich die russische Geisteswelt der deutschen Philosophie, letzthin dem marxistischen Denken.

Rußland nahm nicht teil an der Welteroberung; es kolonisierte anders als Europa und eroberte in langsamem Prozeß und ständigem Vordringen die weiten Gebiete Asiens, bis es zum Stillen Ozean im fernen Osten gelangte.

Der Totalitarismus ist in Rußland, und das erscheint als besonders bemerkenswert, auf dem Boden einer durch Jahrhunderte ununterbrochenen despotischen Herrschaft gewachsen. Es ist für das Wissen um die Weltlage notwendig, diesen Ausgangspunkt des modernen Despotismus bolschewistischer Prägung in seinen historischen Erscheinungen zu erkennen; nur so sind die revolutionären Vorgänge im 19. und vor allem in diesem Jahrhundert verständlich.

Die Auseinandersetzung des russischen Menschen in seiner ursprünglichen und kraftvollen Seelenhaltung, in dem Ergreifenden seiner religiösen Hingabe und Opferbereitschaft, ist nirgendwo stärker spürbar als in dem dichterischen Werk des Russen Fjodor Michailowitsch Dostojewski, der als Politiker sich immer wieder grundlegend mit jenem westlichen Europa auseinandersetzte, das dem russischen Intellektuellen zum gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leitbild wurde.

Dieser Dostojewski, Rußlands großer Seher und Gestalter der Seele seines Volkes, leidet an diesem von ihm geliebten und gehaßten Europa. Er sieht, wie sein Volk seit Jahrhunderten unendlich leidet, dieses Volk, dem er seine tiefsten Erkenntnisse und die heiligsten Vorbilder verdankt. Er leidet geradezu an dem echt russischen Verfolgungswahn und dichtet jenem Westeuropa nicht nur einen unversöhnlichen Haß, ein durch nichts zu besänftigendes Übelwollen gegen Rußland an; sein politischer Slawismus sieht in allem und jedem, was im westlichen Europa geschieht, teuflische Anschläge auf das russische Volk. Er haßt auch in Westeuropa das stets Rußland vorgehaltene Vorbild, das Rußland seit Peter dem Großen von seinem eigenen Weg ablenkt und worin er die letzte Ursache des Nihilismus erblickt. Dostojewski

haßt vor allem in Westeuropa die Verführerin der russischen Intelligenz zum Atheismus und Materialismus und das heißt zur Gotteslästerung und zum Morden.

Ohne diese westeuropäischen Vorbilder wäre der freiheitsliebende russische Mensch der Intelligenz nach Dostojewski religiös geblieben, nicht bloß in seiner geistigen Haltung, vielmehr auch in seinen Zielen. Der letzte und eigentliche Unterschied zwischen Westeuropa und Rußland beziehungsweise dem Slawentum mit Ausnahme der Polen beruht nach Dostojewskij darin, daß der Westeuropäer seinen Christus verloren hat. Die Schuld daran, das heißt recht eigentlich an jenem Materialismus, der, vom Westen kommend, den freiheitlich gesinnten Russen zum Nihilisten macht, schreibt er der Kirche zu. Während Dostojewskij in seinen Dichtungen, und gerade in den letzten, am bewußtesten durch innerlich wahrste Gestalten und Bilder den einen und allein notwendigen Nachweis führt, daß der Mensch durchaus nur von sich selber aus, aus seinem eigensten Wesen heraus, der ihm von obenher entgegengestreckten Gnadenthand Gottes entgegenschreiten kann und muß, während er gerade auf dem Höhepunkt seines Schaffens, im »Großinquisitor«, das Wesen des teuflischsten Anschlags von seiten des Ungläubigen auf den ganz ursprünglich gottsuchenden Menschen gerade darin kennzeichnet, daß zwischen ihm und den ihm entgegenschreitenden Gott die menschliche Autorität, Geheimnis und Wunder gelegt werden, wirft er dem westlichen Protestantismus vor, er überlasse das Gotterlebnis der persönlichen Willkür des Menschen.

In seinem Tagebuch von 1876 erklärt Dostojewski: Die russischen Schlußfolgen aus den europäischen Lehren seien die allerradikalsten gewesen und hätten schließlich zur Verneinung Europas und seiner Kultur geführt, die ja in vielem, in allzuvielem der russischen Seele fremd seien. Damit hat Dostojewski auf eine der mächtigsten Wurzeln der russischen Hinneigung gerade eben zu den radikalsten, schon Westeuropa selber verneinenden europäischen Gesellschaftslehren hingewiesen, – eben in der Gegenstimmung zu Westeuropa: als dem Land, das den Russen ewig zum Vorbild gehalten ward, vor dem sie sich insgeheim der eigenen Zustände wegen von jeher schämten, und dem sie sich gerade deshalb auf alle Fälle überlegen fühlen mußten. Dostojewski sah 1876 in der russischen sozialistischen Bewegung gleichzeitig eine selbstlose Begeisterung für Europa und »eine heimliche Widersetzlichkeit unserer russischen Natur gegen das uns überwältigende Europa«.

In zahllosen literarischen und politischen Zeugnissen aus jenen Jahrzehnten vor der Wende zu unserem Jahrhundert wird das Aufbegehren der russischen Seele, die tiefe Angst vor dem Kommenden, der großen geistigen Auseinandersetzung mit dem Westlertum der Intelligenz der slawischen Völkerschaften spürbar. Die beständige innere Beschäftigung mit den Feinden seines »heiligen Rußlands« sind die Pole des dichterischen und politischen Werkes Dostojewskis. »Vom Nihilismus zu sprechen lohnt sich gar nicht. Warten Sie nur, bis diese Oberschicht, die sich von der russischen Scholle losriß, völlig verfault ist«. Dabei hatte Dostojewski als erster im Nihilisten den nur verirrtten russischen Gläubigen erkannt, den Mönch des Unglaubens. Und schon brannte auf des Dichters in ewiger Unruhe nach letzter Gerechtigkeit dürstender Seele das mögliche Unrecht, das er den Nihilisten in seinen »Dämonen« angetan haben könnte: denn hier galt es, das Vaterland, und durch dieses die Menschheit zu warnen vor den verirrtten Söhnen der russischen Erde. Auch das war im Grunde genommen nur ein Kampf des Menschen um Gott und damit für den Menschen. »Wenn Gott nicht ist, so ist alles erlaubt.« Dieses eigentliche Motiv der »Brüder Karamasow« drängt von den »Dämonen« an immer mächtiger nach Gestaltung im Werk dieses Dichters, der Rußland, wie seine Tochter in ihren Erinnerungen an ihren Vater schreibt, inbrünstig liebte.

Ganz anders wie das Verhältnis Dostojewskis zum heiligen Mütterchen Rußland ist der Weg des Patriarchen von Jasnaja Poljana Leo Tolstoi vom christlichen Sektierer zum politischen Propheten. Er verachtet die europäische Kultur und sieht in der Unwissenheit des Muschiks die höchste Weisheit. Sein Ideal ist das orientalische Idol des russischen Volkes: nicht zu arbeiten, die Hände in den Schoß zu legen, den ganzen Tag herum zu liegen, zu gähnen, zu träumen und »an die Zimmerdecke zu spucken«, wie der Russe sein Nichtstun ausdrückt. Dieser Apostel des Defaitismus rät seinen Jüngern, die Waffen vor dem Feind zu strecken und gegen das Böse nicht zu kämpfen, es die Welt überfluten zu lassen und die Sorge um seine Bekämpfung in Gotteshand zu legen. Er arbeitet am Triumph der Bolschewiki und behauptet ganz naiv, daß er die christlichen Ideen predige. Tolstoi vergaß, daß Christus nicht in seinem Jasnaja Poljana blieb, daß er durch Galiläa wandelte, um die Wahrheit zu verkünden, daß er kämpfte gegen das Böse und seinen Kampf erst an dem Tag aufgab, an dem sie Hand an ihn legten.

Vor dieser historischen Kulisse geht seit dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts jenes gewaltige Drama über die Weltbühne, das Dostojewski schon im Jahre 1880, ein Jahr vor seinem Tode, in den Brüdern Karamasow seherisch voraussah: die gespenstische Vision in dem Bild von der rasenden Troika, die über Rußland hinwegrasen wird. Ganz anders als das historische Wetterleuchten von 1789 vollzog sich in einem weltgeschichtlich einmaligen dramatischen Akt der Bruch Rußlands mit jenem Europa, das ihm und seinen Revolutionsführern die geistigen Waffen für die gigantische Auseinandersetzung geliefert hatte.

Während die Französische Revolution von 1789 ein neues Zeitalter im Zeichen der Menschheitsideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einleitete und mit diesen Idealen das alte Europa und die neue Welt jenseits des Atlantischen Ozeans, neuzeitliche demokratische Staatswesen hervorbrachte, brach Rußland in diesem Jahrhundert brutal mit der geistigen Tradition des Abendlandes.

Die Befreiung des Menschen in der klassenlosen Gesellschaft, der historische Materialismus in der Marx'schen Geschichtsphilosophie haben ihre Wurzeln in den sozialistischen Strömungen des beginnenden technischen Zeitalters im 19. Jahrhundert. Das Manifest der Kommunistischen Partei, in dem Marx und Engels im Februar 1848 die Forderung »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« erhoben, ist bis in die Tage der Komintern hinein die Losung der internationalen Arbeiterbewegung geblieben.

Die Weltanschauungslehre des Kommunismus ist keineswegs das alleinige Produkt jener östlichen Mentalität, die dem Wesen der marxistischen Theorien fremd schien; diese Lehre hat ihre Wurzeln vielmehr vor allem in der deutschen philosophischen, in der englischen nationalökonomischen und in der französischen sozialistischen Tradition des Westens. Sie ist nur in ihrer Herkunft von diesen Wurzeln aus zu verstehen. In dem Schicksal dieser Traditionen im Rußland Lenins, Stalins und Chruschtschows spiegeln sich die politischen und sozialen Veränderungen wider, die aus einem feudalen Agrarstaat einen modernen zentralistischen Industriestaat mit einer hierarchischen Führungsschicht und dem absoluten Despotismus der KPdUSSR gemacht haben.

Ist die Metropole der Dritten Internationale, ist Moskau das Dritte Rom, von dem schon im Jahre 1470 der Mönch Philotheus sprach, – ist das kom-

munistische Welt- und Menschbild in unserem Zeitalter des Massenmenschen in einer technisierten und mechanisierten modernen Zivilisation gültig und wegweisend geworden für eine Menschheit, die in Asien, Afrika und Lateinamerika im nationalstaatlichen Aufbruch auch zu neuen sozialen Gesellschaftsformen drängt? Damit ist die Kernfrage nach dem Verhältnis und Gegensatz von Kommunismus und Christentum gestellt, das in seiner zweitausendjährigen Geschichte die abendländische Welt formte.

In den Konzeptionen russischer Geschichtsphilosophen wie auch in den Ahnungen der russischen Dichter ist immer wieder die Vision des heiligen Rußland zu neuem Leben erwacht. Der Philosoph Wladimir Solowjew, der vor Beginn des ersten Weltkrieges in Paris zwei Vorträge über die russische Idee sowie über Rußland und die allweltliche Kirche hielt, erhoffte von Rußland die auch im Osten ersehnte Vereinigung der seit dem Konzil von Florenz im Jahre 1439 getrennten christlichen Kirchen und die Versöhnung der gottfernen Kultur des Westens mit der menschenfeindlichen Religion des muslimanischen Ostens.

Ist dieses heutige bolschewistische Rußland, dessen Führer mit dem Marxismus-Leninismus das atheistische Weltbild des Anti-Christen predigen, das wahre Rußland oder ist es nur Übergang und eine Pseudomorphose der russischen Religiosität? Wenn Berdjajew glaubt, daß das russische Volk selbst in bolschewistischer Maskierung mit allen seinen Sünden den Himmel stürme, wogegen der Westen selbst mit seinen Tugenden der trägen Erde verhaftet bleibe, so sprechen er und die modernen Denker die Feststellung aus, daß der Bolschewismus im ethisch-religiösen Sinne ein Sündenfall der russischen Idee ist.

Es gehört zu den großen weltpolitischen Irrtümern des 19. und 20. Jahrhunderts, daß die geistige Welt Europas trotz aller weithin sichtbaren Warnungszeichen und -rufe das Aufkommen jener Mächte mißachtete und mißverstand, die zum roten Imperialismus unserer Tage führten. Schon im Jahre 1835 veröffentlichte Tocqueville seine kurzen, nie überbotenen prophetischen und erst in unserer Zeit berühmt gewordenen Sätze: »Es gibt auf der Erde zwei große Völker, die von verschiedenen Punkten ausgehen und zum nämlichen Ziele vorrücken, die Russen und die englischen Amerikaner. Beide wurden in der Finsternis groß, und indes die Blicke der Menschen auf andere Gegenstände gerichtet waren, haben sie sich plötzlich in den ersten

Rang der Nationen gestellt, so daß die Welt fast zu gleicher Zeit ihre Entstehung und ihre Größe erfuhr. Alle anderen Völker scheinen ungefähr die ihnen von der Natur bestimmten Grenzen erreicht zu haben, mit der Verpflichtung, sich darin zu behaupten, aber diese beiden befinden sich noch in ihrem Wachstum . . . Jene allein marschieren leichten Schrittes in einer Bahn, deren Grenze das Auge noch nicht erblickt. Der Amerikaner kämpft nur mit den Hindernissen der Natur, der Russe dagegen mehr mit den Menschen. Beide gehen aus von verschiedenen Punkten, und ihre Bahnen sind verschieden; nichtsdestoweniger scheinen beide, nach einer uns noch geheimen Absicht der Vorsehung bestimmt zu sein, jeder in seiner Obhut eine halbe Erde zu halten.«

Das war dreizehn Jahre vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx, mit dem die sozialistische Internationale ihren revolutionären Katechismus erhielt.

Ich sprach vom wahren Rußland und von einer Pseudomorphose der russischen Religiosität. Ist damit das Christentum in seiner Gesamtheit nicht gerade in unseren Tagen aufgerufen, Moskau und die rote Weltrevolution zu überwinden im Geiste christlicher Universalität!

Für den Politiker ist die Frage bedeutsam, inwieweit das Marxistische Dogma eine sektiererische Spekulation ist. Es ist das Verdienst der neuzeitlichen Politischen Wissenschaft, den Nachweis darüber geführt zu haben, daß die Hoffnung von Karl Marx und seinen Jüngern, mit der Sozialisierung der Produktionsmittel trete die Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit ein, nichts weiter ist als eine Variante des alten Dritten-Reich-Glaubens der europäischen Sekten, der sich bis auf Joachim von Floris um die Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert zurückverfolgen läßt. Joachim von Floris hat zum ersten Mal das Symbol der Trinität auf den Ablauf der Geschichte angewandt; diese Dritte-Reich-Vorstellung darf nicht verwechselt werden mit der dilettantischen politischen Vorstellung Hitlers vom Dritten Reich, das nach seiner primitiven Ansicht dem alten Römischen Reich Deutscher Nation und dem zweiten Bismarckschen Reich folgen und tausend Jahre währen sollte.

Die europäischen Sekten dagegen, von deren Vorstellungen u. a. auch Hegel, der philosophische Lehrer von Marx, beeinflußt worden ist, verstanden unter dem Ersten Reich das Reich der Verdammnis, unter dem Zweiten das

Reich der Gnade und unter dem Dritten das Reich des Geistes. Ontologisch ist das so zu verstehen, daß man an die Durchdringung des Menschen durch den göttlichen Geist und das Verschwinden des Bösen im Menschen glaubte. Nach dieser Vorstellung bedarf der Mensch dann keiner institutionellen Kontrolle mehr; der Staat, die Kirche und alle anderen Organisationen der Gesellschaft sterben ab. Die freie Bruderschaft der Menschen, das Friedensreich des Menschen, das Goldene Zeitalter bricht an.

Bei Hegel ist die Vorstellung von den drei Reichen etwas abgewandelt. Nach ihm ist im Ersten Reich nur einer frei, im Zweiten mehrere und im Dritten alle, wobei er seine Betrachtung nur auf die Vergangenheit richtet und der Preußische Staat für ihn bereits den Höhe- und Endpunkt der Entwicklung darstellt. Marx übernimmt als Schüler Hegels das Schema von den drei Reichen, verfällt aber wieder ganz der sektiererischen Vorstellung vom Zukunftsreich der Freiheit, das nach dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum aus dem Reich der Notwendigkeit, dem Zweiten Reich, hervorgeht. Im Ersten Reich lebten die Menschen nach Karl Marx in der Unschuld des Urkommunismus; der Sündenfall des Menschen beginnt für ihn mit der Einführung des Privateigentums.

Letzthin geht es bei allen diesen Vorstellungen um die Ursehnsucht des Menschen nach dem paradiesischen Menschentraum der Freiheit, wie ihn Thomas Morus in seinem literarischen »Utopia« gestaltet hat und wie er in den Jahrhunderten auch von christlichen Denkern und Praktikern zu verwirklichen gesucht wurde. So entstand knapp hundert Jahre nach Morus' »Utopia« Anfang des 17. Jahrhunderts der Jesuitenstaat in Paraguay nach den Ideen des großen Humanisten, eine Staatsform mit einem staatlichen Wirtschaftsmonopol, die immerhin 150 Jahre bis zur Auflösung des Ordens durch Spanien im Jahre 1766 verwirklicht wurde.

Wo aber die Heilslehre des Diesseitigen Wurzel sozialreformerischer Ideen ist, kehrt sich der paradiesische Menschentraum ins Gegenteil, wird Freiheit zur Unfreiheit, zur Unterdrückung und zur Knechtschaft im Staatsdespotismus. Das gewaltige Experiment des marxistischen Dogmas mit seiner der Wirklichkeit fremden sektiererischen Spekulation widerlegt alle ideologischen Lehrsätze und ökonomischen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung; die Sprache der Mauer, des Stacheldrahtes und

der Wachttürme am Eisernen Vorhang quer durch Europa und Asien, alle diese schrecklichen Symbole der Unfreiheit und der Unmenschlichkeit sind stärker!

Nach Hegel gestaltet der Mensch durch die Arbeit die Natur nach seiner Idee. Nach Marx-Engels ist der Mensch »ein Werkzeug fabrizierendes Tier«, das erst durch die Arbeit zur Erkenntnis der Idee gekommen ist.

Die hohe Bewertung und Bedeutung der Arbeit im philosophischen, ökonomischen und politischen System des heutigen Kommunismus ist Grundlage des dialektischen Materialismus; für den Kommunismus sind die ökonomischen Verhältnisse letztlich das Entscheidende, die Ausgangsposition der menschlichen Gesellschaft und ihrer Geschichte.

Damit steht diese Welt-Anschauung in einem unüberbrückbaren Gegensatz zum christlichen Gottes- und Menschenbild. Nach Marx sind es drei Fesseln, die den Menschen unfrei machen: der Glaube an Gott, der Staat und die Materie. Für die christliche Weltanschauung ist Gott der Anfang und das Ende, ist Gott der absolute Geist, von Ewigkeit zu Ewigkeit. Gott hat die Materie, das heißt die Welt, aus dem Nichts erschaffen. Gott hat den Menschen erschaffen. Der Mensch soll als geistbegabtes Wesen, als beseelte Materie, die Materie gebrauchen, bearbeiten, immer in der Hinwendung zum Ewigen in Gott, von dem er stammt. »Alles gehört euch, ihr aber gehört Gott«, sagt der Apostel Paulus.

Die Haltung der Kirche gegenüber dem dialektischen Materialismus und der marxistischen Lehre ist klar und eindeutig. Von der Enzyklika »Rerum Novarum« Leo's XIII. bis zur jüngsten Enzyklika Papst Johannes' XXIII. »Mater et magistra« reicht das Bollwerk der christlichen Soziallehre gegen die marxistischen Theorien. Kommunismus und Christentum widersprechen sich radikal, erklärte Papst Johannes XXIII., der siebzig Jahre nach »Rerum novarum« und vierzig Jahre nach »Quadragesimo anno« Pius' XI. die soziale Botschaft im christlichen Geist erneuerte und eine gerechte soziale Ordnung zum Wohl der Völker forderte.

In diesem weltweiten Ringen der Geister steht vor uns die große Frage: Wird der rote Stern von Moskau den Stern von Bethlehem überstrahlen, wird im neuen Zeitalter der technischen Automation, des Atoms und der Eroberung des Weltraums, des Massenmenschen in einer pluralisierten Um-

welt, des in der staatlichen Gesellschaft mündig gewordenen und von Perfektion und zivilisatorischem Komfort berauschten Weltbürgers von morgen, – wird in diesem Zeitalter eines gewaltigen geistigen, technischen und politischen Umbruchs das kommunistische Idealbild von der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft die von der Atomangst gequälte Menschheit erlösen und eine glückliche Welt aufbauen, – oder wird der Geist über die Materie siegen und der Mensch der »Verzweiflung« entgehen, wie der Russe Dostojewski in seinen »Brüder Karamasow« die Auflehnung gegen Gott darstellte? »Wenn Gott nicht ist, so ist alles erlaubt!«, diese Karamasowsche These vom eigenen Menschentum steht wie ein Menetekel über den Völkern, die über alle geographischen Grenzen hinweg an einer welthistorischen Wendemarke des Geistes stehen.

Es mag eine Art Zeitkrankheit sein, daß im abendländischen Denken die christliche Idee gegenüber dem Kommunismus in eine passive und defensive Lage gedrängt wird und ein christlicher Defaitismus im Sinne Tolstojs um sich greift. Welch müde Resignation ist da spürbar angesichts des revolutionären Ausbruchs, wie er, für den kultivierten Europäer fast unverständlich, im russischen Menschen sichtbar wird. So wie in der bekannten Szene, in der Dostojewski in den »Dämonen« Stawrogin und Werchowenskij nach der Sitzung bei den Revolutionären durch die Nacht schreiten und Werchowenskij in einer Art Verzückung Stawrogin anflehen läßt, sich an die Spitze der Revolutionäre zu stellen. »Hören Sie, Stawrogin, . . . die Berge abzutragen ist eine herrliche Idee! Wir brauchen keine Bildung, wir haben der Wissenschaft genug . . . Was eingeführt werden muß, ist der Gehorsam . . . vollkommener Gehorsam, vollkommene Gleichschaltung der Persönlichkeit . . . Jeder gehört allen und alle gehören jedem . . . Wir proklamieren die Vernichtung . . . und das ist eine faszinierende Idee. Wir zünden Rußland von allen Enden an. Revolutionen werden über Rußland dahinfegen. Rußland wird sich verfinstern und aus den Fugen gehen. Schluchzen wird die russische Erde . . . der russische Gott wird versagen vor den billigen Ideen der Zeit . . . Die Mütter werden betrunken sein; die Kirchen werden leer stehen . . . Schade, daß wir kein Proletariat haben, aber wir werden uns eines schaffen! Sie glauben nicht, daß wir es uns schaffen werden? . . . Glauben Sie, Stawrogin! . . . Unsere sind viele, nicht nur die Mörder und Brandstifter . . . Zu uns gehören die Lehrer, die mit den Kindern über Gott spotten, der Rechtsanwalt, der den gebil-

deten Mörder damit entschuldigt, daß höhere Bildung höhere Bedürfnisse schaffe, der Geschworene, welcher die Verbrecher prinzipiell entschuldigt, der Staatsanwalt, der Angst hat, sich nicht genügend liberal zu zeigen. . . . Oh, zu uns gehören viele, sehr viele!«

Werchowenskij's letztes begeistertes Wort gilt dem Neubau, einem »steinernen Bau«. Seine Legende krönt den Akt revolutionärer Zerstörung. Die Idee Werchowenskij's erweist sich als die wahnsinnige Zumutung an das russische Volk, es solle den Dampf über den Blutpfützen der Revolution als Weihrauch vor dem Altar eines unsichtbaren Gottes anstaunen.

Ist diese maßlose Sprache eines Irren nicht vorgezeichnet vom Turmbau zu Babel, jenem monumentalen biblischen Bild von der Auflehnung des Menschen gegen Gott!

Wird das Christentum den Vollzug der Weltwende dem Kommunismus überlassen? Für das Christentum vollzieht sich die Weltwende in der Vergangenheit, für den Kommunismus in der Zukunft. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint das Christentum als die stärkste Traditionsmacht und der Kommunismus als die stärkste zerstörende Kraft, welche die abendländische Geschichte kennt. Im Gegensatz eines erhaltenden und auflösenden Willens, wie er sich seit Jahrhunderten im Gegensatz von Christentum und Aufklärung und damit Auflösung des christlichen Weltbildes zeigt, sind Christentum und Kommunismus in das Stadium eines weltweiten und unerbittlichen Entweder-Oder getreten.

Überall in der Welt drängt das Dynamische der kommunistischen Lehre nach Klärung und Überwindung aus christlichem Geist. Karl Jaspers schrieb das Buch »Der philosophische Glaube angesichts der Offenbarung«; in diesem neuen Werk untersucht Jaspers die zwei Fundamente des menschlichen Lebens: Religion und Philosophie. Da in der kommunistischen Welt beides, Religion und Philosophie, geächtet sind, befaßt sich Jaspers vor allem mit dem geistigen Bauplan der freien Menschheit. Im religiösen und philosophischen Weltbild gilt hier die Offenbarung, dort die »Transzendenz« und ihre Chiffren. »Chiffren leuchten in den Grund der Dinge. Sie sind nicht Erkenntnis. Was in ihnen gedacht wird, ist Vision und Deutung. . . Die Tragkraft von der Transzendenz her auf die Existenz wird in ihnen Sprache.« Die Vernunft geleitet den philosophisch Strebenden zu jenem Erleben der Chiffren des

»Umgreifenden« und hält ihm für die Individualität des Nächsten und Anderen auch dann und stets den Sinn offen. Die Offenbarung der Religion, ihre Bedeutung für den Menschen und die Menschheit führt nach Jaspers in eine tiefe »religiöse Gestimmtheit«.

Ich habe versucht, einige Gedanken zu entwickeln und da und dort Lichter aufzusetzen. Mir kam es darauf an, das Problem Christentum und Kommunismus aus dem gefährlichen Schwarz-Weiß der populär gehaltenen Traktätchen über den Kommunismus herauszunehmen und abseits der politischen Schlagworte von Nonkonformismus, Neutralismus und der tausend anderen sprachlich-geistigen Waffen aus den Arsenalen westlicher und östlicher Kreuzzügler die wahren Inhalte der Welt-Anschauungen unserer Zeit anzuzeigen.

Nur eine innere Wandlung des christlichen Menschen wird zur Überwindung des Kommunismus führen, – nicht die Überheblichkeit eines westlichen Intelligenzlerturns, das aus dem 19. Jahrhundert und seinen Aufklärungstendenzen, aus dem Weltmittelpunktstandpunkt des Europas von gestern stammt.

## Politische Porträts

*Konrad Adenauer – Wilhelm Hoegner – Hans Ehard*

### KONRAD ADENAUER

Der »Tod des Vergil«, wie ihn Hermann Broch darstellt, wird in unserer Erinnerung wachgerufen. So, wie das Sterben des großen Römers im apulischen Brundisium eine ganze Landschaft erfüllte, lag die Stille des Sterbens auch über Rhöndorf, dem Haus über dem Rhein, in dem Konrad Adenauer nach einem erfüllten Leben eine Woche lang mit dem Tode rang.

Als die Nachricht von seinem Ableben die Welt durcheilte, spürte jeder ein Ereignis von geschichtlicher Größe. Eine Epoche war zu Ende, ein Abschied von einem Jahrhundert, unwiderruflich und längst vollzogen schien es, aus dem Konrad Adenauer, der 91jährige, in unsere Zeit hineinragte und sie doch mitgeprägt hatte. So sind Leben und Werk dieses Mannes Geschichte geworden, ehe die Geschichte ihr Urteil sprach.

Menschsein ist die geschichtlich zu verwirklichende Aufgabe. Der Mensch ist zutiefst geschichtlich, Geschichte ist menschliche Selbstverwirklichung. Im Wandel des Unwandelbaren hat Geschichte ihre innere Dimension, in der Geschichtlichkeit ist das bleibende Wesen des Menschen.

Jedes Zeitalter hat ein bestimmtes, nur ihm eigentümliches Bild vom Vergangenen. So wird Geschichte zur Legende, zum Mythos. Jede Zeit, fast jede Generation hat ein anderes Idealbild, die geistige Geschichte der Menschheit besteht in einer fast fortwährenden Uminterpretation des Vergangenen. So bleibt uns, die Gestalt Konrad Adenauers in unserer Zeit zu würdigen.

Leben und Werk dieses Staatsmannes wurzeln in den beiden großen und tragenden Komponenten: dem Raum, aus dem er hervor- und emporwuchs, und der Zeit, die sein Wesen, sein politisches Idealbild entscheidend mitgestaltete.

Köln, die rheinische Metropole und ein Mittelpunkt des deutschen Katholizismus, war die geistige Stadtlandschaft, in der er aufwuchs und die ihm immer Heimat war. Dieses Kompendium der westeuropäischen Geschichte und Kultur mit ihren steinernen Zeugen aus einer zweitausendjährigen Ge-

schichte war mitbestimmend für die Entwicklung des Kommunal-, Landes- und späteren Bundespolitikern, dessen geistiger Horizont immer dem abendländischen Raum zugewandt war.

Köln, Rhöndorf und Bonn wurden zu Stationen seines Lebens; in ihnen erlebte er seine Zeit in den vier großen geschichtlichen Epochen unseres deutschen Jahrhunderts seit Bismarcks Einigungswerk.

Seine ersten Anfänge reichen zurück bis in den vorletzten Abschnitt der Neuzeit, in das Doppeljahrzehnt von 1870 bis 1890, – das Zeitalter des ›eisernen Kanzlers‹. Mehr wohl noch erlebte Adenauer die Jahre der wilhelminischen Epoche, den Glanz und die Verblendung, den mystischen Reiz des Gottesgnadentums, dessen Überhebung und Sturz von Ödipus bei Sophokles bis Jarl Skule aus ›Die Kronprätendenten‹ von Henrik Ibsen ein ewiger Stoff der Dichtung ist.

Für Konrad Adenauer war diese Ära Wilhelms des Zweiten, dieses ›homme du fin de siècle‹, Trugbild eines Deutschlands, das in seinem imperialen Streben verführerisch wurde und sich selbst zerstörte. Es war nicht nur Deutschland, das diesen trügerischen Weg in die Katastrophe von 1914 ging. Der Nationalismus und das ›Imperium‹ als Krone des nationalen Erfolges beherrschten das politische Denken aller Völker Europas, ja das der ganzen Welt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Jede andere größere Idee der menschlichen Gesellschaft blieb unvorstellbar.

Jene Ideen vertraten nichts Fundamentales, nichts Unveränderliches der menschlichen Natur, sie drangen, weil den Menschen tiefere Einsichten fehlten, überall durch. Es fehlte die Einsicht, die nur ein Studium der Weltgeschichte vermitteln kann. Die Gefahr, die der Menschheit aus dem nationalistischen Imperialismus erwuchs, wurde erst begriffen, als es zu spät war.

Das Deutschland dieser Zeit war nach der Meinung der europäischen Nachbarn eine der modernsten und doch zugleich eine der veraltetsten Erscheinungen Westeuropas. Es war in Erziehung, Wissenschaft und Organisation der beste und in seiner politischen Führung der schlechteste Staat seiner Zeit. Ein Volk in ›schimmernder Wehr‹, – diese patriotische These beeinflusste das Denken, die Umgangsformen und die Moral des ganzen deutschen Volkes. Der Imperialismus der europäischen Völker und Nationen infizierte das geeinte Deutschland nach 1871, eine Generation, die in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges taumelte.

Nur vor dieser historischen Kulisse ist die staatsmännische Leistung Konrad Adenauers nach dem Zweiten Weltkrieg und inmitten eines zerstörten Reiches verständlich. Alles, was zwischen diesen Epochen liegt, die Weimarer Republik und das Hitlersche Dritte Reich, ist Wegstrecke zu einem Ziel, das dem rheinischen Politiker Adenauer im Aufbau eines neuen Deutschland nach 1945 sichtbar wurde.

Zwar befaßte er sich schon vor 1933 mit der Politik; als Präsident des Preußischen Staatsrats übte er Funktionen aus, die weit über den kommunalpolitischen Rahmen hinausreichten. Im März 1933 verlor er sein Amt als Oberbürgermeister von Köln und seinen Sitz im Staatsrat. Zwölf Jahre lang lebte der Politiker Adenauer als Flüchtling in der eigenen Heimat.

Schon 69jährig folgte Adenauer im März 1945 dem Ruf nach Rückkehr in das politische Leben. Zweiundzwanzig Jahre liegen zwischen diesem Zeitraum, er wird in die Geschichte als ›Ära Adenauer‹ eingehen. Uns, die wir diesen entscheidenden Abschnitt der deutschen Geschichte tätig miterlebt haben, ist das Werk des Staatsmannes Konrad Adenauer lebendig.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihren Wesenszügen sein Werk; er baute mit an einem neuen Europa, das er zeit lebens als sein Idealbild anstrebte und das er nach dem furchtbaren Erlebnis des Zweiten Weltkrieges mit den Staatsmännern Robert Schuman und Alcide de Gasperi zu schaffen suchte.

Konrad Adenauer sah in seinem großen politischen Werk das Ordnende, nicht die Ordnung, das dem Staat Würde und Bestand gibt. Das Ordnende sollte Europa umfassen, die politischen und geistigen Landschaften der lateinischen und germanischen Völker, deren Vielfalt politischer Ideen und kultureller Eigenarten ihm Garanten einer höheren staatlichen Ordnung schienen.

In dem Romanwerk ›Das Glasperlenspiel‹ von Hermann Hesse beschreibt der Magister Josef Knecht in seinem Lehrer das Idealbild des Politikers und Staatsmannes, der von seiner Betrachtung der Weltgeschichte so durchdrungen war, daß aus jeder seiner Ansichten, aus jedem seiner Blicke im Gewirr der Welthandel auch der praktische Politiker mitsprach, ein nicht ehrgeiziger, nicht intriganter Politiker allerdings, sondern ein Ratgeber und Vermittler, ein Mann, dessen Aktivität durch Weisheit, dessen Streben durch eine

tiefe Einsicht in die Unzulänglichkeit und Schwierigkeit des menschlichen Wesens gemildert war, dem aber sein Ruhm, seine Erfahrung, seine Kenntnis der Menschen und Zustände und nicht zuletzt seine Selbstlosigkeit und Integrität als Person eine bedeutende Macht gaben.

Dieses Idealbild von der politischen Traumlandschaft Kastalien mag auf den Politiker und Staatsmann Konrad Adenauer nicht ganz zutreffen. Adenauer war Realpolitiker, der Macht kannte und ausübte, ohne ein Mächtiger zu sein. Ihm aber war eigen, was den Ludi Magister Josephus III. im ›Glasperlenspiel‹ zu den Gipfeln des ›Bundes‹ führte: das Bewahren, die Treue, der selbstlose Dienst und zum anderen die Tendenz zum ›Erwachen‹, zum Vordringen, zum Greifen und Begreifen der Wirklichkeit.

Es mag auch für uns Deutsche gelten, was Hermann Hesse transparent in die Landschaft der Provinz Kastalien überträgt: Für Kastalien besteht die Gefahr der Alterung, des Sterilwerdens und des Verfalls in der Neigung seiner Bewohner, sich als reinen Selbstzweck zu betrachten, ihre Aufgabe und Mitarbeit am Ganzen des Landes und in der Welt zu vergessen und schließlich in einer glänzenden, aber mehr und mehr zur Unfruchtbarkeit verurteilten Abspaltung vom Ganzen des Lebens zu verkommen.

Konrad Adenauer hat diese Gefahren für unser Volk gesehen. Der ›Alte von Rhöndorf‹ war sich bewußt, daß sein Werk unvollendet bleiben mußte; nicht nur daß ihm die Sternstunde der Wiedervereinigung und des Einigungswerks Europas nicht schlug, – auch der innerstaatliche Aufbau, das Verhältnis von Macht und Geist im neuen Staate blieben in der sich neu formierenden Gesellschaft teilweise ungelöst. Adenauers 15jährige Regierungszeit war eine zu kurze Frist, um das staatliche Bauwerk zu vollenden; so bewies er die wichtigste staatsmännische Eigenschaft: das Wesentliche vom Unwichtigen zu unterscheiden und die Grundkonzeption als entscheidenden Faktor anzusehen.

Seine große geschichtliche Leistung ist die Aussöhnung mit Frankreich, unserem in einer langen europäischen Gemeinschaft nun eng verbundenen großen Nachbarn im Westen. Wäre ihm nur dieser eine politische Erfolg beschieden gewesen, gehörte er schon zu den Großen unseres Volkes.

Uns Deutsche aber führte er nach dem Krieg in die Gemeinschaft der freien Völker zurück. Dieser schwere Weg eines Mannes, dessen Leben Die-

nen zum Wohl der Gemeinschaft war, wurde sein höchster moralischer Sieg, uns allen aber Verpflichtung gegenüber diesem Mann und seinem Werk.

Wir in Bayern blickten immer mit ehrfurchtsvollem Respekt auf den Mann, der in seinen Vorzügen und Schwächen so vieles Menschliche in sich trug. Zwischen dem rheinischen Staatsmann und den bayerischen Politikern bestand stets ein herzliches Verhältnis politischer Distanz, die immer gut ist zwischen Menschen, die in ihren Auffassungen manches trennt.

Bei seinem ersten politischen Auftreten in Bayern als Präsident des Parlamentarischen Rates am 10. Januar 1949 sagte Konrad Adenauer aus Anlaß der Eröffnung der Sitzungen des Bayerischen Landtags im Maximilianeum: ›Seien Sie davon überzeugt, daß auch die Nichtbayern, gleichgültig wo in Deutschland sie wohnen und welchen Stammes sie sein mögen, einen tiefen Eindruck von der Eigenstaatlichkeit Bayerns haben und die bayerische Note im deutschen Konzert unter keinen Umständen missen wollen!‹ Wir gedenken mit Genugtuung dieser Worte des späteren ersten Kanzlers unserer Bundesrepublik.

In seinem reichen und langen Leben mochte er wohl den Wahlspruch gehabt haben, den Hermann Hesse in seinem ›Glasperlenspiel‹ dem Magister zum Leitspruch mitgab:

›Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,  
Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.‹

Eine glückhafte Fügung wollte es, daß sein letztes Auftreten in der Öffentlichkeit bei der Verleihung des Adenauer-Preises ihn zu uns nach München führte.

In einem kurzen Schlußwort in der großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität bejahte er zwar Wert und Notwendigkeit materieller Güter, warnte aber mit erhobenem Zeigefinger vor den Gefahren des Materialismus und seiner Überbewertung und mahnte uns, spürbar aus seinem Herzen sprechend, den geistigen Gütern zur Sicherung der Existenz unseres Volkes den ihnen gebührenden Vorrang einzuräumen.

Geschichte wird täglich neuentdeckt, wiederbelebt, uninterpretiert nach den jeweiligen Bedürfnissen der Weltkonstruktion. Der Geist ist das Primäre, die Wirklichkeit nur seine Projektion und Materialisation.

So wird das Vergangene transparent in der Gegenwart, es leuchtet in die Zukunft.

Wohl auch für Konrad Adenauer gilt ein Wort, das Theodor Lessing im Jahre 1919 geschrieben hat:

»Großes erkennt man erst, wie Moses Gott erkannte:  
wenn es vorübergewandelt ist.«

Sein Werk ist der Staat, dessen Bestand zu sichern uns höchste Verpflichtung sein muß.

## WILHELM HOEGNER

Um das Lebenswerk Wilhelm Hoegners in seiner übergroßen Fülle zu würdigen, erscheint es notwendig, es einzufügen in jene geschichtlich ordnende Kraft, von der aus das Wirken dieses großen Politikers und Staatsmannes Bayerns in diesem Jahrhundert seine eigentlichen und wahren Impulse erhielt.

Am Tag der Geburt Wilhelm Hoegners, dem 23. September 1887, schrieben die Münchner Neuesten Nachrichten in ihrem Parlamentskommentar mit einem gewissen Gefühl politischer Erleichterung:

»Es weht ein anderer Wind als früher im Ständehaus an der Prannerstraße. . . . Ja, ja, es herrscht eine andere Luft in der Abgeordnetenkammer und wir begrüßen diese Tatsache als förderlich der Erledigung der Geschäfte, als heilsam dem Wohle des Landes, als Symptom einer inneren Wandlung zum Guten«.

Eine Woche zuvor hatte der feierliche Eröffnungsakt des Landtags im Thronsaal der Residenz stattgefunden und damit der Beginn der Regentschaft des Prinzregenten Luitpold von Bayern.

Im Alter von 65 Jahren hatte der dritte Sohn Ludwigs I. und Bruder König Max II. nach dem tragischen Ende Ludwigs II. am Starnberger See die Reichsverweserschaft übernehmen müssen; es war der Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte Bayerns, von der der Dichter Max Halbe in seinem Buch »Jahrhundertwende« schrieb: die Morgenröte des Prinzregentenzeitalters! In dieser Epoche einer glücklichen 25jährigen Regentschaft erlebte Wilhelm Hoegner seine entscheidenden Lebenseindrücke. Sie hat sein Wesen und sein Welt-Bild mitgeprägt.

Es waren zwei völlig verschiedene und einander widerstrebende Sphären, mit denen sich der junge Wilhelm Hoegner in seiner Umwelt konfrontiert sah: dort der Glanz des jungen Kaiserreichs, der kleindeutsche Nationalstaat der Bismarckschen Ära, der auch Bayern mehr und mehr beherrschte in einem resignierenden Sicheinfügen; – ganz anders die Gestalt des Prinzregenten, allem Pomp des wilhelminischen Deutschland abhold, besonnen, volksnahe und gütig und gewinnend in seiner vornehmen Unaufdringlichkeit.

Zwei Welten, die sich bei einer Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt München 1891 manifestierten; »Des Königs Wille – oberstes Gesetz« lautete der Eintrag des Kaisers. »Das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz« schrieb der Prinzregent auf sein Bildnis. »Das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz«: Hier sind Parallelen eines Geistes und einer geistigen Haltung sichtbar – des im Volk stehenden Regenten und des Mannes aus dem Volk.

Mit kritischem Blick hat Wilhelm Hoegner bereits als junger Mann die Gefahren der übergroßen sozialen Gegensätze erkannt; seine ersten Sätze in dem Erinnerungsbuch eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, in denen er von den »kleinen Leuten« schreibt, bekunden dies ebenso eindringlich, wie sein Schlußsatz: »Ich bin aus dem einfachen Volke hervorgegangen und habe mich bemüht, meinem Volke rechtschaffen zu dienen«. Damals schon begann der Weg Wilhelm Hoegners zum Politiker.

Eine doppelte Abwehrhaltung bestimmte diesen langen Weg des »schwierigen Außenseiters«, wie er sich selbst bezeichnete: die angeborene Leidenschaft für Gerechtigkeit in den sozialen wie in den politischen Bereichen – in den menschlich-humanitären wie in den geographisch-stammesmäßigen Zonen. Alles politische Wirken und Tun des Altbayern Wilhelm Hoegner stand unter dem Gesetz der Gerechtigkeit.

Kulturphilosophen unserer Zeit sind der Auffassung, daß nicht Wissenschaft und Technik, sondern die durch sie herbeigeführte soziale Wandlung, wie wir sie seit dem letzten halben Jahrhundert erleben, das eigentliche Phänomene unserer Gegenwart ist.

Eine Gesellschaft, – und wir müssen das global sehen – die nur einer kleinen Minderheit Überfluß und damit soziale Sicherheit gewährt, während sie die Mehrheit der Menschheit einer Versorgung auf gut Glück überläßt, ist schlecht organisiert. Es gilt darum als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit, die Verteilung der Güter dieser Welt besser zu organisieren.

Seit zwei Jahrhunderten ist diese Wandlung sichtbar geworden und in ihrem Ablauf unabdingbar. Wie ein gigantischer Monolith steht im abendländischen Raum die große geistige und soziale Auflehnung des Menschen gegen die absolutistische Willkür in der Französischen Revolution. Ihre Wurzeln liegen in der tiefen Sehnsucht des Menschen nach Freiheit; in der Zeit, da Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit als göttlich gebotene Ideale mißachtet wurden, wuchs diese Sehnsucht zur zündenden Flamme; aus einer inneren Erneuerungsbewegung kommend, die letztlich im Religiösen ihren Ursprung hatte.

Das der Revolution von 1789 vorausgegangene Jahrhundert in Frankreich war eine Zeit der Frömmigkeit und opferbereiten Nächstenliebe. Namen wie Franz von Sales, Vinzenz von Paul, Jean Baptist de la Salle, Pascal und viele andere zeugen für einen Geist, der in der Nachfolge Christi das Heil sah. Daß die Ideale der Brüderlichkeit, der Gleichheit und der Freiheit im Blutrausch der Revolutionäre ertränkt wurden, liegt im letztlich gottleugnenden und darum gesetzlosen Wesen revolutionärer Abenteurer, die den göttlichen Ursprung alles Lebens verneinen und der Göttin Vernunft zur Ehre der Altäre verhelfen.

Die Ideale der Freiheit aber blieben leuchtend am Horizont einer neuen Zeit; sie wurden das große Leitbild für den vor 200 Jahren geschaffenen jungen amerikanischen Staat, sie sind das Leitbild unserer modernen Demokratien und das Vorbild für die feierlich proklamierten Menschenrechte eines neuen Kapitels unserer Menschheitsgeschichte.

Diese großen Stationen der gesellschaftlichen Wandlungen in unserer Zeit waren für Wilhelm Hoegner faszinierende Wegzeichen einer von ihrer Geschichtlichkeit her bedingten gesetzmäßigen Entwicklung.

Kaum ein Jahrzehnt vor dem Geburtsjahr Wilhelm Hoegners schrieb Dostojewski sein großes Romanwerk »Die Brüder Karamasow« mit der berühmten Anklagerede des Staatsanwalts Ippolit Kirillowitsch. Darin ist die gespenstische Vision von der rasenden Troika wiedergegeben, die über Rußland hinwegrasen wird. »Unsere verhängnisvolle Troika jagt dahin und vielleicht ins Verderben. Längst schon streckt man in ganz Rußland die Hände empor und ruft dazu auf, dem rasenden, verzweifelten Einherjagen Einhalt zu tun. Und wenn inzwischen noch die anderen Völker vor der blindlings dahinjagenden Troika zur Seite treten, so geschieht es vielleicht durchaus nicht

aus Ehrerbietung, wie es den Poeten dünkte, sondern einfach aus Entsetzen – das wollen Sie beachten. Aus Entsetzen, und vielleicht auch aus Widerwillen und Ekel. Ja, es ist noch gut, daß sie beiseite treten. Wenn sie aber sich regen und aufhören sollten, beiseite zu treten, wenn sie der reißend dahineilenden Erscheinung sich als feste Mauer entgegenstellen und die rasende Jagd unserer Zügellosigkeit zum Stehen bringen sollten, um sich selbst, die Bildung und die Zivilisation zu retten!«

37 Jahre später, im Oktober 1917, raste die Troika über Rußland hinweg und niemand in Europa vermochte ihr Einhalt zu gebieten. Ein Jahr später brach das deutsche Kaiserreich zusammen. In den Wirren dieser Tage fand Wilhelm Hoegner seinen Weg. »Ich hielt es nun für meine Pflicht, nicht länger außen zu stehen und die Politik an mir vorbeigleiten zu lassen.« Die entscheidenden Jahre zwischen 1918 und 1933 hat der Rechtsgelehrte und Politiker Wilhelm Hoegner in seinen beiden dokumentarischen Werken »Die verratene Republik« und dem Memoirenband »Der schwierige Außenseiter« ausführlich dargestellt. Über den Hitlerprozeß in München schrieb er die Broschüre »Hitler und Kahr: Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923«. Bei den Landtagswahlen vom 6. April 1924 wurde Wilhelm Hoegner in den Stimmkreisen München-Neuhausen, Altötting-Laufen und Mühldorf-Trostberg als Abgeordneter gewählt.

In Neuhausen, dem westlichen Stadtteil Münchens, war er zur Welt gekommen, in Burghausen hatte er das Gymnasium besucht. Bis 1932 war er Mitglied des Vorkriegslandtags. 1930 wurde Hoegner in den Deutschen Reichstag gewählt. Seine Jungferrede im Reichstag hielt der 43jährige Abgeordnete Wilhelm Hoegner am 18. Oktober 1930. Es war eine unabdingbare Absage an jene Rechtsradikalen, die Deutschland wenige Jahre später ins Verderben führen sollten.

Es war auch eine Anklage gegen die deutsche Justiz in jenen Jahren: »Die nationalsozialistische Partei ist doch nur groß geworden, weil eine deutsche Justiz, verführt durch ihre vaterländischen Töne, zu ihren Gunsten das Recht gebeugt und gebrochen hat.« Immer wieder hatte Wilhelm Hoegner gegen die Beugung des Rechts Widerspruch eingelegt und die Verantwortlichen in Staat und Justiz gewarnt. Fast scheint es, als habe er die Rolle des Staatsanwalts Ippolit Kirillowitsch übernommen, der in seiner Anklagerede sich gegen jene wandte, die das Recht zu beugen suchten: »Sie werden sich dessen

eingedenk bleiben, daß Sie sich im Heiligtum der Gerechtigkeit befinden. Seien Sie dessen eingedenk, daß Sie die Beschützer unseres Rechtes sind, die Beschützer unseres geheiligten Rußlands, seiner Grundfesten, seiner Familie und alles dessen, was ihm heilig ist!«

In Deutschland wankten die Grundfesten des Rechts und des Staates bereits in den Jahren vor 1933, der warnende Ruf Wilhelm Hoegners fand kein Gehör.

Dann kam die tiefe Nacht über Deutschland, in der die Willkür herrschte und das Recht mit Füßen getreten wurde. Am 10. März 1933 verließ Wilhelm Hoegner mit seiner Familie München, am 11. Juli, nach schweren Wochen, ging er hinter Mittenwald auf einem Gebirgspfad über die österreichische Grenze.

Über elf Jahre seiner Verbannung, vom 17. Februar 1934 bis 6. Juni 1945, lebte er in der Schweiz. »Nach den stürmischen Tagen in Deutschland und Österreich haben wir in der Schweiz Ruhe und Frieden gefunden«, so lautet das Wort des Dankes in seinen Memoiren an die Eidgenössische Republik, deren politische Verfassung in einigen ihrer wesenhaften demokratischen Grundlagen dem Staatsrechtler Wilhelm Hoegner als Modell für den Wiederaufbau des neuen bayerischen Staates diente.

In seinen Schweizer Exiljahren erlebte er das Gemeinsame der südlichen Alpenrepubliken aus der gleichen Wesensart der föderalistischen Staatsidee; Wilhelm Hoegner erkannte den scharfen Gegensatz der historisch-organischen Struktur der Eidgenossenschaft zur reinen Formaldemokratie. Hoegners Denken und Sinnen galt auch im Exil seinem deutschen Vaterland und dessen Wiederaufbau.

In dem Buch des Amerikaners Dulles über das Unternehmen »Sunrise« – der Kapitulation der italienischen Front – schreibt der Verfasser, der als Diplomat von Amerika in die Schweiz gekommen war, daß ihm dort zwei bedeutende Männer begegneten. Einer von ihnen war Dr. Wilhelm Hoegner, dessen Pläne für die Wiedererrichtung eines demokratischen Deutschland ihm so beachtlich erschienen, daß er sie nach Washington meldete, wo sie große Beachtung fanden. Hoegner selbst schildert diese Begegnung in seinem Erinnerungsbuch sehr eingehend und beschreibt auch die Wesenszüge seiner Vorschläge. Über diese Denkschrift äußerte sich Allen Dulles später

einmal, daß sie das einzige geistige Gepäck gewesen sei, das er bei der Konferenz der Alliierten in Quebec bei sich gehabt habe.

Ehe die Kanonen im zerschlagenen Deutschland schwiegen, befaßte sich Wilhelm Hoegner bereits mit dem Neubau des bayerischen Staates. Bayerische und pfälzische Politiker schlossen am 26. April 1945 in Zürich eine Vereinbarung, in der unter anderem bestimmt war, daß die Einheit Bayerns einschließlich der Rheinpfalz im Umfang vor 1933 gewährleistet werde. In dem Zwölf-Punkte-Programm des sogenannten »Züricher Dokuments« war festgelegt worden, daß Bayern Glied eines deutschen Bundes sei und das Volk über die künftige Verfassung des Landes entscheiden solle.

Dann begann in der Trümmerlandschaft des alten Reiches der Wiederaufbau Bayerns. Zusammen mit seinem Schweizer Freund, dem Staatsrechtslehrer Professor Dr. Hans Nawiasky aus St. Gallen, hatte Hoegner die Grundzüge einer Verfassung ausgearbeitet, die im Sommer 1946 von der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung beraten wurde. Wilhelm Hoegner nahm an diesen Beratungen als Regierungschef teil; es ist charakteristisch für den staatspolitischen Stil dieses Demokraten, mit welcher Zurückhaltung und behutsamen Umsicht er den Mitgliedern des Verfassungsausschusses mit Rat zur Seite stand.

Immer, wenn er das Wort nahm, waren es gutachtliche Äußerungen des Verfassungsrechtlers, dessen Auffassung respektiert wurde, selbst da, wo harte politische Gegensätze aufeinander stießen.

Daß die neue bayerische Verfassung vom 2. Dezember 1946 in verhältnismäßig kurzer Zeit verabschiedet und dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden konnte, ist das besondere Verdienst Wilhelm Hoegners und mit ihm jener Männer und Frauen, die nach furchtbaren Erlebnissen in den Jahren des Unheils trotz aller politischen Unterschiede mit bemerkenswerter Einigkeit darangingen, dem Freistaat Bayern seine verfassungsmäßigen Grundlagen zu schaffen.

Eines haben die drei Jahrzehnte seit dem Schlußakt des gewaltigen Dramas des zweiten großen Krieges unseres Säkulums bewiesen: Unmerklich, aber unabdingbar werden im weltweiten Ausmaß die Restbestände der aus dem 19. Jahrhundert stammenden gesellschaftlichen Formen zerschlagen und auf den Kehrlichthaufen der Geschichte geworfen.

Unsere Zeit ist geprägt von einer tiefen Skepsis gegenüber allem Bestehenden; die Menschheit ist daran, nach zwei weltweiten Kriegen und nun angesichts der Bedrohung durch die Bombe sich auf neue Werte zu besinnen. Auch Staat und Gesellschaft unterliegen dieser Wandlung, deren Ausmaße und Auswirkungen noch nicht zu erkennen sind.

Das hat der Politiker und Staatsmann Wilhelm Hoegner schon 1945, als er aus dem Schweizer Exil nach Bayern zurückkehrte, erkannt. Trotz vordringlicher schwierigster Aufgaben, die er als Regierungschef in den ersten Hungermonaten zu bewältigen hatte, übersah er nie die großen Probleme des staatlichen Neubaus. Zum zweiten Mal stand Bayern, nach der sogenannten Bamberger Verfassung von 1919, vor der Aufgabe, ein neues staatliches Fundament zu schaffen, eingedenk der großen Verfassungstradition des Landes, die bis auf das Jahr 1818 zurückreicht.

Für Wilhelm Hoegner bedeutete dieser neue Anfang die Erfüllung seines inneren Auftrages, Bayern nach seiner staatlichen Auslöschung durch die NS-Machthaber im Jahre 1934 wieder zu seiner geschichtlichen Größe zurückzuführen.

Das konnte nur in unabdingbarer Anerkennung des föderalistischen Staatsprinzips geschehen, denn Europas politische und geistige Landschaften sind in ihrer Geschichtlichkeit vom Wesen her föderativ gestaltet. Dieses klare Bekenntnis zum Föderalismus blieb Programm aller bayerischen Nachkriegspolitiker.

Wir sind Föderalisten, so schrieb Bayerns Staatsmann Dr. Hans Ehard in den ersten Jahren des staatlichen Wiederaufbaus und in der Zeit, in der im Herrenchiemseer Verfassungskonvent auf bayerischem Boden die 146 Artikel des Grundgesetzes formuliert wurden, – wir sind Föderalisten nicht etwa deshalb, weil wir der Vergangenheit verhaftet sind und uns nicht von ihren Gefühlswerten loslösen können, sondern weil unsere Blicke in die Zukunft gerichtet sind und weil wir uns der Notwendigkeit eines entscheidenden Bruches mit dem Staatsdenken der uns überlebt erscheinenden Zeitepoche der nationalstaatlichen Absonderung der europäischen Völkerwelt zu tief bewußt sind.

Die Bewährung des Föderalismus in der modernen, verwalteten Welt, in der Konsumgesellschaft, hat erst begonnen. Von der Technik diktiert, ist der

Mensch allzu willig dem Perfektionismus des Mechanischen verfallen; das unabdingbare Vertrauen des Menschen in den Apparat, der keine Kurzschlüsse kennt, ersetzt die Vorsehung durch rationale Sicherung und Versicherung allen Lebens. Das führt notwendig zur Vermassung des Menschen, damit aber letztthin zum Verlust der Freiheit.

Die Auslöschung Bayerns durch einen Federstrich Hitlers im Jahre 1934 war für Wilhelm Hoegner nicht nur ein Akt der Willkür, sondern ein Amoklaufen des nationalistisch-pangermanistischen Unitarismus, der die ganze deutsche Staatsentwicklung in ihrer Geschichtlichkeit leugnete.

Das Ende dieses Regimes hat Wilhelm Hoegner vorausgesehen und sich auf die Stunde vorbereitet, in der er in seiner bayerischen Heimat am Wiederaufbau mitwirken konnte.

Mit, für und um Bayern hat Wilhelm Hoegner gestritten und gelitten um seine Idee, und auch er hätte wohl in gleicher Weise das große Nein gesprochen, das der Sohn des Prinzregenten Luitpold, Bayerns letzter König Ludwig III., als Prinz im Jahre 1905 bei dem Krönungsbankett des Zaren Nikolaus II. in Petersburg dem Trinkspruch Wilhelm II. »in meinem Namen und im Namen meiner Vasallen« entgegenrief. Das stolze Wort des Bayernprinzen lautete: »Bundesgenossen, nicht Vasallen!« Als Junge fand Wilhelm Hoegner diesen stolzen Spruch auf einer Medaille, die seine bayerischen Landsleute an ihrer Schützenkette trugen.

Wer erinnert sich angesichts dieses Spruchs aus wilhelminischer Zeit nicht auch an Vorgänge und Entwicklungen in unserem jungen Bundesstaat, die Wilhelm Hoegner zu seinem warnenden Wort als Alterspräsident anlässlich der Eröffnung der 6. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags veranlaßten:

»Wir Bayern sind keines Bundeskanzlers Untertanen und das Wort Unterwerfung ist im politischen Sprachschatz Bayerns nicht enthalten,« rief Wilhelm Hoegner jenen zu, deren zentralistische Machtträume die Zuständigkeit der Länder und die gliedstaatliche Struktur des Bundes zu zerstören suchten.

Dieses Aufbegehren gegen ein anmaßendes Überspielen bayerischer Lebensart ist Ausdruck des starken Selbstbewußtseins und eines leichtverletz-

baren Gerechtigkeitssinns des Altbayern, der in seiner Rede wortkarg ist, in der Abwehr eines von ihm empfundenen Unrechts aber zu dramatischer Erregung sich steigert. Das zeigt sich auch im politischen Stil Wilhelm Hoegners, der mit leidenschaftlicher Kühle der Vernunft Temperamentsausbrüche zu zügeln vermag.

Man sagt dem Altbayern gern konservative Gesinnung nach, ein Wahren und Bewahren, das sich bewährte. Dieses Wahren und Bewahren, der besondere Sinn für Tradition, für Geschichte und Geschichtlichkeit in ihren geistigen Wurzeln sind Wesenselement demokratischer Lebensart, die in der Südllichkeit Bayerns, seinem geistig-geographischen Standort, liegen. In dem Unterschiedlichen – nicht Gegensätzlichen – zur politisch-geistigen Geographie des Nordens sieht Wilhelm Hoegner fruchtbare Spannungen, die in der Völkerfamilie Europas ihren Ausgleich finden sollen, nicht aber in einer überholten kleindeutschen nationalistischen Rivalität zur Schwächung des Ganzen führen dürfen.

Bayerns 150jährige Parlamentsgeschichte ist reich an großen politischen Persönlichkeiten, die in ihrem Wesen zutiefst demokratisch waren. Wie sehr dieser demokratische Geist Politiker und Staatsmänner unseres Landes beherrschte, beweist das Gelöbnis des Abgeordneten Behr in der dritten Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 6. Februar 1819.

»Zu diesem Ende haben wir abgethan von uns jedem Privat- und Standesegoismus, jedem Provinzialgeist und uns dagegen alles Ernstes bestrebt uns empor zu heben zu demjenigen Gemeingeiste, mit welchem unsere Vorfahren so vieles Gutes und Großes vollbrachten.«

Der Abgeordnete schloß seine Ansprache mit den Worten der Mahnung, die heute noch gültig sind, »daß die Augen von ganz Bayern ja vielmehr von ganz Deutschland jeden unserer Schritte begleiten.« So hat Wilhelm Hoegner als Politiker und Staatsmann immer gedacht und gehandelt.

In den sechzig Jahren seines politischen Wirkens hat er alle leidvollen Stationen eines Weges miterlebt, der in einer stürmischen Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu einer neuen Gesellschaftsordnung führt; leben in einer besseren Welt war und ist für ihn nicht die Wohlstandsgesellschaft in ihrer rein zivilisatorischen Erscheinung: Es ist vielmehr die Erziehung des politisch mündig gewordenen Menschen zum wahren Bürger des Staates, der sich mitverantwortlich fühlt für den Einzelnen und für das Ganze.

## HANS EHARD

Die politischen Ereignisse und Vorgänge in den letzten Jahrzehnten sind uns noch zu nahe, um gültige Wertmaßstäbe zu setzen; eine spätere Geschichtsschreibung aber wird rühmend der Männer und Frauen in den deutschen Landen gedenken, die das Chaos des Zusammenbruchs durch ihr aufopferndes Werk zu überwinden suchten. Wilhelm Hoegner und Hans Ehard gehören zu ihnen.

Als erster Ministerpräsident nach der durch das Volk bestätigten neuen Bayerischen Verfassung hat Hans Ehard diese Verfassung im Geiste ihrer Schöpfer in die staatliche Wirklichkeit umgesetzt. Das ist seine große und einmalige staatsmännische Leistung: daß er folgerichtig seit 1946 den Weg zu Bayerns Geltung in Deutschland und darüber hinaus in Europa gegangen ist.

Was heute Bayern in der bundesstaatlichen Gliedordnung, in seiner Rolle in den europäischen Regionen bedeutet, ist im wesentlichen das Werk des Staatsmannes Hans Ehard, der über ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes als Ministerpräsident leitete, entscheidende zehn Jahre bayerischer und deutscher Nachkriegsgeschichte.

Daß seine große staatspolitische Konzeption und sein politisches Wollen dort versagen mußten, wo er im ersten Aufbrechen zu neuer Staatlichkeit 1947 eine deutliche Chance für ein gesamtes Deutschland zu sehen glaubte, ist die historische Schuld jener, die in jenen dramatischen Junitagen nach München kamen, um die von Ehard einberufene Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz durch maßlose und unannehmbare politische Forderungen zu sprengen.

Für Hans Ehard blieb eine Hoffnung: das Staatsprovisorium Westdeutschland, dessen bundesstaatliche Verfassung den Deutschen jenseits der Elbe die Tore weit offenhalten sollte. So ging er nach Herrenchiemsee, aus dieser Zielsetzung vertrat er im Sommer 1948 auf dem Verfassungskonvent mit seinen bayerischen Freunden die unbeirrbar Forderung nach einer föderalen Ordnung des zu schaffenden Bundesstaates im Westen Deutschlands, der ein Torso bleiben mußte, solange dem östlichen Teil Deutschlands der Zutritt verwehrt blieb.

So hat auch Hans Ehard in diesem Haus als Regierungschef sein »Nein« zum Grundgesetz am 19. Mai 1949 ausgesprochen. Viele waren Zeugen die-

ser schicksalhaften Nacht, in der Hans Ehard leidenschaftlich für seine Einsichten und Erkenntnisse rang. Nichts sollte die Zukunft verbauen, was das große Ziel gefährden konnte. So warnte er aus geradezu seherischer Sicht vor Entwicklungen, die Deutschland in ein neues »Weimar« mit seinen tragischen Folgen führen würden.

In seinen Reden und Schriften hat Hans Ehard immer wieder seine politische Konzeption gegenüber Kritikern und Zweiflern verteidigt. Ihm war der politische Neubau Bayerns und Westdeutschlands Fundament und Grundstein einer staats- und gesellschaftspolitischen Neuordnung, die der konservative Politiker Ehard nach der tiefen Zäsur der dunklen Jahre und der Katastrophe der totalen Niederlage als unausweichlich für unser Volk erkannte. Seinem staatlichen Ordnungsprinzip war die einhellige Unterstützung durch alle Volkskreise sicher; als Mann des Rechtes und des Ausgleichs, als der er stets galt, fand er die Zustimmung für seine politischen Entscheidungen bei allen, denen das Größere und Gemeinsame über tagespolitischen Gegensätzen stand. So hat Hans Ehard den Neubau des bayerischen Staates vollenden können, das große Werk, an dem alle teilhaben, die in jenen Jahren in Parlament und Regierung Bayerns die Geschicke des Landes mitbestimmten.

Einem Biographen, der einst mit der Würdigung des politischen Werkes auch die Persönlichkeit Hans Ehards in schöpferischer Gestaltung nachzeichnen wird, sollte es eine reizvolle Aufgabe sein, die Einflüsse seiner Umwelt in den Jugendjahren festzustellen. Hier steht seine Heimatstadt Bamberg im Mittelpunkt, das »fränkische Rom« mit seinem weiten geschichtlichen Panorama, das zum Norden, wie weit in den Süden des mitteleuropäisch-abendländischen Raumes weist. Bambergs Stadtbild ist von einer tausendjährigen Geschichte geprägt, in seiner Urbanität auf jene alte fränkische Redensart hinweisend, die Tat und Fülle der einen und Grazie und Schönheit der anderen der beiden großen Kulturstädte zum Ausdruck bringt:

»Wenn Nürnberg mein wäre, wollte ich's in Bamberg verzehren«.

Es liegt viel Wahres darin, und es ist auch für den aus Bamberg stammenden Hans Ehard gültig, was in den »Allgemeinen Bemerkungen über Charakteristik der Franken« vom Jahre 1805 verzeichnet ist: »daß die Würzburger und Bamberger . . . von vieler schäumender Kraft seien, die nur durch einen elektrischen Stoß geweckt, durch Vorsicht und Klugheit geleitet zu werden bedarf, um der beste Schlag von Menschen zu sein«.

Für Hans Ehard wurde die Politik in jenem Jahr zu diesem notwendigen Anstoß: 1919, nach den denkwürdigen Tagen, die Bamberg als provisorische Hauptstadt Bayerns unter der Regierung Hoffmann erlebte und die zur sogenannten Bamberger Verfassung vom 14. August 1919 führten, trat er im September als Staatsanwalt in das bayerische Justizministerium ein. Der 31jährige Jurist war in seiner Heimatstadt Bamberg zum ersten Mal mit der großen Politik unseres Landes konfrontiert worden, ein Erlebnis, das ihn tief beeindruckte und seinen späteren politischen Weg vorzeichnete.

Aus der deutschen Landschaft zwischen Sachsen und Thüringen im Norden, Altbayern und Schwaben im Süden stammend, sah Hans Ehard klar die geschichtliche Mittlerrolle der Franconia orientalis; wie dem ostfränkischen Menschen ein ausgeprägtes Ehr- und Rechtsgefühl eigen ist, sah Hans Ehard im Menschlichen wie auch in dem politischen Wollen seine Aufgabe darin, Gegensätze zu fruchtbarer Auseinandersetzung im Gespräch zu führen. Ihm ist demokratische Grundhaltung angeboren und entspricht seinem rechtlichen Wesen und der geistigen Ökonomie des Juristen.

So wie Hans Ehard dem äußeren Staatsbau sein besonderes Augenmerk widmete, suchte er eine Erneuerung des Staates und der Gesellschaft aus dem Geiste seines christlichen Weltbildes. Für ihn, dem der Realität der Umwelt zugeneigten Franken, war die Wirklichkeit Maßstab allen Handelns. Der Verlust der Fähigkeit, in dieser Wirklichkeit zu leben, war für ihn die Hauptursache der geistigen Krise unserer Zeit, sie bedeutete ihm zugleich den eigentlichen Substanzverlust unserer christlich-abendländischen Kultur.

In der Wirklichkeit unserer Zeit stehen, heißt auch einen Wirklichkeitssinn für die soziale Frage besitzen. In ihr erkannte Hans Ehard die Wurzel aller Fragen unserer Zeit; wo es um die wirkliche Hebung des Menschen aus einem beengten, seine Kräfte verkümmernenden Dasein geht, da muß auch das Ja zu einer christlich fundierten Neuordnung des sozialen Lebens stehen, das vornehmlich durch die Mißverhältnisse zwischen Individuum und Masse gestört ist. Soziale Fortschritte, so erkannte Hans Ehard, die nicht das Los des Einzelnen verbessern, sondern nur darauf abzielen, Machtverhältnisse zu verändern, sind keine sozialen Fortschritte; es sind Machtverschiebungen, die den Einzelnen nicht vor der Versklavung bewahren. Hier war ihm das Ergebnis der russischen sozialen Revolution vor nunmehr 60 Jahren eine mahnende Warnung. Die Subsidiarität als Aufbauprinzip der drei Ordnungen: Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, war für Ehard ordnende Grundlage für das Ge-

meinwesen unserer Zeit, ganz im Sinne der Enzyklika »Quadrogesimo Anno« vom Jahre 1931, in der es u.a. heißt: »Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.«

Mit dem inneren Reformwerk, der Besinnung des Volkes auf seine sittliche Kraft und seine große Tradition, aus der allein die tragenden Kräfte für eine bessere Zukunft in dem neuen Deutschland und Europa kommen konnten, stand der äußere staatliche Neubau in einer völlig gewandelten Welt in engstem Zusammenhang. Nicht das Zurück in eine bis auf die deutsche Tragik von 1866 zurückreichende Vergangenheit konnte das Ziel dieses Neubaus sein, – vielmehr war es die Aufgabe der Deutschen nach dem Untergang des Reiches, nach der tragischen Spaltung und dem sich in den weltpolitischen Gegensätzen etablierenden Status quo der Staaten Europas, ihren neuen politischen und geistigen Standort zu suchen.

Es kann nicht das Anliegen einer zukunftsweisenden Politik sein, ihre Beweglichkeit dadurch einzubüßen, daß sie in der Vergangenheit verhaftet bleibt; vielmehr gilt es, neue Ausgangspositionen für Entwicklungen mitzugestalten, die die Welt des Jahres 2000 bestimmen werden.

Das hat Hans Ehard schon in den ersten Jahren seiner Regierungszeit erkannt und die auch neuerdings wieder auftauchende Diskussion um das Deutsche Reich und unseren neuen Bundesstaat zugunsten einer Hinwendung »zu neuen Ufern« entschieden.

Lassen sich Tradition und Gegenwart im Bonner Staat einander zuordnen? Wie Waldemar Besson, Golo Mann und andere politische Wissenschaftler hat Hans Ehard immer schon zum Ausdruck gebracht: Die Deutschen müssen ihre erste und entscheidende Aufgabe darin sehen, die Leistung unseres jungen Bundesstaates dadurch zu bewahren, daß man sie im Geiste kritischer Weltoffenheit immer wieder auf ihre innere Lebenskraft überprüft. Nicht der Rückblick auf die Tradition des 19. Jahrhunderts kann den Deutschen helfen, sondern einzig der Blick in die Zukunft. Das erfordert Weisheit und Geduld, zwei Tugenden, die wir Deutsche trotz aller bitteren Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte noch lernen müssen.

Das ist vor allem Auftrag an die Jugend, der Hans Ehard in seinen Reden und Schriften einen neuen Weg gewiesen hat. Von seiner eigenen Herkunft her waren ihm die Entwicklung und das Versagen der jungen Menschen be-

kannt, die den deutschen Nationalgedanken aus den Zeiten des Vormärz und der 48er Revolution bis in die Erstarrung des politischen Denkens im Kaiserreich herleiteten; aus einer nationalen und liberal denkenden Avantgarde hatte sie sich zu einer nationalistischen und autoritätsgläubigen Untertanenklasse gewandelt, die ganze Tragik des deutschen Bürgertums, dessen Versagen zum Untergang des Reiches geführt hat.

Die Jugend unserer Generation auf die Gefahren eines neuen Nationalismus aus den Wurzeln des 19. Jahrhunderts hinzuweisen, war das besondere Anliegen des Demokraten Hans Ehard, dessen Weg und Werk neue politische Leitbilder vorgezeichnet haben.

Es war niemals Resignation, die Weg und Werk des Staatsmannes beeinflussen konnte. In der Rückschau auf zwei lange Jahrzehnte staatspolitischer Arbeit erkannte Hans Ehard die Begrenzung alles menschlichen Handelns, so wie Plato's Vision vom »Staat«, dessen Idealbild der Schauende nur als Schattenspiel an der Höhlenwand erblickt und der Gefesselte die Fülle des glänzenden Lichts nur im Widerschein des Feuers wahrnimmt, – so weiß auch der nun 90jährige von der weisen Beschränkung des Staatsmannes, der stets ein Wort Goethes vor Augen hat: »Die Erfahrung ist immer eine Parodie auf die Idee«.

Mit der Volksvertretung dankt ihm das ganze bayerische Volk für seine geschichtliche Leistung, sein staatspolitisches Werk, das Bayern wieder in die Gemeinschaft der großen Länder geführt hat.

Sein Name steht in der Reihe der großen Staatsmänner unseres Landes und wird darin einen bleibenden Platz haben.

## Leben in einer besseren Welt

*Das Schlagwort von der Zukunft, die gestern begann, ist auch im Leben der Völker Wirklichkeit geworden. In den Hauptstädten der Weltpolitik stehen Fragen von höchster politischer Bedeutung auch für Deutschland und Europa zur Entscheidung. Wie wird die Zukunft aussehen und wohin führt unser Weg? Haben unsere Vorstellungen von der politischen Gestaltung unseres Kontinents noch Geltung und welche Aufgaben sind uns gestellt? Es ist die Frage nach dem föderativen Aufbau Europas, in die alle Probleme unserer deutschen Politik einmünden.*

Ist der Föderalismus noch zeitgemäß? Ich möchte, um das Problem von vornherein in den rechten Blickpunkt zu rücken, die Gegenfrage stellen: Ist der Zentralismus in Deutschland heute noch aktuell und gehen von ihm zukunftsgestaltende und politisch wirksame Kräfte aus?

Wir stehen heute am Anfang einer völlig neuen Entwicklung, an einer geradezu globalen Wende, nicht nur in Wissenschaft und Technik, sondern auch in der Verschiebung der politisch-geographischen Lage im zentraleuropäischen Raum, in dem wir in eine Rand- und Grenzstellung gedrängt sind.

Unsere Ideen vom Aufbau eines deutschen Staatswesens sind erfüllt von echten freiheitlichen und demokratischen Prinzipien. Schauen wir zurück in unsere Vergangenheit, so zeigt sich im Werden eines deutschen Staates unverkennbar, daß die geographische Lage Deutschlands der Bildung eines Einheitsstaates widerstrebt. Das Ineinanderwirken und der fruchtbare Gegensatz des nördlichen und südlichen Elementes gehören wesentlich mit zu den Charakterzügen der deutschen Geschichte. Deutschland war bis in die Gegenwart das Mittelstück des ganzen europäischen Kontinents, darum stand immer die innere Gestaltung Deutschlands in untrennbarem Zusammenhang mit der europäischen Politik.

Die Verhältnisse in Deutschland waren von Anfang an zu einer föderativen Verfassung angelegt. Unsere Geschichte zeigt, welche vielen und großen Veränderungen die innere Gliederung des deutschen Körpers im Laufe der Zeit schon erfahren hat. Nur in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Macht war Deutschland ein Einheitsstaat. Vier Millionen Tote, dreizehn Mil-

tionen Heimatvertriebene, ungeheure Gebietsverluste und die tragische Teilung Deutschlands sind die furchtbare Bilanz dieses Irrweges, in den nationalistischer Größenwahn ein Volk getrieben hat.

Das reine äußere Fazit einer hundertjährigen staatlichen Entwicklung in Deutschland sollte uns zu denken geben; der territoriale Besitz betrug im Deutschen Bund 639000 qkm und im Deutschen Reich vor 1918 540000 qkm, und das Gebiet der Bundesrepublik umfaßt 248000 qkm.

Die deutsche Schuld besteht im wesentlichen im Abfall von der Idee des einstigen abendländischen politischen Universalismus, in der Hinwendung zum modernen Gedanken des nationalstaatlichen Etatismus. Eine deutsche »Wiedergutmachung« konnte nur in der Rückkehr zum Gedanken des abendländischen politischen Universalismus vollzogen werden, eine Umkehr, die zwangsläufig in Folge der jüngsten geschichtlichen Vorgänge erfolgte und uns Deutsche in eine völlig neue und für uns zukunftsverheißende Lage führte.

In welcher politisch-geographischen Situation befindet sich heute Deutschland? Das tragische Schicksal der Trennung, das Berlinproblem und die Oder-Neiße-Linie sind zu einem internationalen Problem geworden, das die Weltpolitik belastet. Durch die Schaffung eines zweiten deutschen Staates in Mitteldeutschland und den Eisernen Vorhang sind wir von Lübeck bis Hof zum Grenzland geworden. Das westliche Deutschland als Staatsprovisorium ist in die europäische und atlantische Gemeinschaft eingegliedert. Aus seiner einstigen Inselstellung im zentralen Raum Europas mit einer ständigen Bedrohung seiner Grenzen in West und Ost ist ein Land unter Ländern geworden, die gemeinsam nur eine Grenze, jene an der Elbe, zu verteidigen haben, deren gemeinsamer Gegner nur der expansive Totalitarismus des Ostens mit seiner Bedrohung der Freiheit ist.

### *Die Frage nach der Freiheit*

Damit komme ich zu einer Kernfrage unserer politischen Gegenwart. Es ist die Frage nach der Freiheit und ihren Voraussetzungen im staatlichen Aufbau.

Eine Gefahr für die Freiheit liegt in der Einstellung des modernen Menschen der Massengesellschaft. Für ihn ist der Staat zu einer gewaltigen Ma-

schine, zum politischen Funktionsapparat geworden; der Staat ist für ihn das sichtbarste Erzeugnis der Zivilisation, – für den Massenmenschen eine anonyme Macht, die mit der Masse übereinstimmt, da beide anonym sind. In der Anonymität aber wächst keine Freiheit, die Verantwortung, Entscheidung und damit ein beständiges Ringen des Einzelnen und Aller fordert.

Mit der Frage der Freiheit und der Gleichheit im demokratischen Staat ist aufs engste die Frage nach Wesen und Sinn des Föderalismus gestellt. Ist der Föderalismus in einer Welt voller innerer und äußerer Spannungen, der Umwälzungen und einer globalen Neuordnung auf allen Lebensgebieten sinnvoll und, um im Sinne pragmatischen Denkens unserer Zeit zu sprechen, zweckmäßig?

Ich sprach bereits von der neuen Rand- und Grenzsituation, in die wir Deutsche nach 1945 zwangsläufig und als Folge des Krieges hineingestellt sind. Jahrhundertealte politisch-geographische Vorstellungen sind zerschlagen, das mare nostrum des alten Europas hat sich zum Atlantik verlagert und die terra nostra unseres binneneuropäischen Staatsraumes reicht nun bis zu den Küsten Kaliforniens. Unsere Generation ist in der Lage eines Wandersmanns, der aus der Enge seiner heimatlichen Landschaft in eine ihm fremde Welt voller Abenteuer und Ungewißheiten geführt wird, und es ist nur zu verständlich, daß die sich aus den weltweiten Umwälzungen ergebenden Probleme noch keineswegs innerlich bewältigt sind.

Allein die Tatsache der Auslöschung Preußens, einem geschichtlichen Schlußakt der kleindeutschen Lösung von 1866 und 1870/71, sowie das hierdurch entstandene neue binnendeutsche Kräfteverhältnis zwischen Nord und Süd führte und führt zu Spannungen, die das Verhältnis der Bundesländer zueinander belasten, obgleich solche Spannungen natürlich und fruchtbar sind. Der föderalistische Aufbau unseres jungen Bundesstaates ist nicht unbestritten, obgleich den Vätern unserer Verfassung von 1949 bewußt war, daß in einem neuen Deutschland nur eine bundesstaatliche und damit föderative Struktur möglich war.

Der Föderalismus geht aus von den bodenständigen, heimatlichen, standesmäßigen und geschichtlich gewachsenen Kräften und erblickt in ihnen den Quell für ein fruchtbares Gemeinschaftsleben. Daß Bayern das klassische Land des deutschen Föderalismus ist, liegt im Wesen seiner Landschaften

und ihrer Menschen, im Geborgensein einer vierhundertjährigen Geschichte, in seiner geistig-geographischen Stellung im Schnittpunkt zwischen Nord und Süd, Ost und West unseres Kontinents.

Das alte Vorurteil gegen den Föderalismus in Deutschland ist ein Generationenproblem. Föderalismus wird bei uns gleichgesetzt mit Enge, Kleinstaaterei und Machtverlust. Das aber ist unsinnig, denn nicht nur kleine Staaten, wie die Schweiz, Österreich und andere, sondern die beiden mächtigsten Staaten der Welt, die USA und die Sowjetunion, haben eine föderalistische Struktur. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der Föderalismus ausgeprägter als er je in einem deutschen Lande war. Dieser auf manchen Gebieten uns fast übertrieben erscheinende Föderalismus hat die Vereinigten Staaten nicht gehindert, in einem Jahrhundert zur größten und wohl einzigen Weltmacht unserer westlichen Hemisphäre zu werden.

Alle diese Staatenfamilien, die großen wie die kleinen, folgen einem natürlichen Prinzip der staatlichen Organisation, denn der liebe Gott ist der verschiedenste Föderalist. In der Individualität seines Schöpfungswerkes, der Vielfalt der Natur und ihrer Geschöpfe, ist noch niemals ein zentralistischer Baum in den Himmel gewachsen.

Was wir als große Nation uns und der Welt leisten können, ist die Einsicht in die Weltsituation heute: daß der Nationalstaatsgedanke in der Gegenwart das Unheil Europas und nun auch aller Kontinente ist; während der Nationalstaatsgedanke die heute übermächtige zerstörende Kraft der Erde ist, könnten wir beginnen, ihn in seiner Wurzel zu durchschauen und ihn zu überwinden.

Nicht die Rückkehr vom Nationalstaat zum Weltbürgertum ist die Aufgabe, sondern Fortgang zur Verwirklichung der Freiheit im Gesamtleben konföderierter Staaten. Denn nur innerlich freie Staaten können in wirklichem Frieden miteinander leben und einer schließlich den Erdball umfassenden Konföderation den Boden bereiten.

### *Europas geistige Landschaften*

Wenn ich von einer Aufgabe spreche, so kann diese nur in geistig-politischen Räumen liegen, denn machtmäßig ist unser nationales Territorium eingegliedert in den Schutzraum der westlichen Verteidigungsgemeinschaft.

Auf der geistigen Landkarte Europas ist Deutschland wie in der Vergangenheit ein bedeutsames Teilstück und berufen, sich neben den befreundeten Völkern im Westen, Süden und Norden zu bewähren. Der Kulturphilosoph Ortega y Gasset hat in seinem ersten bereits vor der großen Wende des Ersten Weltkrieges erschienenen Buch, das er als Meditationen über Don Quichotte bezeichnete, bemerkenswerte und kluge Worte über das Verhältnis der geistigen Landschaften Europas gefunden. Diese Worte sind zeitnah wie zu Beginn unseres Jahrhunderts; den mediterranen Ländern Italien, Frankreich und Spanien weist Ortega die lateinische Kultur des Sinnhaften und äußerlich Wahrnehmenden zu. Anders die Kulturen der nördlichen Gebiete des geistigen Europas, deren Wesensart er die Kultur der tieferen Wirklichkeiten bezeichnet. Für den Mittelmeermenschen ist nicht das Wesen eines Dinges, sondern seine gegenwärtige Erscheinung das wichtigste, den Dingen selbst zieht er ihren lebendigen Sinneseindruck vor.

In diesem Realismus der lateinischen Völker mag das Erscheinungsbild einer zentralistischen Staatsform begründet sein, der uns Deutschen heute fremd erscheint, den wir aber in der sich bildenden staatlichen Organisation Europas respektieren müssen. Darin liegt eben die Vielfalt politischer Ideen und kultureller Eigenarten; sie in einem gemeinsamen Europa in das Ganze einzuordnen, wird Gegensätze und Widerstände zu überwinden notwendig sein. Was Ortega y Gasset als zwei verschiedene Dimensionen der europäischen Kultur schlechthin bezeichnet, ist auch politisch wirksam: In den »tieferen Wirklichkeiten« unseres Wesens ist der Drang nach dem Wesenhaften spürbar, jene Vorstellungswelt auch im Bereich des Politischen, das von der Idee her nur zum föderativen Gedankengut führen konnte. Das Nebeneinander und Miteinander in der europäischen Völkergemeinschaft wird und muß zu einem fruchtbaren Austausch führen, wobei uns der Vorteil gegeben ist, daß jede supranationale Organisation und Funktion nur föderativen Charakter haben kann.

Das mag manche zum Widerspruch reizen, die mit dem Aufbau großer übernationaler Institutionen und der politischen Organisation im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft das Ende jeder föderativen Ordnungsform in unserer Welt gekommen sehen. Hier aber liegt der fundamentale Trugschluß und die wesenhafte Verkennung der beiden Begriffe »zentral« und »zentralistisch«.

### *Staatsabsolutismus zerstört Gesellschaftsordnung*

Daß im Zeitalter der Raumschiffahrt, der Überwindung von Kontinenten in wenigen Stunden und der wirtschaftlichen Verschmelzung großer Staatenblöcke übergeordnete und zentrale Schaltstellen jenseits von Grenzen und übernationalen Bereichen notwendig und eine Über-Ordnung weiträumiger territorialer Räume in zentralen Verwaltungsapparaten unerlässlich sind, braucht keiner näheren Erläuterung. Hier aber zeigt sich jedoch der wesentliche Unterschied von zentral und zentralistisch; während das eine nur funktionelle Aufgaben hat und im Organisatorischen technisch überschaubar ist, während sich im föderativen Aufbau von unten nach oben die Verantwortlichkeit der Beauftragten bis in die Spitzenfunktionen der Parlamente und Verwaltungszentralen fortsetzt, bleibt das Zentralistische anonym, beherrscht von oben her den Einzelnen und das Ganze und schafft die politische Ödlandschaft, die im Einheitsstaat alle menschlichen Regungen zur Uniformität erniedrigt.

Ich habe bereits die enge Verbindung von Freiheit, Demokratie und Föderalismus aufgezeigt. Freiheit ist Voraussetzung demokratischer Wesensart, im föderativen Staatsaufbau ist die Freiheit des einzelnen Bürgers am sichersten gewährleistet. Föderalismus ist die Staatsform der persönlichen Würde; in einem überschaubaren Bezirk und Lebensraum ist dem Einzelnen eine echte Mitwirkung in entscheidenden Fragen der Gemeinschaft möglich. Föderalismus ist die Staatsform der Kultur, die nicht Magd der Macht sein kann, denn sie lebt in anderen Regionen und braucht die Freiheit der individuellen Entfaltung ihrer Träger.

Es mag polemisch klingen, wenn ich dieser Staatsform des Friedens den Zentralismus gegenüberstelle, der für uns Deutsche verbunden ist mit den Vorzeichen der Gewalt. Zentralismus ist für uns die Staatsform der Diktatur. In staatlichen Notständen wird er notwendig, wie uns die Geschichte auch der klassischen Demokratien zeigt. Immer aber haben diese sich aus ihrer zentralistischen Zwangslage gelöst, wenn die Gefahr vorüber war, wie es das Beispiel Großbritanniens im Frühjahr 1945 zeigte. Ich zitiere in diesem Zusammenhang Constantin Frantz, der den Staatsabsolutismus als die eigentliche Quelle der gesellschaftlichen Desorganisation und der Zerstörung der wahren gesellschaftlichen Ordnung bezeichnete.

»Europa ist durch Deutschland gefallen«, schrieb Constantin Frantz, der bedeutendste Staatsphilosoph des Föderalismus des 19. Jahrhunderts, im Jahre 1878 in seinem Offenen Brief an Richard Wagner; »durch Deutschland muß es wieder emporsteigen«. Sind diese Worte nicht zeitnahe, als wären sie heute geschrieben? Liegt darin nicht ein Auftrag, keineswegs im Sinne eines »Deutschland, Deutschland über alles!«, sondern im Eigentlichsten, Tiefsten und Wahrsten unseres Wesens, wie es auch Rainer Maria Rilke im Jahre 1923 deutete und zum Mahner wurde?

### *Ausgleich materieller Güter*

Damit ist eine Frage angeschnitten, die höchste politische Aktualität besitzt. Ist in unserer Gegenwart die gesellschaftliche Ordnung intakt? Das Ziel der gegenwärtigen Entwicklung unserer Gesellschaft muß für alle den Staat und seine demokratische Ordnung bejahenden Menschen sein eine Gesellschaft freier Bürger, die in sozialer Gerechtigkeit und im Ausgleich materieller Güter leben können. Das oft von uns beklagte Desinteresse an allem Politischen in unserer Zeit hat seine Wurzel darin, daß die Bürger in den Staaten der freien Welt das Vakuum überwinden und über die Mündigkeit ihres politischen Mitspracherechtes hinaus im einzelnen mehr Anteil an den materiellen Gütern dieser Welt erhalten wollen. In einer neuen Gesellschaftsordnung wird es die entscheidende Tat sein, den politisch mündigen Bürger von seinem Schicksal des »Mietlings« zu befreien, eine sozialreformerische Tat, gleich jener des Freiherrn vom Stein zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, jene große Reform eines wahren Staatsmannes, der am Eingang zum Industriezeitalter die Tore für eine neue Entwicklung weit öffnete.

Hier liegt eine Aufgabe für unsere Generation vor uns, die angesichts der weltweiten sozialen Spannungen zu einer raschen Lösung drängt und die für unser gesellschaftliches und staatliches Leben ein politisches Kernproblem darstellt. Den politisch mündigen Menschen in einer neuen Gesellschaft zum mündigen Bürger im wahrsten Sinne zu machen, kann nur föderalistisch gegliederten Staatswesen gelingen, in denen der Einzelne voll verantwortlich mitwirkt und in denen die gesellschaftliche Einordnung auch jener gelingen muß, die sich einst im Proletariat als eigene Klasse fühlten und die in der modernen Massengesellschaft maßgeblichen Einfluß besitzen.

Ich habe die künftigen Aufgaben Deutschlands in einer größeren Staatengemeinschaft aufgezeigt; es ist naheliegend, in diesem Zusammenhang die Aufgabe Bayerns als dem klassischen Land des deutschen Föderalismus darzulegen. Bayern fühlt sich gegenüber allen Deutschen besonders verpflichtet; in den schicksalhaften Nachkriegsjahren hat Bayern es versucht, beim staatlichen Aufbau unserer Bundesrepublik maßgeblich mitzuwirken, und Bayern verdankt die westdeutsche Verfassung ihre im Wesen föderalistische Gestaltung.

Bayern ist das einzige deutsche Land, das sich über ein Jahrtausend lang auf dem Siedlungsgebiet seines Stammes erhalten hat; obgleich es niemals Großmacht wurde, ist es in allen Schwankungen des Geschichtsablaufs immer ein gewichtiger Faktor in der deutschen Stammes- und Staatsfamilie geblieben. So kommt auch heute Bayern kraft seiner Geschichte und seiner Wesensart eine besondere Funktion innerhalb Gesamtdeutschlands zu. Über Deutschland hinaus wächst diese Aufgabe in den kontinentalen Bereich, denn die großräumigen Ordnungsaufgaben, die der Staatskunst in Zukunft bei der Neugestaltung unserer Welt gestellt sind, können nur organisch und lebensnah mit föderalen Mitteln gelöst werden.

Die ganze deutsche Staatsentwicklung war immer dem Gliedhaften zugewandt und der Unifizierung abgeneigt. Vor allem war kein anderer deutscher Mittelstaat so zum Bundesstaat geschaffen wie Bayern, in dem alle Voraussetzungen für ein bundesstaatliches Glied eines bundesstaatlichen Organismus gegeben waren. Nie war Bayern, wie Preußen oder Österreich, mit Teilen aus Deutschland hinausgewachsen.

Es ist darum erklärlich, daß Bayern auch unter den veränderten Verhältnissen stets die Pflegestätte föderalistischer Ideen und Vorstellungen geblieben ist, im 19. wie in diesem Jahrhundert. Dieses Bayern war eben mehr als eine bürokratische Schöpfung oder das erfolgreiche Ergebnis dynastischer Interessenpolitik. Auch nach 1945 konnte es, nahezu unversehrt in dem Trümmerfeld des Deutschen Reiches erhalten geblieben, beim staatlichen Wiederaufbau dem zusammengebrochenen Deutschland einen starken und wirksamen Rückhalt geben. So zeigte sich in der schwersten Stunde der

Reichsgeschichte, daß es die Glieder sind, auf denen das Ganze beruht und daß dieses gliedhafte Wesen deutscher Staatlichkeit eine aus der Erfahrung der deutschen Geschichte beruhende Erkenntnis ist.

Die Vorzüge seiner Eigenart haben verhindert, daß Bayern machtpolitisch je über sich selber hinausgewachsen ist, daß es im Reich ein Übergewicht, gar die Hegemonie errungen hätte. Dennoch ist Bayern weder in Zeiten größter deutscher Zersplitterung noch in Zeiten nationaler Machtentfaltung auf das Niveau eines Kleinstaates oder einer Provinz abgesunken.

Die bayerische Frage ist immer in die deutsche Frage eingebettet und bezieht ihre Aspekte aus dem Bereich der gesamtdeutschen Problematik, die weit zurückreicht bis ins 18. Jahrhundert. Wie in der Vergangenheit hat Bayern dank seiner geographischen Lage eine Mittlerrolle und geistig-kulturelle Brückenstellung im südlichen Grenzraum, die über den Südosten weisen, wo Europa noch lebendig ist. Man sollte nördlich des Mains nicht argwöhnisch sein, wenn wir im Süden einen regeren kulturellen Austausch mit den beiden uns benachbarten südlichen Alpenrepubliken Österreich und Schweiz pflegen; vieles Gemeinsame aus gleichem Stamme verbindet uns mit diesen beiden Nachbarstaaten, deren föderalistische Staatsidee unserem bayerischen Föderalismus entspricht. So ist Österreich, aus den föderalistischen Intentionen des alten Reiches geschaffen, bis hoch in die Neuzeit Hüter und Verwirklicher der Idee des politischen Universalismus geblieben. Und auch die historisch-organische Struktur der Eidgenossenschaft stand stets im scharfen Gegensatz zur Formaldemokratie.

Es gilt, aus der Enge unserer politischen Konzeptionen herauszukommen, die vielfach noch in alten und veralteten Vorstellungen wurzeln. Es wird die geschichtliche Aufgabe des deutschen Südens sein, aus der politisch-geographischen Lage heraus Ansätze zu suchen, um über Barrieren hinweg mit den Menschen zu einem Gespräch zu kommen, die zu Europa gehören und die vielleicht auf dieses Gespräch warten. Denn so wie der Pangermanismus überwunden ist, kann es im Kern Europas keinen Panlawismus geben, der anachronistisch ist, wie alle Grenzen, die das zentrale Schicksal Europas noch aufhalten. Im Zeitalter der Superbombe gibt es für alle nur mehr einen Krieg zu gewinnen: den Krieg gegen Hunger, Unwissenheit und Krankheit. Und dieser Feind lauert überall noch in der Welt.

Ich habe versucht, unsere politische Situation in Vergangenheit und Gegenwart aus der Sicht der föderativen Staatsidee darzustellen und einen Ausblick in die Zukunft zu geben. Meine Ausführungen mögen ein Beitrag zur Diskussion über die höchstaktuellen Fragen der politischen Zukunft Deutschlands und Europas in einer neuen Welt sein. Professor Helmut Thielicke stellte in einer vielbeachteten Rede im Bonner Bundeshaus die Frage: Wofür soll die deutsche Jugend leben? Die Frage ist, so meinte Professor Thielicke, ob wir die Chance der Freiheit, die unser Staat bietet, nützen, oder ob wir sie auf schäbige und egoistische Weise vertun. Es scheint mir, unsere jungen Menschen sind in ihrer Skepsis gegenüber allen politischen Phrasen auf dem rechten Weg zur Erkenntnis. Eine veränderte politische und geistige Konstitution erfordert, wie Professor Heinz Gollwitzer es formulierte, einen neuen Stil und eine neue Sprache. Für uns ist die nationalistische Terminologie der zwanziger und dreißiger Jahre schon aus Stilgefühl und politischem Geschmack unerträglich. Das Vokabular unseres Nationalbewußtseins ist heute durch äußerste Sparsamkeit und Zurückhaltung bestimmt. Viele Formulierungen vergangener Zeiten verbieten sich heute von selbst. Dennoch sollten wir nicht nur das Funktionelle und Mechanische eines Staatsapparates sehen; die Idee der Freiheit, der Demokratie und die in ihnen begründete neue Gesellschaftsordnung erfordern den ganzen Menschen, der auch bereit ist, für diese Idee Opfer zu bringen. So, wie die Münchner Studenten im Jahre 1943, die in ihrem Aufruf jene denkwürdigen Worte schrieben: »Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.«

Ist der Föderalismus als Staatsidee noch zeitgemäß? Ich habe die Gegenfrage gestellt. Wehe, wenn der Föderalismus nicht mehr zeitgemäß ist! Dann wird, wie Dostojewski in seinem Roman »Die Brüder Karamasow« die berühmte Rede des Staatsanwaltes Ippolit Kirillowitsch mit der gespenstischen Vision über das Schicksal Rußlands ausklingen läßt, die blindlings dahinjagende Troika auch über Deutschland hinwegrasen und die Frage nach der föderativen Staatsidee wird für immer verstummen und das Leichentuch der Unfreiheit sich über unsere deutsche Erde und über Europa senken.

## Chance für die Deutschen

Vor mehr als fünfzig Jahren schrieb der Dichter Rainer Maria Rilke auf Schloß Muzot, seinem Wohnsitz in der französischen Schweiz, denkwürdige Worte zur deutschen Situation nach dem Zusammenbruch 1918. Wie aus alten Briefen jener Tage spricht auch aus diesem Brief vom 2. Februar 1923 die tiefe Besorgnis Rilkes um das Schicksal seines Volkes. »Für mich, so wie ich alles sehe und es meiner Art und Anlage nach erleben muß, besteht kein Zweifel, daß es Deutschland ist, das, indem es sich nicht erkennt, die Welt aufhält. Deutschland hätte, im Jahre 1918, im Moment des Zusammenbruchs, alle, die Welt, beschämen und erschüttern können durch einen Akt tiefer Wahrhaftigkeit und Umkehr. Durch einen sichtlichen, entschlossenen Verzicht auf seine falsch entwickelte Prosperität – mit einem Wort: durch jene Demut, die so unendlich seines Wesens gewesen wäre, ein Element seiner Würde und die allem zuvorgekommen wäre, was man ihm an fremdartiger Demütigung diktieren konnte . . . Etwas ist ausgeblieben, was alles ins Maß gerückt hätte: Deutschland hat versäumt, sein reinstes, bestes, auf ältester Grundlage wiederhergestelltes Maß zu geben –, es hat sich nicht vom Grunde auf erneuert und umbesonnen, es hat sich nicht jene Würde geschaffen, die die innerste Demut zur Wurzel hat, es war nur auf Rettung bedacht in einem oberflächlichen, raschen, mißtrauischen und gewinnsüchtigen Sinn, es wollte leisten und hoch- und davonkommen, statt seiner heimlichsten Natur nach zu ertragen, zu überstehen und für sein Wunder bereit zu sein. Es wollte beharren, statt sich zu verändern. Und so fühlt man nun: . . . Etwas ist ausgeblieben. Ein Datum fehlt, an dem Anhalt wäre. Eine Sprosse fehlt in der Leiter, daher die unbeschreibliche Besorgnis, die Angst, das Vorgefühl eines jähen und gewaltigen Sturzes . . .«

Was damals nach dem Ersten Weltkrieg im geschlagenen Deutschland, in einer Zeit nationaler Demütigungen, Irrungen und Leidenschaften, für Deutschland galt, das ist nun Klage und Anklage gegen jene, die nach der zweiten großen Tragödie dieses Jahrhunderts zögern, die Sehnsucht der Völker nach einem einigen und friedlichen Zusammenleben durch den Zusam-

menschluß der Staaten Europas zu erfüllen. Forderte Rilkes Wort ungehört Einsicht, Wende und Wandlung im damaligen Deutschland, so ist es nun Europa, das ausgeblieben ist, das versäumt wurde, um »sein reinstes, bestes, auf ältester Grundlage wiederhergestelltes Maß zu geben«, wie Rilke es 1923 in seinem Brief zur deutschen Situation formulierte.

Dieses Europa, Jahrhunderte hindurch eine geistige und politische Einheit, trotz aller dynastischen Interessen- und Machtgruppierungen, sozialer und religiöser Spannungen, hatte selbst im 19. Jahrhundert und bis 1914 weitgehend durchlässige Grenzen, die es den Menschen ermöglichten, ohne Paß und andere umständliche Formalitäten von Land zu Land zu reisen. Im Zeitalter des Fortschritts auf allen wissenschaftlichen und technischen Gebieten, diesem »glanzvollen Zeitalter« einer aufbrechenden Epoche in eine freiheitliche Welt, stehen die Völker Europas gebannt zwischen den beiden großen Weltblöcken in einem Ringen sich widerstrebender Kräfte. Die entsetzlichen Erfahrungen der Kriege dieses Jahrhunderts haben die Hoffnungen der Völker genährt, daß Europa von Sizilien bis zum Nordkap eine staatliche Gemeinschaft werde.

Dieses Europa war schon in den schicksalhaften zwanziger Jahren Ziel und Weg mutiger europäischer Politiker, wie Briand und Stresemann in Frankreich und Deutschland; nach der wohl tiefsten Erschütterung, die Europa je erlebte, suchten führende Politiker wie Schuman, de Gasperi, Adenauer und auch Churchill den Weg zur politischen Einheit der Kernländer Europas. Seitdem, nun schon mehr als ein Vierteljahrhundert, sind die politischen Architekten daran, auf dem historischen Boden der Völkergemeinschaften ein gemeinsames Haus zu errichten, das Europa heißen soll.

Klage und Anklage: Sind es die Völker, die Vielzahl der in Sprache und Kultur verschiedenartigen Stämme und nationalen Gemeinschaften in ihrem Lebensraum in dem schmalen Landgürtel des freien Europas am Rand des eurasischen Blocks zwischen Mittelmeer, Nordsee und Atlantik, die sich gegen eine europäische Staaten-Bürgerschaft wehren; sind es nicht vielmehr die Verantwortlichen, die Regierenden in den Kabinetten und Parlamenten, die einen Teilverlust ihrer Souveränität befürchten und in kleinlichem Disput in Brüssel, Straßburg, aber auch in Paris, London, Rom und anderswo den europäischen Gedanken zerreden? Ist es nicht das tiefe Mißtrauen aller, das Europa wieder an den Rand des Zwiespalts und der Zwietracht führt, das

Mißtrauen der anderen auch gegenüber den Deutschen, die verdächtigt werden, nach dem Zusammenbruch der Hitlerschen Gewaltpläne in Europa auf anderen Wegen überholte Hegemonialträume zu verwirklichen?

Eine tiefe Resignation ist überall spürbar, wo Europa in den frühen fünfziger Jahren voller Euphorie erwartet wurde. Die Gemeinschaft ist zwar größer geworden, aus den sechs sind seit Anfang 1973 die neun Staaten der EG geworden; statt 180 Millionen sind es nun 250 Millionen Menschen, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft leben. Doch in der weltpolitischen Szenerie ist dieses Europa der Neun zwischen den beiden Weltmächten Amerika und Rußland sowie dem Block der dritten Welt schwach und von innen her uneins. Das politische Schlagwort vom »kranken Europa« ist bezeichnend für die Situation; in diesen siebziger Jahren erscheint die Einigung Europas weiter entfernt denn je, und der Ausspruch eines bundesdeutschen Abgeordneten in der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg ist verständlich, daß mit Europa kaum noch Staat zu machen sei.

Die 60 Millionen freien Bürger im westlichen Teilstaat des gespaltenen Deutschland sollten jedoch und gerade jetzt die europäische Idee verteidigen, denn nur so bleibt unser Eifer in den vergangenen Jahrzehnten glaubwürdig, daß Europa für uns Deutsche keine nationale Machtfrage bedeutet. Darum ist es unsere Aufgabe, von deutscher Seite aus die europäische Lethargie der Stunde zu überwinden durch Modelle, die für den föderativen Aufbau Europas Geltung haben können.

## Neujahrsansprache 1978

Es sind nun 18 Jahre her, daß ich als Präsident der bayerischen Volksvertretung stets am ersten Tag eines neuen Jahres mich an Sie wende, um über aktuelle politische Probleme oder allgemein menschliche Fragen zu Ihnen zu sprechen. Auch heuer wünsche ich allen, drinnen und draußen in der weiten Welt, ein gutes neues Jahr. Es ist dies allerdings das letzte Mal. Im Herbst dieses Jahres wählt Bayern ein neues Parlament, dem ich nicht mehr angehören werde.

Die hinter uns liegenden Jahre waren Jahre des gemeinsamen Erfolges bei der Festigung unserer parlamentarisch-demokratischen Ordnung, es waren aber auch für Viele Jahre der Enttäuschung, ja der Not.

Ein Menschenleben kennt nicht nur Höhen. Auch die Tiefen müssen ausgelotet werden. Das schwankende Auf und Ab unseres Lebens ist wesensgemäß, es läutert uns und läßt uns reifen. Dies gilt auch für das Leben eines Volkes. Politik ist ein mühevolleres Geschäft, abseits staatsphilosophischer Höhenflüge. Ideologische Konfrontation ist in unserer Zeit harter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Sachprobleme selten geworden. »Konkordanz-Demokratie« heißt die Zauberformel der pluralistischen Gesellschaft, die angewiesen ist auf Ausgleich der Gegensätze. Das Regieren beschränkt sich vielfach nur auf das Verwalten des Möglichen.

Um so wichtiger ist im politischen Spannungsfeld der parlamentarischen Demokratie die Institution der Verantwortlichen, die im Namen des Volkes und in seinem Auftrag gesetzgebende und kontrollierende Funktionen im Staate haben. Aus meiner langjährigen Erfahrung kenne ich Glanz und Elend der repräsentativen Demokratie, die aber allen anderen Staatssystemen eines voraus hat: die Wahrung der Freiheit und der Menschenwürde, die Mitverantwortung des Bürgers in Staat und Gesellschaft.

Wir in Bayern können auf eine nunmehr 160jährige parlamentarische Tradition zurückblicken. Die Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1818 zeigt immer wieder, wie sehr sich das Volk durch seine gewählten Abgeordneten repräsentiert fühlte. Das Verhältnis des Bürgers zu den in Mün-

chen »Regierenden« war volksnah. Wohl keine Figur auf der Bühne des weiß-blauen Parlaments ist populärer als Ludwig Thomas Josef Filser. Es wäre reizvoll, aus dessen Briefen zu zitieren, wie er z. B. in seiner derb-herzlichen Sprache mit seinem »Bresadent« Georg Ritter von Orterer ins Gericht geht.

Das Amt des Parlamentspräsidenten hat für das gesamte politisch-demokratische Leben des Landes eine eigene Bedeutung. Es war mir aber in den langen Jahren meiner Tätigkeit als Präsident stets eine große Verpflichtung und ein hoher Auftrag, die parlamentarische Demokratie in ihrem Ansehen und ihrer Bedeutung für Staat und Volk zu stärken. Unverständnis und Fehleutungen waren dabei in Kauf zu nehmen.

Über die Krise des Parlamentarismus in unserer politisch bewegten Zeit ist viel gesagt und geschrieben worden – auch manches Gutes. Die Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaft im System der Gewaltenteilung sind weit komplizierter als dies die Urväter der Demokratie vor 200 Jahren ahnen konnten. Die Probleme, die das Leben, auch des Einzelnen, überschatten, nehmen oft überdimensionale und weltweite Ausmaße an. Man denke nur an die zunehmende Rohstoffverknappung, die Bedrohung unserer Umwelt und die ansteigende Massenarbeitslosigkeit als Folge der zweiten industriellen Revolution.

Dies alles hat wirtschaftliche und soziale Folgen. Wir erleben dies durch materielle aber auch ideelle Verunsicherung, die dynamische Kräfte auslöst, deren Ziele ein radikale Veränderung der Gesellschaft und unserer staatlichen Ordnung sind. »Die Zeit ist aus den Fugen« könnte man angesichts der oft utopisch-wirren Visionen, die jeden Bezug zur Wirklichkeit missen lassen, mit Shakespeares Hamlet ausrufen.

Mitten in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, nach der Revolte der APO-Rebellen Ende der 60er Jahre, erleben wir in unserem Jahrzehnt die geradezu gespenstische Anarcho-Szene, deren grausam-entmenschten Höhepunkte wir in den letzten Monaten in der Bundesrepublik erleben mußten. Diese kleine Gruppe von Anarchisten pervertiert die Freiheit; durch sie wird Ordnung zum Chaos im inneren Gefüge einer Gemeinschaft, die im modernen Verfassungsstaat von dem Grundsatz lebt, daß die kunstvolle Konstruktion demokratischer Institutionen das Widerstandsrecht überflüssig macht, also Gewalt als Rechtsmittel aus dem politischen Prozeß ausschließt.

Da politische Ordnung wesentlich auf der Orientierung an Grundwerten beruht, wäre durch Terror und Gewalt der Anfang vom Ende der Demokratie gekommen. Diese Grundwerte aber, wie sie im Christentum verankert sind, sich aber auch aus dem Naturrecht ergeben oder aus dem Humanismus ableiten lassen, diese Grundwerte sind im Schwinden. Gerade unsere Jugend, von Bildungsproblemen belastet und von Arbeitslosigkeit bedroht, aber von Idealismus erfüllt und nach Leitbildern suchend, benötigt sinnerfüllte, wertbetonte Lebensziele. Wer aber diese Grundwerte zur freien Verfügung der Gesellschaft gestellt sehen möchte, wer den jungen Menschen nur eine sinnentleerte Welt zu bieten vermag, wer alles hinterfragt und hinter jedes ein Fragezeichen setzt, wer an die Stelle unveräußerlicher Werte nur dem Zweifel Raum gibt, der darf sich nicht wundern, wenn aus den Zweifeln und der inneren Leere die Verzweiflung erwächst, die uns dann auch in der Terror-Szene mit ihrer entmenschten Fratze entgegentritt.

Der Staat allein kann Lebensmut, Standfestigkeit und Zuverlässigkeit, Sitte, Anstand und Moral nicht geben. Wer sich treiben läßt, wird zum Treibgut; wer Illusionen nachjagt, macht sich zum Außenseiter; wer äußere Brutalität mit innerer Stärke verwechselt, ist ein Gegner der Freiheit, die zu suchen er vorgibt.

Es ist unser aller Aufgabe, die von »Randgruppen« unserer Gesellschaft militant gesuchte Konfrontation in den brutalen Erscheinungsformen des Terrors zu bekämpfen und jedem Versuch dieser Art, die Demokratie außer Funktion zu setzen, Widerstand zu leisten. Unsere Verfassung, über 30 Jahre in der Bewährung, wollte eine wehrhafte Demokratie schaffen. Wir sollten aber auch den ideologischen Ursachen des Terrorismus nachgehen.

Es ist letztthin die ureigene Sehnsucht des Menschen nach Geborgensein, Geborgenheit in einer Ordnung, die Freiheit und Gleichheit in der modernen Zeit zugleich sichert. Das Aufbegehren der jungen Menschen gegen ein rein materielles Denken, gegen einen Pragmatismus, der keinerlei Ideale mehr kennt und das Menschliche verkümmern läßt, ist einer der möglichen Ursachen, die vor allem junge Menschen in die Irre leiten. Die Welt von morgen ist vorgezeichnet von einer großen Aufgabe: den Menschen vor einer völlig verplanten und sinnentleerten Gesellschaft zu bewahren; ihm, dem Menschen, die Chance zu geben, sein Menschsein zu wahren, seine Kräfte zu wek-

ken und ihn seinem von der Schöpfung her zugewiesenen Auftrag zuzuführen, diese Welt und ihre Schätze sich in einer sinnvollen Weise dienstbar zu machen.

Für uns alle, für die Völker wie für den Einzelnen, gilt die Forderung nach Gemeinsamkeit, – auch ein vom Schwund befallenes wertvolles Gut unserer Demokratie. Die Zeiten sind vorbei, wo man sagen konnte: mir geht es gut, was kümmern mich die anderen. Darin liegt der Kern unserer moralischen und sozialen Krise, daß die Ideale der Menschenrechte und damit der Freiheit in einer Welt zu verkümmern drohen, die immer mehr Menschen in die Randzonen der Gesellschaft abdrängt.

Uns allen, so scheint mir, geht es wie dem Fischer und seiner Frau in dem bekannten Märchen. Die Wünsche, die der vom Fischer gefangene Butt, weil ihm das Leben geschenkt worden war, zur Erfüllung freigegeben hat, werden von des Fischers Frau ins Maßlose übersteigert. Der Fischer, entsetzt, weil seine Frau, die Ilsebill, nicht so will, wie er wohl will, rennt hinaus aus dem Haus in Sturm und Braus. Als sie letztlich wünscht, zu werden wie Gott, sagt der Butt zu dem fragenden Fischer: »Geh nur hin, sie sitzt schon wieder im alten Topf.«

Uns sollte die tiefe Weisheit dieses Märchens von der maßlos habgierigen Fischersfrau zu denken geben. Immer mehr wird den Menschen nach einem Jahrhundert technischer Wunderleistungen bewußt, daß die industrielle Leistungsgesellschaft an ihrer Maßlosigkeit zu scheitern droht.

Wir Älteren erinnern uns der trostlosen Lage im zonengeteilten Deutschland vor 30 Jahren, als wir um unsere nackte Existenz kämpfen und von 1 200 Kalorien täglich leben mußten. Wir Deutsche waren damals nach der Maßlosigkeit einer zwölfjährigen Diktatur dort angelangt, wohin die Frau des Fischers im Märchen sich und ihren Mann durch ihre unersättlichen Wünsche gebracht hatte. Wir sollten in unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft an die Gründerjahre unserer zweiten Republik denken und uns bewußt sein, daß die Errungenschaften einer Generation nicht durch maßlose Wünsche gefährdet werden dürfen.

In einer Zeit, in der die unseligen Künder einer Geschichtslosigkeit an Boden verlieren und ein neues Geschichtsbewußtsein Platz greift, erscheint es nützlich, über die kurzlebige Zeit hinaus Entwicklungen aufzuzeigen, die in

der Vergangenheit wegweisend für Generationen wurden. Es sind Daten und Ereignisse, die tief in unser aller Schicksal eingegriffen haben. So das Ende des Ersten Weltkrieges vor 60 Jahren, mit dem eine neue Epoche deutscher, aber auch europäischer Geschichte eingeleitet wurde.

Es ist ein Glied in der Kette außerordentlicher Vorgänge und Ereignisse, die wir zurückverfolgen können bis 1818, dem Jahr der ersten Bayerischen Verfassung, bis 1848, als in der Paulskirche in Frankfurt die Würfel für die spätere kleindeutsche Lösung gefallen sind.

Uns allen möge ein Wort von James Cabell über Nöte und Sorgen im neuen Jahr hinweghelfen: »Der Optimist erklärt, daß wir in der besten aller möglichen Welten leben, der Pessimist fürchtet, daß das wahr ist.«

Der unvergessene Landtagspräsident Michael Horlacher hat dies anders ausgedrückt: In der historischen Nachtsitzung des 19. Mai 1949, in der Bayerns Landtag über das Grundgesetz beriet, sagte Horlacher: »Man darf die Dinge nicht so tragisch nehmen, wie sie sind.«

## Rudolf Hanauer

ist am 4. März 1908 in Mellrichstadt in Unterfranken als Sohn eines bayerischen Richters geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Wassertrüdingen in Mittelfranken besuchte er zwei Jahre das Progymnasium in Öttingen in Schwaben, sein Abitur machte er am Humanistischen Gymnasium in Straubing in Niederbayern. 1927 begann er mit dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität München. Nach dem Assessorexamen 1934 wurde er Mitarbeiter der Geschäftsführung des Bayerischen Industriellenverbandes e. V. in München. Seit April 1935 ist er Rechtsanwalt in München.

Nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft von 1940 bis 1945 nahm Rudolf Hanauer am Wiederaufbau im kommunalen Bereich teil. Er war Mitbegründer der CSU im Kreisverband Starnberg, Mitglied der Kreisvorstandschafft des Kreistages und des Kreisausschusses Starnberg seit 1946. Von 1948 bis 1955 gehörte er dem Gemeinderat Herrsching am Ammersee an, war Mitglied des Landesausschusses und der Landesvorstandschafft der Christlich-Sozialen Union in Bayern. 1954 wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt. Seit dem 27. Januar 1960 ist er Landtagspräsident.

Der Ehrenbürger seiner Heimatstadt Mellrichstadt hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, u. a. den Bayerischen Verdienstorden, das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das Große silberne Ehrenzeichen am Band für Verdienste um die Republik Österreich und das Großkreuz des St. Silvesterordens, verliehen durch Papst Johannes XXIII. Sein besonderes Anliegen als Politiker und Parlamentspräsident ist es, die im Vorfeld der Politik wirkenden Organisationen und Vereinigungen in Bayern zu fördern. Rudolf Hanauer ist Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege e. V., Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Bayern, Vorsitzender des Bundes der Pfalzfreunde in Bayern, Präsident der Internationalen Akademie für Bäder-, Sport- und Freizeitbauten e. V., Ehrenpräsident des Hermann-Gmeiner-Fonds für Deutschland, Verein zur Förderung der SOS-Kinderdörfer in aller Welt e. V. sowie zahlreicher anderer Vereinigungen. Seit 1960 ist er Vorsitzender des Verwaltungsrates des Bayerischen Rundfunks.

# Inhalt

Vorwort von Ministerpräsident a. D. Wilhelm Hoegner .....	7
Parlament – Utopie und Wirklichkeit .....	11
Der konstitutionelle Staatsgedanke in unserer Zeit .....	21
Das Elitäre in der demokratischen Ordnung .....	33
Ist der Parlamentarismus reformbedürftig? .....	43
Bayern und Deutschland .....	47
Föderalismus am Scheideweg .....	53
Demokratie verlangt ständige Information und Aktivität .....	63
Abwehr des politischen Radikalismus .....	67
Bayerns Verfassungsgeschichte .....	75
Bildung in unserer Leistungsgesellschaft .....	81
Macht und Geist .....	91
Die freien Berufe in der freien Gesellschaft .....	95
Tradition im Industriezeitalter .....	103
Die politisch-geographische Situation Bayerns im europäischen Raum ..	109
Heimatpflege ohne Pseudoromantik .....	113
Schule der Demokratie .....	117
Die politische Verantwortung des Christen .....	121
Der Soldat in der freiheitlichen Ordnung .....	127
Die soziale Verantwortung in der freiheitlichen Demokratie .....	131
Christentum und Kommunismus .....	137
Politische Porträts .....	149
Konrad Adenauer .....	149
Wilhelm Hoegner .....	154
Hans Ehard .....	163
Leben in einer besseren Welt .....	169
Chance für die Deutschen .....	179
Neujahrsansprache 1978 .....	183
Biographie Rudolf Hanauer .....	189
Inhaltsverzeichnis .....	191

Die in diesem Buch enthaltenen Beiträge sind eine Auswahl aus über hundert Aufsätzen und Reden des Politikers und Parlamentspräsidenten Rudolf Hanauer. Die Abhandlungen über grundlegende Fragen der Staats- und Gesellschaftspolitik sind in den Jahren 1960 bis 1978 aus verschiedenen Anlässen entstanden; geringfügige textliche Übereinstimmungen wurden um der jeweiligen thematischen Einheit willen belassen. Auswahl und Zusammenstellung: Carl Schuster.

Demokratie ist Begegnung, Gespräch, das Gegen- und Miteinander in dem Unterschiedlichen der politischen Meinungen und Auffassungen.

Der Politiker Rudolf Hanauer faßt seine Aufgabe darin auf: Weit über den engeren Wirkungsraum des Parlaments hinaus aktiv zu werden im Gespräch, in der Begegnung mit allen jenen Menschen, deren Interessen die 204 Abgeordneten des Landtags zu vertreten haben. In großen Kongressen von Berufsorganisationen, bei bedeutenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Veranstaltungen, aber auch im kleinen Kreis von Studenten und anderen jungen Menschen, nimmt Rudolf Hanauer immer wieder kompromißlos und weitschauend in die Zukunft Stellung, konfrontiert dieser Politiker seine Hörer mit den zeitnahen Problemen, ohne Rücksicht auf Tabus, die oft zu einem farblosen Konformismus führen.

Sein ernstestes Anliegen im Bereich des Politischen, das letztlich alle Lebensräume umfaßt und einschließt, ist die Schaffung des politisch mündigen Bürgers in einer neuen Gesellschaft. Das ist die Kernfrage nach der Freiheit, die Rudolf Hanauer da bedroht sieht, wo die Freiheit Wesen und Sinn in der Einstellung des modernen Menschen in der Massengesellschaft verliert. Darum sind ihm Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität entscheidende Faktoren zur Wahrung der Freiheit gegenüber jedem Staatsabsolutismus.

Für Rudolf Hanauer, dem aus Mellrichstadt, der nördlichsten Kreisstadt Bayerns, stammenden Sohn eines unterfränkischen Richters, bedeutet das tiefe Wissen um die Geschichtlichkeit des Menschen jene im Geistig-Seelischen ruhende Kraft, in der das Humanitäre jeder staatlichen Ordnung ruht.

Wilhelm Hoegner